J. publ. E.
153a – 6
Geschichte

<36626721610018 S

<36626721610018

Bayer. Staatsbibliothek

Rr

~~J. [illegible] 779~~

Geheime Geſchichte
der
Raſtadter
Friedensverhandlungen
in Verbindung
mit den Staatshändeln dieſer Zeit.

Von
einem Schweizer.

Nebſt den wichtigſten Urkunden.

Sechster Theil.

Germanien 1799.

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

Achter Abſchnitt.

Vorzüglich merkwürdige Eingaben einzelner Reichs-Stände und Reichs-Angehörigen bey der Deputation.

1. Circulairſchreiben des Churpfälziſchen Hofes an alle geiſtliche und altfürſtliche Stände. dd. München, den 27. Jan. 1798.

Frankreichs Abſichten, die Reichslande des linken Rhein-Ufers mit ihrer Republik zu vereinigen, und derſelben Beſitz mit Gewalt zu behaupten, wovon das Gerücht bis jezt nur auf allgemeine Muthmaſſungen, die vielleicht abſichtlich unter das Publikum ausgeſtreuet worden, beruhte, ſcheinen, nach den uns zugekommenen officiellen Nachrichten, ſich nun, nach den zu Raſtadt ausgewechſelten Vollmachten zwiſchen der Reichs-Deputation und den franzöſiſchen Geſandten, deutlicher zu enthüllen, und laſſen uns befürchten, daß dieſer für die Conſtitution des deutſchen Reichs, und ſeine auf dem linken Rhein-Ufer poſſeſſionirten Stände gleich bedeutende Schlag ſeiner Ausführung ſehr nahe ſey, indem die bey dem Friedens-Congres ſich befindenden Miniſter der franzöſiſchen Republik eine hierauf abzielende Erklärung gemacht haben.

Welche nicht zu berechnende Folgen die Ausführung dieſes Vorhabens für ganz Deutſchland haben würde, kann den tiefen Einſichten Ew. Liebden nicht entgehen; und wir enthalten uns daher auch einer ausführlichern Schilderung davon, da Ew. Liebden, ſo wie wir, den

Werth dieſer überrheiniſchen Beſitzungen kennen, und dieſer empfindliche Schlag, der mit der gänzlichen Zerrüttung der deutſchen Staatsverfaſſung auch ſicher die äuſſerſte Zurückſetzung jener hieran betheiligten Stände mit ſich führen wird, die aus dem Verluſt ſolcher anſehnlicher Landesſtrecken und der damit verbundenen beträchtlichen Gefäll- und Einkünften entſtehen muß, wogegen eine gleichhaltige und hinreichende Entſchädigung den erlittenen Verluſt zu decken kaum denkbar, und eine ſonſtige auf keinen Fall anders, als durch Seculariſation oder Hinwegnahme minder anſehnlicher Reichslande auf dem rechten Rhein-Ufer, welches immer Deutſchlands Verfaſſung zuſammenſtürzen wird, zur Ausführung gebracht werden kann.

Dieſem weitumgreifenden allgemeinen Uebel, bey der Ohnmacht, worinn das deutſche Reich im Verhältnis mit Frankreich ſich unter den gegenwärtigen Umſtänden befindet, Schranken zu ſetzen, giebt es, unſerer Meynung nach, nur ein wirkſames Mittel, nämlich: Eine enge **Verbindung** unter Deutſchlands Ständen zu bilden, und eine übereinſtimmende, ſtandhafte Sprache zu führen; dann auch die Unterſtützung Sr. K. K. Majeſtät als Oberhaupt und Beſchützer des Reichs, ſo wie der übrigen mächtigen Reichs-Angehörigen und auswärtigen Fürſten, in dieſer drückenden Verlegenheit nachzuſuchen.

Wir haben dieſes uns möglich ſcheinende Mittel bereits ergriffen, und an Se. Kaiſ. Königl. auch Kaiſerl. **Ruſſiſche**, ſo wie an des Königs von **England** und **Preuſſen** Majeſtäten, hiernach geeignete Erſuchungs-Schreiben unverzüglich ablaufen laſſen, wovon wir Ew. Liebden, ſo wie wir es auch den übrigen Churfürſten und Fürſten des Reichs, die hieran, ſo wie wir, be-

theiligt ſind, mitgetheilt haben, die vertrauliche Eröfnung hiermit machen, und dieſelbe zu ähnlichen Fürſchritten und einverſtändlichem Benehmen, dann gefälliger Bekanntmachung Dero hierüber ſeyenden Meynung auffordern.

Wir erwarten von dieſer unſerer Verfügung einen gedeihlichen Erfolg, und verbleiben in ſolcher Zuverſicht Ew. Liebden zu angenehmer Dienſterweiſung wohl beygethan.

2. Erklärung über vorſtehendes Schreiben.

Ganz Deutſchland war über die von den franzöſiſchen Miniſtern in Raſtadt eröfnete erſte Friedens-Propoſition beſtürzt, und der Churfürſt von Pfalzbayern ſah in der vorgeſchlagenen Baſis des Reichsfriedens die Grundlage ſeiner Zernichtung. In dieſer ſchreckbaren Ahndung, und aufgefordert von dem Gefühle der Pflicht für ſein hohes Churhaus, für ſeine Erbſtaaten, für ſeine braven Unterthanen, beſchloß er, den Kaiſer als das Oberhaupt des deutſchen Reichs, Rußland, als eine die Erhaltung des Pfalzbaierſchen Hauſes garantirende Macht, Preuſſen und England in ihrer hohen Reichsſtändiſchen Eigenſchaft, und die ſämtlichen Chur- und Reichsfürſtlichen Höfe, als ſeine Mitſtände, zur gemeinſamen Berathung und conſtitutioneller Einwirkung in einer das ganze Reich betreffenden ſo wichtigen Angelegenheit aufzufordern. Dieſes geſchah, mittelſt derjenigen Schreiben, welche in ihrem buchſtäblichen Innhalt der Oeffentlichkeit übergeben werden können; es geſchah in dem Zeitpunkte, wo der Beſitzſtand des ganzen linken Rhein-Ufers ſchon durch die That feindlicher Occupation aufhörte, die förmliche Friedensſchlußmäſige Abtretung ge-

fordert wurde, und wo das bedrängte deutſche Reich in dem wehrloſeſten Stande, worinn es ſich je befand, ſeine Gränzen bis auf 70. Stunden weit entblößt, und durch eine, in der Geſchichte beyſpielloſe Vereinigung der ſonderbarſten widrigen Verhältniſſe ohne mindeſte Vertheidigung ſich allein überlaſſen ſehen mußte. Der Schritt, den der Churfürſt von Baiern übernahm, und den jeder der betheiligten Reichsſtände unternehmen konnte, war nicht außer dem conſtitutionellen Gange; er war ganz in dem Geiſte des Verbandes, welcher die Mitglieder des deutſchen Staatskörpers, zur Berathung mit ihrem Oberhaupte, und unter ſich berechtigt, und zur wechſelſeitigen treuen Hülfsleiſtung vereiniget, da, wo nicht nur die Exiſtenz der Einzelnen, ſondern die Erhaltung des Ganzen mehr als Gefahr läuft. Nach dem Verſtande dieſer geſetzlichen Vereinigung heißt Hülfe fordern, nicht Coalition ſtiften wollen. Wie könnte nun die Vermuthung eintreten, daß der Churfürſt von Pfalzbaiern, dem die Erfahrung einer 50jährigen Regierung zur Seite ſtehet, je den Entwurf einer Coalition zu machen fähig ſey, in welche das Intereſſe der höhern Mächte nicht einſtimmen wird? Und auch in dem Falle, daß die Politik mächtigerer Höfe die Fortſetzung des Kriegs wünſchen könnte, ſo würde man ſicher nicht den Rath und Vorſchlag des Churfürſten von Pfalzbaiern abgewartet haben, um die Verbindung zu einem feindſeligen Angrif zu erneuern. Alſo nur eine abſichtliche Auslegung, welche weder auf den Ausdruck Coalition, noch auf eine entfernte Deutung dieſes Worts mit Unbefangenheit ſich gründen kann, wagt es, den gehäßigen Vorwurf von feindſeligen Verabredungen einem Fürſten aufzubürden, der vor dem Ausbruche und während des ganzen Laufs des in allen ſeinen Wirkungen

verheerenden Krieges die friedliche Stimme geführt; von dem man mit dem Zeugniſſe des ganzen deutſchen Reichs, ſelbſt die Franzoſen läugnen es nicht, ſagen muß, daß er dem unglücklichen Beſchluſſe des Reichskriegs öffentlich und ſtandhaft widerſprochen, und bey den im Jahre 1795. gepflogenen Reichstags-Deliberationen über die Fortdauer oder Endigung des Kriegs, der Erſte für die Zurückkehr des Friedens laut geſtimmt habe.

Wer unter den Fürſten des Reichs hat bis jezt ſeine Anhänglichkeit an deutſche Verfaſſung, ſeine Treue gegen das gemeinſame Vaterland, ſeine Aufopferungen zu dieſem Zwecke, in allem Sinne mehr und ſtärker, als eben dieſer Fürſt bethätigt, dem die Verläumdung nun zur Schuld anrechnen will, einen Schritt gethan zu haben, der von dem erſten Geſetz der Selbſterhaltung vorgezeichnet iſt. Kein Reichsſtand iſt bey der Abtretung des linken Rhein-Ufers mehr und weſentlicher betheiligt, als der Churfürſt von Pfalzbaiern; ſeine dortigen Beſitzungen betragen die Hälfte des abzutretenden ganzen Theils. Mit dieſem Verluſte drohet ihm Gefahr für ſeine politiſche Exiſtenz; zwey der ſchönſten Provinzen ſollen aus dem alten Bunde ſeiner Erbſtaaten auf immer losgeriſſen werden. Kein Pfalzgraf kann und wird bey dieſem Vorbild der Zernichtung gleichgültig bleiben. Der Churfürſt von Pfalzbaiern durfte und konnte nicht in eine, ſeinem Hauſe ſo nachtheilige Veräuſſerung geradezu willigen, ohne ſich dem Vorwurf der ſpäteſten Nachkommenſchaft auszuſetzen, und jede eilfertige Erklärung über die wichtigſte Ereignis, welche Er leider überleben muß, würde das verdammende Urlheil der Geſchichte dann gegen ihn begründet haben. Der Churfürſt von Pfalzbaiern betrachtet ſeinen Verluſt in dem drohendſten Geſichtspunkte. Ihm iſt jede auf die gemein-

ſame Wohlfahrt ſeiner Mitſtände wirkende Begebenheit, der Grund wichtigerer Beſorgniſſe; noch jezt bekümmert Ihn das Schickſal des von allen Seiten bedrängten Vaterlandes. Die Trennung aber von ſo vielen hundert tauſenden ſeiner alten, treuen, ſchäzbaren Unterthanen, die nun in fremde Gewalt übergehen ſollen, kann Er nicht ohne Wehmuth denken. Fünfzigjährige Beweiſe von ihren treuen gutherzigen Geſinnungen, müſſen wohl den Wunſch der Dankbarkeit, ſolche brave Unterthanen zu behalten, über alle andere eigennüzige Betrachtungen erheben. Dieſes Regenten- und Pflichtgefühl war es, welches den Churfürſten von Pfalzbaiern aufforderte, das lezte Rettungsmittel, das Ihm die conſtitutionelle Hülfsleiſtung anboth, anzurufen. Er war es der Erhaltung ſeines Hauſes, der Sicherheit aller ſeiner Erbſtaaten, ſeiner Würde, und, mehr als all' dieſem, ſeinem patriotiſchen Gefühle ſchuldig nichts unverſucht zu laſſen, was nach ſeinen Verhältniſſen zu dem deutſchen Reiche noch möglich ſchiene, eine günſtigere Wendung durch mehr vereinte Friedens-Unterhandlungen für das geſammte deutſche Vaterland hervorzubringen. In dieſer heilſamen Abſicht unternahm der Churfürſt von' Pfalzbaiern, den Kaiſer, als des deutſchen Reichs Oberhaupt, und übrige Fürſten und Stände noch einmal anzurufen, zur gemeinſamen und nur auf friedliche Handlungen zielenden Berathung. Dieſe conſtitutionelle Vereinigung war nicht gegen Frankreich gerichtet, vielmehr bezweckte ſie eine wirkſame Verwendung bey Frankreich; ſie ſollte das erſte Mittel werden, um ſich denjenigen, womit man um des Friedens willen unterhandelt, leichter und freundſchaftlicher zu nähern, und um jene Grundſäze, welche die Staatsklugheit der franzöſiſchen Regierung in Bezug auf das deutſche Reich, ſo lange und mit be-

harrlicher Anſtrengung ihrer Kräfte beſchäftiget hat, auch jezt zu ihrem eigenen Vortheil, und zugleich zur Erhaltung Deutſchlands Intereſſe, deſto freyer entwickeln zu können, als die Sicherheit der deutſchen Reichsſtände in ihrer politiſchen Exiſtenz die Größe der franzöſiſchen Republik unter keinem Geſichtspunkt ſchwächen kann. Das Urtheil der Vernunft ſpreche nun aus, ob die Anrufung einer, zu allen Zeiten conſtitutionell erkannten Hülfe, dem verheerenden Unternehmen neuer Coalition nur gleich geachtet werden könne? Dem unpartheyiſchen und einzig unfehlbaren Gerichte der Nachwelt, kann man die Entſcheidung einer reinen Thatſache überlaſſen, worüber Verläumdung und Ungunſt eine Anklage zu verbreiten, ſich nicht ſchämen.

3. Memoire, pour les membres de la noblesse immédiate d'Empire, nés sous la souveraineté de France, qui ont été inscrits contre le droit des gens et même contre les termes les plus précis des décrets de l'assemblée nationale de France, sur la liste des émigrés François. 1796.

§. I.

Les trois cercles Equestres de l'Empire, formant le Corps de la Noblesse Immédiate, ont été maintenus ainsi que les individus, qui les composent, dans leur existence politique, leurs privileges et leurs propriétés, lors de la paix de Westphalie, par toutes les puissances garantes de ce traité et *notament par la France*; les recés de l'Empire et les capitulations Imperiales jusqu'aujourd'hui inclusivement, maintiennent egalement leur existence politique.

§. II.

L'Amnistie et la réstitution reciproque des propriétés particulieres de deux peuples, qui ont été en guerre, ont toujours été un des premiers articles des traités de paix; sans cela lorsque la guerre finiroit entre les Gouvernemens, elle commenceroit entre les sujets spoliés l'un par l'autre, et toute communication ainsi que tout commerce seroit impossible. Cette vérité eternelle n'a pas été méconnuë de nos jours, puisque dans les traités, que la France vient de faire avec les rois de Prusse, d'Espagne, de Sardaigne, le Landgrave de Hessen-Cassel etc. la restitution des propriétés en fait toujours un des principaux Articles. (1.) *)

§. III.

Les membres de trois cercles equestres d'Empire peuvent donc en qualité d'Allemands, reclamer la restitution de leurs propriétés en France, en vertu de l'amnistie génerale, qui fera nécessairement partie du traité de paix à conclure, et doivent ètre traités à l'instar des Princes et Etats d'Empire possessionés en France conformément à la paix de Westphalie et à la Constitution Germanique.

§. IV.

Parmi les membres des cercles Equestres d'Empire plusieurs sont nés sous la souveraineté de France; ils ont néanmoins constament joui de la qualité de citoyens mixtes de France et de citoyens immédiats d'Empire, jusqu'au 6. Aout 1791. Cette double qualité, qui ne leur a jamais été contestée, et dont

*) Voyés á la fin les piéces justificatives.

ils jouïssoient en vertu du droit, qu'ils en avoient conservé lors de la soumission de leurs provinces respectives à la France, a encore en dernier lieu été solemnellement reconnuë par le traité d'abolition du droit d'Aubaine, fait entre la France et les trois Cercles Equestres de l'Empire, du mois de Février 1769. (2.)

§. V.

Le serment de fidélité, que les membres des Cercles Equestres d'Empire, nés sous la souveraineté de France, aussi bien que leurs confreres nés en Allemagne, prêtent à S. M. Impériale et à l'Empire, lors de leur réception ou admission au droit de suffrage, est une reconnoissance autentique de cette double qualité, et une véritable naturalisation, qui se renouvelle de génération en génération.

§. VI.

C'est en vertu de ce serment, qui naturalisoit formellement Allemands les membres des Cercles Equestres de l'Empire, nés sous la souvéraineté de France, ou qui les empêchoit de cesser de l'être, qu'ils exerçoient simultanément sous les deux dominations les droits, qui leurs compétoient, et y occupoient toute espece d'emplois civils et militaires; témoins entre autres les Barons de *Wurmser*, de *Neuenstein* et de *Bodeck*; tous les trois successivement Conseillers de S. M. Impériale et Directeurs de la Noblesse immédiate d'Empire du District de l'Ortenau, dont le premier étoit en même tems Lieutenant Général au service de France, le second Stettmeistre du Magistrat noble de la ville de Strasbourg, et le troisième

l'un des Directeurs au Directoire de la Noblesse immédiate de la basse Alsace, breveté à cet effet par le Roi de France.

§. VII.

Tel fut, sans interruption, l'etat civil et politique des membres des cercles equestres d'Empire, nés sous la souveraineté de France, jusqu'au 6. Aout 1791, epoque du Décret d'abolition des ordres de Chevalerie, qui, aussi bien que la Constitution de la même année, a dépouillé ces mêmes membres de leur qualité de François, s'ils ne renonçoient à celle d'Allemands.

§. VIII.

C'étoit le moment de la dissolution de la monarchie; toutes les loix particulieres de la France étoient abrogées par l'Assemblée nationale, qui réunissoit en elle tous les pouvoirs de la nation Françoise; il ne restoit, que les traités faits avec les puissances étrangeres, qu'elle ne pouvoit pas revoquer de sa seule autorité. Or on a vû §. IV. V. et VI., que plusieurs nobles, sujets de la Franee, étoient en même tems membres des cercles equestres d'Empire, et en cette qualité citoyens mixtes de France et d'Allemagne; la paix entre la France et l'Empire subsistoit encore; l'Assemblée nationale ne voulant donc plus de citoyens mixtes, et ne pouvant pas, sans violer en pleine paix le droit des gens et les traités, contraindre les membres des cercles equestres d'Empire nés sous la souveraineté de la France, à renoncer à la qualité d'Allemands, dont jusqu'alors ils avoient joui simultanément avec celle de sujets du Roi, comme le prouvent les lettres d'abolition du droit d'Aubaine

citées plus haut (§. IV.), elle ne put, que leur offrir l'option entre ces deux qualités; et c'est aussi ce qu'elle fit par l'Article 4. du Décret d'abolition des ordres de Chevalerie du 6. Aout 1791. et le Titre 2. Art. 6. de la Constitution de la même année. (3.)

§. IX.

Il est d'ailleurs impossible à la France, de contester aux autres nations de l'Europe le droit de naturaliser chez elles des etrangers, puisqu'elle même se l'est reconnu par ses constitutions de 1791. 1793. et 1795. (4.), et quand on voudroit supposer une prétention aussi contraire au droit des gens, et à la réciprocité de droits, qui doit subsister entre des peuples indépendans, on seroit du moins obligé de convenir, que les membres des cercles equestres de l'Empire, nés sous la souvéraineté de France, ayant été dépouillés en pleine paix de leur qualité mixte de François par le Décret d'abolition des ordres de Chevalerie et la Constitution de 1791, il ne peut relativement à eux rester aucun doute, qu'à dater de cette epoque, ils sont devenus purement Allemands, l'Assemblée nationale, en vertu des deux Loix ci-dessus, ayant pleinement abdiqué en faveur de l'Empire la communauté de droits qu'elle avoit exercée jusques là sur eux. D'un autre côté les membres des cercles equestres, nés en Alsace ou en Lorraine, s'étant engagés par le serment de fidélité, qu'ils ont prêté à l'Empereur et à l'Empire, de ne jamais se separer de la confédération Germanique, n'ont pas même eu la liberté du choix, que leur laissoit l'assemblée nationale: celle-ci pouvoit bien a la verité les délier de leurs engagemens mixtes envers la France,

mais non de ceux, qu'ils avoient contractés envers l'Empereur et l'Empire, qui n'y ont pas même renoncé conditionellement. En réclamant en effet dans les instructions données par la Diète le 14. Octob. 1795. à ses deputés pour traiter de la paix, ainsi que dans l'avis adressé à S. M. l'Empereur et le Décret de ratification de la Cour Impériale intervénu en conséquence le 19. Nov. suivant, le Corps entier de la Noblesse Immédiate, comme membre intégrant de l'Empire, la Diète n'a fait aucune différence entre les individus de ce corps, nés en Empire, ou nés sous la souveraineté de France, comme il n'y en avoit réellement aucune à faire, les droits, les prérogatives et l'état civil des derniers étant absolument les mêmes en Allemagne, que ceux des premiers.

§. X.

Quoique la non acceptation de la Constitution de 1791, qu'il étoit impossible aux membres de la Noblesse Immédiate d'Empire, nés en Alsace ou en Lorraine, de jurer sans perdre leur état civil et leurs droits en Allemagne, fut une manifestation suffisante, qu'ils avoient opté pour conserver leur qualité d'Allemands; cela n'empêcha pas plusieurs d'entre eux, de le déclarer formellement par surabondance de droit, soit à leurs départemens, soit aux Ministres du Roi, soit à l'assemblée nationale; le Baron de *Berstett*, alors l'un des Diréćteurs du Canton Equestre de l'Ortenau en Suabe, fit même une renonciation générale à la qualité de citoyen François, pour tous les membres des cercles equestres d'Empire, par une note remise au Département du Bas-Rhin séant à Strasbourg le 10. Avril 1792;

cette note fut envoyée également aux Ministres des affaires étrangeres et de l'interieur le 30. du même mois, et ceux-ci lui en accuserent la réception le 10. et 18. Mai suivant.

§. XI.

Les membres des cercles equestres, nés sous la souveraineté de France, dépouillés par la loi du 3. Aout 1791. (§. VIII.) de la qualité de citoyens mixtes de France, dont ils avoient joui jusques là du consentement formel des Rois de France, furent dès ce moment réduits en pleine paix, et sans avoir antérieurement commis aucun delit, dont cette privation fut la peine, à la qualité de purs Allemands, possessionés en France, jouïssant de leurs biens situés dans cet état, comme tout autre étranger, sous la sauvegarde des Loix Françoises, des traités, et du Titre 6. de la Constitution de 1791. (5.)

§. XII.

Ce ne fut que le 9. Février 1792, que l'émigration devint un crime et que les biens des *émigrés François* furent séquestrés, ensuite confisqués (6.). Il y avoit déja alors six mois, que les membres des cercles equestres d'Empire, nés sous la souveraineté de France, n'avoient plus aucun rapport avec cet état, ayant été dépouillés par le Décret d'abolition des ordres de Chevalerie du 6. Aout 1791. et la Constitution de la même année, qui servoit alors de loi à la France, de leur qualité de citoyens mixtes de France pour demeurer purement Allemands; ainsi ces Loix, faites contre les *émigrés François*, ne pouvoient pas plus regarder ceux d'entre eux, qui à

cette époque avoient déja quitté le territoire François ou qui l'ont quitté depuis, que leurs autres confreres, nés en Allemagne, *puisqu' assurément personne ne pouvoit contester à l'assemblée nationale le droit de leur oter la qualité de François mixtes*, et qu'une fois cet acte de souveraineté éxercé, il n'étoit plus au pouvoir du corps législatif, *à moins de s'opposer à l'éxecution de ses propres loix*, de revenir sur ses pas, et de les assujettir aux Décrets rendus contre les émigrés François, six moix après l'époque, ou il les avoit dépouillès *de la qualité et des droits de citoyens François!* D'ailleurs le traité d'abolition du droit d'Aubaine et autres traités faits avec l'Empire étoient encore en pleine vigueur, *la paix avec l'Empire n'ayant été rompuë, qu'à la fin de* 1792; ainsi l'assemblée nationale, en privant en 1791. les membres des cercles equestres d'Empire de leur qualité mixte de citoyens François, ne pouvoit pas s'empêcher de les reconnoître immédiatement après pour de purs Allemands, vû que jusques là ils avoient toujours jouï simultanément de ces deux qualités.

La privation enfin de la qualité et des droits de citoyens François étoit la seule peine, infligée par l'assemblée nationale aux membres des cercles equestres d'Empire, s'ils ne renonçoient point à leur qualité d'Allemands, et non la confiscation de leurs biens; or l'assemblée nationale, en leur otant le 6. Aout 1791. leur qualité de François sans confisquer leurs biens, ayant en cet instant exercé son dernier acte de souveraineté sur eux en qualité de citoyens François mixtes, pour l'abandonner dorénavant sans partage à l'Empire, s'étoit privée par cet acte, du droit d'en exercer de nouveaux à ce titre; elle n'a donc

pas pu depuis, ni aggraver cette peine, en les comprenant dans la classe des émigrés François, puisqu'elle leur avoit oté la qualité de François six mois avant que l'émigration fut declarée un crime; ni elle ne peut à la paix les traiter relativement aux propriétés, qu'ils ont en France, d'une maniere differente des autres Allemands, vu que *c'est par sa volonté uniquement et en vertu de ses propres Décrets*, qu'ils sont demeurés tels sans partage.

§. XIII.

A la fin de 1792. parurent les lettres avocatoires de S. M. l'Empereur, qui défendoient sous peine de confiscation, même de mort, à tout Vassal ou sujet de l'Empire d'Allemagne, *soit qu'il fut né tel ou qu'il le fut devenu*, de prendre aucun emploi militaire ou civil au service de France (7.); en même tems, que de son côté la convention nationale obligeoit tout habitant de la France, citoyen ou étranger, à porter les armes contre l'Empire. Ces lettres avocatoires furent adressées par S. M. Impériale aux trois cercles equestres de l'Empire en Général, et par les Cantons respectifs à chaque membre en particulier (8.); il étoit donc impossible à ceux d'entre eux, qui étoit possessionés en France, soit qu'ils fussent nés sous la souveraineté de France ou non, *puisqu'il n'y avoit plus de différence entre eux à cet égard depuis le Décret du 6. Aout* 1791, *qui les avoit réduits à la qualité unique d'Allemands*, de rester en France sans se rendre coupables du crime de haute trahison envers l'Empereur et l'Empire, la seule patrie qui leur restat. Nul moyen humain ne pouvoit en effet dans ces circonstances les empêcher d'être contraints à porter

les armes contre l'Empire, s'ils avoient continué à demeurer en France; aucun motif ni pretexte ne peuvent donc autoriser la nation Françoise à punir aujourd'hui l'obéissance des membres des cercles equestres de l'Empire, possessionés sous la domination Françoise, aux ordres de leur légitime souverain; puisqu'elle même a proscrit et confisqué les biens des François, qui ont refusé d'obéir à ses ordres, en rentrant sur le térritoire de France avant le 8. Mai 1792. (9.), et le droit que la République exerce en cette occasion sur ses citoyens, appartient également à l'Empire d'Allemagne et à tout autre état indépendant. Ainsi de même que la convention nationale de France étoit autorisée par le droit des gens á rappeller chez elle les François possessionés en Allemagne, l'Empire étoit autorisé à défendre, même sous peine de mort, aux Allemands possessionés en France, de prendre aucun service militaire ou civil chez cette puissance; defense à laquelle ceux-ci ne pouvoient se soumettre qu'en sortant de France, ou restant en Empire, s'ils y étoient déja; et l'obéissance, que les individus des deux puissances en guerre ont témoignée dans ces circonstances aux Gouvernemens de leurs pays, ne peut en aucune maniere les rendre criminels aux yeux de la nation avec laquelle la leur étoit en guerre, n'y autoriser, qu'à l'époque de la paix on les excepte de l'amnistie et de la réstitution générale, tant relativement à leurs personnes, que relativement à leurs biens.

§. XIV.

Ces principes ont été si bien sentis dès les commencemens de la guerre, que la convention rendit

le 14. Nov. 1792. un Décret pour renvoyer à ses comités de Diplomatie et de legislation réunis la question de sçavoir, „*si les Princes et Seigneurs étran-* „*gers, possessionnés dans la République et qui en sont* „*sortis depuis la révolution, devoient être reputes émi-* „*grés ou non*". Question sur laquelle la convention n'a jamais prononcé. C'est en consequence de ce décret, que le ministre de l'interieur, *Rolland*, écrivit au Département du Bas-Rhin pour ordonner la suspension de toute espece de poursuites, autres que celles du sequestre de leurs biens, contre les Princes et Seigneurs étrangers et notament le Baron *de Berstett* (*né sous la souveraineté de France*); jusqu'a ce qu'il eut été prononcé sur leur sort (10.); *afin*, dit ce ministre, *de ne pas exposer la République à des indemnités considerables.* Le Département du Bas-Rhin, en execution de cette lettre, prit de son côté un Arrèté par lequel il ordonna, que les membres des cercles equestres de l'Empire, qui ont des proprietés dans le Département, seroient seulement inscrits sur la liste des sequestres et non sur celle des émigrés (11.), et en consequence les noms de plusieurs d'entre eux, qui avoient déja été portés sur la liste des émigrés du Département du Bas Rhin du 28. 7bre 1792, en furent rayés, pour être inscrits sur la nouvelle liste, publiée le 15. Janv. 1793. dans la classe des sequestrés avec leurs autres confreres; ce qui prouve irrévocablement; qu'à cette époque decisive les propriétés des membres de la noblesse immédiate d'Empire, nés sous la souveraineté de la France, comme celles des autres étrangers, ont uniquement été sequestrées, ensuite confisquées, à l'occasion de la guerre actuelle.

§. XV.

La Disposition, dont nous venons de parler, fut confirmée solemnellement, par l'exception faite en faveur des naturalisés étrangers avant le 1. Juillet 1789, dans la loi du 28. Mars 1793; mais bientôt sous la tyrannie de Roberspierre, on foula aux pieds tous les principes ainsi que le droit des gens, et le 20. Aout 1793. sous pretexte, que les Princes étrangers avoient accordé des lettres de naturalisation antidatées à des émigrés François, on suspendit l'execution de cette exception en faveur des naturalisés Allemands avant le 1. Juillet 1789, en ordonnant de nouveau la saisie de leurs biens (12.); et quoique d'après cette suspension les biens des naturalisés étrangers dussent seulement demeurer sous le sequestre, on n'en vendit pas moins une très grande partie, aussi bien que des propriétés appartenantes à des Princes souverains et à des Gentilshommes nés Allemands, tels que Msgr. le Landgrave de Hesse-Darmstatt, les Barons de Schmidtbourg et autres, sans qu'aucun Décret autorisat cette violence, *ni que le rapport relatif à l'état civil des Princes et Seigneurs étrangers possessionés dans la République, ordonné par le Décret du 14. Nov. 1792. (§. XIV.) ait jamais été fait.* On ne parle au reste ici de ce Décret du 20. Aout 1793, que pour ne rien laisser à desirer sur cette matiere; car les membres de la Noblesse immédiate de l'Empire, nés sous la souveraineté de France, ayant cessé, nous le répétons, d'être François mixtes le 6. Aout 1791, toutes les loix faites relativement à des François, depuis cette epoque, ne peuvent en aucune maniere les regarder.

§. XVI.

La convention ayant cependant secoué le joug affreux de Roberspierre, elle revint à des sentimens plus moderés et déclara enfin: 1.) Dans son dernier Décret relatif aux émigrés du mois de 7bre. 1794. que *les François, naturalisés en pays étrangers avant le 1. Juillet 1789, seroient traités pour ce qui concerne les biens qu'ils possedent en France comme les differentes nations chez lesquelles ils résident.* 2.) Par celui du 4. Janvier 1795. *qu'elle reconnoissoit ne pas avoir le droit de confisquer les biens des étrangers en France, et ordonnoit la levée du séquestre de ceux des particuliers*, en exceptant toutes fois les biens des Princes étrangers possessionés en France, ceux des Corps, Communautés et bénéficiers ecclésiastiques.

§. XVII.

D'où il suit, que le droit, qu'ont les membres des cercles equestres de l'Empire, nés sous la souveraineté de France, d'être traités sur le même pied que leurs confreres nés en Allemagne, relativement à l'amnistie générale et à la restitution de leurs possessions sous domination Françoise, est egalement fondé sur le droit des gens, la Constitution Germanique, les traités avec la France, et *les Décrets de la Convention, qui forment une autorité, que celle-ci ne peut contester, à moins de s'opposer à l'éxecution de ses propres volontés.*

§. XVIII.

Les immatriculés sont donc autorisés à demander: 1.) Comme Allemands, à être réintégrés lors de la paix future en vertu de l'amnistie générale, qui aura

lieu à cette epoque, dans toutes les propriétés qu'ils ont en France, et qu'on à séquestrées ou confisquées à l'occasion de la guerre actuelle. 2.) A reclamer, en leur qualité de membres de la Noblesse immédiate de l'Empire, les mèmes dédommagements et indemnités, pour leurs droits feodaux et dixmes supprimés, que ceux qui seront accordés aux Princes et états d'Empire, conformement aux instructions de la diète données à ses deputés et revetues de la ratification impériale.

Liste

des membres de la Noblesse immédiate d'Empire, nés sous la souveraineté de France, qui ont été inscrits sur la liste des émigrés François.

S. E. Mr. le Feld-Maréchal Comte de Wurmser,
Mrs. les Barons de Berstett.
— — de Bodeck.
— — de Bock.
— — Ekbrecht de Dürckheim.
— — Geyling d'Altheim.
Les Comtes et Barons Vogt de Hunoldstein.
Les Barons d'Ichtrazheim.
— — de Neuenstein.
— — d'Oberkirch.
— — de Rathsamhausen.
— — de Schauenburg.
— — de Serpes.
— — de Türckheim.
— — Wurmser de Vendenheim.

Pieces justificatives et Notes.

Nro. (1.)

„Il sera accordé respectivement aux individus des deux nations, la main levée des effets, revenus ou biens de quelque genre qu'ils soyent, détenus, saisis ou confisqués à cause de la guerre, qui a eu lieu entre la France et la Prusse, de même qu'une prompte justice à l'égard des creances quelconques, que ces individus pourroient avoir dans les états des deux Puissances contractantes".

Art. VIII. du traité de Basle entre la Prusse et la France.

(2.)

Lettres-Patentes du Roi, pour l'exemption du droit d'Aubaine en faveur de la Noblesse immédiate de l'Empire des Cercles de Suabe, de Franconie et du Rhin. Données à Versailles au mois de Février 1769.

Régistrées en Parlement le 18. Mai suivant.

Louis par la grace de Dieu, Roi de France et de Navarre: A tous présens et à venir, *Salut.* Les Directoires de la Noblesse immédiate de l'Empire des Cercles Equestres de Suabe, de Franconie et du Rhin, nous ont fait très-humblement représenter que le droit d'aubaine exercé jusqu'à présent contre les membres de ladite Noblesse, et contre ses vassaux et sujets dans notre Royaume, ne pourroit être que très-prejudiciable au grand nombre de nos propres sujets que leurs affaires particulieres et le commerce attirent fréquement dans les villes, villages, terres et possessions appartenantes à ladite Noblesse, et qu'ils étoient résolus de laisser jouir dorénavant nos sujets dans

toute l'étendue de leurs territoires de la libre faculté de recueillir tous legs, donations, successions testamentaires ou *ab intestat*, mobiliaires ou immobiliaires qui leur écherront, sans que pour raison de ladite faculté ils soient tenus à aucuns droits envers ladite Noblesse, et de traiter nosdits sujets, tant pour leurs biens et leurs personnes, que relativement à leur commerce, de la même maniere qu'elle traite actuellement, ou qu'elle pourra traiter dans la suite la nation étrangere la plus favorisée; pourquoi lesdits Directoires nous auroient très-respectuesement supplié qu'en considération de ces déclarations, et des relations multipliées de parenté et d'alliance qui subsistent entre les nobles des cercles equestres, et ceux de nos Provinces qui sont limitrophes de l'Empire d'Allemagne, vu les liaisons qui résultent des possessions respectives dont plusieurs d'entre eux jouissent sous les deux dominations, *ainsi que du droit que les Nobles nos sujets ont en vertu de leurs possessions en Allemagne, d'être membres desdits cercles equestres*, et de la réciprocité en vertu de laquelle lesdits nobles des deux dominations sont indistinctement admis dans plusieurs Chapitres et Abbayes situés dans nosdites Provinces, et dans un nombre considérable de Chapitres et d'Abbayes situés en Allemagne; attendu en outre la tranquilité qui résultera par l'abolition du droit d'aubaine en faveur des membres de ladite Noblesse immédiate et de ses vassaux qui servent dans nos troupes, ou que le commerce et d'autres motifs attirent dans le Royaume; enfin par une suite des bontés dont les Rois nos prédécesseurs ont honoré le corps et plusieurs membres particuliers de la même Noblesse, ainsi que du zéle qu'elle a montré

pendant la derniere guerre pour notre service, il nous plût accorder à tous et chacun des membres de ladite Noblesse immédiate, à ses vassaux, et aux sujets des territoires qu'ils possédent dans la mouvance directe et immédiate de l'Empereur et de l'Empire, l'exemption du droit d'aubaine, pour en jouir par eux en France, comme les régnicoles et nos propres et naturels sujets; et pour les en faire jouir efficacement, ordonner l'enrégistrement de nos Lettres de concessions dans toutes nos Cours de Parlement, et autres nos Cours Souveraines. A *ces causes* voulant traiter favorablement tous et chacun les membres de la Noblesse immédiate de l'Empire des cercles equestres de Suabe, de Franconie et du Rhin, en considération de l'exposé qu'elle nous a très-humblement fait; et voulant de plus favoriser et faciliter le commerce réciproque, et la communication entre nos sujets et les membres, vassaux et sujets de ladite Noblesse immédiate, Nous, de l'avis de notre Conseil, et de notre grace spéciale, pleine puissance et autorité Royale, avons déclaré et déclarons tous et chacun des membres de ladite Noblesse immédiate de l'Empire, leurs vassaux et sujets des territoires qu'elle posséde sous la mouvance directe et immédiate de l'Empereur et de l'Empire, affranchis du droit d'aubaine: Voulons qu'ils jouissent dudit affranchissement et exemption, pleinement, paisiblement et perpetuellement dans toute l'étendue de notre Royaume, et qu'en conséquence ils puissent y recueillir, sans aucun trouble ni empèchement, tous legs et successions testamentaires, ou *ab intestat*, comme les régnicoles et nos propres et naturels sujets, sans que pour raison de ladite faculté, ils puissent être tenus à aucuns droits

envers nous. Voulons en outre que les sujets de ladite Noblesse immédiate soient traités favorablement en France pour leurs personnes et leur commerce, le tout à condition que la Noblesse usera d'une entiere réciprocité envers nosdits sujets, et qu'ils jouiront dans son territoire des mêmes exemptions relatives au droit d'aubaine dans toute leur étendue, et qu'ils y seront traités tant pour leurs biens et leurs personnes, que relativement à leur commerce, aussi favorablement que les sujets d'aucune autre nation étrangere. Si *donnons en mandement* à nos amés et féaux les gens tenant notre Cour de Parlement, Chambre des Comptes et Cour des Aydes à Metz, que ces présentes ils ayent à faire régistrer, et le contenu en icelles garder, observer et exécuter de point en point selon leur forme et teneur, cessant et faisant cesser tous troubles et empêchemens contraires: *Car tel est notre plaisir*; et afin que ce soit chose ferme et stable à toujours, nous avons fait mettre notre scel à cesdites présentes. *Donné* à Versailles au mois de Février, l'an de grace mil sept cent soixante-neuf, et de notre régne le cinquante-quatriéme. *Signé*, *Louis*. *Et plus bas:* Par le Roi, *le Duc de Choiseul. Visa*, *de Maupeou.* Pour exemption du droit d'aubaine en faveur de la Noblesse immédiate de l'Empire des Cercles de Suabe, Franconie et du Rhin, signé, le Duc de Choiseul. Et scellées du grand sceau de cire verte, avec lacs de soye rouge et verte.

Lues, publiées et registrées, oui et ce requérant le Procureur général du Roi, pour être executées selon leur forme et teneur, suivant l'Arrêt de vérification du onze du présent mois: Ordonne que copies collationnées en seront-incessament envoyées dans tous les Bailliages et

autres Siéges reſſortiſſans nuement à la Cour, pour y être pareillement lues, publiés, régistrées et exécutées; Enjoint aux Subſtituts du Procureur général du Roi ſur les lieux d'y tenir la main, et d'en certifier la Cour au mois. Fait en Parlement, à Metz, audience publique tenant, le Jeudi dix-huitiéme Mai mil ſept cent ſoixante-neuf.

Signé, Brouet.

Collationées à l'original par Nous Conſeiller du Roi, Greffier en chef ſouſſigné.

(3.)

Décret ſur la ſuppreſſion des Ordres de Chevalerie du 6. Aout 1791.

Art. 4.

„Tout François, qui demanderoit ou obtiendroit, „*ou qui conſerveroit* l'affiliation à un ordre de Chevalerie, ou autre *corporation* établie en pays étrangers, „*fondée ſur des diſtinctions de naiſſance, perdra la* „*qualité et les droits de citoyen François*".

Constitution Françoiſe du 14. 7bre. 1791.

Tit. II. Art. IV.

„La qualité de citoyen ſe perd".

„1.) Par la naturaliſation en pays étrangers....

„4.) Par l'affiliation à tout ordre de Chevalerie „étranger, ou à toute corporation, qui ſuppoſe„roit, ſoit des preuves de Nobleſſe ſoit des diſtinc-

„tions de naissance, ou qui exigeroit des voeux „religieux".

(4.)

Constitution Françoise de 1791.

Tit. II. Art. III.

„Ceux qui, nés hors du Royaume de parens „étrangers, résident en France, deviennent citoyens „François après cinq ans de domicile continu dans „le Royaume, s'ils y ont en outre acquis des im„meubles, ou épousé une Françoise, ou formé un „établissement d'agriculture, ou de commerce, et „s'ils ont preté le serment civique".

Art. IV.

„Le pouvoir législatif pourra, pour des considéra„tions importantes, donner à un étranger un acte „de naturalisation, sans autres conditions, que de „fixer son domicile en France et d'y preter le ser„ment civique".

(5.)

Constitution Françoise de 1791.

Tit. VI.

„Les étrangers, *établis ou non en France*, succédent „à leurs parens étrangers ou François".

„Ils peuvent contracter, acquerir et recevoir des „biens situés en France, et en disposer, de même, „que tout citoyen François, par tous les moyens „autorisés par les loix".

(6.)

Les premiers Décrets contre les émigrés sont du 9. Fevrier et 8. Avril 1792.

(7.)

„*François* Second, par la grace de Dieu, Em„pereur Romain etc.... Sçavoir faisons à tous et „chacun de nos Vassaux ou sujets de l'Empire Ro„main, *soit qu'ils soyent nés tels ou qu'ils le soyent de„venus*, de quelqu'état, qu'ils soyent, qui se trou„vent au service militaire ou civil de France; dont „les noms sont supposés inclus dans les presentes; „*sans en excepter personne*, que les actes de violence „illicite et autres hostilités dont l'Empire Germani„que, ses états et sujets sont les victimes de la part „de nos voisins les François, ont engagé les Elec„teurs, Princes et états à s'y opposer par une resi„stance legitime etc.... Nous ordonnons en conse„quence en vertu de notre autorité Imperiale... que „vous tous sans exception, vous ayés à l'instant à „quitter tout emploi civil ou militaire, que vous „pourriés occuper au service de France... sous peine „d'étre mis au ban de l'Empire, de perdre tous vos „privilèges, graces, fiefs, biens de quelque nature „qu'ils soyent... même la vie... ex ceux, qui, mal„gré la presente défense, persisteront à demeurer au „service de notre susdit ennemi..., s'ils sont pris, „seront punis corporellement, même de mort; quant „aux absents, qui refuseront d'obéir aux presentes, „ils seront executés en effigie". Donné à Vienne le 19. Xbre. 1792.

Signé François, mppr.

(8.)

Extrait de la lettre de S. M. Imperiale aux trois Cercles Equestres de la Noblesse immédiate d'Empire.

„*François*, second, par la grace de Dieu, Empereur Romain", etc. . . . .

„*Nobles et bien nés, chers et fidèles*".

„Vous ne pouvés pas ignorer, que sur notre Décret „Imperial du 7. 7bre. de l'année courrante, que nous „avons fait mettre à la Dictature publique, les Elec„teurs, Princes et états de l'Empire après l'avoir pris „mûrement en consideration, dans les differens collè„ges, ont decidé et resolu, vu le danger evident „et toujours croissant... et comme nous avons à ces „causes trouvé necessaire, de publier entre autres „mesures, les lettres Patentes ci-jointes en original, „qui ont pour objet, les *lettres Avocatoires* d'usage „dans les circonstances urgentes, de la nature de „celle-ci, et les *lettres Inhibitoires* portant defense „de sortir de l'Empire, des provisions, chevaux et „munitions de guerre; Nous vous ordonnons gracieu„sement" etc.

„Nous Nous reposons en cela sur vous, et vous „assurons de notre bienveillance Imperiale" etc.

Inscription de la lettre.

„Aux Nobles et bien nés nos chers et fidèles „et du St. Empire N. N. Directeurs, Capi„taines, Conseillers et Deputés du Corps de „la Noblesse libre de l'Empire du pays de „Suabe, à tous ensemble et chacun en par„ticulier" etc.

(9.)

Loix contre les émigrés du 9. Fev. et 8. April 1792.

qui ordonnent le sequestre du bien des absens.

Loi du mois d'Octobre 1792.

qui prononce la confiscation des biens de ceux, qui ne seront pas rentrés avant le 8. May, et le bannissement perpetuel des personnes sous peine de mort, si elles revenoient.

(10.)

Copie de la lettre du Ministre Rolland au Département du Bas-Rhin, du 14. Xbr. 1792.

„ L'Assemblée nationale ayant renvoyé par son „ Décret du 14. du mois dernier à ses comités de „ Diplomatie et de Legislation la question de sçavoir, „ si les Princes et Seigneurs étrangers possessionés dans „ la Republique, et qui en sont sortis depuis la re- „ volution, doivent être reputés émigrés ou non; il „ est necessaire d'arrêter les poursuites, que l'on pour- „ roit faire contre ces prétendus Princes et Seigneurs, „ jusqu'à ce qu'il ait été prononcé sur leur état; *afin „ de ne pas exposer la République à des indemnités con- „ siderables.* Je vous prie en consequence de donner „ des ordres pour faire suspendre les poursuites, qui „ ont été commencés contre ces soi disants Princes „ et Seigneurs, et notament contre M. *Berstett*, en „ laissant neanmoins le sequestre sur leurs biens, „ jusqu'à ce que la Convention ait prononcé sur leur „ état".

Signé Rolland.

(11.)

Déliberation du Directoire du Département du Bas-Rhin du 21. Xbre. 1792, l'an premier de la Republique.

„Vû la lettre du Ministre de l'Interieur en date „du 14. de ce mois, relative aux propriétés des „Princes et Seigneurs étrangers, qui ont des possessions dans la République, et qui en sont sortis „depuis la revolution, et à la suspension de toutes poursuites contre eux en qualités d'émigrés, „notament contre le Sr. *Berstett*, jusqu'à ce que „la Convention nationale ait prononcé sur leur état, „en laissant neanmoins le sequestre sur leurs biens";

„Ouï le Procureur Général Sindic,

„les administrateurs composans le Directoire du Département du Bas-Rhin, considerant, que tous les „Nobles immatriculés au Directoire de l'Ortenau, „qui ont des propriétés dans ce Département, sont „fondés á reclamer en leur faveur les mêmes exceptions accordées au Sieur *Berstett* :

„Ont arreté en séance publique,

„que copies de la dite lettre seront adressées aux „Directoires des Districts, avec invitation de faire „arrèter toutes poursuites de ventes de meubles et „effets, appartenans aux Princes et Seigneurs étrangers, dans laquelle derniere classe seront compris „les dits Nobles immatriculés au Directoire de l'Ortenau, dont l'état sera adressé aux Directoires de Districts, dés que le Procureur général Sindic aura trouvé moyen de se le procurer, et seront en consequence les biens du Sr. *Berstett* mis sous le sequestre, si „fait n'a été etc." *Sig. et collationné* Barbier S. G.

(12.)

(12.)

Extrait du Moniteur du 21. Aout 1793.
Nro. 233. Pag. 991.

Seance du Mardi 20. Aout.

Fayau dit : „ Je denonce un abus , qui se com„met dans l'execution de la loi contre les émigrés ; „l'article des exceptions porte, que *ceux, qui se se„ront fait naturaliser en pays étranger avant le mois „de Juillet 1789. ne seront pas considerés comme „émigrés ;* Il en resulte, que les émigrés les plus cou„pables, favorisés par les puissances ennemies, en ob„tiennent des lettres de naturalisation antidatées, et „les administrations auxquelles ils les presentent, sont „obligées aux termes de la loi de leur accorder main „levée de leurs biens. *Je propose à l'assemblée de „suspendre l'execution de cet Article*, et d'ordonner la „saisie des biens dont on aura donné main levée". *Cette propposition est decretée.*

NB. Il est bon d'observer, que, quoique l'article exceptionel en faveur des naturalisés étrangers, avant le 1. Juillet 1789, ait été decreté, cet article a été omis dans les exemplaires envoyés aux Départemens, du moins à ceux des frontières, et on n'en auroit peut être pas eu connoissance, si on ne l'avoit point lu dans les Journaux du tems et le Bulletin officiel des séances de la convention, dont l'envoi a précédé celui de la loi entiere. La motion faite ensuite par Fayau et le Décret ci-dessus rendu sur cette motion, achève de prouver, d'une maniere invincible, l'existence de cette exception et la mauvaise foi de Roberspierre ainsi que de ses adherens.

Réfutation

d'un Arrêté du Département du Bas-Rhin, qui, en interprétant contre les termes précis de la loi le Décret contre les èmigrés, du 28. Mars 1793. déclare émigrés les membres de la Noblesse immédiate d'Empire nés sous la souveraineté de France, et confisque tous leurs biens.

Pour servir de suite au Mémoire pour les membres de la Noblesse Immédiate d'Empire nés sous la souveraineté de France etc.

Afin d'éclaircir la chose, il est nécessaire d'instruire le lecteur des faits, qui ont précedé cet Arrêté.

Le Département du Bas-Rhin séant à Strasbourg dans le Ressort duquel le plus grand nombre des Gentilshommes, nés sous la souveraineté de France, et en même tems immatriculés à la Noblesse Immédiate de l'Empire, se trouvoient possessionés, étoit indécis sur la maniere dont il devoit traiter ces Gentilshommes, relativement aux Lois rendues contre les émigrés, aucun principe n'ayant encore été décreté sur cette question particuliere d'état. Les noms de quelques uns d'entre eux, dont on ignoroit la qualité, avoient été inscrits sur des listes d'émigrés, tandis que d'autres, qui se trouvoient dans le même cas, n'étoient pas méme sequestrés. Enfin une lettre du Ministre Rolland mit fin à cette indécision. Il écrivit le 14. Xbre. 1792. au Département dans les termes suivants:

„L'Assemblée nationale ayant renvoyé par son „décret du 14. du mois dernier à ses comités de „Diplomatie et de Legislation, la question de sçavoir, „si les Princes et Seigneurs étrangers possessionés „dans la République, et qui en sont sortis depuis „la révolution, doivent ètre reputés émigrés ou „non; il est nécessaire d'arrêter les poursuites que „l'on pourroit faire contre ces prétendus Princes et „Seigneurs jusqu'à ce qu'il ait été prononcé sur leur „état, *afin de ne pas exposer la République à des in-„demnités considérables.* Je vous prie en conséquence „de donner des ordres pour faire suspendre les pour-„suites qui ont été commencées contre ces soi disant „Princes et Seigneurs, et nottament contre M. *Ber-„stett*, en laissant néanmoins le sequestre sur leurs „biens jusqu'à ce que la Convention ait prononcé „sur leur état". *Signé* Rolland.

En conséquence de cette lettre le Département prit l'Arrêté suivant:

„Délibération du Directoire du Département du „Bas-Rhin du 21. Xbre. 1792, l'an premier „de la République".

„Vû la lettre du Ministre de l'Intérieur en date „du 14. de ce mois, relative aux propriétés des „Princes et Seigneurs étrangers, qui ont des posses-„ſions dans la République et qui en sont sortis de-„puis la révolution, et à la suspension de toutes „poursuites contre eux en qualité d'émigrés, not-„tament contre le Sr. *Berſtett*, jusqu'à ce que la „Convention nationale ait prononcé sur leur état, „en laissant néanmoins le sequestre sur leurs biens":

„Ouï le Procureur Général Sindic:
„Les administrateurs composant le Directoire du Dé-
„partement du Bas-Rhin, considérant, que tous les
„nobles immatriculés au Directoire de l'Ortenau, qui
„ont des propriétés dans ce Département, sont fon-
„dés à réclamer en leur faveur les mêmes exceptions
„accordées au Sr. *Berstett*":

„Ont arrêté en séance publique:
„Que copies de la dite lettre seront adressées aux
„Directoires des Districts avec invitation de faire
„arrêter toutes poursuites de vente de meubles et
„effets appartenaus aux Princes et Seigneurs étran-
„gers, dans laquelle derniere classe seront compris
„les dits Nobles immatriculés au Directoire de l'Or-
„tenau, dont l'état sera adressé aux Directoires de
„Districts, dès que le Procureur Général Sindic aura
„trouvé moyen de se le procurer, et seront en con-
„séquence les biens du Sr. *Berstett* mis sous le se-
„questre si fait n'a été" etc.

Les Barons de Bodeck, de Serpes et de Wurmser, frères, avoient déja été inscrits sur les listes d'Émigrés, publiées antérieurement à cette époque, la vente même des meubles des deux premiers étoit déja annoncée par affiches publiques à Strasbourg: toutefois en conséquence de l'Arrêté ci-dessus les ventes furent suspenduës et les noms de ces quatre Gentilshommes ne parurent plus sur la nouvelle liste d'Emigrés formée le 15. Janvier suivant, que sous la Rubrique des sequestrés, ajoutée à la fin de la dite liste, où il est dit:

„Quant aux nobles immatriculés au Directoire de
„l'Ortenau, qui se sont absentés de l'Empire François
„sans être revenus dans le mois après la publica-

„tion de la loi du 8. Avril 1792. ci-après désignés, „sçavoir :

„Philippe Jacques Reinhard *Berſtett.*

„François Jean *Bodeck.*

„Gervais Henri Charles Louis Adam *Serpes de Lafage.*

„Auguste Samson *Oberkirch.*

„Christophe Philippe *Rathſambauſen.*

„Louis Samson *Rathſambauſen.*

„Jean *Türckheim.*

„Maximilian Constantin *Wurmſer.*

„François Otto *Wurmſer.*

„Dagobert Sigismund *Wurmſer* *).

„Comme aussi N. *Wangen*, Chanoine d'Arlesheim, „considerant, que les dits nobles se qualifient au„jourd'hui d'Etrangers, que la Convention nationale „a renvoyé par son Décret du 14. Nov. dernier à „ses comités de Diplomatie et de Legislation, la „question de sçavoir, si les Princes et Seigneurs „étrangers, qui ont des possessions dans la Républi„que et qui en sont sortis depuis la Révolution, doi„vent être réputés émigrés ou non, arrète, que leurs „propriétés demeureront sous le sequestre, jusqu'à „ce que la Convention nationale ait prononcé sur „leur état, conformèment à la lettre du Ministre de „l'Intérieur du 14. Xbre. dernier" etc.

Quoique les deux arrêtés ci-dessus, ainsi que la lettre du Ministre, contiennent la reconnoissance la plus formelle de la qualité d'Allemands des Gentilshommes réclamans, le Département, empressé à les dépouiller, n'en rendit pas moins quatre mois après sous le régime tirannique de Roberspierre, qui avoit pris naissance six semaines auparavant, et sans at-

*) Son Excellence M. le Feld-Maréchal Comte de Wurmser.

tendre la décision annoncée par la Convention, l'Arrêté suivant, qu'il suppose fondé sur la nouvelle loi contre les émigrés.

„Délibération du Directoire du Département du „Bas-Rhin, du 22. du mois d'Avil 1793." etc.

„Vû l'Art. 7. Sect. III. du Décret de la Convention „nationale du 28. Mars dernier contre les émigrés, „qui range dans la classe des émigrés ceux qui, quoi- „que nés en pays étranger, ont exercé les droits de „citoyens en France, ou qui ayant un double domi- „cile, sçavoir un en France, et un autre en pays „étranger, ne justifieront pas d'une résidence sans „interruption en France depuis le 9. Mai dernier. „Vû aussi le Décret du 27. du dit mois, qui annulle „tous les sursis à la vente des biens des émigrés, „accordés par le Ministre et qui ne sont point fon- „dés sur la loi".

„Ouï le Procureur Général Sindic:

„Les administrateurs composant le Directoire du Dé- „partement du Bas-Rhin, *Considerant*, que par ar- „rêté du 15. Janvier dernier les biens appartenans „aux nobles immatriculés au Directoire de l'Ortenau, „qui se sont absentés de l'Empire François sans être „revenus dans le mois après la publication de la loi „du 8. Avril 1792. ont été mis seulement sous le „sequestre, attendu que ces Nobles se qualifioient „d'étrangers, et que la Convention n'avoit pas en- „core prononcé sur leur sort; *Considérant que cette „question se trouve aujourd'hui décidée par la disposition „du Décret du* 28. *Mars alleguée cidessus*:

„Arrêtent en séance publique:

„Que Philippe Jacques Reinhard *Berstett*; François „Jean *Bodeck*; Gervais Henri Charles Louis Adam *Ser-*

„*pes* de Lafage; Auguste Samson *Oberkirch*; Christo-
„phe Philippe *Rathsamhausen*; Louis Samson *Rath-*
„*samhausen*; Jean *Türkheim*; Maximilian Constantin
„*Wurmser*; François Otto *Wurmser*; Dagobert Sigis-
„mund *Wurmser*, et Charles François Eleazar *Wan-*
„*gen*, Chanoine d'Arlesheim, *et tous les autres quel-*
„*conques, qui se trouveront dans le même cas, seront*
„*declarés émigrés*, et traités comme tels, à moins
„qu'ils ne justifient d'une résidence non interrom-
„pue en France dépuis le 9. Mai 1792. et ce dans le
„délai d'un mois à compter de la notification du pré-
„sent arrêté, conformément à l'Art. 64. du dit Décret
„du 28. Mars dernier. Invitent les Diréctoires des
„Districts, à prendre incessament les mesures de su-
„reté, pour la conservation des droits acquis à la
„République, sur les biens des dits nobles, et nom-
„mément pour la conservation des Archives et titres
„de propriété, et seront les Procureurs Sindics per-
„sonnellement responsables de l'exécution du présent
„arrêté, dont il sera adressé copie aux quatre Districts
„et à l'Inspecteur de la régie des domaines".

Signé Burger V. P. etc.

C'est cet arrêté qu'on va réfuter ici, vû que c'est par suite des erreurs grossieres qu'il contient, que la planche a été faite, pour dépouiller non seulement les Gentilshommes dénommés ci-dessus, mais aussi tous les autres, qui se trouvent dans le même cas.

Cet arrêté est nul de plein droit, par sa forme; attendu, qu'un corps administratif n'a pas le droit de faire, ni d'interpréter les Loix, et encore moins, lorsque le Corps législatif s'est formellement reservé de prononcer sur un objet particulier et qu'il ne l'a point fait. Tel est le cas ou se trouvent les membres

de la Noblesse immédiate de l'Empire, puisque par le Décret du 14. Nov. 1792. la Convention *s'étoit* formellement reservé le droit de prononcer sur leur état, et qu'il n'est point question du cas particulier où ils se trouvent dans le Décret du 28. Mars suivant.

Il ne l'est pas moins pour le fond; car l'*Article* du Décret, sur lequel le Département appuye sa décision, en déclarant émigrés

„ceux qui, quoique nés en pays étrangers, ont
„exercé les droits de citoyens en France, ou,
„qui ayant un double domicile, sçavoir l'*un en*
„France et l'autre en pays étrangers, ne justi-
„fiéront pas d'une résidence sans intérruption en
„France dépuis le 9. Mai 1792",

n'est en aucune maniere applicable aux membres de la Noblesse immédiate d'Empire, nés sous la *sou*véraineté de France:

1.) Parceque les individus nés en pays étrangers, qui, par leur longue habitation en France, l'exercice temporaire des droits de citoyens François, ou leur mariage avec des Françoises, ont acquis la *naturalité* en France, étoient réellement et légalement devenus François, par leur libre choix à l'époque de la revolution, *et avoient ainsi cessé d'être étrangers en France.* Or aucun Décret ne leur ayant permis ou ordonné d'opter entre la qualité, que leur donnoit leur naissance, qualité, *qu'ils avoient abondonnée*, et celle que leur donnoit leur naturalisation Françoise, ils étoient necessairement assujettis en vertu de leur qualité adoptive, qui étoit le dernier état des choses, aux loix Françoises, comme tout autre François né tel.

Les membres de la Noblesse immédiate de l'Empire, quoique nés sous la souveraineté de France, se trouvent dans un cas absolument opposé.

L'exercice des droits de citoyens François, qu'ils ont fait antérieurement au 6. Août 1791, daté du Décret d'abolition des ordres de Chevalerie en France, ne peut en aucune manière leur être opposé comme une fin de non recevoir à leur qualité d'Allemands, puisqu'il conste par le traité d'abolition du droit d'Aubaine du mois de Février 1769, qu'ils ont toujours jouï simultanément jusqu'au mois d'Aout 1791. de la qualité et des droits de citoyens François et de citoyens Allemands, que le dit traité leur a solemnellement reconnus. Par le Décret du 6. Aout 1791. et la Constitution Françoise du mois de 7bre. de la même année, l'Assemblée nationale a non seulement laissé aux immatriculés la liberté d'opter entre leur qualité d'Allemands ou de François, mais elle l'a de plus exigé; ce n'est donc pas comme étrangers domiciliés et naturalisés en France, et de leur propre mouvement, mais par nécessité et afin d'obéir aux Loix Françoises, qui les y obligéoient, que les immatriculés sont devenus purement allemands six mois avant que l'émigration fut déclarée un crime; et cette option exigée de leur part par les Loix Françoises, les met dans une cathegorie diamétralement opposée à celle des étrangers naturalisés en France, qui, sans y être plus autorisés, que tout autre François, ont *abdiqué volontairement* la qualité de citoyens François, qu'ils avoient acquise par leur naturalisation, pour reprendre celle, qu'ils tenoient de leur naissance et à laquelle ils n'avoient plus de droit.

2.) Quant à l'induction, qu'on veut tirer contre les immatriculés de la seconde partie de l'Article cité ci-dessus, elle tombe d'elle même, du moment ou ce n'est point un François, ou un naturalisé tel, qui a un double domicile; mais bien un individu mixte, François et Allemand, reduit à cette derniere qualité seule, par les Loix même de la France, dixhuit mois avant le 28. Mars 1793, date du Décret que le Département a voulu mal à propos, par son arrèté du 22. Avril 1793. appliquer aux immatriculés.

Rien enfin ne découvre mieux la fausseté et la mauvaise foi de l'interprétation, que les Administrateurs du Département du Bas-Rhin, influencés par le régime de Roberspierre, ont donné à l'Art. 7. de la Sect. III. du Décret relatif aux émigrés du 28. Mars 1793, que l'exception précise faite dans ce même Décret en faveur des François naturalisés en pays étrangers avant le 1. Juillet 1789. Inutilement voudroit on chercher à les excuser en disant, que cet article exceptionel ne faisoit point partie de l'exemplaire tronqué de ce Décret envoyé au Département du Bas-Rhin sous la tirannie de Roberspierre; on leur répondroit toujours: 1.) Qu'ils ne pouvoient pas ignorer cette exception, puisqu'elle avoit été insérée dans tous les journaux et même dans le Bulletin officiel publié, imprimé et affiché par le Département, d'aprés les ordres de la Convention. 2.) Que cette exception en faveur des François naturalisés étrangers fait si bien partie du Décret du 28. Mars 1793, que ce n'est que le 20. Aout de la même année, que son exécution a été suspendue et non revoquée *), puis ensuite

*) Extrait du Moniteur du 21. Aout 1793. Nro. 233. pag. 991.

confirmée par le Décret du mois de 7bre. 1794; d'ou il suit, que tous les biens des immatriculés ont été non seulement vendus en vertu d'une fausse interprétation de l'Art. 7. du Décret du 28. Mars 1793, mais encore contre les termes les plus positifs de l'article exceptionel, fait en leur faveur dans ce même Décret et confirmé depuis par tous les autres Décrets rendus sur cette matiere, inclusivement jusqu'aujourd'hui. Quoiqu'il en soit, il est du moins incontestable, que tous les biens des immatriculés, vendus depuis le 20. Aout 1793, ont été vendus de mauvaise foi par les Administrateurs du Département du Bas-Rhin, puisque d'après ce Décret, ils ne pouvoient plus douter ni de l'infidélité de la Copie du Décret du 28. Mars 1793, qui leur avoit été adressée, ni de l'injustice atroce de leur arrèté du 22. Avril 1793; et cependant ils n'en ont pas moins continué à vendre et non obstant le Décret du 20. Aout, qui suspendoit seulement l'exécution de l'article exceptionel fait en faveur des naturalisés, ils n'en ont pas moins laissé subsister leur arreté spoliateur.

En un mot, *les Gentilshommes reclamans étant devenus purement Allemands par la volonté de la nation, dés le 6. Aout* 1791, *les Décrets rendus posterieurement pour des François, nés ou devenus tels, quand même ils ne leur auroient pas été favorables, ne pouvoient plus les atteindre, puis-qu'ils étoient légalement séparés de la France avant la promulgation de ces Décrets.*

Ces deux réponses semblent être sans replique, à moins de supposer, qu'on peut donner aux loix un effet rétroactif, ce qui n'existe chez aucun Gouvernément, et encore moins lorsqu'il est question de traiter avec des puissances étrangeres.

La suspension accordée par le ministre, dont parle l'arrèté, n'étoit d'ailleurs point une de ces graces révocables à volonté, puisqu'elle étoit fondée sur le Décret du 14. 9bre. 1792, qui ordonnoit un rapport sur la question d'état des immatriculés, rapport, qui n'a jamais été fait; la révocation décretée le 27. Mars 1793, sur laquelle se fonde le Département, ne pouvoit donc pas ètre étenduë aux réclamans, puisque comme naturalisés Allemands, ils étoient formellement éxceptés par le même Décret, et que ce n'est que par une fausse interprétation de la loi du 28. Mars 1793, dont on avoit retranché l'article qui leur étoit favorable, et non en vertu d'un Décret applicable à leur position, que les Gentilshommes reclamans ont été déclarés émigrés, contre le droit commun, celui des gens et le Décret même, qui les protégoit, dont on s'est servi contre eux, en le tronquant et en supprimant une partie afin de pouvoir les spolier au profit de la Republique. Tous les autres Gentilshommes immédiats, ainsi que les princes et états d'Empire, possesſionés en France, seroient au reste dépouillés, de même que leurs confrerés, nés sous la souveraineté de France, si ces nouveaux principes pouvoient jamais être adoptés.

4. Schreiben der Fürſtlich Baſelſchen Geſandtſchaft an die Reichs-Friedens-Deputation, vom 22. und 23. Dezember 1797.

Aus denen abſchriftlich hier beyliegenden zwey Schreiben, die der franzöſiſche Geſchäftsträger Bacher, am 13. d. l. M. an die löbliche Eidgenoſſenſchaft erlaſſen hat, und die in Baſel durch öffentlichen Druck bekannt gemacht worden ſind, iſt zu erſehen:

a) Daß die franzöſiſche Regierung, die theils im Reiche, theils in der Schweiz gelegene Hochfürſtlich Baſeliſche Lande, welche unter dem Schuze der helvetiſchen Neutralität bishero verſchont geblieben, nunmehro ebenfalls in Beſitz nehmen zu wollen, ſich erkläret habe.

b) Daß in dem einen der gedachten Schreiben vorgegeben werde, als wenn Frankreich allen Rechten und Zugehörungen des Bisthum Baſel auf dem linken Rheinufer ſubrogirt oder unterſezt wäre, da doch eine ſolche Subrogation anders nicht als durch den Friedensſchluß rechtmäſſig beſchehen kann. Sodann auch

c) Daß die franzöſiſche Republik, gegen wen es ſich fügen wird, alle ihre Rechte und Anſprüche über die dem Bisthum Baſel an dem linken Rheinufer zugehörige beweglich und unbewegliche Habſeligkeiten mit einer Entſchädigung wegen bisherigen Nichtgenuſſes, und überhaupt auch wegen des durch bisher behinderte Beſitznahme der befraglichen neutralen Länder verſpührenden Schadens, nebſt der Reſtitntion der Zehnten, Zinſen, herrſchaftlichen Rechten, Zöllen ꝛc. und ſämmtlicher Einkünfte, welche ſeit der Reunion der übrigen Hochſtifts-Länder mit Frankreich, dem Vorgeben nach, indebite bezogen worden ſeyn ſollen, ſich ausdrücklich, und eben ſo vorbehalte, als wenn die franzöſiſche Republik die Neutralität der jezt einnehmenden Länder zu ſeiner Zeit nicht förmlich anerkannt hätte.

Wenn nun aber dieſer Eingriff, der denen eingelangten übereinſtimmenden Nachrichten zufolge in dem Münſter-Thale und Ergäu bereits vollzogen worden iſt, dem beſchloſſenen Waffenſtillſtand, und denen zu Leoben am 18. April d. J. zwiſchen den K. K. und den franzöſiſchen Bevollmächtigten abgeſchloſſenen wechſelſeitig ratificirten Friedens-Präliminarien, ganz widerſprechend, und um

ſo auffallender und beſtürzender iſt, als ſolcher in eben der Zeit unternommen wird, wo des Herrn Fürſt-Biſchofs zu Baſel Hochfürſtl. Gnaden nach denen ſeit ganzen 9. Jahren her erlittenen ſo unverdient als ungerecht und härteſten Verfolgungen in der nunmehrigen Eröfnung des Congreſſes zur Abſchlieſſung eines auf die Integrität des Reichs begründeten Friedens mit dem dermaleinſtigen Ende ihrer erlittenen beyſpielloſen Drangſalen, viel eher die Erſetzung ihres Schadens, als aber neüe Eingriffe zu erwarten, ſich berechtiget glauben ſollten, alſo kann höchſtderoſelbige endesgefertigte Geſandtſchaft Pflichten halber nicht umhin, einer bey dem gegenwärtigen Congreſſe anweſenden höchſtanſehnlichen Reichs-Deputation dieſes allen Völkerrechten widerſprechende Unternehmen ehrerbietigſt anzuzeigen, und anmit auch die Bemerkniſſe beyzulegen, daß, wenn es bey dieſem neuen Eingriffe ſein Bewenden haben ſollte:

1.) Se. Hochfürſtl. Gnaden, die Ihrem Sitze bisher annoch übriggebliebene einzige Unterhaltungsmittel, mit einer Bevölkerung von ohngefähr 20000. Seelen, nun auch vollkommen vermiſſen, und kein anderes weltliches Gebiet mehr, als die alleinige am rechten Rheinufer, gelegene, nur in 5. kleinen Dorfſchaften beſtehende Herrſchaft Schliengen beybehalten würden, womit dann die Reichsſtändiſche Ehre und Würde der Hochanſehnl. Fürſtbiſchöfe ganz natürlich nicht mehr beſtehen könnte.

2.) Daß die Unterthanen der von Frankreich neubeſezten Landen Sr. Hochfürſtl. Gnaden an verfallenen rückſtändigen Einkünften, wenigſtens bey 80000. Gulden ſchuldig verbleiben, welche mit dem Werthe der Fürſtl. Mobilien, welche ſo in die Neue-Stadt als in einen vermeinten ſichern Orte geflüchtet worden, ebenfalls verloren ſeyn würden, und dahero Se. Hochfürſtl. Gnaden mit

Dero Miniſters und Räthen, welche Höchſtdenenſelben zur Behauptung ihrer Reichsſtändiſchen Pflichten beygeſtanden, und denen ihre Güter ebenfalls ſequeſtrirt und zum großen Theile verkauft worden ſind, um ſo unrettlicher an den Bettelſtab kommen müßten, als Höchſt Sie kein anderes Vermögen mehr beſitzen, und das ohnehin ſchon mit ſchweren Schuldenlaſten beladene Hochſtift keinen Credit mehr haben kann; bey alle dem aber

3.) Annoch das bedauerlichſte iſt, daß durch die erwähnte franzöſiſche Beſitznahme der beſagten bisher neutral geweſenen Lande, die Aufhebung der katholiſchen Religion in einem Theil des Münſter-Thals, in einem aus 12. meiſtentheils adlicher Glieder beſtehenden daſigen Chorſtift und der berühmten Abtey Bellelai Prämonſtratenſer-Ordens, nicht zu vermeiden seyn dürfte.

Einer Höchanſehnlichen Reichs-Deputation werden daher dieſe ſo wichtige Verhältniſſe von gedachter Geſandtſchaft mit der dringendſten Bitte zur hochgeneigten Beherzigung anheimgeſtellt, daß Hochdieſelbe in Ihrer Weisheit, die Mittel ausfindig machen mögte, um, durch nachdrückſamſte Verwendung bey den franzöſiſchen Bevollmächtigten, dem androhenden Uebel und dem vollkommenen Ruin Sr. Hochfürſtl. Gnaden, Ihres Hochſtifts und Angehörigen ſchleunigſt abzuhelfen, allerwenigſtens aber zu bewirken, daß bis zum tractatenmäſſigen Austrage der Sache alle Eigenthümer Sr. Hochfürſtl. Gnaden und Ihres Domſtiftes ſowohl, als auch Ihrer ſämmtlichen Angehörigen und Unterthanen, behörig reſpectiret und ſalviret werden möchten.

Raſtadt, den 22. Dec. 1797.

Freyh. von Ligertz, Domherr zu Baſel.
Von Billieux. Schumacher.

Da der endesunterzeichneten Hochfürſtl. Baseliſchen Geſandtſchaft anheute den 23. dieſes, die ſo verläßig als traurige Nachricht eingelaufen iſt, daß in Folge der zwey Schreiben des franzöſ. Geſchäftsträgers Bacher vom 13. des l. M. (wovon die Abſchriften dem Memorial vom geſtrigen Tage beyliegen) der Stand Baſel die daſelbſt gelegene biſchöfliche Reſidenz, ſammt dem Domhofe mit Wachen beſezt, und nicht nur die Hochfürſtliche und Domcapitliſche, ſondern auch die Partikular-Eigenthümlichkeit der Domherren mit Arreſt belegt habe, als findet ſich die ermeldte Geſandtſchaft vermüſſiget, einer Hochanſehnlichen Reichs-Deputation dieſe neuen Verhältniſſe anmit ebenmäſig pflichtſchuldigſt anzuzeigen, und die allerinſtändigſte Bitte um vielvermögende wirkſamſte Verwendung beyzufügen, auf daß, wann in der Hauptſache ſelbſt ſogleich nicht geholfen werden könnte, doch unter einſt die Eigenthümer verſchont, und allerwenigſtens die Sr. Hochfürſtl. Gnaden ſowohl, als denen Particular Gliedern des Domſtifts zugehörige bewegliche Habſeligkeiten indeſſen zu ihrer freyen Diſpoſition erlaſſen werden.

Raſtadt, den 23. Dec. 1797.

Freyherr von Ligerz,
Domherr zu Baſel.
Billieux. Schumacher.

Anlage A.

Schreiben des Bürgers Bacher an die löbliche Eidgenoſſenſchaft vom 23. Frimaire, im 6ten Jahr der franzöſiſchen Republik.

Il est notoire que la prevoté de Moutier, Grandval, le pays d'Erguèl, la mayerie d'Avint. la Neuveville, et par indivis la seigneurie des montagnes de Diésses étoient

étoient de tout temps des dependances du ci-devant Evêché de Basle, actuellement réuni à la France sous la denomination de Département du Mont-terrible.

La Nation Française étant subrogée à tous les droits de souveraineté honorifiques et utiles, domaniaux, biens fonçiers, de mouvances et appartenances etc. du ci-devant Evêché de Basle sur la rive gauche du Rhin, je suis chargé, magnifiques et puissants Seigneurs, de vous notifier, que l'occupation de tous les susdits pays va avoir lieu sous peu de jours; de manière cependant à ne porter aucune atteinte à la neutralité Helvetique, qui sera maintenue dans tous ses points, puisque la République Française ne fera autre chose, que d'exercer tous les droits quelconques, et de se mettre en lieu et place du soi-disant Prince Evêque de Basle, en prenant possession d'une partie integrante et dependante du Département Mont-terrible.

Je dois ajouter, magnifiques et puissants Seigneurs, à ma notification officielle, que la République Française se reserve formellement tous ses droits et actions contre qui il appartiendra, sur tous les immeubles, meubles appartenants au ci-devant Evêché de Basle sur la rive gauche du Rhin, les indemnités, qui lui sont dûes pour la non-jouissance, et en général tous les torts que lui ont causés les obstacles mis jusqu'à present à la prise-possession des ci-dits pays, de même, que la restitution des dixmes, rentes foncières, droits Seigneuriaux de passage etc. en général les sommes et objets induement perçus depuis la reunion du Département de Mont-terrible à la France.

J'ai l'honneur d'être etc.

Anlage B.

Schreiben des Bürgers Bacher, *Chargé d'affaires* der franzöſiſchen Republik bey der löblichen Eidgenoſſenſchaft, an das helvetiſche Directorium zu Zürich. Baſel, den 23. Frimaire. Im 6ten Jahre der franzöſiſchen Republik. (13. Dezember 1797.)

Magnifiques et puiſſants Seigneurs!

Comme des malveillants pourroient chercher à allarmer les Cantons qui avoisinent la France sur l'occupation que les troupes Françoises vont faire des dependances du Département du Mont-terrible indiquées dans la lettre ci-jointe, je vous prie, magnifiques et puissants Seigneurs, de vouloir bien la faire circuler parmi les états de la conféderation Helvétique et d'y ajouter, que la République Française fera toujours ses efforts pour maintenir la neutralité, et que son voeu constant sera de vivre en paix et bonne amitié avec le peuple Suisse, en assurant son independance et sa liberté.

J'ai l'honneur d'être etc.

5. Vorſtellung des Fürſt-Biſchofs von Baſel, wegen Nichtbehandlung der Baſeliſchen Unterthanen als Emigranten. Vom 20. März 1798.

Nicht nur nach der Epoche der am 23. März 1793. vorgegangenen Vereinigung des größten Theils des Reichsfürſtlichen Stiftes Baſel an Frankreich, ſondern faſt Jahr und Tag vorher ſchon, gleich zur Zeit, als die

franzöſiſchen Truppen unter Freundſchafts-Vorwand eindrangen, an eine Vereinigung aber noch nicht einmal gedacht wurde, verließen unzählige, alt und junge, geheyrathete und ledige Perſonen, männlich und weiblichen Geſchlechts ihre Wohnſtätte, theils um ihrem natürlichen Landesherrn in ſeiner Auswanderung nachzufolgen, und ihm in Vollziehung ſeiner aufhabenden Reichspflichten beyzuſtehen, theils um denen Verfolgungen und der Todesgefahr, womit die Anhänger der verfaſſungsmäßigen Regierungen bedrohet waren, auszuweichen, theils aber auch, um gegen Kaiſer und Reich die Waffen nicht ergreifen zu müſſen, ſondern denen von Reichs wegen ergangenen Avocatorien und Inhibitorien die geſezliche Folge und Unterthänigkeit zu leiſten.

Obſchon nun über dieſe ihrer rechtmäßigen Landesherrſchaft aus Anhänglichkeit und Pflicht getreu verbliebene Stift-Baſelſche Unterthanen und Angehörige, Frankreich eine legale Beherrſchung auszuüben, offenbarer Dingen, die geringſte Befugnis nicht hatte, ſo ließ ſelbiges dennoch alle oberwähnte Individuen, jene nämlich, die vor der Vereinigung ausgewandert waren, eben ſo wie jene, die nachher ihre Wohnſitze verlaſſen hatten, und ſo weiters annoch die durch bekannte Gewiſſens- und Religions-Kränkungen zur Verlaſſung ihrer Vaterſtädte und Verſorgungen genöthigte Cleriſey, Religioſen und Kloſterfrauen, ſogar auch unmündig- und minderjährige Kinder, die doch anders nichts als ihren Eltern nachzufolgen vermochten, ſämmtlich ohne Unterſchied auf eine Liſte ſetzen, und denen für die eingebohrne franzöſiſche Unterthanen gemachten ſcharfen Emigrations-Geſetzen gemäß behandeln — einfolglich ihre Perſonen verbannen, ihre liegend und fahrende Habſchaften aber ſequeſtriren und zum Theil verkaufen.

Nun iſt Einer, mit der Höchſtanſehnlichen Kaiſerl. Plenipotenz vereinten vortreflichen Reichsfriedens-Deputation zwar gefällig geweſen, in denen sub dato 3. d. l. M. an die franzöſiſche Miniſters gerichteten achtzehn Punkten zu Gunſten der Reichs-Angehörigen, welche ungebührlich wie franzöſiſche Emigrirte angeſehen und behandelt werden, ihre beſchäftigte milde Fürſorge, im Allgemeinen ſchon eintreten zu laſſen; weil aber die Verbitterung Frankreichs vorzüglich gegen die Emigrirten der vereinigten Länder durch die traurige Beyſpiele von Avignon und Belgien, nur zu faſt am Tage liegt, und leider! der gröſte Theil des Reichsfürſtl. Stifts Baſels ebenfalls an Frankreich vereiniget worden iſt, ſo ſtehet man nicht ohne Sorgen, daß deſſelben Angehörige, inſofern ihrentwegen eine ausdrücklich benannte Ausnahme in dem zu errichtenden Friedenswerk nicht Plaz greifen ſollte, der Strenge der franzöſiſchen Geſetze nicht auch wie die Belgier ferner unterjocht bleiben.

Wenn aber des Herrn Fürſt-Biſchofen zu Baſel Hochfürſtl. Gnaden landesväterlicher theureſten Pflicht nicht zu viel obgelegen ſeyn kann, und ſelbſt auch die Ehre und Würde des geſammten heil. römiſchen Reichs erfordern, daß Höchſtderoſelben unglücklichen Unterthanen insbeſondere, nicht minder als denen getreuen Reichs-Angehörigen überhaupt, welche wegen Religions-Kränkungen, wegen vorgeſchriebener geſetzlichen Anhänglichkeit an ihre rechtmäßige Herrſchaften, und um anderer obenangeführten löbl. Bewegungsgründen willen, auszuwandern veranlaßt und genöthiget worden, eine beſtverdiente Genugthuung vergönnt werde; als haben Höchſtdieſelben Dero unterzeichnete Geſandtſchaft ſpecialiter beauftragt, dieſe ſchwere Anliegenheit, wovon die Wohlfahrt ſo vieler Tauſenden nunmehro im Auslande, in

Noth und Armuth herumirrenden rechtſchaffenen Leuten und getreuen Reichs-Angehörigen abhängt, Einer mit der Höchſtanſehnl. Kaiſerl. Plenipotenz vereinten vortref-lichen Reichs-Friedens-Deputation dringlich an's Herz zu legen; und Höchſt- und Hochdieſelben ſohin inſtändigſt zu erbitten, daß in erfolgendem Abtretungsfall der Fürſt-lich-Baſeliſchen Reichslanden an Frankreich, zur Vermeidung aller nachherigen zweydeutig- und willkürlichen Auslegungen, in dem abzuſchließenden Friedenswerk durch beſtimmte und heitere Ausdrücke vorbehalten und ſchriftlich verzeichnet werden möchte, was maſſen von den ſämmtlichen bis zur erfolgenden friedenstraktatmäſſigen Abtretung des Hochſtifts Baſel, aus deſſelben Gebiete ausgewanderten Individuen, weſſen Namens, Standes, Weſen und Geſchlechts ſie ſeyen, und wo ſie ſich dermalen nur immer aufhalten mögen, keiner als Ausgewanderter angeſehen noch gehalten — und mithin die von Seiten Frankreichs wider dieſelben, oder wider die franzöſiſchen Unterthanen gemachte Auswanderungs-Geſetze gegen ſie Reichsſtifts-Baſeliſche Angehörige und Unterthanen, in keine Weis und zu keiner Zeit anwendbar noch verbindlich ſeyn — einfolglich denenſelben nicht nur ungehinderte Rückkehr und Aufenthalt in ihrem Vaterlande vergönnt, ſondern auch freye Hand über ihr ſämmtliches vor ihrem Austritt oder Auswanderung beſeſſenes, nicht minder als auch über das ihnen etwa ſeither und von Anbeginn der Revolution bis zur Zeit der erfolgenden förmlichen Landesabtretung, nach denen Reichsgeſetzen angewachſenes oder angefallenes Vermögen, mit allen daherigen Einkünften und Anſprachen, die Nation möge durch Verkauf oder ſonſt damit ſchon disponirt haben oder nicht, verſtattet — ſofort alle auf ihre Eigenthümer und Anſprachen angelegte Verbote un-

verſchüblich aufgehoben und namentlich ihre unter dem irrigen Auswanderungs-Vorwand ſchon verkaufte, liegende Güter, wieder zurückgegeben — ihre verkauftbewegliche Habſeligkeiten aber nach ihrem eigentlichen Werth vergütet, und falls die veräußerte liegende Güter in natura nicht mehr zurückgeſtellt werden könnten, der Erſatz dafür ebenmäſſig nach ihrem eigentlichen Werth geleiſtet — auch allen wegen der Auswanderung an ihren Gütern betheiligten Partikularen eine billige Entſchädigung geſchöpft, und endlich für die uneingeſtellte vollgültige Zahlung all' dieſer Vergütungen eine genugſame Verſicherung mit der Erlaubnis ertheilt werden ſoll, daß ſie, und alle Stifs-Baſeliſche Angehörige und Unterthanen, die nach erfolgter allfälligen Abtretung ihr Vaterland zu verlaſſen, ſich etwa entſchließen würden, ihr beweglich und unbewegliches Eigenthum, und alles was ihnen zugehörig iſt, ſo wie andere Einwohner der Republik, ungehindert benutzen, gutbefindenden Falls aber binnen einer zu verkommenden hinlänglichen Friſt veräuſſern, und in Geld oder in natura Abgabsfrey abführen dürfen.

Wie nun übrigens Se. Hochfürſtl. Gnaden im Bewußtſeyn, ihre Reichspflichten zu Ihrem und Ihrer Angehörigen ſelbſteigenen perſönlichen Nachtheil unter allen ſo langwierigſten als härteſten Bedrängniſſen immer getreulich erfüllt zu haben, das unwandelbare Zutrauen hegen dürfen, daß über Ihre wiederholte, an Se. Kaiſerl. Majeſtät, an den allgemeinen Reichstag, an die zum gegenwärtigen Friedens-Congres wohlbeſtellte Höchſtanſehnliche Kaiſerl. Plenipotenz und vortrefliche Reichs-Friedens-Deputation, namentlich unterm 9. May 1792, 9. Sept. 1793, 21. Auguſt 1795, 22. und 23. Dezemb. 1797, auch 11. Januar und 14. Febr. d. l. J. aller-

unterthänigſt und geziemend eingereichte Beſchwerds- und Bittſchriften die Reichsverbandmäſige Rückſicht, Stütze, und Hülfe zuverſichtlich eintreten werde; und daß, wenn auch die geographiſche Integrität des Reichs nicht beybehalten werden kann, Eine mit der Höchſtanſehnl. Kaiſerl. Plenipotenz vereinte vortrefliche Reichs-Friedens-Deputation nur deſto beſchäftigter und unabläſſiger beſorgt ſeyn werde, doch allerwenigſtens die politiſche Integrität des verfaſſungsmäſſigen bisherigen Verhältniſſes des Reichs unter denen dazu gehörigen geiſt- und weltlichen Ständen unabänderlich handzuhaben; zumalen Se. Hochfürſtliche Gnaden aus denen den franzöſiſchen Friedens-Bothſchaftern am 3. des l. M. von Reichs wegen übergebenen hier oben ſchon erwähnten achtzehn Punkten zum unverkennlichen Danke aller Reichs-Angehörigen, mit beſonderm Troſt zu erſehen gehabt, wie ſehr ihr Intereſſe im Voraus ſchon beherziget, und wie ſorgen- und einſichtsvoll die Rechte, Forderungen, Anſprachen und Entſchädigungen, ſowohl der ſämmtlichen als auch der einzelnen Reichsſtände und Angehörigen, zu Bedacht genommen ſeyen; alſo entübriget Höchſtdenenſelben nur noch für den glücklichen Ausſchlag dieſer rühmlichſten Bemühungen und Unterhandlungen ihre lebhafteſten Wünſche zu verdoppeln, und in Hinſicht der ganz beſondern Lage, worinn Sie ſich mit Ihrem Domſtift befinden, die hiernach folgende angelegentlichſte Bitte beyzuſetzen:

1.) Daß Eine mit der Höchſtanſehnlichen Kaiſerl. Plenipotenz vereinte vortrefliche Reichs-Friedens-Deputation, von denen in den obermeldten achtzehn Punkten zu Gunſten der Landesherrſchaften, ſo wie auch ihrer Angehörigen und Unterthanen auseinandergeſezten allergerechteſten Forderungen nicht abweichen — und von al-

len daher erwartenden Nutzungen und Vortheilen das Hochſtift Baſel mit denen Seinigen, gleich allen andern betheiligten Reichsſtänden, theilhaftig machen — zu dieſem Ende aber, (und damit wegen der vorberührten Vereinigung, wodurch Se. Hochfürſtliche Gnaden, Dero Domſtift, Angehörige und Unterthanen theils ſchon vor fünf Jahren, theils aber auch erſt vor drey Monathen durante armisticio aus dem Beſitzſtand ihrer am linken Rheinufer gelegenen Reichs-Angehörungen herausgewunden und entſezt worden ſind, von Seiten Frankreichs keine Ausnahme vorgeſchüzt werden möge), in dem zu beſchließenden Friedenswerk ausdrücklich erwähnt werde, daß alle zu Gunſten der andern Reichsſtändiſchen Beſitzern oder rechtmäſſigen Eigenthümern vorzubehaltende Vortheile, auch namentlich dem Reichsſtift Baſel und ſeinen ſämmtlichen Angehörigen und Unterthanen ohne einige Ausnahme zuſtatten kommen ſollen.

2.) Daß für den dem Hoch- und Domſtift, ſowohl im Elſas, als in dem anvertrauten eigenen Gebiethe zugefügten viele Millionen betragenden Schaden, inſofern ſolcher durch die von denen mehr beſagten achtzehn Punkten erwartenden Vortheile, hinlänglich nicht vergütet würde, eine ergiebige und billigmäſſige Entſchädigung per Bauſch in Geld, vorzüglich aber an Grund und Boden geſchöpft, angewieſen, und um ſo gewiſſer zugeſichert werden möchte, als nicht nur die Religion, ſondern auch das unverkennbare Intereſſe der unmittelbaren Reichs-Ritterſchaft, die Conſervation dieſes uralten Reichsſtifts bey ſeinem bisherigen Anſehen allerdings erheiſchen, und nicht billig ſeyn kann, da zumalen es in vorigen Kriegen ſo ſehr ſchon geſchmälert worden iſt, daß es zum Nutzen von Allen und für das ganze Reich ein Opfer werde, ohne für ſeinen erleidenden

unermeßlich großen Verluſt eine Entſchädigung zu erhalten.

3.) Daß die auf Sr. Hochfürſtl. Gnaden und Dero Dom-Kapitel, ſo wie auch die unter Höchſtderoſelben Bürgſchaft auf denen Bisthum Baſeliſchen Landſtänden haftende Paſiv-Schulden, (mit Innbegrif derjenigen, die Se. Hochfürſtl. Gnaden und Dero Dom-Kapitel bey Vermiſſung der denenſelben von Frankreich entzogenen Einkünften und Habſchaften zu Ihrer und der Ihrigen untereinſtiger Subſiſtenz, und um Ihre aufhabende Reichspflichten erfüllen zu können, ſeit dem Anfang der franzöſiſchen Revolution zu contrahiren vermüſſiget worden), zu gerechtem Bedacht genommen, und, durch wen es ſich fügen wird, bezahlt werden, ohne daß Se. Hochfürſtl. Gnaden, Dero Domſtift, noch die ehemalige landſtändiſche Repräſentanten jemals darum geſucht noch belangt werden mögen.

4.) Daß Remiſſive auf den dritten Artikel der mehrbeſagten achtzehn Punkten von der franzöſiſchen Republik auch auf alle Anſprüche, Rechte, Güter und Einkünfte, ſo die ein- oder andere aufgehobene franzöſiſche Stiftungen oder Corporationen in denen bey Deutſchland verbleibenden Landen beſitzen, eine ebenfallſige Verzicht erwirkt, und endlich:

5.) Daß, gleichwie die dem Reichsfürſtlichen Hochſtift Baſel zuſtehende ſtattliche Rechten ſich auf den Weſtphäliſchen und alle nachherige öffentliche Verträge von Nymwegen, Ryßwick, Wien u. ſ. w. ja ſelbſt auch auf den mit der Kron Frankreich im Jahr 1780. beſchloſſenen feyerlichen Bundesvertrag begründen; alſo auch in dem neuzuverfaſſenden Friedensſchluß alle zu Gunſten des erholten Hochſtifts ſprechende vorgehende öffentliche Verträge ausdrücklich und feyerlich beſtätiget werden möchten.

Wenn nun endlich zum Beſchluß die Anmerkung nicht undienlich ſeyn mag, daß das mehrerholte Hochſtift unſtreitig einen weſentlichen und ergänzenden Beſtandtheil des heiligen römiſchen Reichs ausmache, und in keiner Rückſicht unter einer andern Cathegorie, als unter derjenigen und ganz nämlichen, worunter alle übrige Sitz- und Stimme habende Reichsſtände ſind, betrachtet werden könne, einfolglich ſelbiges alle denen andern betheiligten Reichsſtänden zu ſtatten kommende Nutzungen und Vortheile in gleichem Maß anzuſprechen und zu erwarten berechtiget ſey; alſo darf man auch der tröſtlichen Hofnung leben, daß eine vortrefliche Reichs-Friedens-Deputation, vereint mit der Höchſtanſehnlichen Kaiſerl. Plenipotenz, die allerbedauerlichſte Lage dieſes Sr. Kaiſerl. Majeſtät und dem Reich ſtets unerſchütterlich getreu verbliebenen und immer mit Herz und Mund zugewandt verbleibenden unglücklichen Hochſtifts nach beywohnendem Biedergefühl zu beherzigen, und nach beßtem Vermögen zu unterſtützen, nicht entſtehen werde.

Raſtadt, den 20. März 1798.

Freyh. v. Ligerz, Domherr zu Baſel.
Von Billieux, geheimer Rath.
Schumacher, geheimer Raths-Sekretair und Hofrath.

6. Fernere Vorſtellung der Fürſtlich-Baſeliſchen Abgeordneten, vom 23. Junius 1798.

Einer mit der Höchſtanſehnlichen Kaiſerl. Plenipotenz vereinten vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation ſind bereits unterm 20. März lezthin die aus dem Völkerrecht hergeleitete Gründe geziemend vorgelegt worden,

vermöge deren die Angehörigen des Reichsfürſtl. Hochſtifts Baſel, ſo ihr Vaterland entweder ſchon vor, oder auch erſt nach deſſelben Vereinigung mit Frankreich verlaſſen haben, nicht als franzöſiſche Ausgewanderte angeſehen werden können.

Auch eine von dieſer Wahrheit vorhin ſchon überzeugte hochgedachte vortrefliche Reichs-Friedens-Deputation hat in ihren achtzehn Bedingungen vom 3. des vorbeſagten Monats März ſchon darauf angetragen, daß in denen erſt durch den Friedenstraktat rechtlich abzutretenden Reichslanden die franzöſiſchen Geſetze gegen die Emigration nicht angewendet werden ſollen.

So zuverſichtlich man daher hoffen darf, daß dieſe von Reichswegen eingetretene preiswürdigſte Sorgfältigkeit, und die von allen Völkern allgemein anerkannte Gründe den gehörigen Eindruck bey der franzöſiſchen Geſandtſchaft nicht verfehlen werden, ſo mag jedoch nicht unnützig ſeyn, dieſen Einſchreitungen und unumſtößlichen Gründen annoch den behülflichen Beweis zuzuſetzen, daß auch in dem alleräußerſten Fall, wo die, in Folge der von Reichswegen ergangenen allerhöchſten Avokatorien und Inhibitorien, aus ihrem Vaterlande getretene Reichsſtift-Baſeliſchen Angehörigen wider alle Erwartung nicht nach dem Völkerrecht, ſondern ſelbſt nach den Geſetzen der franzöſiſchen Republik beurtheilt werden ſollten, ſie auch nach dieſen nicht ſtrafbar ſeyn können.

Weil aber dieſelben nichts deſtoweniger der Strenge der franzöſiſchen Emigrations-Geſetze ſtets noch unterliegen, und diejenigen aus ihnen, die vermöge erhaltener proviſoriſcher Radiationen in ihr Vaterland zurückgetreten waren, zufolge des Geſetzes vom 19. Fruktidor (5. Sept.) lezthin ſelbiges wiederum zu verlaſſen, und ohne ihr ſequeſtrirtes oder gar ſchon verkauftes Eigen-

thum benuzen zu können, von neuem im Elend herumzu- irren genöthigt worden, als haben dieſe Unglücklichen, durch den Drang ihrer leidigſten Umſtände angetrieben, das hiebeykommende ſubſidiariſche Promemoria, worinn der obenangeführte neue Beweis einleuchtend dargethan wird, der endesunterzeichneten Fürſt-Biſchöflichen-Baſeliſchen Geſandtſchaft mit dem inſtändigſten Anſuchen eingeſchickt, daß der zu ihren Gunſten darinn ſprechenden offenbaren Gerechtigkeit bey denen betreffenden höchſten und hohen Stellen geneigtes Gehör verſchaft, und durch beſtmögliche Behabung ihrer gerechteſten Beſchwerden ihrem ſo lange ſchon erduldenden Elend doch endlich das erwünſchte Ziel geſezt werden möchte.

Endesunterzogene Geſandtſchaft hält es dahero für unausweichliche Pflicht, Einer mit der Höchſtanſehnlichen Kaiſerl. Plenipotenz vereinten hochermeldeten vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation das befragliche Promemoria mit der allerangelegentlichſten Bitte gehorſamſt hie beyzulegen, daß Höchſt- und Hochdieſelben die ihrer Weisheit und Vielvermögenheit beywohnende zweckmäſſigſte Mittel einzuſchlagen geruhen wollen, damit denen in keiner Hinſicht ſtrafbaren und dennoch ſo lange ſchon im Unglück und Elend ſchmachtenden bedaurungswürdigſten Bittwerbern in ihrem Geſuch endlich willfahrt werden möchte.

Freyherr von Ligerz, Domherr zu Baſel, als Abgeordneter.

Von Billieux, geheimer Rath, als Abgeordneter.

Schumacher, geheimer Raths-Sekretär und Hofrath, als Abgeordneter.

Observations fondées sur les loix de la République Françoise.

En faveur des absents de la partie de l'Evêché de Basle réunie à la dite République par Décret du 23. Mars 1793. sous le nom de Département du Mont-Terrible.

Quand les principes consacrés par le droit des gens qui lie les nations et les états, ne garantiroient point suffisamment les absents de l'Evêché de Basle de la tâche de l'émigration qu'on leur impute ; les loix mêmes de la République Françoise présentées dans leur vrai jour démontreroient à évidence qu'ils ne peuvent être envisagés ni traités comme des émigrés François.

Rien de plus absurde que la manière arbitraire qu'on a suivie pour former la liste des prévenus d'émigration dudit pays.

A peine le Décret de la Convention nationale du 23. Mars 1793. qui en réunit une partie à la République Françoise sous le nom de *Département du Mont-terrible*, fut-il connu, que les nouveaux administrateurs crurent devoir s'occuper à dresser des listes d'émigrés.

Les municipalités furent donc chargées par eux d'envoyer aux administrations de districts les noms de tous les citoyens absents de leurs domiciles. Elles auroient du donner en même tems tous les renseignements nécessaires sur l'époque et les motifs de l'absence de leurs concitoyens, afin de mettre les administrations de districts et du Département à même de juger, si quelques-uns pouvoient être dans le cas d'être déclarés émigrés.

Les municipalités ne firent aucune distinction ni observation; elles rapportèrent dans leurs listes généralement tous ceux qui étoient absents depuis peu ou depuis longues années, ceux qui étoient sortis avec passeports, ceux qui étoient possessionnés dans les communes où ils n'avoient jamais eu de domicile, enfin des enfants et des personnes mortes.

Les administrateurs frappés de l'irrégularité de ces listes et sentant l'injustice de les adopter, les gardèrent près de cinq mois sans en former le tableau requis: Ils ne savoient de quelle époque fixer l'émigration.

Il subsistoit à la vérité une loi pour les François, celle du 28. Mars 1793. aux termes de laquelle il falloit être François, il falloit avoir quitté le territoire de la République Françoise, *ou avoir résidé sur son territoire occupé par l'ennemi*, pour être compris parmi les émigrés *). Aucun de tous ces cas n'étoit applicable aux absents du nouveau Mont-terrible: Ils ne sont pas nés François, ils n'ont jamais été naturalisés François, et n'ont point abandonné le territoire de la République. La plupart et presque tous les absents de leurs communes actuellement en réclamation, en étoient sortis un an avant que la France eût réuni l'Evêché de Basle, dans un tems où l'on n'y reconnoissoit d'autre Gouvernement que celui du Prince-Evêque, et que la France même, en envoyant en Avril 1792. ses troupes dans le Porrentrui pour en garder les défilés, ordonnoit de respecter son autorité comme celle d'un ami et allié.

On sentit donc qu'on ne devoit point les envisager comme des émigrés François qui avoient abandonné

*) Voyez Section III. de la dite loi.

leur patrie, et on vit bien qu'il ne pouvoit avec justice y avoir des émigrés dans ce Département.

Cependant le Représentant du peuple Bernard de Xaintes qui y étoit en mission, pressoit et menaçoit les administrateurs pour qu'ils imprimâssent dans le plus bref délai des listes d'émigrés. Que fit-on? Pourroit-on le croire!

Pour se débarrasser de ces menaces impérieuses, les administrateurs, sans faire aucune distinction ni exception, transformèrent tout uniment en tableau d'émigrés les mêmes listes informes de tous les absents, qui leur avoient été fournies par les municipalités. On ne se borna pas même à cette injustice criante; mais, pour la consommer, le Département prit le 11e jour du 2e mois de l'an deux de la République (11. Octob. 1793.) un arrêté par lequel, en donnant une application fausse à la loi du 28. Mars de la même année, et un effet rétroactif aux loix contre les émigrés *), usurpant en outre le pouvoir législatif, il déclaroit définitivement émigrés tous les habitans de l'Evêché de Basle, qui s'étoient absentés de leurs domiciles depuis le 10. Avril 1792. c'est-à-dire depuis quelques semaines avant la susdite entrée des troupes Françoises dans le Porentrui pour y occuper les gorges, et près d'un an avant que la France eût réuni ce pays.

Cet arrêté inique et révoltant, provoqué par Bernard de Xaintes, en fut sanctionné. Il en ordonna l'exécution; mais il ajouta la réserve *jusqu'à ce que le contraire eût été statué par la Convention nationale*; réserve qui démontre que Bernard étoit aussi con-

*) Suivant les droits de l'homme Art. 14. aucune loi ne peut avoir d'effet rétroactif.

vaincu de l'injustice de sa loi, que de son incompétence à la porter.

La journée mémorable du 9. Thermidor ayant sur ces entrefaites délivré la Convention de la tyrannie qui la comprimoit, elle ne jugea pas indigne de son attention ce qui se passoit dans le Mont-terrible; diverses instructions et directions données aux administrateurs, les autorisèrent á prononcer sur les réclamations des prévenus d'émigration: Enfin elle manifesta ses principes par la loi du 25. Brumaire an trois (16. Novembre 1794.) qui *) fixe les époques après lesquelles la sortie des habitans des pays réunis *les* met dans le cas de l'émigration. Celle pour le Mont-terrible est fixée après le 23. Mars 1793. **) jour de sa réunion.

Cette loi anéantit donc définitivement l'arrêté du Département sanctionné par Bernard de Xaintes, et, en fixant au jour de la réunion l'époque d'où l'on dateroit l'émigration, elle effaçoit irrévocablement des listes d'émigrés les noms de tous ceux qui avoient quitté leurs foyers avant que la France eût pris la mesure de réunir leur patrie.

Leurs radiations, en conséquence des principes établis par cette même loi, devoient donc sous tous les rapports être confirmées comme définitives; mais la loi du 19. Fructidor (5. Septembre 1797.) ayant prévenu les décisions sollicitées, elle a de nouveau exilé et proscrit nombre de citoyens vertueux et utiles;

*) Section II. Art. VI.

**) Voyez la II. Section où il est dit:

Art. VI. *Sont émigrés etc. etc.*

Département du Mont-terrible.

3°. *Tous citoyens, domiciliés dans la ci-devant Rauracie, qui, sortis de son territoire depuis le 23. Mars 1793. n'étoient pas rentrés sur celui de la République au 23. May suivant.*

les, de vieillards, de pères de famille, de femmes et d'enfants, que la loi du 25. Brumaire an trois non rapportée avoit rappellés définitivement dans le sein de leur patrie. Ils en sont dérechef bannis et dépouillés de toutes leurs propriétés : On leur arracheroit la vie, s'ils alloient en personne réclamer l'exécution de la dite loi.

Quant aux prétendus émigrés qui ont quitté leur patrie postérieurement à la date de la réunion, il est notoire qu'ils ont été forcés d'en sortir pour se soustraire aux menaces et insultes dont des hommes féroces, qui par violence s'étoient emparés exclusivement de toutes les places, les chargeoient. De jour on les attaquoit dans les rues, jusque même dans leurs maisons; de nuit on cassoit leurs fenêtres; on crayonnoit leurs portes de signes de proscription, et quand ceux qui avoient une mission publique du gouvernement, étoient invités à venir au secours de ces hommes paisibles et persécutés, on se contentoit de répondre que ces secousses étoient inséparables de la révolution etc. etc.

La faction tyrannique qui avoit voulu faire de ce pays un gouvernement indépendant pour le gouverner à son gré, s'emparer des biens nationaux et dépouiller ses concitoyens, menaçoit et persécutoit par dépit : Elle conseilloit sous main à ceux qui lui déplaisoient, de se retirer, et après qu'ils furent partis, plusieurs de ces hommes pervers se vantoient, dans les cabarets et aux sociétés populaires, d'avoir conquis à la nation les biens des individus qu'ils avoient forcés d'émigrer.

C'est donc uniquement pour se soustraire aux vexations, aux arrêts, aux assassinats, auxquels ces mal-

heureux individus ne cessoient d'être en but, qu'ils ont cherché leur tranquillité et sécurité personnelles, la plupart en Suisse.

De pareilles émigrations ayant eu lieu en France comme dans le Mont-terrible, la convention nationale est venue au secours des François, que la terreur avoit forcés de s'expatrier. La loi du 22. Nivose an 4. et celle du quatrième jour complémentaire ont rendu à leur patrie une multitude de François fugitifs.

Or si la loi est la même pour tous *), si les habitans du Mont-terrible sont assimilés aux François depuis le 23. Mars 1793. toutes les loix postérieures ne les concernent-elles pas? ne doivent-ils pas en pouvoir réclamer la protection, comme ils doivent en craindre la rigueur?

Indépendament de ce que presque tous les réclamants se sont retirés dans les cantons Suisses alliés de l'Evêché, où des uns étoient bourgeois, des autres possessionnés, et que ceux-ci en vertu des décrets du corps legislatif du 27. Brumaire an deux, de l'arrêté du comité de salut public du 28. Frimaire même année, et de la loi du 25. Brumaire an trois, laquelle dernière porte **): *les Suisses et leurs alliés composant la confédération helvétique, ne sont point compris dans les dispositions de la présente loi:* indépendament de ce qu'iceux, d'après la protection spéciale promise à quiconque tenoit à l'Helvétie, ne devoient point être envisagés comme émigré, il est de fait que la loi du 28. Mars 1793. et celle du 25. Brumaire an trois, qui en est le supplément, fixent les époques de la sortie et de la non-rentrée des

*) Droits de l'homme Art 3.
**) Titre I. Section I. Art. 5.

absents, hors lesquelles ils sont ou ne sont pas dans le cas d'être envisagés comme émigrés. Ces époques sont pour les anciens départements, depuis le 1. Juillet 1789. jusqu'au 9. May 1792. *); pour le Mont-terrible l'époque de la sortie fixée par la loi du 25. Brumaire est le 23. Mars 1793. Cette époque est pour les citoyens de ce département, ce qu'est celle du 1. Juillet 1789. pour les anciens habitans de la France.

Si donc les pays réunis doivent être assimilés à la nation qui les a adoptés; si la loi est la même pour tous; il ne suffit pas, qu'on ait donné aux prétendus émigrés du Porrentrui leur 1. Juillet 1789. il faut encore, qu'ils ayent eu leur 9. May 1792.

Leur a-t-on accordé ce terme? y a-t-il une loi, un arrêté de corps administratif, qui les eût cités ou rappellés? Bien loin de là; ils n'ont pas eu un instant pour retourner chez eux. Tous ceux qui étoient absents depuis le 10. Avril 1792. étoient, par arrêté du département du 11. Octobre 1793. déclarés émigrés, soumis à la loi du 28. Mars 1793. qui les bannissoit à perpétuité et les condamnoit à la peine de la mort, s'ils rentroient chez eux: ils ne pouvoient donc point rentrer.

Les anciens François émigrés ont eu, pour se repentir de leur émigration, le tems qui s'est écoulé depuis le 1. Juillet 1789. jusqu'au 8. Avril 1792. et depuis cette date ils ont encore eu jusqu'au 9. May suivant un mois de rigueur, ce qui faisoit près de trois années de terme pour réparer leur faute: rien de tout cela n'a été accordé aux absents de l'Evèché de Basle.

*) Voyez la loi du 8. Avril 1792.

La convention nationale sentant qu'il n'y auroit point d'émigrés punissables dans ce pays, s'ils n'avoient un terme pour y rentrer, leur a vraiment accordé deux mois *) par sa loi du 25. Brumaire qui porte: *Sont émigrés tous citoyens domiciliés dans la ci-devant Rauracie, qui, sortis de son territoire depuis le 23. Mars 1793, n'étoient pas rentrés sur célui de la République au 23. May suivant.* Mais bien loin que les absents ayent pu profiter de ce délai, ce ne fut que dixhuit mois après l'échéance de ce terme (car le 25. Brumaire an trois est de 18. mois postérieur au 23. May 1793.) qu'une loi leur annonce, *qu'ils avoient eu deux mois pour retourner dans leur patrie*: quelle dure injustice!

La loi est la même pour tous et nul ne peut être jugé qu'après avoir été entendu ou légalement appellé **); cependant les prétendus émigrés n'ont été ni appellés ni entendus, et s'ils étoient rentrés en France avant la publication de la loi du 25. Brumaire, on les eût mis à mort, parce que la loi du 28. Mars 1793. qui leur étoit faussement appliquée par arrêté du département du 11. Octobre 1793, les y condamnoit: s'ils y étoient rentrés après la loi du 25. Brumaire,

*) Encore ce terme est-il le plus court de tous ceux accordés aux pays réunis. Suivant la Section II. de la loi du 25. Brumaire, les Savoisiens ont eu passés 6. mois depuis le 1. Août 1792. jusqu'au 27. Janvier 1793.

Les habitans du Comté de Nice ont eu 6. mois depuis le 27. Septembre 1792. jusqu'au 25. Mars 1793.

Ceux de Monaco trois mois depuis le 30. Décembre 1792. jusqu'au 1. Avril 1793.

Et les citoyens de tous les autres pays réunis ont eu trois mois à compter du jour, où le decret de la réunion a été proclamé.

**) Droits de l'homme Art. 3. et 11,

ils eussent été guillotinés, parce que le terme de repentir, qu'elle leur accordoit, étoit écoulé depuis 18. mois passés.

Qu'ont donc fait ces malheureux pour être plus maltraités que les anciens François et que les habitans de tous les autres pays réunis? Leur conduite a été telle qu'on n'a pu refuser des certificats de bon comportement à ceux qui étoient rentrés ensuite des radiations prononcèes par le département, et qui de nouveau ont été explusés de leur patrie par suite de la loi du 19. Fructidor dernier. D'ailleurs jamais ils n'ont appartenus à la France, jamais ils n'ont abandonné son sol, et de l'heure qu'il est il n'ont point été dégagés du serment héréditaire de fidélité, qui *les* lie à leur souverain et à l'Empire.

Ces faits et ces principes sont si irréfragables qu'ils ont été adoptés par la France même: conste sa loi susmentionnée du 28. Mars 1793. Sections III. et autres.

La République françoise, loin de délier pendant la dernière guerre les habitans des parties occupées sur la France de leur serment de fidélité, leur a au contraire ordonné d'abandonner sur le champ leurs foyers pour se retirer dans l'interieur de la République, et a défendu sous peine de mort à ceux qui sont restés, d'accepter aucun emploi civil ou militaire dans les dites parties de son territoire; peine qui a été rigoureusement infligée à tous ceux qui ont désobéi et qu'on a pu saisir.

Mais pour en revenir aux malheureux absents du pays de Porrentrui qui n'étoient pas moins obligés d'obéir aux inhibitions et avocatoires qui leur ont été addressés de la part de Sa Majesté l'Empereur et

de l'Empire, on ne compte guere parmi les réclamants, qui sont sortis postérieurement à la réunion, que des prêtres. On les a joués dans ce département de la maniére la plus perfide. Le pays étant réuni depuis environ six semaines à la France, ils attendoient patiemment qu'on leur signifiât ou qu'on publiât les décrets qui les concernoient. Tout à coup on les avertit, que le département venoit de recevoir les loix des 18. Mars et 23. Avril 1793.

La premiére condamne à la mort les prêtres dans le cas de la déportation, qui, après la huitaine des la publication de cette loi, seroient trouvés *sur le* territoire de la République.

La seconde condamne à la déportation à la Guyanne tous les ecclésiastiques, qui n'ont pas prêté le serment voulu par la loi du 15. Août 1792. et porte à l'art. 3. que le *serment qui auroit été prêté postérieurement au* 23. *Mars dernier, est déclaré comme non avenu.*

Ces loix arriverent au département les premiers jours du mois de May 1793. ayant même celle du 15. Août 1792.

Les délais pour prêter le serment de maintenir la liberté et l'égalité, voulu par la loi du 15. Août 1792. etoient expirés depuis le 23. Mars 1793. précisément du jour de la réunion du Porrentrui à la France.

Les ecclésiastiques n'avoient plus à opter qu'entre la déportation à la Guyanne et la mort.

Effrayés de l'avis qu'ils venoient de recevoir, ils coururent à la municipalité demander des passeports qu'elle leur donna pour la Suisse; ainsi ils s'exilèrent et ils se déportèrent volontairement, pour éviter la

mort ou une déportation forcée dans un autre hémisphère.

Cette déportation volontaire auroit dû les garantir d'être portés sur les listes d'émigrés; mais leurs noms ont été les premiers portés sur le tableau.

Par différents arrêtés des corps administratifs, leurs noms ont été rayés des listes d'émigrés, et portés sur celle des déportés. Ces arrêtés n'étant plus envisagés que comme provisoires, ces infortunés se retrouvent sous les peines de l'émigration.

Enfin ce qui arrive au militaire de département, n'est pas moins surprenant.

Les sujets de l'Evêché de Basle étoient admis et servoient dans tous les régiments Suisses au service de France, avec les mêmes avantages accordés à tous les militaires Suisses. Le Prince entretenoit même au dit service un régiment, qui, par sa capitulation, jouissoit des mêmes prérogatives et privilèges. Tous ont été licenciés par la loi du 28. Août 1792, et autorisés de retourner en Suisse. Or, après les avoir tous reconnus pour Suisses, après les avoir licenciés comme tels, croiroit-on qu'il y en a dont on saisit les propriétés, et qu'on punit comme émigrés françois, parce qu'ils se sont retirés en Suisse?

Ce mémoire ayant pour but de démontrer que, d'après les loix mêmes de la République françoise, lés absents du département du Mont-terrible ne sont point punissables, on ne repétera plus ici les raisons consacrées par le droit des gens, qui prouvent irrésistiblement qu'ils ne peuvent point être traités comme émigrés françois. Elles ont été exposées à l'illustre députation du congrès de paix d'Empire par celle du Prince-Evêque de Basle, dans un mémoire du 20.

Mars dernier. Elles sont auſſi très-lumineuſement déduites dans celui qui a paru cette année pour les propriétaires et habitans abſents des Provinces belgiques, qui, nonobſtant leur réunion proviſoire à la France, n'ont diſcontinué d'être ſujets de Sa Majeſté l'Empereur et Roi qu'au moment de la ceſſion qui en a été faite par Lui dans le traité de paix de Campo-Formio. Mais ſi, quelques plauſibles que fuſſent toutes ces raiſons fondées dans le droit des gens, elles pouvoient néanmoins n'être pas accueillies par le gouvernement françois, au moins peut-on ſe promettre de ſa juſtice, qu'étant inſtruit de tant de contradictions qui ſe rencontrent dans le diſpoſitif des loix ſusmentionnées, de tant d'arbitraire dans l'application même rétroactive qui en a été faite pour opprimer des émigrés ſuppoſés, des moyens indignes qu'on a employés pour les forcer de fuïr, de ceux qu'on a pris pour les empêcher de rentrer et enfin de la noirceur avec laquelle on a placé leurs noms ſur les liſtes fatales &c., le dit gouvernement ne différera pas ſans doute plus longtems de rendre à leur patrie tous les abſents du Mont-terrible, et de les remettre en poſſeſſion de leurs modiques propriétés.

7. Vorſtellung des Fürſtbiſchofs von Lüttich, wegen Nichtbehandlung der Lüttichiſchen Unterthanen als Emigranten. Vom 23. Sept. 1798.

Doſchon man ſich mit allem Grunde ſchmeicheln darf, daß die höchſtanſehnliche kaiſerliche Plenipotenz und die vortrefliche Reichs-Friedens-Deputation, nach dem Eifer und der Gerechtigkeits-Liebe, welche dieſelbe beſeelt,

die bevollmächtigten Miniſter der franzöſiſchen Republik überzeugen werden, daß der Unterſchied, welchen leztere in ihrer Note vom 28. Fructidor (14. Sept.) zwiſchen eroberten und vereinigten Ländern feſtſetzen wollen, völlig unzuläßig ſey, ſo hat doch Unterzeichneter, indem er ſich der desfalls von Sr. hochfürſtlichen Gnaden dem Biſchof von Lüttich erhaltenen Befehle entledigt, die Ehre, der höchſtanſehnlichen kaiſerlichen Geſandtſchaft und der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation nachſtehende Betrachtungen unterthänigſt vorzulegen. Er erſucht dieſelben inſtändigſt, ſie in ernſtliche und gerechte Betrachtung zu ziehen, und ihm zu erlauben, daß er für die günſtige Aufnahme, die man ſeinem lezten Promemoria de dato 16. praesentato et dictato 17ten laufenden Monats hat angedeihen laſſen, den ſchuldigen Dank abſtatte.

Die bevollmächtigten Miniſter der franzöſiſchen Republik erklärten in ihrer Note vom 19. Germinal (8ten April) ohne alle Einſchränkung noch Ausnahme in den allgemeinſten Ausdrücken in Betref der Artikel, welche der deutſchen Note vom 3. Merz beygefügt waren:

„Quelques uns n'ont jamais pû être l'objet d'un „doute ſérieux de la part de la Députation de „l'Empire, comme par exemple *la conſervation* „*des propriétés* des particuliers, &c."

In ihrer lezten Note vom 28. Fructidor (14. Sept.) wo im 3ten Artikel von der Anwendung und Ausnahme der franzöſiſcheu Geſetze in Betref der Ausgewanderten die Rede iſt, verſichern ſie ſelbſt:

„Qu'elle leur a paru véritablement intereſſer le „bien-être, la liberté et la fortune d'un grand „nombre de familles des deux Etats: objets ſa„crés pour le Gouvernement français dans ses

„relations politiques avec les autres Gouverne-
„mens, comme dans son administration inté-
„rieure."

Die bevollmächtigten Miniſter der franzöſiſchen Republik übergeben dieſe Note als ein Merkmal des Friedens; wäre ſie aber wohl in ihren Wirkungen etwas anders als ein Merkmal des Todes verſchiedener Reichsſtände und ihrer Unterthanen, und der Vorbote der gänzlichen Zerſtörung ihres Wohlſtandes, ihrer Freyheit, und des Vermögens ihrer Familien? Müßen dieſe Gegenſtände, welche der franzöſiſchen Regierung in ihren politiſchen Verhältniſſen mit andern Gouvernements ſo heilig ſind, wie in ihrer innern Verwaltung, nicht in einem Theile der abzutretenden Länder ſo heilig ſeyn wie in dem andern?

Wie könnten auch wohl nach einem Friedensſchluß, der eine ſo ſchreyende und erniedrigende Ausnahme enthielte, die weitern Verſicherungen der zweyten Note der bevollmächtigten Miniſter der franzöſiſchen Republik in Erfüllung gehn:

„Alors tous les sujets d'inquiétudes respectives
„cesseront, et le sentiment des maux se perdra
„dans la jouissance d'une prospérité tranquille."

Unterzeichnete man eine Ausnahme, welche dem Staats- und Völkerrechte und der natürlichen Billigkeit ganz zuwider läuft, ſo würde ſich niemals das Gefühl des überſtandenen Mißgeſchicks im Genuſſe eines ruhigen Wohlſtandes verlieren können; die in dem Friedens-Tractate verlaſſene und dargebrachte Schlacht-Opfer würden vielmehr ewig über das erſchreckliche Loos ſeufzen, welches ihnen ihre treue Geſinnungen und ihre Unterwürfigkeit gegen die Geſetze zugezogen hätten. Dieſer ſchauerliche Gedanke wird hoffentlich niemals reali-

ſirt werden; dies verbürgen die Noten der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation, namentlich jene vom 31. Auguſt, wo ſie auf eine edle und tröſtliche Art erklärt:

„So wie der Artikel des Privat-Eigenthums „der Abweſenden und Ausgewanderten von der lin„ken Rheinſeite, auch ſolcher welchen ihre Dienſt„und andere Verhältniſſe auf dieſer Seite zu blei„ben nicht erlaubten, unter die weſentlichſten Frie„dens-Artikel gehören, ohne welche dieſe Reichs„Friedens-Deputation keinen Frieden abzuſchließen „vermag."

Ihr letztes Conclusum vom 22. Sept. voll Erleuchtung und Feſtigkeit, beſtärkt dieſe Zuverſicht, und man hat gegründete Hoffnung, daß es endlich auf den Geiſt und das Herz der bevollmächtigten Miniſter der franzöſiſchen Republik die vorgeſetzte Wirkung hervorbringen werde.

Raſtatt, d. 23. Sept. 1798.

Freyherr von Othée.

Obſervations ſur l'art. 3. de la Note des Miniſtres plénipotentiaires de la République françaiſe au Congrès de Raſtadt du 28. Fructidor an 6. (14. Septembre 1798.)

§. 1.

Que la Principauté et Évèché de Liège ſoit partie integrante de l'Empire d'Allemagne, qu'il ſoit un état indépendant de la France, état ſouverain dés les ſiècles les plus reculés, qu'il ne puiſſe ſouffrir aucune eſpèce de ſéparation du corps germanique ſans le conſentement et l'agrément de Sa Majeſté

impériale et de l'Empire, c'eſt ce que toutes les puiſſances, ſoit Monarchies, ſoit Républiques, ont réconnu, et les traités existants, nommément celui fait avec la France en 1772, font foi de ces verités.

§. 2.

Que ce pays, qui sert de barrière entre l'Empire et la France, ait été envahi par les armées victorieuſes de la République française un peu plûtôt, un peu plus tard que les autres provinces de ses Co-états, cela ne change, ni ne peut changer sa nature: il n'étoit, et n'est pas moins état de l'Empire, et les loix et les diſpositions du Gouvernement français n'ont pû qu'y être provisoires, ainsi que par tout ailleurs, étant de regle certaine, admise de tous les tems, par tous les gouvernements, que durant l'état de guerre tout reste en suspens, et ne se traite que suivant les circonstances, soit quant à la police interieure, soit quant aux impositions qu'exigent les besoins des armées; ensorte que ce ne sera que du moment de la ratification du traité de paix entre l'Empire et la France, que ces loix pourroient y être definitivement exécutées; encore ne seroit-ce que suivant les modifications, l'esprit, et les dispositions de ce traité.

§. 3.

Les Ministres plénipotentiaires de la République française, pénétrés de ces grands principes, ont demandé par leur note du 28. Nivose an 6. (17. Janv. 1798.) la cession des états de l'Empire situés à la rive gauche du Rhin, ce qui s'entend sous quelque denomination que ce soit ou puisse être; cette de-

mande étant donc générale, comprend sans doute la principauté de Liège, la plus considérable de toutes par son étendue, sa population, et la richesse de son sol; état que la France ne conſidéroit pas avec indifférence en 1465. lorsqu'elle faisoit un traité d'alliance avec lui; si donc ce pays doit tomber et tombe vraiment dans la classe des objets à ceder, s'il doit faire partie de la paix future, il a le droit d'attendre, qu'il ſera traité dans cette paix de la même manière que tous ses autres Co-états et sujets cédés, puisque le Prince-Évêque de Liège, et son pays n'avoient ni querelles ni demelés particuliers avec la France Monarchie, ni avec la France République, ayant conservé dans tous les tems la bonne harmonie qui convenoit à un état de l'Empire voisin d'un état aussi vaste et aussi puissant; (ainsi que les traités anciens et modernes, approuvés par Sa Majesté impériale et l'Empire, toutes les rélations particulières de commerce le demontrent,) et que ce n'a été que lorsque l'Empire a été forçé pour sa propre defense, de déclarer l'état de guerre contre la France, et que Son Altesse comme membre fidele à ses devoirs s'y est vue enveloppée, qu'elle a dû se conformer à ses décrets suprêmes, ainsi que ses autres Co-états.

§. 4.

Si l'on doit dire un mot sur le point de la pretendue reunion du pays de Liège, qu'un arrêté du Ministre de l'interieur, du 28. Ventose an 6. porte avoir été décrétée à Paris le 5. May 1793. l'on aura peine à croire, que la République française, sans l'aveu, même à l'insçû du souverain qui à cette épôque étoit dans ses états, ainsi que tout son Gou-

vernement, y regentoit à l'instar de ses prédécesseurs, et y exerçoit tous les droits et regaux d'un Prince souverain d'Empire, que sans l'aveu de son grand Chapitre, et à l'inscû des trois corps d'état qui représentent le pays, et concourent à sa legislation, et sans l'approbation, ni l'aveu de Sa Majesté impériale et de l'Empire, ait pû l'incorporer dans son territoire, et le declarer en faire partie. La République Françaiſe, qui se plait tant à se declarer une et indivisible, savoit parfaitement alors, et le sait encore par les demandes qu'elle fait dans ses négociations, que l'Empire Germanique étoit également un et indivisible, qu'il n'étoit susceptible d'aucune mutilation dans quelque partie que ce soit, et même jusques dans ses plus petits droits; on en appelle à cet égard aux notes de ses Ministres plénipotentiaires touchant les différentes renonciations qu'elle exige; elle savoit, et sait encore, qu'il n'est pas même au pouvoir d'un état de l'Empire de s'en séparer, de faire des changements dans ses limites (voyés l'Art. X. de la Capitulation impériale), et encore moins de se donner à une puissance étrangère sans le consentement de Sa Majesté impériale et de l'Empire.

„Qu'un Prince ne s'imagine pas"; disoit l'auguste chef de l'Empire lors du traité de Nimègue, „qu'il lui soit libre de se donner à un „Roi étranger; les seules loix de la naissance, „qui l'ont fait naître sujet des Cesars, l'attachent „indispensablement à son pays natal: Croit-il „que l'Empereur n'ait pas autant de privileges „que le Roi de France, et qu'il n'ait pas autant „de droits sur ses sujets quand il s'agit du bien „de son Empire?"

§. 5.

C'est par une suite de ce principe, consacré par la haute Députation dans sa note du 3. Mars 1798, que l'on est intimement convaincû que la République Française ne permettroit pas à une partie des citoyens de son vaste territoire, de se donner avec le pays qu'ils habitent à une puissance voisine, et ençore moins à celle-çi, de l'incorporer dans son Empire sans son aveu, contre son gré, et à son insçû, l'on peut assurer sans rien hazarder, qu'elle envisageroit ces demarches comme une violation manifeste de son indépendance, et comme l'acte le plus hostile: Ces regles sont si généralement réçûes, que ce seroit faire injure aux sentiments qu'elle annonce, et aux principes qu'elle professe, que de lui supposer qu'elle voudroit en adopter d'autres et insister ultérieurement à ce que cette prétendue réunion dût être envisagée pour un titre quelconque á ce que le Prince de Liège, et ses sujets, pûssent être traités d'une manière différente des autres Princes et sujets de l'Empire.

§. 6.

Ce n'est pas d'aujourd'hui que le sistême de réunion a pris source en France, on l'a encore tenté; mais l'Empereur et l'Empire pénétrés de toute la profondeur du danger de ce principe, qui rompoit son unité et entrainoit par une conséquence naturelle sa dissolution, sûrent s'y opposer d'une manière ferme et énergique dans la déclaration qui fut donnée de leur part comme un *ultimatum* lors des conférences de Riswick du 30. Aout 1697. où l'art. 3. porte:

„Que l'on compte pour une chose faite *la cas-*
„*sation* des arrêts de réunions faits par la cham-
„bre de Metz etc. ou autrement, soit que ces
„réunions se trouvent exprimées dans les listes
„exhibées ou non".

Quoique ces réunions avoient un but coloré, celui de faire valoir des droits ou des prétentions de souveraineté que la France réclamoit, tandis qu'içi le Gouvernement Français n'avoit ni ne pouvoit avoir aucun droit ou prétention sur la principauté de Liège, état indépendant, sous la mouvance et le lien immédiat de l'Empire, cependant l'Empereur et l'Empire refusèrent hautement d'admettre ce principe; et ce fut leur fermeté qui leurs firent obtenir par l'Art. 12. du traité de paix du 30. Octobre 1697. l'exécution plénière de cet ultimatum. L'on ajoutera, que si des actes de cette nature pouvoient être susceptibles de quelque validité, qu'ils ne permettroient à aucun souverain d'être tranquille sur le sort soit de la totalité, soit d'une partie de sa Monarchie; que de cette manière les plus puissants états se trouveroient bientôt partagés, et que ce seroit-là le véritable moyen de rendre d'abord la France maitresse de l'Europe et du monde entier, puisqu'elle seule auroit le privilège de n'être jamais divisée, ce qui est absolument réprouvé par le droit de toutes les nations.

§. 7.

Quant à ce qui regarde le point de l'émigration, on n'entrera pas dans les motifs qui ont pû déterminer les mesures de rigueur, que le Gouvernement français à trouvé bon d'adopter pour la France, parceque ces motifs n'ont pû être applicables aux Prin-

ces,

ces, et sujets de l'Empire germanique, qui quoique composans plusieurs états ne forment cependant qu'une famille sous un même chef; sont liés par le même noeud, assujettis aux mêmes obligations, concourent à sa legislation en diête générale, et jouissent de tous les avantages, fussent-ils souverains, ou sujets: ensorte que dans quelque partie de l'Empire qu'ils se trouvent, ils sont vraiement dans leur patrie, et ne peuvent sous aucun titre y être considérés pour étrangers à la nation allemande (aussi le premier soin de la haute Ambassade Impériale et de l'illustre Députation, par une suite de leur sollicitude envers tous les sujets de l'Empire opprimés, a été de demander par la note du 27. Janvier 1798. qu'on cessât la persécution des sujets &c. et en un mot que les loix contre l'émigration ne soient applicables *à personne de quelle condition que ce soit*, pour avoir quitté le theatre de la guerre et les pays occupés par les troupes françaises). Il en est de même de la France République divisée en départements, où les loix générales du Gouvernement sont exécutées, et où le citoyen peut se transporter avec toute sa fortune d'un pole à l'autre de son vaste territoire, et y jouir de tous les droits communs.

§. 8.

Il seroit d'autant plus injuste de vouloir faire une exception pour la principauté de Liège, que le dispositif de ses Loix permet à chacun la sortie et la rentrée dans ses foyers quand bon lui semble, et que ses habitants n'ont jamais connû, ni pû connoître ce que signifioit l'émigration, puisque les Loix particulières de cet état portent:

„Que les originaires qui quittent leur pays re-
„couvrent leurs qualités et privilèges par le re-
„tour, à moins qu'ils ne s'en soient rendus in-
„dignes en prenant les armes contre la patrie",
Quant à leurs biens, et à leurs possessions particulières, jamais ils n'ont éprouvé ni gêne, ni entraves pour en retirer les revenus, fussent ils refugiés dans l'Inde.

S'agit-il du droit de confiscation? Il étoit absolument inusité dans tous les cas, excepté celui du crime de lése Majesté.

§. 9.

Obligés par les mandements avocatoires et inhibitoires de Sa Majesté Impériale, (qui contiennent les mêmes ordres, et les mêmes défenses que la République Française a porté chez elle) de cesser toute communication avec l'ennemi commun, consequemment de se retirer à son approche, de quitter son service, et de refuser d'accepter aucune éspêce d'emploi sous les peines les plus sevères, les habitans de la principauté de Liège ont déferé, et obeï respectueusement à ses ordres suprêmes. — Tel étoit l'état des choses, lorsqu'il prit envie à la Convention nationale de décréter et de faire publier en Novembre 1795. les loix portées en France contre l'émigration, et de les étendre aux Départements réunis dans lesquels elle incorpora la principauté de Liège. Vers ces tems les deux rives du Rhin embrassées par des nombreuses armées présentoient chaque jour des nouveaux combats, et les communications en étoient empêchées et defendues, ensorte que d'un côté les sujets du pays de Liège soumis aux loix du chef suprême de l'Em-

pire, soumis aux ordres de leur Prince, qui usoit des mêmes droits que ses prédécesseurs notamment en 1650, et de l'autre réduits à une impossibilité absolue de pouvoir se rendre à cette épôque dans leurs foyers, ont du et sont restés tranquilles au sein de l'Allemagne leur patrie, ou ils s'étoient réfugiés.

§. 10.

C'est à la suite de cette publication qne les autorités provisoirement établies se sont occupées à dresser des listes des prétendus émigrés, en y plaçant en tête avec une forme peu décente le nom du Prince-Evèque de Liège, et les noms de ses Ministres, des membres de ses états, de ses conseils, des officiers de ses trouppes, des attachés à son service, et de quelques autres de ses sujets: C'est cette inscription bien ètrange qui forme le titre du crime du Prince-Evèque de Liège envers la nation Française, dont la punition importeroit la proscription et le bannissement perpétuel *sous peine de mort*, non seulement de sa patrie, mais aussi de tout le sol de la République Française; qui lui interdiroit l'habitation non seulement dans toutes les Républiques alliées à la France, témoins les différents traités existants, entre autres celui avec la Suisse du 19. Aout 1798. Art. 14, mais même celle du territoire des puissances avec lesquelles elle a également contracté; qui, abstractivement des domaines de sa principauté, entraineroit la confiscation des biens patrimoniaux qu'il posséde à titre de ses ancètres, (ce qui est en opposition directe avec la note des Ministres plénipotentiaires de la République Française du 22. Pluviose an 6, qui porte: il s'agit encore moins de rechercher quelles

possessions doivent rester aux Princes qui ont perdu. *Les domaines* des Princes, qui exerçoient la souveraineté, entreront, ainsi qu'il se pratique en pareil cas, dans les domaines de la nation, *à qui la cession a été faite.* Donc les seules domaines des Princes doivent entrer dans les domaines de la nation Française, et rien de plus); qui lui oteroit le droit de succession à ses proches, et lui enleveroit même jusqu'aux biens qui pourroient lui être dévolus à la suite en vertu des pactes et contracts anciens de sa famille.

§. 11.

Ce Prince devoit sans doute attendre ses ennemis, se livrer à la merci des armées conquérantes de la République Française, et porter sa tête à l'échafaud dans le tems où toute la France étoit dans le deuil et la douleur; ou devoit il, en se manquant à soi-même et à ses devoirs sacrés envers son chef suprême et l'Empire, rentrer dans son pays, et se constituer prisonnier volontaire de la République Française lorsqu'en 1795. elle fit usage de cette étonnante réunion? Si le Prince eut été souverain d'un état indépendant, au moins alors il n'auroit dû compte qu'à lui même de telle résolution qu'il auroit prise; mais souverain d'un état intégrant de l'Empire, qu'auroient pensé ses illustres co-états d'une conduite aussi étrange? Quels sentiments d'indignation et d'un juste opprobre ne se seroient pas élevés de toute part contre un Prince qui se seroit ainsi prostitué par l'oubli le plus scandaleux de soi-même, et de ses devoirs? Que la haute Députation veuille le sentir, et prononcer?

§. 12.

Quel est le crime de son Ministre d'état envoyé à ce Congrès, ainsi que de ses autres Ministres accredités aux différentes cours et au cercle de l'Empire, à qui le devoir et l'obligation faisoient la loi de suivre les ordres suprêmes de Sa Majesté Impériale, ainsi que ceux de leur très gracieux maître, et de surveiller les interêts confiés à leurs soins.

§. 13.

Quel est le crime des membres de son grand Chapitre, de son état de la Noblesse, des chefs de son état tiers, des membres de ses conseils et tribunaux, de son militaire qui a servi et sert encore dans l'armée de Sa Majesté Impériale pour la défense commune, ainsi que d'autres personnes attachées à son service, qu'il a appellé, et qu'il avoit le droit d'appeller en qualité de souverain de son pays, pour lui servir de conseil, et exécuter ses ordres, et qui n'auroient pû s'y réfuser sans une desobéissance formelle aux loix générales et particulières de l'Empire.

§. 14.

Quel est enfin le crime de quelques individus Liègeois, qui loin d'avoir porté les armes contre la République Française, loin d'avoir fait la moindre résistance lors de l'envahissement de leur pays, ont cherché au contraire un azile dans le sein de l'Allemagne, leur patrie, pour se soustraire aux horreurs de la guerre, et d'après le dispositif des ordres suprêmes de l'auguste chef de l'Empire?

Tout ce grand crime, dont la punition est si sevère, n'est autre encore que cette inscription fatale

§. 15.

Quoique jamais dans aucune guerre entre des états souverains indépendants l'un de l'autre, tels que sont l'Empire Germanique et la France, des procédés aussi répugnants n'ont eu lieu contre des sujets des provinces envahies; que le droit des gens les proscrive, ainsi que l'histoire et tous les traités l'attestent; que jamais on n'a imposé pendant la guerre d'autres obligations aux sujets des pays, soit conquis, soit réunis, que celles des contributions, corvées, logements, enfin des prestations militaires; que les confiscations des propriétés étoient abhorrées, même inconnues, (objets si sacrés, que les Ministres Plénipotentiaires de la République Française ont dit eux mêmes généralement et sans aucune éspèce de distinction quelconque dans leur note du 19. Germinal an 6. (8. Avril 1798.), qu'enfin sur les articles joints à la note du 3. Mars, *quelqu'uns n'ont jamais pû être l'objet d'un doute sérieux de la part de la Députation, comme par exemple la conservation des propriétés particulières*), et que chaque individu conservoit le droit naturel de rester chez soi, ou de s'éloigner, si cela lui convenoit, jusqu'à ce qu'un traité auroit décidé son sort, et que, loin d'être molesté à cause de son absence, les Gouvernements ne s'en informoient seulement pas; encore passeroit-on sous silence quelques mesures extraordinaires qu'auroit employé le Gouvernement Français durant le cours de la guerre,

§. 16.

Mais lorsqu'il vient avec l'olivier de la paix à la main, lorsqu'il annonce vouloir exercer des actes de générosité, et lorsqu'il publie par la note de ses Mi-

niſtres plénipotentiaires du 5. Fructidor an 6. qu'il veut sincérement la paix, qu'il l'a prouvé par sa modération, et qu'il le prouvera encore, il pretendroit cependant reſter en état de guerre avec un et même pluſieurs états de l'Empire en établiſſant une diſtinction auſſi injuſte et accablante, diſtinction entièrement oppoſée à ce qui a été declaré par la note du 4. Meſſidor an 6. (22. Juin 1798) où il eſt dit:

„Que le Gouvernement Français conſentira à ce „que ceux qui ne ſont pas en même tems Comtes, „Princes, et états d'Empire, qui n'ont pas de voix à „la diète, ſeront conſiderés comme ſimples particu„liers, et traités comme tels, bien entendu néan„moins que de leur part il n'y aura lieu à répéti„tion, ni indemnité quelconque juſqu'à l'époque *où* „*ils ſeront remis en poſſeſſion*, c'eſt-à-dire au jour „de l'échange des ratifications du traité définitif".

Cette note ne préſente ni diſtinction ni ſéparation entre ceux qui ſeront conſiderés comme ſimples particulièrs, et traités comme tels; le conſentement du Gouvernement Français eſt abſolument général et illimité; que leurs poſſeſſions ſoient ſituées dans quelque partie de l'Empire que ce ſoit ou puiſſe être, conquiſe et réunie, aujourd'hui occupée par les Armées Françaiſes, ils en recupereront la poſſeſſion au jour de l'échange des ratifications du traité. Tel eſt le vrai ſens de cette pièce officielle, et voilà ce qu'il eſt impoſſible de concilier aujourd'hui.

§. 17.

L'Empire Germanique eſt auſſi un et indiviſible que la République Françaiſe. L'Art. 8. §. 2. de la paix de Weſtphalie, qui ſert de baſe fondamentale

garantie par la France même, assure le droit des Princes et des états; s'il est en état de guerre, cet état est général; s'il est en état de paix il doit l'être de même; le pouvoir, qui a concouru à l'un, doit concourir et concourt à l'autre, et toute paix isolée exclusive d'un état seroit une infraction aux loix générales, et une violation des pouvoirs confiés à la haute Députation. Les Ministres plénipotentiaires de la République Française ont donné trop de preuves de leurs lumières dans la suite des négociations, pour ignorer ces premières verités.

§. 18.

Si l'urgente nécéssité a permis à l'Empire de faire des sacrifices douloureux en territoire pour prix de la paix, le devoir et l'honneur se refusent à concourir à un acte, dont les fastes de l'histoire d'Allemagne ne presentent pas d'exemple, et aussi oppressif que seroit celui d'approuver par un traité de paix avec l'ennemi commun la confiscation des propriétés particulières, l'exil de sa province natale, la proscription d'une partie de l'Europe, en un mot justifier, consentir, et signer l'arrèt de mort d'un de ses hauts co-états, qui par ses efforts constants à remplir ses devoirs et les sacrifices qu'il a fait pour la défense de la cause générale, a merité au contraire l'encouragement, l'appui, et la protection la plus particulière de son auguste chef et du corps Germanique, et enfin l'arrêt de mort de ses fidèles et loyaux serviteurs, qui pour prix et recompense de leur attachement et de leur obeissance à leur souverain, et aux loix de l'Empire, seroient depouillés de leur patrimoine, et livrés à la misère, au mépris, et à toutes les horreurs qui accompagneroient un exil aussi revoltant.

8. Bemerkungen des Fürſt-Biſchöflich-Lüttichſchen Abgeordneten über die Unanwendbarkeit der franzöſiſchen Emigrations-Geſetze vom 8. October 1798.

Les Ministres Plénipotentiaires de la République Françoise dans leur derniere note du 12. Vendemiaire an. 7. (3. Oct. 1798.) Art. 7. relativement a l'application des loix concernants les émigrés, en temoignant leur étonnement sur ce que la Députation de l'Empire revient sur un objet qu'ils regardent complettement terminé, disent:

„Qu'il ne peut être question ici que des pays „*actuellement cédés* à la France par l'Empire, et „qu'ils ont declaré positivement que les loix de „l'émigration ne sont pas applicables à ces pays".

On accepte cette declaration; et d'après cette base, la principauté de Liége étant un pays qui tombe sous cette denomination, il suit par une consequence toute naturelle qu'elle doit jouir de la même exception que les autres Provinces cedées, ou plûtôt à ceder, et que les loix Françaises sur l'émigration n'y sont point applicables, c'est sur quoi les Ministres Plénipotentiaires de la République Française sont d'accord; ils donnent seulement, pour motifs de reserve, que

„Si on a excepté en général les pays réunis c'est „que les loix de l'état le veuillent ainsi".

Le Prince éveque de Liège et ses sujets sont très éloignés de vouloir enfreindre la Constitution que la France s'est donnée, dont le titre premier porte *la division de son territoire*, ni les loix de l'état qu'elle a établis; l'on dira seulement que cette Constitution ainsi

que ces loix étant absolument étrangères à la principauté de Liège, qui avoit ses loix particulieres, et qui jamais ne fut, ni auroit pu être comprise dans cette division, n'a pu consequemment sous aucun rapport être soumise à leurs dispositions.

Que durant l'état de guerre le Gouvernement Français sous le titre de Convention nationale ait trouvé bon de décreter une prétendue réunion du pays de Liège à la France, qu'ensuite ses representants aient aussi jugé à propos de faire connôitre que les loix concernant l'émigration seroient publiées et imprimées dans les Départements réunis pour être executées *dans les dix jours* à dater de leur publication; soit. Mais pretendre que ces decrets et ces dispositions puissent être classées entre les loix de l'état, telle par exemple qu'est la Constitution Française, il ne faut que lire l'Art. 373. Tit. 14. pour se convaincre du contraire. Il porte en termes:

„La Nation Française déclare qu'en aucun cas „elle ne souffrira le retour des Français qui ayant „abandonné leur patrie *depuis le* 15. *Juillet* „1789. ne sont point compris dans les exceptions portées contre les émigrés".

On ne voit rien surement dans cet article qui ait rapport au Prince de Liège non plus qu'à ses sujets, sujets de l'Empire Germanique; ce Prince souverain d'un état independant (dont la France avoit un Ministre accredité près d'elle) y regentoit au 15. Juillet 1789. et la nation Française étoit très eloignée de le rendre susceptible des rigueurs de ses loix; elle n'y pensoit-pas non plus le premier Vendemiaire an 4. (22. Sept. 1795.) puisque la Constitution n'en dit mot, et que le decret dn 9. Vendemiaire an 4. (1. Oct.

1795.) qui mentionne la réunion du pays de Liège, est de huit jours posterieure à l'acceptation de la constitution. Quels pourroient être donc ces decrets et ces dispositions? Des actes provisoires purement facultatives et unilateraux du Gouvernement, aménés peut-être par des circonstances et entièrement susceptibles de modifications, ampliations, et même de reforme, ainsi qu'il se pratique chaque jour non seulement dans la République Françoise, mais dans tous les Gouvernements quelconques.

Venant ensuite à la periode de l'Art. 7. qui dit:

„Mais le benefice de l'exemption a été étendu à „Mayence, parceque le decret de réunion n'y „aiant pas été publié *les habitans n'ont pu pro„fiter des trois mois* que la loi accorde après la „publication du decret".

Si le Prince de Liège et ses sujets n'avoient pas par devers eux le dispositif des principes généraux établis et réçus chez toutes les nations pour avoir droit à reclamer le même traitement et les mêmes avantages qui proviendront de la paix future entre l'Empire et la France, que les autres Princes et sujets de l'Empire, ils se flattent encore que le Gouvernement Français d'après le langage de ses Ministres plénipotentiaires:

„C'est donc là un principe posé, dont l'applica„tion pourroit se faire aux pays ou parties des „pays qui se trouveroient dans le même cas",

les en rendroit participants.

Pour se convaincre de toute la justice de cette application, l'on observera que ce fut seulement le 27. Brumaire an 4. (17. Nov. 1795.) qu'on proceda à l'organisation constitutionelle des autorités publiques dans le pays de Liège, et que ce ne fut que

le 3. Frimaire (24. du même mois de Novembre), que ces autorités firent connoitre la loi concernante les émigrés. La convention nationale, pour adoucir en quelque sorte la mesure si extraordinaire et si vigoureuse d'appliquer aux pays réunis la loi du 25. Brumaire an 3. rendue contre les émigrés purement François, accordoit le terme de trois mois à compter du jour du decret de réunion; mais les autorités constituées surent éluder les effets bienfaisants et les rendre à peu près nuls pour la publication d'un arrêté qui déclaroit qu'il étoit indispensable d'empecher que des malveillans, nommement les membres du Chapitre Cathedral et de l'ancien Gouvernement ne puissent porter le trouble dans les assemblées, qu'elles alloient faire partir une députation pour Paris, et qu'en attendant elles declaroient, qu'elles n'accordoient aucun passeport à ces individus, dont plusieurs refugiés dans des endroits limitrophes en firent solliciter, et n'éprouverent que des réfus.

Que loin d'attendre l'expiration de trois mois accordés par ce decret, qui sans doute n'auroit du prendre cours qu'à la date qu'il a été connu, savoir le 24. Nov. 1795. ces autorités trouverent bon le 27. Nivose an 4. (17. Janv. 1796.) de declarer le terme fatal expiré, ce qui n'en formoit pas deux, si même le passage avoit été libre, rigueur d'autant plus accablante qu'il avoit été accordé aux anciens François émigrès depuis le 1. Juillet 1789. jusqu'au 8. Avril 1792. et même encore un mois de repit, ce qui leur donnoit près de trois ans pour pouvoir rentrer dans leurs foyers. D'un autre coté avant de pouvoir franchir le passage du Rhin il falloit s'adresser aux municipalités du domicile, justifier avoir été absent pour affaires, avoir

l'attestation d'être bons citoyens, et qui plus est encore les passéports devoient - être visés et signés par un representant du peuple lors en residence à Bruxelles. Ou étoient donc tous les absents du pays de Liège à toutes ces époques ? Tous refugiés au sein de l'Empire leur patrie d'après les lettres avocatoires et justificatoires de S. M. J. et les ordres de leur souverain legitime, tous tranquiles dans des contrées éloignées, et même à son extremité, où ces decrets et ces dispositions n'étoient ni ne pouvoient être connus, où toutes les communications étoient rompues, et le passage du Rhin séverement defendu par le Gouvernement François, à cause des combats continuels qui s'y livroient. Si ce gouvernement avoit pu rendre des loix qui dussent être applicables aux états de l'Empire Germanique, encore se persuade-t-on qu'il repugneroit à ses principes d'en établir, dont la peine seroit inévitable (l'exemption pour Mayence en est une preuve sensible), et s'il y a des cas ou l'application proposée dusse être faite, c'est bien vis a vis des absents du pays de Liège, puis qu'outre les difficultés insurmontables que les autorites ont formé elles mêmes, ils ont encore pardevers eux impossibilité de connoissance et impossibilite de déferer dans un terme aussi court, vû leur éloignement, à des ordres de cette nature. — Lorsque les ministres plénipotentiaires de la République Françoise *se pérsuadent qu'il ne sera plus reparlé de ces hommes qui ont été le flambeau de la guerre*, cela n'est certainement pas applicable au gouvernement Liégois ni à ceux qui de tout temps ont signalé leur obéissance aux loix de l'Empire et de leurs Souverains. Un trait assez fort pour convaincre le Gouvernement François que le Prince de

Liège cherche soigneusement à conserver la bonne harmonie avec la France, c'est la conduite qu'il a ténu au commencement de 1792. Conséquemment longtems avant la declaration de guerre entre l'Empire et la France, lorsque celle-ci s'est emparée de la ville de Couvin et de 57. villages Liegeois, il s'en borna alors à faire des reclamations amicales au Chargé d'affaires de France resident près de lui, et par son ministre à Paris. La rapidité avec laquelle il a fallu coucher ces reflexions n'a pas permis d'y donner toute l'extension et les developpements que leur application auroit desiré; on s'est fait un devoir scrupuleux de bannir toutes personalités à la veille d'une paix qui doit tout reconcilier et tout ensevelir dans le plus grand oubli, pour ne s'ocuper que de l'état de tranquilité qu'elle fera renaitre. D'ailleurs toute personne qui a un peu suivi les evenements n'a besoin que de sa propre conviction.

9. Vorſtellung des Salm-Salmiſchen Abgeordneten, gegen Anwendung der franzöſiſchen Emigrations-Geſetze. Vom 9. October 1798.

So wenig zu erwarten zu ſeyn ſcheint, daß die bevollmächtigte Miniſter der franzöſiſchen Republik, in Betreff der Nichtanwendung der Emigrations-Geſetze auf die reunirten Reichs-Lande, zu einiger Nachgiebigkeit zu bewegen ſeyn dürften, weil ſie ſich in ihrer jüngſten Note vom 12. Vendemiaire (3. October) auf eine der begehrten allgemeinen Ausnahme widerſtehendes Staatsgeſetze gegründet haben, ſo zuverſichtlich läßt ſich gleichwohl hoffen, daß ſie wenigſtens eine beſtimmte Erklärung in

Anſehung der in dem franzöſiſchen Emigrations-Geſetze ſelbſt geſchehenen Ausnahmen, nicht von der Hand weiſen werden, wenn eine Hochanſehnliche Reichs-Friedens-Depntation hierzu den ausdrücklichen Antrag zu machen geruhen wollte.

Nach dem anliegenden Auszug des Haupt-Emigrations-Geſetzes vom 25. Brum. an 2. (15. Nov. 1793.) ſind jene, welche ſeit der von den Einwohnern begehrten Vereinigung mit der Republik ſothane Lande verlaſſen haben, und nicht innerhalb 3. Monathen nach der erfolgten Vereinigung zurückgekehrt ſind, zwar ſchlechterdings als Emigrirte angeſehen; aber welche ſich aus ſothanen Landen vor der Epoche ihrer Revolution entfernt hatten, **und nicht vor dieſer Zeit in fremden Landen wohnſizlich waren**, nur gewiſſer Maſſen den in gleichem Fall befindlichen franzöſiſchen Abweſenden, und alsdann nur den wahren franzöſiſchen Emigrirten gleichgeſtellt worden, wenn ſie Theil an ihrem Complot genommen, oder die Waffen gegen die Republik getragen haben. — Hieraus folgt unhindertreiblich, daß alle jene, welche ſich vor der Reunion eines Reichs-Landes ans demſelben entfernt, und in einem andern Lande, vor deſſen feindlichen Verhältniſſen gegen Frankreich, etablirt haben, von dem franzöſiſchen Geſetze ſelbſt nicht als Emigrirte angeſehen worden ſind, mithin auch außer der Anwendung aller Diſpoſitionen ſothanen Geſetzes geſtanden haben. — In dieſem Falle ſind demnach notoriſch alle Räthe, Beamte, männliche und weibliche Dienerſchaft deutſcher Fürſtl. und Gräflichen Häuſer, deren Lande reunirt worden, welche vor der Reunion mit ihrer höchſt und hohen Herrſchaft dieſe Lande verlaſſen und bey derſelben in einem andern ihr zuſtändigen Reichs-Lande zu Fortſetzung ihrer Dienſte, vor dem Ausbruch

des Reichs-Kriegs mit Frankreich, ihren Wohnſitz genommen haben, oder dazu unter den nämlichen Umſtänden von erſagten ihren Herrſchaften abberufen werden.

So ſind z. B. vor der am 2. März 1793. geſchehenen Vereinigung des Fürſtenthums Salm mit der franzöſiſchen Republik dem regierenden Herrn Fürſten zu Salm, Salm, welcher am 15. Auguſt 1791. ſchon ſeine Reſidenz zu Senones mit ſeiner Fürſtl. Familie verlaſſen, und in der Reichs-Herrſchaft Anholt genommen hat, einige ſeiner Räthe und mehrere männlich- und weibliche Bediente gefolgt, und haben ſich bey Höchſtdemſelben zu Fortſetzung ihrer respect. Dienſte in Anholt vor dem Kriegs-Ausbruch mit Frankreich etablirt. So ſind ebenmäßig höchſtdeſſen Frau Mutter, welche vor der Eroberung der ehemaligen Kaiſerl. Königl. Niederlande höchſtdero Witthum-Sitz im Herzogthum Hoogſtraten verlaſſen, und ſich ebenmäßig in Anholt etablirt hat, auch einigen ſeiner Herren Oheimen und Brüdern, und Frau Tante, die vor der Vereinigung des Fürſtenthums Salm zu verſchiedenen Epochen ſich von da entfernt, und anderswo gewohnt haben, ihre Bediente weiblich- und männlichen Geſchlechts nachgefolgt; und dieſe alle ſtehen gleichwohl auf mehreren franzöſiſchen Emigranten-Liſten, und das ihnen zuſtehende Vermögen iſt ſequeſtrirt.

Gleichwie nun Zweifelsohne mit vielen andern Reichsſtändiſchen Räthen, Beamten nnd Dienerſchaften, der nämliche geſetzwidrige Fall vorwaltet, ſo würde es keineswegs eine Abweichung von dem franzöſiſchen die Emigrationen betreffenden Staatsgeſetze ſeyn, ſondern vielmehr zu deſſen Vollzug gereichen, wenn von den bevollmächtigten franzöſiſchen Miniſtern die officielle Erklärung erfordert würde, daß alle Räthe, Beamte, männlich- und weibliche Dienerſchaft und hohen Glieder ſolcher Fami-

lien,

lien, welche mit oder ohne ihren Herrſchaften aus ihren Landen vor ihrer Vereinigung mit Frankreich abgegangen zu ſeyn, und ſich anderswo zu ihrem Dienſte etablirt zu haben, erweiſen können, von der mit großen Schwierigkeiten und Koſten verbundenen ordentlichen Nachſuchung ihrer Radiationen auf allen desfallſigen Präcluſionen losgeſprochen ſeyen, und denſelben dazu durch einen kürzern Weg, allenfalls durch den Eintritt des bey dem Reichstag oder bey des Herrn Landgrafen zu Heſſen-Caſſel Hochfürſtl. Durchlaucht angeſtellten franzöſiſchen Miniſters verholfen werden ſoll.

Vielleicht dürfte es auch znm Erfolg dieſes Antrags beförderlich ſeyn, wenn derſelbe auf die in dergleichen vereinigten Landen gebohrnen oder darinn durch ihre der franzöſiſchen Revolution vorhergegangene Dienſtänſtellung naturaliſirten, und in ſothänen Dienſten noch wirklich ſtehenden Individuen ausdrücklich beſchränkt würde.

Weniger aber, als dieſem oben ſchon höchſtbilligen Antrage, würden die bevollmächtigten Miniſter der franzöſiſchen Republik mit Beſtand etwas entgegenzuſetzen haben, wenn eine Hochanſehnliche Reichs-Friedens-Deputation auf die unbedingte Radiationen aller deutſchen Reichs-Fürſten und Reichs-Grafen, und ihrer Familien Mitglieder, deren Lande mit der franzöſiſchen Republik vereinigt worden, auf allen und jeden Emigranten-Liſten, wie wir hierum ſchon unterm 24. Jan. ehrerbietigſt gebethen worden, nachdrücklich zu beſtehen geruhen wollte, da dieſe wenigſtens in keinem erdenklichen Fall den franzöſiſchen Emigrations-Geſetzen unterworfen ſeyn können.

10. Erklärung wegen Abtretung des linken Rhein-Ufers, ab Seiten des Herzogs von Ahrenberg, der Fürſten und Grafen von Löwenſtein-Wertheim und Virneburg.

Treu dem Bande das ſie mit dem geſamten Reich verknüpft, aber auch in der gerechten Erwartung, daß die unverkennbaren Forderungen eben dieſes Bandes ihnen wechſelſeitig zu Statten kommen müßten, werden der Unterzeichneten Höchſt- und Hohe Committenten ſich nie erlauben, der nunmehr mit ganz unbeſchränkter Vollmacht von dem geſamten Reich verſehenen hohen Deputation in irgend etwas vorzugreifen.

Sie werden ſich ſtets erinnern, werden aber auch weiter unabwendig feſt daran halten, daß, ſo wie der ſeitherige leidige Krieg, alſo auch nun der Friede, der ihm das ſo lange und ſo ſehnlich erwünſchte Ende machen ſoll, mit allem, was ſich dabey als Mittel zum Zweck verhält, die Sache des geſamten Reichs ſey.

Dieſe große Betrachtung iſt es denn auch, die ſich dem Unterzeichneten bey der geſtern hochgefällig mitgetheilten jüngſten Erklärung der franzöſiſchen Geſandtſchaft, in Abſicht auf das, was dem Unterzeichneten zum Vortheil und zur Erleichterung des geſamten Reichs dienlich und zweckmäßig ſcheinen kann, gleich zuerſt aufdringen muß.

Die einzelnen Stände haben zwar bekanntlich ihren verfaſſungsmäßigen Antheil an der oberſten Gewalt im Reiche, verhalten ſich aber zu der Geſammtheit deſſelben, in Verbindung mit Sr. Kaiſerl. Majeſtät, als dem Allerhöchſten Oberhaupte, nur wie Untergeordnete, und ſie können demnach in allem, was das geſamte

Reich angehet, nie in die Cathegorie von Souverains geſezt werden.

Nur nach Maaßgabe der Schuldigkeit, die in der ganzen Verfaſſung lag, mußten ſie Theil an dem Kriege nehmen. Nur ihr verfaſſungsmäßiger Antheil an den Hoheitsrechten des Reichs kann unter das Verhältnis von Souverain zu Souverain und unter den gewöhnlichen Innbegrif der Abtretungen von einem Souverain an den andern gebracht werden. Alles übrige gehört in die Rubrik von Privat-Eigenthum, gehorcht in dieſer Eigenſchaft den Geſetzen desjenigen Souverain, dem es unterworfen iſt, und hat dafür auch Anſpruch auf geſetzliche Unverletzlichkeit.

So und nicht anders wurde es bekanntlich auch bey allen ſchon ſo häufig vorausgegangenen Abtretungen von dem deutſchen Reiche an Frankreich gehalten, und die Uebung im ähnlichen Falle ſteht alſo dem, was ſchon in dem Begrif liegt, ebenfalls zur Seite. Der Unterzeichnete muß ſich alſo Namens ſeiner höchſten und hohen Committenten mit der hohen Reichsdeputation in der gegründeten Zuverſicht vereinigen, daß, wenn es auch bey der in beharrlichem Antrag ſtehenden allgemeinen Grundlage der Rheingränze ganz oder zum Theil sein immer für Deutſchland überhaupt ſehr trauriges Verbleiben haben muß, gleichwohl noch in den nachfolgenden nähern Beſtimmungen ſelbſt das, was ſowohl in den Begriffen als in der Uebung liegt, ſein Recht erhalten werde.

Er wird in dieſer Zuverſicht durch den Inhalt der anderſeitigen Erklärung ſelbſt beſtärkt, vermöge deren immer nur vorerſt auf Annahme der allgemeinen Grundlage, ohne vor der Hand in die weitern Modifikationen

derſelben einzugehen, aber auch, ohne ſie für die unmittelbare Folge auszuſchließen, hingehalten wird.

Indem es alſo jezt und vor der Hand noch wegen mehr erwähnter allgemeiner Grundlage bloß von der Frage: Ob? zu handeln ſcheint, ſo muß zwar der Unterzeichnete nach demjenigen, wozu er ſich ſchon oben als Pflicht bekannt hat, lediglich der hohen Deputation die poſitive Entſchließung für das geſamte Reich in demſelben vollen Vertrauen, das ihr von dem geſamten Reiche ertheilt worden iſt, überlaſſen.

Er muß aber auch, ſo viel an ihm ſeyn kann, eben ſo offen als unvorgreiflich, ſich zu der gleichmäßigen vollkommenen Ueberzeugung bekennen, daß die hohe Deputation ſchon alles, was in Beziehung auf dieſe allgemeine Grundlage zu thun war, erſchöpft habe, und daß ſonach kein anderes dienliches und zweckmäßiges Mittel mehr abzuſehen ſey, als in Anſehung der Frage: Ob? Ja zu ſagen.

Der Unterzeichnete erklärt deshalb hiedurch, daß ſeine Höchſte und Hohe R. Committenten dem was von geſamten Reichs wegen, und zu Rettung des geſamten Reichs hierunter in totum oder in tantum geſchehen kann, ſoll und muß, mit ihrem Partikular-Intereſſe auf keine Weiſe im Wege ſtehen wollen.

Er erklärt das unter der feyerlichen, wiewohl ſich eigentlich von ſelbſt verſtehenden Vorausſetzung, daß ihnen für das Opfer, wozu ſie ſich auf ſolche Art für das geſamte Reich im Nothfalle hergeben, diejenige gleichbaldige volle Entſchädigung in dem vorſeyenden Friedensſchluß ſelbſt zu Theil werden müße, die ihnen die Natur des ſtaatsgeſellſchaftlichen Bandes, die allgemeine Reichsgarantie, als der verfaſſungsmäßige Antrieb zu dem leidigen Kriege, und ſelbſt die eigenen Forderungen

von Seiten der franzöſiſchen Republik, zum Voraus gewähren müßen; eine Entſchädigung, von der ſeine höchſte und hohe Herrn Committenten ſelbſt wieder ihren verhältnismäßigen Antheil in allewege mit zu übertragen haben werden.

Uebrigens liegt in dem Umſtande, daß es jezt nur von Annahme der angetragenen erſten Grundlage handelt, ohnehin ſchon der Vorbehalt alles deſſen, was außer der oben unvorgreiflich hingeſtellten Bemerkung ſonſt noch in die weitern Fragen von der Anwendung, von nähern und ſpeziellen Anſprüchen, dann von Vollziehung und Sicherſtellung einſchlagen kann.

Raſtadt d. 13. Febr. 1798.

Im Vollmachts-Namen

1) Des regierenden Herrn Herzogs zu Ahremberg Durchlaucht.

2) Des regierenden Herrn Fürſten zu Löwenſtein Durchlaucht.

3) Des Gräfl. Geſamthauſes Löwenſtein-Wertheim und Virneburg.

F. A. von Zwanziger.

11. Erklärung von Chur-Cölln über die von der franzöſiſchen Republik geforderte Abtretung des linken Rhein-Ufers.

Der bevollmächtigte Miniſter glaubt, da es nach der Natur der Sache ganz außer ſeiner Befugnis liege, ſich über dieſes ſo höchſtwichtige Geſchäft auf irgend eine Art, beſonders in Ermangelung einiger Inſtruktion von ſeinem gnädigſten Herrn, zu erklären, die Leitung und

den Abſchluß deſſelben der hiezu von Kaiſer und Reich mit ſo gerechtem unbeſchränkten Vertrauen ernannten, und ohnehin auf die möglichſte Wahrung des allgemeinen ſowohl als eines jeden einzelnen Standes Beſtes und Intereſſe inſtruirten hochanſehnlichen Reichs-Friedens-Deputation überlaſſen zu müßen, dabey aber die gerechte Zuverſicht im Namen ſeines gnädigſten Herrn äuſſern zu dürfen, daß, wenn je das traurige Schickſal des Vaterlandes irgend einige einzelne Opfer unvermeidlich machen ſollte, eben dieſes Vaterland doch eine ſich hiemit auf jeden Fall vorbehaltene verhältnismäßige Entſchädigung den dadurch benachtheiligten Ständen gewähren werde.

12. Erklärung der Fürſtlich Naſſauiſchen Häuſer, über die von der franzöſiſchen Republik geforderte Abtretung des linken Rhein-Ufers.

Die Naſſauiſchen Häuſer glauben, daß das große Opfer des linken Rhein-Ufers zwar nicht vermieden werden, doch in Abſicht ſeiner Größe und ſeines Umfangs vermindert werden könne; daß aber auf alle Fälle, es mögen jene Verſuche ganz oder nur zum Theil gerathen, alle an Frankreich zu machende Abtretungen von deutſchen Reichslanden unter nachſtehendem Vorbehalt und reſpectiven Bedingungen geſchehen mögten:

1) Daß die franzöſiſche Republik ſich mit der Souverainität und den Hoheitsrechten dieſer abgetretenen Lande begnüge, und daher ſowohl das Eigenthum der Privatperſonen, es beſtehe in beweglich oder unbeweglichem Vermögen, als vornämlich auch die ſogenannten Domainen der Fürſten und Landesbeſitzer, welche als

deren Privateigenthum zu betrachten ſind, in ihrem ganzen Umfang zurückgebe, und zu eigenem Genuß und Verwaltung, obgleich nach Vorſchrift und in Gemäßheit der franzöſiſchen Conſtitution, überlaſſe.

2) Daß die neue Hoheitsgränze, inſofern der Rhein dieſelbe ſchlechterdings machen ſollte, nicht weiter als bis auf deſſen linkes Ufer auf der linken Seite, oder, nach den bekannten Grundſätzen des allgemeinen Völkerrechts, nicht weiter bis in die Mitte dieſes Fluſſes, jedoch ſo ausgedehnt werde, daß dasjenige, was auf dem rechten Rhein-Ufer an Inſeln, Auen, Werdern, auf dem Rheinſtrom ſelbſt gelegen iſt, imgleichen die auf demſelben hergebrachten Fiſchereyen, Jagden, Goldwaſchereyen ꝛc. den Eigenthümern des rechten Rhein-Ufers, und ſo auch im entgegengeſezten Falle denen des linken Rhein-Ufers, ohne Rückſicht auf die Mitte des Stroms, fernerhin ungehindert gelaſſen, zugleich aber

3) Sich in Abſicht der Rheinzölle, der Holzflößerey und der Schiffahrt ſelbſt über billige, den deutſchen Handel nicht ſtöhrende Grundſätze verglichen werde.

4) Daß ungeachtet des wechſelſeitig in ſalvo bleibenden Eigenthums der Einwohner von beyden Rhein-Ufern, unter dieſem Vorwand oder unter jedem andern Prätext, keine Hoheitsrechte oder Immunitäten, oder ſonſt erdenkliche Anmaaßungen, welche den in jedem Lande beſtehenden oder noch einzuführenden Rechten und Gewohnheiten, oder den im gegenwärtigen Frieden zu ſtipulirenden Grundſätzen zuwider wären, verlangt oder ausgeübt werden können.

5) Daß niemand wegen ſeiner politiſchen Meynungen verfolgt und in Anſpruch genommen werden, dieſe aber auch keinem aufgedrungen, vielweniger, andere Regierungsformen einzuführen, wechſelſeitig verſucht, mithin die

Propagandiſten in keinen beſondern Schutz genommen, ſondern ihrem Schickſal überlaſſen werden; daß endlich

6) Der Punkt der zu leiſtenden Entſchädigungen für die verlohrnen Lande, Güter und Staaten, dem deutſchen Reiche, welchem ſolche eigentlich zu präſtiren obliegen möchten, auch allein aufzufinden und zu reguliren, jedoch unter Vermittlung und Mitwürkung der franzöſiſchen Republik überlaſſen werden könne.

13. Erklärung von Pfalz-Zweybrücken, über die von der franzöſiſchen Republik geforderte Abtretung des linken Rhein-Ufers.

Sollte der Drang der Ereigniſſe die Ueberlaſſung des linken Rhein-Ufers ganz oder zum Theil gebieten, ſo entſtehen J. H. D. nicht, dies ſchwere Opfer, wodurch allein der allgemeine Reichsfriede erkauft werden könne, als regierender Fürſt zum Beßten des deutſchen Vaterlandes zu bringen, und ihr eigenes Intereſſe dem Wohl des Ganzen nachſtehen zu laſſen, und dem geſamten Reiche zur weitern Verfügung zu überlaſſen, in wie fern dieſelbe, geſtüzt auf den geſellſchaftlichen Verband, eine verhältnismäßige Indemniſation und die im übrigen ſich von ſelbſt verſtehende Aufrechthaltung der vom Reich garantirten Hausverträge, in Abſicht der dieſſeits liegenden Pfalzbayerſchen Staaten zu gewärtigen habe.

14. Erklärung der preußiſchen Miniſter, wegen der von Seiten Frankreichs gefordert werdenden Abtretung des linken Rhein-Ufers.

Unterzeichnete, von Sr. Königl. Majeſtät von Preuſſen zum Friedens-Congreß bevollmächtigte Miniſter,

nehmen auf die am 12. d. M. von der Reichsdeputation gegebene Veranlaßung, keinen Anſtand, Namens Ihrer Allerhöchſten Committenten zu erklären: Daß, ſo wie man dieſſeits ſich bereits ſeit mehreren Jahren beſtrebt habe, dem deutſchen Vaterlande einen nach Lage der jedesmaligen Umſtände möglichſt günſtigen Frieden zu verſchaffen, des Königs Majeſtät auch jezt nichts ſehnlicher als deſſen endliche Erreichung wünſchen, und um ſomehr glauben, daß dieſelbe nicht genug beſchleunigt werden könne, da dieſes das einzige Mittel iſt, nicht nur ſo manche deutſche Lande von den immer fortdauernden ſie gänzlich erſchöpfenden Laſten des Krieges zu befreyen, ſondern auch von ganz Deutſchland die verderblichſte und nicht zu berechnende Folgen abzuwenden, von welchen es bey längerer Fortdauer des dermaligen Zuſtandes bedroht ſcheint. In ſofern nun, nach Anſicht der mitgetheilten, bisher zwiſchen der Reichsdeputation und der Geſandtſchaft der franzöſiſchen Republik gewechſelten gegenſeitigen Aeuſſerungen, zu Erzielung des ſo gewünſchten, dem Vaterland und der Menſchheit ſo nothwendigen Friedens, die vom Kaiſer und Reich ermächtigte Reichsdeputation es erforderlich halten ſollte, die von Frankreich verlangte Friedensbaſis der Abtretung des ganzen linken Rhein-Ufers eingehen zu müßen, ſo erklären unterzeichnete Bevollmächtigte, Namens Sr. Königl. Majeſtät in Dero Reichsſtändiſchen Eigenſchaft, daß Allerhöchſtdieſelbe, ſoviel es Ihrem landesväterlichen Herzen auch koſtet, ſo treue Anhänglichkeit beweiſende Unterthanen zu verlieren, nicht gemeynt ſind, hiebey für Ihre daſelbſt gelegene Lande eine Ausnahme zu verlangen, vielmehr auch mit deren Ueberlaſſung, unter Vorausſezung möglichſter Fürſorge für das Wohl und Eigenthum der Einwohner und ei-

ner hinlänglichen und gerechten Indemnität auf dem dieſſeitigen Rhein-Ufer, für das allgemeine Wohl und die ſo dringend nothwendige Herſtellung der Ruhe ein Opfer bringen wollen.

Raſtadt, d. 14. Febr. 1798.

Graf v. Görz, v. Jacobi Klöſt, v. Dohm.

15. Erklärung der Reichsritterſchaft über die von der franzöſiſchen Republik geforderte Abtretung des linken Rhein-Ufers.

Sollte die Noth die Ceſſion des linken Rhein-Ufers gebieten, ſo erſucht Geſandter die Deputation ſich dahin zu verwenden, daß 1) dem über dem Rhein gelegenen, hiebey allenfalls befangenen Reichsadel wenigſtens ſein bewegliches und unbewegliches Eigenthum erhalten, und ihm die Erlaubnis ausgewürkt werde, ſolche, wenn er ſich nicht in die neue Ordnung der Dinge zu fügen Luſt hätte, in einer geraumen Zeitfriſt verkaufen und den Erlaß ohne Hindernis zu beziehen zu dürfen; daß für ihn 2) er mag auf jener Rheinſeite ſich aufhalten oder nicht, in Anſehung des von ſeinem übrigen Einkommen und Rechten erleidenden Verluſtes gleich den Ständen des Reichs geſorgt, und er dadurch in ſeiner politiſchen Exiſtenz und in ſeinem Verband mit Kaiſer und Reich erhalten werde. 3) Daß die Namen derjenigen unter ihnen, ſo wie die ihrer Frauen und Kinder, welche, ohnerachtet ihrer anerkannten Eigenſchaft als Reichsglieder dennoch auf die Emigrantenliſte geſezt worden, ausgeſtrichen werden möchten; und 4) daß nie zugegeben werde, daß die traurigen Ueberreſte des ſonſt ſo anſehnlichen Reichsritterſchaftlichen Corps, nach allen Be-

drängniſſen, die es ſeit geraumen Jahren erlitten, und denen es noch entgegen ſieht, als ein Mittel der Entſchädigung in Vorwurf kommen, und die Reichsritterſchaft dadurch ihrer erblichen Rechte und unmittelbaren Verhältniſſe mit dem Reich und deſſen Oberhaupt mit einem Federſtrich auf immer beraubt, und dadurch das Maaß des Unglücks auf immer voll gemacht werde, mit welchem der Genius dieſer Zeit den Adel zu Boden tritt.

16. Erklärung von Chur-Trier über die von der franzöſiſchen Republik geforderte Abtretung des linken Rhein-Ufers.

Der bevollmächtigte Miniſter erklärt über die Ceſſion des linken Rhein-Ufers nicht inſtruirt zu ſeyn. Im Fall der Rhein zur Gränze werden ſollte, würde der Churfürſt ſeine Exiſtenz zu wenigſtens 4. Fünftheilen, das ihm angehörige Domcapitel aber die ſeinige ganz und zumalen verlieren. Die Folgen einer ſolchen Zernichtung würden unüberſehlich ſeyn, indem es hier nicht allein im politiſchen Betracht auf die Erhaltung eines geiſtlichen Churfürſtenthums und der hiermit verbundenen Reichsverfaſſung, ſondern auch um die Rettung ſo vieler treugebliebenen und um Hülfe rufenden Reichsunterthanen ankäme.

17. Erklärung von Thurn und Taxis über die von der franzöſiſchen Republik geforderte Abtretung des linken Rhein-Ufers.

Sollte Deutſchlands Ruhe und Erhaltung ein Opfer verlangen, ſo iſt man dieſſeits ſo willig als bereit, hiezu beyzutragen; nur glaubt man in dieſem Fall auf

die, für die auf dem linken Rheinufer leidenden Stände beſtimmt werdenden Entſchädigungen, in Rückſicht des anſehnlichen und notoriſchen, durch die außerordentlich gemachten Aufopferungen auch empfindlicher gewordenen Verluſts, einen gerechten Anſpruch machen zu können, weshalb ſich ſeiner Zeit an die Hochanſehnliche Reichs-Deputation zu wenden, und das Nöthige vorzulegen, vorbehalten wird.

18. Chur-Trierſche Vorſtellung, die Beſtimmung des an Frankreich abzutretenden Theils vom linken Rhein-Ufer betreffend. Vom 28. Febr. 1798.

Für das Churfürſtenthum Trier, iſt die Frage äuſſerſt wichtig: Soll das rechte Ufer des Moſelfluſſes, oder aber das rechte Ufer des Nahfluſſes zur künftigen Gränze beſtimmt werden?

1.) Wenn das rechte Moſel-Ufer zur Gränze beſtimmt wird, ſo verliert das Churfürſtenthum Trier, die beyden Hauptſtädte Trier und Coblenz, die Neben-Städte und Aemter Oberweſel, Boppard, Zell, Bern-kaſtell, Oberſtein, St. Wendel, Merzig, Saarburg, ſehr viele Oerter, welche zu andern auf dem linken Moſel-Ufer gelegenen Aemtern gehören, und im Ganzen genommen wenigſtens 2/5. Der Churfürſt verliert ſeine Reſidenzen, und das Domkapitel, welches in Trier ſeinen Sitz hat, und ohne welches ein geiſtlicher Fürſt nicht beſtehen kann, bis auf einige wenige auf der linken Moſelſeite gelegene Renten, ſeine ganze Exiſtenz.

2.) Erzſtiftiſche Cameral- und allgemeine Landes-Schulden werden verhältnismäßig abgetheilt, und von der franzöſiſchen Republik übernommen werden müſſen.

Unüberſehliche Beſchwerniſſe liegen dieſer Abtheilung im Wege.

3.) Keine einzige auf dem rechten oder auf dem linken Moſel-Ufer gelegene Gemeinde iſt zü finden, welche nicht auf der andern Moſelſeite Gemeinds- oder auch ihre Privat-Begüterungen hätte. Unendliche Verwirrungen würden daher in Anſehung dieſes Eigenthums entſtehen, wenn eine Seite deutſch, die andere franzöſiſch ſeyn ſollte. Auch ſelbſt die Amts- und Gemeindsſchulden, für welche die links und rechts gelegene Begüterungen wechſelſeitig verhaftet ſind, abzutheilen, und gleich zu ſtellen, würde faſt unmöglich ſeyn.

4.) Der Nahfluß iſt von der Moſel aus ungefähr 8. bis 12. Stunden entfernt; der eine und der andere Fluß läuft bey ſeiner noch ſo großen Irregularität doch ziemlich parallel mit einander fort. Die Gränze von Grund und Boden, ſo dazwiſchen liegt, iſt demnach gewiß für Frankreich unbedeutend, und eben ſo auch die auf dieſer ſo äußerſt gebirgigten Gegend wohnende Volksmaſſe. Viel eher kann auch die Nah, wegen ihres geraden Laufs, als eine Militair-Linie betrachtet werden, als die Moſel in ihren unzählligen gegen einander gehenden Krümmungen.

5.) Wird nun der Nahfluß von Bingen herauf bis nach Nahfelden, wo derſelbe entſpringt, zur Gränze beſtimmt, und demnach von Nahfelden an, den aus der daſigen Gegend her in die Saar herabflieſſenden kleinen Flüſſen nach die Linie bis in die Gegend von Saarlouis gezogen, ſo verliert das Churfürſtenthum Trier nur das Amt St. Wendel, und einen Theil der Herrſchaft Oberſtein, und in dieſem Fall fällt all' dasjenige hinweg, was oben Nro. 1. 2. und 3. angeführt iſt.

6.) Es werden alsdann auch zwiſchen der Nah und Moſel ein nicht geringer Theil von Chur-Pfalz, ein Theil des Herzogthums Zweybrücken, ein Theil der Grafſchaft Sponheim, ein Theil der Naſſau-Saarbrückiſch- und Weilburgiſchen Beſitzungen, das Ganze, was das Haus Heſſen-Caſſel auf dem linken Rhein-Ufer beſitzt, ein großer Theil der Fürſtlich-Salmſchen Lande, ein Theil der Beſitzungen mehrerer Reichsgräflichen Familien, und der größte Theil der niederrheiniſchen Reichs-Ritterſchaft, gerettet.

7.) Sollte vielleicht die franzöſiſche Republik in der Ausdehnung der Gränze, bis an das rechte Moſel-Ufer, einen beſondern Werth darinn ſetzen, daß ſie von Bingen herab bis Coblenz, und über den ganzen Moſelfluß, wegen der Schiffahrt, die Herrſchaft verlanget, ſo iſt man wegen Chur-Trierſcher Seits, zur Abwendung gröſſerer Uebel, bereit, ſolche Vorſchläge zu machen, welche der Republik ihre hierinn beabſichtete Vortheile in jeder Art gewähren können.

19. Vorſtellung der unmittelbaren Reichs-Ritterſchaft über die ihr von den Franzoſen aufgelegte Bedingungen, und ihre zu hoffende Entſchädigung. Vom 26. Juny 1798.

Geſtüzt auf die Reichs-Inſtruktion, hat die Reichs-Ritterſchaft von Anfang der Friedens-Unterhandlungen gebeten, ſie, Fürſten und Ständen des Reichs, in Anſehung der Entſchädigung gleich zu halten.

Nachdem hierauf von den franzöſiſchen Miniſtern die Ceſſion des linken Rhein-Ufers, als die erſte Friedens-Baſis in Vorſchlag gebracht worden, ſo wurde in dieſer

Conformität von einer Hochanſehnlichen Reichs-Friedens-Deputation, in der Note vom 28. Febr. an die franzöſiſchen Miniſter vorläufig als Bedingung verlangt, daß, ſo wie den Reichsſtänden, alſo auch der Reichsritterſchaft, ihre Patrimonial- und Privatgüter belaſſen, und beyde in Anſehung der verlierenden Hoheits-Juſtiz-Domanial-Rechte und Fiſcal-Revenüen entſchädigt werden.

Als in der Folge die franzöſiſche Geſandte die Entſchädigung nicht nur für die Droits feodaux, ſondern für die Domainen ſelbſt accordirt, aber ſolche als Baſis der Friedens-Negociation auf das rechte Rhein-Ufer, und die dort vorzunehmende Seculariſationen geworfen, und eine Hochanſehnliche Reichs-Friedens-Deputation dieſe Baſis angenommen, hat ſich die Reichs-Ritterſchaft gleich andern beſchädigten Ständen des Reichs, an die franzöſiſchen Miniſter gewandt, und um ihrerſeits die Maſſe der Entſchädigungen nicht zu vermehren, darum angeſtanden, ihr ihre Biens-Fonds zu laſſen, und ſie wegen ihrer verlierenden Droits feodaux et seigneuriaux entſchädigen zu laſſen, und um deſto eher dieſen patriotiſchen Endzweck zu erlangen, den franzöſiſchen Miniſtern bemerklich gemacht, daß ſie kein Reichsſtand ſey, und an dem Krieg keinen Antheil habe.

Gleichwohl iſt von den franzöſiſchen Miniſtern die völlige Einziehung der Reichsritterſchaftlichen unmittelbaren Güter und deren Entſchädigung auf dem rechten Rhein-Ufer behauptet, und obwohl ſolches nicht in dem Antrag der Reichs-Ritterſchaft an gedachte Miniſter lag, doch der Anlaß hievon zu den folgevollen Grundſätzen genommen worden, die in der Reichs-Deputations-Note vom 14. May aufgeſtellt worden, wodurch die Reichs-Ritterſchaft von ihrer geſezlichen Anſchlieſſung an Fürſten und Stände des Reichs entfernt,

aus ihrer ächten Cathegorie herausgeworfen, und die franzöſiſchen Miniſter veranlaſſet geworden ſind, die zugeſtandene Erhaltung ihrer Biens-Fonds auf dem linken Rhein-Ufer mit ſolchen beſchwerlichen Bedingungen zu verknüpfen, die mit der einen Hand nehmen, was ſie mit der andern Hand geben.

Wenn Endes-Unterzogener von dieſen Thatſachen ausgeht, ſo iſt es klar, daß die Reichs-Ritterſchaft durch das angebrachte Geſuch der Erhaltung ihrer Güter auf dem linken Rhein-Ufer nie eine andere Meynung haben konnte, als hierinn den Ständen des Reichs gleichgeſtellt zu bleiben, wie ſie es nach allen von einer Hochanſehnlichen Reichs-Deputation gefaßten vorherigen Beſchlüſſen zu hoffen berechtiget war, und daß die Condescendenz der franzöſiſchen Miniſter, auf die Reclamation einer Hochanſehnlichen Reichs-Deputation in der Note vom 22. dieſes, der Reichs-Ritterſchaft nicht zum Nachtheil gereichen könne, wie es offenbar der Fall seyn würde, wenn von der in den Reichs-Geſetzen und der Reichs-Inſtruction ſich gründenden Gleichhaltung derſelben mit den Ständen des Reichs, ſogar in Anſehung ihrer Entſchädigung für den Verluſt der Droits féodaux abgegangen, und die von den franzöſiſchen Miniſtern zugeſicherte Reſtitution des Eigenthums nicht anders modifizirt würde.

Endesunterzogener hat in dem jüngſthin übergebenen Pro Memoria bereits ausgewieſen, daß kein Unterſchied zwiſchen den Beſitzungen der Fürſten und Stände, und denen der Reichs-Ritterſchaft, beſtehe.

Es iſt unwiderſprechlich, daß, wenn die Mitglieder der Reichs-Ritterſchaft bis zu der Epoche der Auswechſelung der Friedens-Inſtruments-Ratificationen auf keine Entſchädigung und Förderung, ſowohl wegen der verlieren-

den

den Feudal-Rechte, als des entbehrenden Genuſſes, Anſpruch zu machen haben ſollten, wenn ſie ſogar dem nicht zu berechnenden Verluſt, der mit den Degradationen ihrer Güter verbunden ſeyn, und an den gänzlichen Ruin derſelben gränzen kann, ſich ausgeſezt ſehen und die Rückſtände ihrer Einkünfte zurücklaſſen ſollen, ſie das Opfer ihres Patriotismus, durch die von den franzöſiſchen Miniſtern auf das rechte Rhein-Ufer transferirte Entſchädigung ihres Eigenthums die Maſſe der Entſchädigungen nicht vermehrt zu haben, ſeyn, und mit einer Härte behandelt werden würden, für welche jede Benennung zu gering wäre.

Endesunterzogener würde es mit den Grundſätzen einer Hochanſehnlichen Reichs-Deputation nicht zu vereinigen wiſſen, wenn Hochdieſelbe, da auf Höchſt Ihre Reclamation jene Erklärung der franzöſiſchen Miniſter erfolgt iſt, in dem nächſten Reichs-Deputations-Concluſo, gegen die harte Bedingungen, welche der Reſtitution des Eigenthums angehängt ſind, nicht nur den Schluß nicht faſſen würde, nachdrückliche Vorſtellungen dagegen zu machen, ſondern auch auf eine keiner zweydeutigen Auslegung fähige Art zu bedingen:

1.) Daß diejenige Mitglieder der Reichs-Ritterſchaft, welche ſich dermalen noch in dem Beſitz und Genuß ihrer Güter befinden, darinn ungeſtört belaſſen —

2.) Diejenige aber, deren Güter mit dem Sequeſter behaftet ſind, ohne irgend eine Ausnahme der Eigenthümer, und ohne daß ſie bis auf den Abſchluß des Friedens zu warten haben, in deren Beſitz und Genuß unverzüglich eingeſezt, ſomit der Sequeſter aufgehoben, und die alsbaldige Reſtitution verordnet —

3.) Zu Hemmung des Beſitzes und fortwährenden Genuſſes kein neuer Sequeſter angelegt, vielmehr die Unverletzlichkeit des Eigenthums erkannt, und

4.) Durch dieſe Verfügungen von nun an, denen ſonſt zu befahren habenden weitern Degradationen, und gänzlicher Zugrundrichtung der Güter vorgebogen —

5.) Die theils eingezogene, theils rückſtändige Einkünfte vergütet —

6.) Beſonders auch ſtipulirt werde, daß durchaus kein Unterſchied zwiſchen den Mitgliedern der Reichsritterſchaft gemacht werde, die allein Güter auf der linken Seite des Rheins, und denen die zugleich auch Güter auf der rechten deſſelben beſitzen, ſondern dem einen wie dem andern der ungeſtörte Genuß und Beſitz verbleibe.

7.) Ihnen an der fernern Diſpoſition darüber, kein Hindernis in den Weg gelegt, und

8.) Sie für die Ihnen entgehende *Droits féodaux* um ſo mehr entſchädigt werden, als unter denen Reichsritterſchaftlichen Mitgliedern mehrere Familien ſind, deren vorzüglichſte Einkünfte aus dergleichen Rechten abflieſſen.

Eine Hochanſehnliche Reichs-Friedens-Deputation, hat in der Vorausſetzung, daß den Fürſten und Ständen des Reichs ihre Domänen auf der linken Seite des Rheins bleiben, die Entſchädigung für die Droits féodaux etc. zur Bedingung gemacht, dieſe Sprache nie geändert; und es würde ſolchemnach mit denen erhabenen Geſinnungen einer Hochanſehnlichen Reichs-Friedens-Deputation, und der rühmlichſten Sorgfalt, den Schaden von jeden, es ſey großen oder kleinen Invividuen des Reichs abzuwenden, im Widerſpruch ſtehen, wenn Hochdieſelbe die Billigkeit der Entſchädigung der Glieder der unmittelbaren Reichsritterſchaft, und ihre reichs-

inſtructionsmäßige Gleichhaltung mit den Ständen des Reichs, aus der Urſache in Zweifel ziehen wollte, weil die Indemniſation des Eigenthums derſelben auf das rechte Rheinufer übertragen ſey. — Nachdem eine Hochanſehnliche Reichs-Friedens-Deputation, ſelbſt in der Vorausſetzung, daß noch den Fürſten und Ständen des Reichs ihre Domänen auf dem linken Rheinufer bleiben, die Sorge für die Entſchädigung der mit der franzöſiſchen Verfaſſung incompatiblen Rechte für eine hauptſächliche Verpflichtung angeſehen hat, und nachdem ſich keine Urſache denken läßt, warum das unmittelbare Reichsglied nicht für einen Verluſt von 100. bis 1000. und mehreren Gulden den Anſpruch auf Entſchädigungen machen könne, den ein Fürſt und Stand des Reichs für 10000. und mehrere Gulden macht.

Raſtadt, den 26. Juny 1798.

Carl F. R. von Gemmingen.

20. Vorſtellung von Chur-Cölln, die Beſtimmung der Rheingränze betreffend. Vom 28. Juny 1798.

Der Hochanſehnlichen Friedens-Deputation kann es nicht anders als angenehm ſeyn, wenn Hochdieſelbe durch die Partikular-Abgeordnete der am Rheinſtrome geſeſſenen Fürſten und Stände, ſo viel möglich, mit den individuellen Verhältniſſen, welche bey der, mit der franzöſiſchen Republik als Friedens-Baſis angenommenen Rheingränze, in Betrachtung kommen, bekannt gemacht wird.

In dieſer Rückſicht und nach dem Beyſpiel anderer hohen Geſandtſchaften, giebt ſich Unterzeichneter die Ehre über das hiebey betheiligte Intereſſe des Churfürſten

thums Kölln der hohen Reichs-Deputation einige Bemerkungen vorzulegen. Dieſelbe haben zum Theil das Intereſſe Sr. Churfürſtl. Durchlaucht zu Kölln, als Landesfürſten, zum Theil die Gerechtſame der Privaten zum Gegenſtande. So viel

I. Das landesfürſtliche Intereſſe betrift, ſo bedarf es wohl nicht erſt der Bemerkung, daß, durch die Annahme der Rheingränze, der ſchönſte, fruchtbarſte, und bey weitem einträglichſte Theil der Köllniſchen Churlande verloren geht. Se. Churfürſtl. Durchlaucht zu Kölln leben der zuverläßigen Hofnung, daß gemäß dem bey der Abtretung des linken Rheinufers angenommenen Entſchädigungs-Grundſätze, auf Höchſtdieſelbe, als Churfürſten des Reichs, eine vorzügliche Rückſicht werde genommen, auch höchſt ihnen, im künftigen Friedensſchluſſe, eine, ihren Verluſt aufwiegende, zur Behauptung der Churwürde hinlängliche Schadloshaltung werde zugetheilet werden. Unterzeichneter behält ſich in dieſer Hinſicht bevor, ſeiner Zeit, einen genauen Etat über den Verluſt, den Chur-Kölln durch die Abtretung des linken Rheinufers leidet, beyzubringen.

Da inmittelſt das Intereſſe des ganzen Reichs darinn beruht, daß die Maſſe des Verluſts, ſo viel möglich, gemindert, und eben hiedurch die Zahl der Entſchädigungs-Opfer verringert werde, die Hochanſehnliche Friedens-Deputation auch hierauf bis heran, ihre Bemühungen ununterbrochen gerichtet hat; ſo glaubt Unterzeichneter hoffen zu dürfen, daß Hochdieſelbe folgenden dahin zielenden Bemerkungen, in Betreff der Chur-Köllniſchen Rheinzölle, ihren Beyfall nicht verſagen werde. Bekanntlich machen dieſe einen ſehr beträchtlichen Antheil der Churfürſtl. Cameral-Revenüen aus. Der Chur-Cölniſchen Rheinzölle ſind fünf, nämlich zu Andernach,

zu **Linz**, zu **Bonn**, zu **Urdingen**, und zu **Zons**, welchen leztern das Erzſtiftiſche Domkapitel pfandweiſe benutzet hat. Nebſtdem iſt die Chur im Beſitz eines Lizents, der zulezt auch in **Urdingen** erhoben wurde. Alle dieſe Ortſchaften, mit Ausnahme von **Linz**, ſind am **linken Rheinufer** belegen. Dieſes iſt jedoch ein blos zufälliger Umſtand; keiner der erwähnten Zölle iſt an den Ort, wo er bisher gehoben wurde, gebunden. Die Churfürſten von Kölln hatten von jeher, kraft vielfacher Kaiſerl. Privilegien, insbeſondere von König Friederich de 1314, von Kaiſer Karl den IV. de 1346, von König Sigismund de 1414, und 1434. von Kaiſer Friederich III. de 1487, die Befugnis, ihre Rheinzölle von einem Orte zum andern, nach Gefallen zu verlegen. So wurde im XIV. Jahrhundert, der Zoll von **Andernach**, vom Churfürſten Friederich, nach **Linz** verlegt; und als Kaiſer Friederich den III. dem Churfürſten **Hermann von Heſſen**, mit Bewilligung aller Churfürſten, einen neuen Zoll nach **Linz** verliehe, wurde der vorherige Zoll wieder nach **Andernach** zurück verlegt. Der ehemalige Zoll zu **Neuß**, iſt bereits im XIV. Jahrhundert nach **Zons**, und ſpäterhin jener zu **Rheinberg** nach **Urdingen** verlegt worden. Was den Lizent insbeſondere betrift, ſo wurde dieſer ehemals in Rheinberg gehoben, von hier ward er im vorigen Jahrhundert nach Kaiſerswerth verlegt; und erſt unter der Regierung des leztverſtorbenen Churfürſten iſt er, als das Churhaus Pfalz die Kaiſerswerther-Pfandſchaft einlöste, nach **Urdingen** verlegt worden. Wäre dieſe Einlöſe zufällig nicht geſchehen, ſo würde er bis auf den heutigen Tag in Kaiſerswerth, mithin am rechten Rheinufer gehoben worden ſeyn. In Rückſicht auf dieſe rechtliche Verhältniſſe, iſt es ein billiger Wunſch, daß bey

dem bevorſtehenden Frieden, im Falle man mit der franzöſiſchen Republik über die Beybehaltung der Rheinzölle überhaupt übereinkommen wird, der Chur Kölln die Befugnis, ihre bisher am linken Rheinufer gehobene Rheinzölle auf das rechte zu verlegen, vorbehalten werde. Sollte jedoch das franzöſiſche Gouvernement auf keinerley Art zu bewegen ſeyn, in die Uebertragung der Chur-Köllniſchen Rheinzölle aufs rechte Rheinufer zu willigen, ſo wird doch gedachtes Gouvernement ſo wenig, als eine hohe Reichs-Friedens-Deputation, die Billigkeit verkennen können, daß wenigſtens, nebſt Beybehaltung des Zolles zu Linz, der Lizent von Urdingen nach Deuz verlegt werde; da dieſer Lizent nicht nur durch ſeine eigene Beſchaffenheit ſich von andern Rheinzöllen auszeichnet, ſondern auch ſo lang auf dem rechten Rheinufer erhoben, und nur ſeit wenig Jahren, aus Mangel einer anſtändigen Gelegenheit, jenſeits zu erheben, angefangen worden iſt. Unterzeichneter zweifelt nicht, daß dieſer Antrag um ſo mehr die kräftigſte Unterſtützung der hohen Reichs-Deputation erhalten werde, als er eines Theils dahin zielt, den Verluſt der Chur Kölln, und die daraus entſtehende Entſchädigungs-Anſprüche zu mindern, anderntheils den Zweck hat, den übrigen am rechten Rheinufer gelegenen Chur-Cöllniſchen Aemtern, in den beträchtlichen, zur Unterhaltung des Rheinbaues erforderlichen Koſten, eine Erleichterung zu verſchaffen, worauf um ſo mehr Bedacht genommen werden muß, als dieſe, wegen der Lage, die ſie einnehmen, eine ſehr beträchtliche Strecke des Rheins zu unterhalten haben, und dadurch zu einem Aufwand genöthiget ſind, den ſie blos aus eigenen Beyträgen zu machen, ihrer Geringfügigkeit wegen nicht vermögen.

Was hiernächſt

II. Die Gerechtſame der Privaten anbelangt, welche bey der neuen Gränze in Betrachtung kommen müſſen, ſo verdienen hier

a) Die Geldforderungen, welche auf den Chur-Cölniſchen Rheinzöllen haften, und wofür die Zolleinkünfte ſpecialiter verhypotheciret ſind, eine vorzügliche Aufmerkſamkeit. Im Falle die Rheinzölle beybehalten werden, ſo werden beyderſeitige Gouvernements, ohne Schwierigkeit wohl die Billigkeit anerkennen, daß derjenige Theil, dem eine Rheinzollſtätte zufällt, auch die Schulden übernehmen müſſe, für welche die Revenüen dieſer Zollſtätte bisher verhaftet waren. Schwieriger würde es ſeyn, wenn wider Verhoffen die Aufhebung aller Rheinzölle nicht abgewendet werden könnte. Höchſt ungerecht wäre es, wenn die Zollgläubiger hierunter leiden ſollten. Es würden alſo auch in dieſem Falle doch wenigſtens Maasregeln zur Sicherheit der Gläubiger genommen werden müſſen, welches allenfalls dadurch geſchehen könnte, daß die Zölle in der bisherigen Art noch ſo lange beybehalten würden, bis aus ihrem Ertrage die darauf haftenden Schulden bezahlt wären.

b) Giebt es hin und wieder Städte und Corporationen, welche an den Revenüen einzelner Zollſtätten Antheil haben. So beſizt unter andern die Stadt **Andernach**, kraft eines Kaiſerl. Privilegiums, einen Antheil an dem dortigen Rheinzoll. Die Gerechtigkeit erfordert, daß dergleichen Gerechtſame entweder beybehalten, oder, im Falle der Aufhebung, den Berechtigten eine angemeſſene Schadloshaltung zugeſichert werde.

c) Sind mehrere Privaten im Beſiz von Gerechtſamen auf dem Rheinſtrome ſelbſt, worüber alſo nothwendig, da dieſer Strom nun die Gränze zwiſchen zwey Nationen werden ſoll, Beſtimmung geſchehen muß. So

iſt z. B. das Recht der Rheinüberfahrt zu Kölln, und zu Bonn, oder die daſigen fliegenden Brücken, von einer ſichern Anzahl Vaſallen bisher zu Lehn getragen worden; und dieſe haben die Nutzung davon bezogen. Mehrere andere Gemeinden und Private ſind im Beſitze des Ertrags anderer Rheinüberfahrten. In einem ähnlichen Fall befinden ſich die ſogenannte Salz-Vaſallen zu Kölln, welche die Verrichtung des Salzes- und Fruchtmeſſens auf dem Rheine daſelbſt, mit den davon abhangenden Nutzungen, als ein Chur-Cöllniſches Lehen beſitzen. Die Pflicht für die Erhaltung des Eigenthums der in den abzutretenden Landen wohnenden Unterthanen zu ſorgen, erheiſcht, daß auf die Beybehaltung dieſer und ähnlicher Gerechtſame unterhandelt; und im Falle dieſe nicht ſtatt finden könnte, eine vollkommene Schadloshaltung für die Betheiligten ausbedungen werde, welche von demjenigen Theil billig zu leiſten wäre, zu deſſen Vortheil dergleichen Gerechtſame aufgehoben würden. Unterzeichneter glaubt, daß die Bewilligung dieſer, das Intereſſe der Privaten betreffenden Punkte, von Seiten der franzöſiſchen Miniſter, um ſo weniger Schwierigkeit finden werde, als es hier vorzüglich um die Rechte und Wohlfahrt künftiger franzöſiſcher Unterthanen gilt, für welche zu ſorgen, das franzöſiſche Gouvernement, eben ſo ſehr, wie ihr bisheriges deutſches Gouvernement, ſich zur Pflicht rechnen wird. Endlich muß Unterzeichneter noch in Betreff des Rhein-Ufer-Baues bemerken, daß desfalls in der franzöſiſchen Note vom 14. Floreal (3. May), die Verfügung in Vorſchlag gebracht worden: Kein Theil ſoll an einem der beyden Rheinufer ſolche Arbeiten vornehmen, welche das entgegengeſezte Ufer beſchädigen könnten. Die Erfahrung hat aber gelehrt, daß in

einzelnen Fällen die Frage: Ob eine Rheinbau-Arbeit rheinbauordnungswidrig, d. i. ſo beſchaffen ſeye, daß ſie das gegenüberliegende Ufer beſchädige? unter den wechſelſeitigen Uferbewohnern häufigen Conteſtationen ausgeſezt iſt.

Zwiſchen den Einwohnern des Churfürſtenthums Cölln, und jenen des Herzogthums Berg, gab es desfalls unaufhörliche Streitigkeiten, welche, durch eine gemeinſchaftliche Commiſſion, mit Zuziehung von Waſſerbau-Verſtändigen geſchlichtet zu werden pflegen.

Es ſcheint dermalen, wo der Rhein die Gränze zwiſchen Deutſchland und Frankreich werden ſoll, unumgänglich nothwendig zu ſeyn, daß, um allen künftigen eigenmächtigen Thathandlungen unter den beyderſeitigen Uferbewohnern vorzubeugen, in dem abzuſchließenden Frieden zugleich die Art feſtgeſezt werde, wie die zwiſchen denſelben, wegen ſchädlicher Rheinbau-Arbeiten, entſtehende Klagen und Streitigkeiten erörtert und beygelegt werden ſollen.

Raſtadt, d. 28. Jun. 1798.

Chriſtian, Graf zu Erbach.

21. Königlich-Preuſſiſches und Churbrandenburgiſches Promemoria wegen näherer Beſtimmung der Niederrheingränze und Beybehaltung der Rheinzölle vom 14. Juni 1798.

In der zuverſichtlichen Erwartung, daß die in der leztern Erklärung der H. A. R. Deputation enthaltenen bündigen und einleuchtenden Gründe den gehörigen Eindruck bey der franzöſiſchen Geſandtſchaft nicht verfehlen und der ſo ſehr zu wünſchende Friede, nach den ge-

machten höchſt empfindlichen Aufopferungen, auf Bedingungen, die mit der Sicherheit und Unabhängigkeit des deutſchen Reichs vereinbar ſind, endlich werde erzielet werden, geben unterzeichnete Königl. Preuſſiſche bevollmächtigte Miniſter ſich die Ehre, einige Bemerkungen vertraulich mitzutheilen, die in dermaliger Lage der Unterhandlungen der Aufmerkſamkeit nicht unwerth ſeyn dürften.

1) Bekanntlich theilt ſich der Rhein, wenn er aus dem Herzogthum Cleve, als dem lezten von ihm durchſtrömten deutſchen Lande, in das holländiſche Gebiet tritt, in zwey Arme. Ehemals geſchah dieſes unmittelbar an der Gränze, bey der nunmehr verfallenen Schenkenſchanze, und wurde der eine Arm, welcher nach Nymwegen geht, die Waal genannt, der andere aber, der in vielen Krümmungen ſich nach Arnheim wandte, behielt den Namen Niederrhein noch eine Strecke bey. Seit etwa einem Jahrhundert iſt aber dieſer Arm gänzlich vertrocknet, ſo daß man jezt nur noch Spuhren dieſes Bettes, dieſes ſogenannten Alten-Rheins findet. Dagegen iſt bereits ſeit dem Jahre 1701. das Waſſer aus der Waal durch einen gegrabenen Canal abgeleitet, welcher bey dem holländiſchen Dorfe Pandern anhebt, die zu dem Herzogthum Cleve gehörige, obgleich von demſelben durch holländiſches Territorium getrennte Herrlichkeit Lymers (die, von dem Hauptort darin, auch wohl der Diſtrikt von Savenaar genannt wird) durchläuft, und an der Gränze derſelben zwiſchen dem dazu gehörigen Städtchen Huiſſen und der holländiſchen Stadt Arnheim ſich abermals in zwey Arme theilt, deren einer zuerſt den Namen Neue, dann Alte Yſſel führet und in den Zuyder See geht, der andere unter dem Namen Rhein bey Arnheim vorbeyfließet, und nachher

noch unter verſchiedenen Benennungen ſich mehrmals vertheilt.

Nach dieſer geographiſchen Bemerkung, kann über dasjenige Waſſer, das der eigentliche und wahre Rhein iſt, kein Zweifel ſeyn. Dieſer Strom verläßt noch unter dieſem Namen den Cleviſchen, und mit dieſem den deutſchen Boden, und bey der bald nachher erfolgenden Trennung kann nur die **Waal** als die Fortſetzung desſelben angeſehen werden, da der andere Arm längſt vertrocknet, und ſtatt ſeiner jezt nur ein künſtlicher Canal exiſtirt. Da indes das künftige Friedens-Inſtrument eine vollkommen deutliche Beſtimmung der Gränze enthalten muß, dürfte es nöthig ſeyn, in demſelben auszudrücken:

„Daß der Rhein von einem oberwerts belegenen „und zu benennenden Punkte an, wo er aus dem „Herzogthum Cleve tritt und unter dem Namen „die **Waal** ſeinen Lauf in Holland fortſezt, die „Gränze zwiſchen Frankreich und Deutſchland „mache."

Die Beſtimmung iſt dem eigenen franzöſiſchen Verlangen einer **Naturgränze**, welche nur durch einen natürlichen Strom, nicht aber durch einen künſtlichen Canal erreicht werden kann, zu gemäß, als daß deshalb einiger Anſtand zu erwarten wäre. Auf jeden Fall werden indes die hier gegebenen Erläuterungen zu deſſen Beſeitigung hinreichen.

2) Nach den, in der leztern Erklärung der R. F. Deputation, ausgeführten einleuchtenden Gründen, iſt nicht zu zweifeln, daß wegen der Annahme der **Mitte des Rheins als Gränze**, übereingekommen werde, und wird der ſogenannte **Thalweg** oder eigentlich ſchiffbare Theil des Rheins dieſe Mitte am ſchicklichſten in eben

der Art ferner beſtimmen, wie es bisher ſchon von Hüningen an bis zu den Pfälziſchen Landen der Fall geweſen. Hiernach wird es alſo darauf ankommen, ob in dem Friedens-Inſtrument dieſer Thalweg von dem Punkte an, wo die neue Gränze auf dem nördlichen Ende des Elſaſſes anhebt, bis an Holland, genau, und mit Angabe derjenigen Inſeln, neben welchen er ſich hinzieht, beſtimmt angegeben werden ſoll. Es wäre dieſes allerdings zu Verhütung aller künftigen Differenzien ſehr zu wünſchen, und es würden dann alle an der linken Seite des Thalweges belegene Inſeln und auszuübende Waſſerregalien an Frankreich, die an der rechten Seite liegende aber dem Reich und einzelnen deutſchen an dem Rhein ſtehenden Landen in Abſicht der Souverainität und Landeshoheit, mit Vorbehalt des jetzigen Beſitzſtandes des Privateigenthums gehören. Auf dieſen Fall haben Unterzeichnete in Abſicht des dieſſeitigen Gebiets die Bemerkung zu machen, wie es zur Erhaltung der Stadt und Feſtung Weſel höchſt wichtig ſey, daß der zur Abhaltung des in dieſer Gegend auf das rechte Rhein-Ufer hinſtrömenden Rheins bereits im Jahre 1784. angelegte, die Budericher Inſel durchſchneidende Canal für das wahre Bett des Rheins und des ſogenannten Thalwegs angenommen werden möge.

3) Die Erklärung der Reichs-Friedens-Deputation vom 14. vor. Monats bewährt hinlänglich, wie ſehr von Hochderſelben die äußerſte Wichtigkeit der franzöſiſcher Seits in Anregung gebrachten Abſchaffung der bisherigen Rhein-Tranſito-Zölle, und deren Erſetzung durch Einfuhrzölle beherziget werde. Die Propoſition, dieſe und alle übrigen verwandten Gegenſtände einem beſondern Handlungs- und Schiffarths-Traktat vorzubehalten, bis dahin aber es bey dem bisherigen Zuſtande zu

belaſſen, iſt unſtreitig der beſte hierunter zu treffende Ausweg, da zur gründlichen Berichtigung deſſelben eine vollſtändige Localkenntnis und reiſe Erwägung aller dabey eintretenden mannigfaltigen Rückſichten, unumgänglich nöthig und erforderlich ſind. Bey dem nahen Intereſſe welches des Königs Majeſtät an dieſer Angelegenheit nehmen, behalten Unterzeichnete, wenn die nähere Unterhandlung über dieſen Punkt angefangen ſeyn wird, ſich noch weitere Eröfnung bevor; bemerken indes vorläufig, wie man dieſſeits eine ſo große Veränderung, als die gänzliche Abſchaffung aller Rheinzölle ſeyn würde, für äußerſt bedenklich halte, da nicht nur hiedurch ſo beträchtliche Revenuen, deren die Zollberechtigten bisher genoſſen, wegfallen würden, ſondern auch der ganze Handel, nicht nur der zunächſt an den Rhein gränzenden ſondern auch der entfernten deutſchen Lande eine ganz neue Richtung erhalten würde, deren Folgen in ihren Umfang ſchwerlich zu berechnen, allem Anſchein nach aber für Deutſchland nicht vortheilhaft ſeyn würden.

Eine andere Betrachtung iſt, daß der Rhein, um im ſchiffbaren Stande erhalten zu werden, und nicht durch ſeinen regelloſen Lauf und häufige Austretungen, ſtatt eines Wohlthäters, Verwüſter der ihn begränzenden Lande zu werden, koſtbare Unterhaltungsmittel erfordere. Ein Theil der Zollrevenüen werden für dieſe angewendet, und alſo ganz billig die Koſten der Fahrbarkeit des Stroms gerade von dem Publikum getragen, was von deſſen Handel und Schiffarth Vortheil hat. Soll dieſes in die Zukunft wegfallen, ſo würde die Laſt der Unterhaltung dieſer Rheinwerke, welche im dieſſeitigen Gebiet jährlich 80000. Thaler erfordert, und aus den Zollrevenüen beſtritten wird, höchſt unbilligerweiſe den Landen, welche an den Strom gränzen, aber von ſeinem

Tranſito-Handel keinen Vortheil haben, auferlegt werden müßen; wozu ſich indeſſen dieſe wohl nicht verſtehen, vielmehr ſich lediglich auf die Anſtalten beſchränken würden, welche die Sicherung ihres Grundeigenthums gegen Ueberſchwemmungen fordern, wie dieſes auch im Cleviſchen durch beſondere Anſtalten und auf Koſten eigener Societäten der an den Rhein anſtoſſenden Eigenthümer geſchieht, welche von den zur Erhaltung der Fahrbarkeit des Stroms nöthigen vorerwähnten Koſten und Einrichtungen ganz verſchieden ſind. Hiernach würde aber dieſe Fahrbarkeit des Rheins in wenig Jahren ganz aufhören. Aus dieſen Gründen iſt alſo ſehr zu wünſchen, daß die bisherige Einrichtung der Rhein-Zölle, bey welchen der Rheinhandel der Erfahrung gemäß beſtanden, bleiben, und nur ſo viel im Frieden auf das beſtimmteſte ausgemacht werden möge, daß, in Abſicht der Erhebungsorte, Tariffs, und ganzen Manipulazion der Zölle, von keinem Theil irgend eine Veränderung allein vorgenommen, ſondern was etwa der eine oder der andere zur Vervollkommnung und zum gemeinen Beſten dienlich erachtet, von ihm dem andern freundſchaftlich mitgetheilt, und denn das Erforderliche gemeinſam beſchloſſen und zur Execution gebracht werden ſolle. Ohne ein ſolches gegenſeitiges Einverſtändnis, läßt ſich Fortdauer des Rheinhandels und Schiffarth nicht denken, da bey einem, zwiſchen zwey Staaten gemeinſchaftlichen Strom, keiner von beyden den Vortheil des andern beſchränken kann, ohne ſich zugleich ſelbſt zu ſchaden. Weniger ausführbar ſcheint dagegen ein ſolches Einverſtändnis in Abſicht der Einfuhrzölle, welche ſtatt der Tranſitozölle in der franzöſiſchen Note vom 14. Floreal vorgeſchlagen werden. Zwiſchen dieſen beyden Arten der Abgaben, tritt, wie bereits ſehr richtig angedeutet

worden, der wichtige Unterſchied ein, daß leztere nur zum Theil eine reine Cammeralrevenue, jene aber, nach den Grundſäzen einer erleuchteten Staatskunſt, weit weniger dieſes, als vielmehr Mittel ſind, der Nazional-Indüſtrie die nach Verhältniſſen erforderliche Belebung und vortheilhafteſte Richtung zu geben. Aus dieſer Beſtimmung folgt ihre Wandelbarkeit und die Unmöglichkeit, daß zwey benachbarte Staaten in Abſicht derſelben, auf lange Zeit, verbindliche Verpflichtungen eingehen können. Im vorliegenden Falle macht dieſes die Natur des deutſchen Staatskörpers um ſo ſchwieriger, deſſen Handlungsverhältniſſe ſo verwickelt und heterogen ſind, daß es kaum denkbar iſt, ſie in einem Handlungs-Traktat auf eine Art zuſammenzufaſſen, die ſowohl für ſeine verſchiedenen Beſtandtheile ſelbſt, als den mit ihm contrahirenden Staat befriedigend wären.

Unterzeichnete zweifeln nicht, daß dieſe und andere der tiefen Einſicht der H. A. R. F. Deputation nicht entgehenden Betrachtungen auch den Beyfall des erleuchteten franzöſiſchen Gouvernements nicht verfehlen, und die nach dieſſeitiger Ueberzeugung in jeziger Lage wünſchenswertheſten Folgen haben werden, die Sachen zunächſt in jezigem durchaus unverändertem Zuſtande zu laſſen, wornach denn die Rheinzölle am linken Ufer der franzöſiſchen Republik, und die am rechten den jezigen Beſizern verbleiben, und bis dahin, daß eine gemeinſame Einrichtung zu Stande gebracht wäre, weder verlegt noch erhöhet, oder irgend anders als ſie vorher waren, modifizirt werden dürften. Eine ſolche beſtimmte Stipulation des jezt abzuſchließenden Friedens, ſcheint nicht nur das einzige Mittel, die mit jeder anderweitigen Behandlung dieſer Angelegenheit verbundene unabſehliche Verzögerung zu beſeitigen, ſondern auch unum-

gänzlich nöthig, um einer vollkommenen Stockung und Verwirrung der Rheinſchiffahrt, und zum Theil auch des deutſchen Handels im Ganzen vorzukommen, welche unvermeidlich ſeyn würde, wenn plötzlich die Zoll-Revenuen, und mit ihnen alſo auch der Fond zur Erhaltung der Fahrbarkeit des Stroms aufhörten, und dagegen auf beyden Seiten ohne gemeinſames Einverſtändnis und reiſe Erwägung aller eintretenden Verhältniſſe neue Abgaben eingeführet würden. Eine vollkommene und dem Wohl beyder Staaten angemeſſene Einrichtung würde hierdurch auch keinesweges ausgeſchloſſen, da vielmehr ſofort nach geſchloſſenem Frieden die Unterhandlungen über den ſie bezielenden Handlungs- und Schiffahrts-Traktat mit Zuziehung der dabey vorzüglich intereſſirten Staaten angefangen werden könnte.

Raſtadt, den 14. Juny 1798.

Graf v. Görz, Freyh. v. Jacobi Klöſt,
v. Dohm.

22. Chur-Trieriſches Pro Memoria, wegen der Rhein-Zölle. Vom 6. Auguſt 1798.

Die verſchiedenen Zollſtätten, womit das Churfürſtenthum Trier, das von den drey ſchiffbaren Flüſſen, dem Rhein, der Moſel und der Saar durchſtrömt wird, verſehen war, und deſſen zufällige Lage, die es in die unmittelbarſte Nachbarſchaft mit Frankreich, und gerade zwiſchen zwey mit Stapel-Gerechtigkeiten verſehenen Städten zu Kölln und Mainz verſezt hatte, geben den unterzeichneten Particular-Abgeordneten die Veranlaſſung, nach dem Beyſpiel der Königl. Preußiſch-Churbrandenburgiſch und der Chur-Cölniſchen Prinzipaldeputation

tion einige Bemerkungen über den Gegenſtand der Zölle der hohen Reichs-Deputation mitzutheilen, die bey der künftigen Lage des deutſchen Reichs mit Frankreich vielleicht einige Aufmerkſamkeit verdienen dürften, und ſich vorzüglich durch die in einigen der leztern franzöſiſchen Noten enthaltenen Ausdrücke dargebothen haben.

1.) In der Note der franzöſiſchen Bevollmächtigten vom 14. Floreal (3. May), heißt es:

Tous les droits de péage seront supprimés, les marchandises seront sujettes seulement au droit de douânes établis dans les pays etc. Die hohe Reichs-Deputation hat in der darauf gefolgten Note vom 14. May die droits de péage als Tranſitozölle, und die droits des douânes, als Einfuhrzölle genommen. Eine gleiche Deutung hat dieſen Ausdrücken die Königl. Preußiſch-Churbrandenb. Geſandtſchaft in ihrem P. M. v. 14. Jan. gegeben, und wenn anders die Ueberſetzungen der deutſchen Noten ins franzöſiſche getreu gemacht worden ſind, ſo kann darüber keine Zweydeutigkeit obwalten, was man deutſcher Seits unter den beyden Ausdrücken verſtehe. Es ſind aber, nebſt den Tranſitozöllen, von einigen Staaten Deutſchlandes, freylich erſt in ſpätern Zeiten, am untern Rhein ſogenannte Pferdegelder von den Pferden, die auf dem Leinpfade herziehen mußten, erhoben worden. Ferner hat die Herſtellung und Unterhaltung der Leinpfäde mehrfältig die Anlegung von Brücken, Verkrippungen und andern Waſſerbau-Verrichtungen nöthig gemacht, die eben ſo wohl, beſonders wenn die Tranſitozölle allgemein abgeſchaft werden, neue Abgaben unter verändertem Namen veranlaßen könnten, bey denen nachher die Ausflucht genommen werden dürfte, daß ſie nie unter dem Ausdrucke *droit de péage* oder Tranſitozölle begriffen worden wären.

Unter den droits des douânes (eigentlich Einfuhrzölle) hingegen haben die Franzoſen in jüngern und ältern Zeiten auch die Gebühren verſtanden, die von den Niederlagen in ſtädtiſche Kaufhäuſer und landesherrliche Lagerhäuſer eingegangen ſind, obſchon erſtere meiſtens nur als eine ſtädtiſche Revenue aufgeſtellt waren. Auf dem linken Rheinufer haben ſich im gegenwärtigen Kriege die Franzoſen dieſer Revenuen unter dem Titel der *douânes* kundbarlich überall bemächtigt.

Wenn alſo die Tranſitozölle unterdrückt werden ſollten, wenn die Freyheit der Schiffahrt in der Maaſſe aufgeſtellt werden ſoll, daß von dem Gebrauch des Fluſſes nichts entrichtet werde, ſo dürfte auch der Betracht genommen werden müſſen, daß, nebſt dem Ausdruck: Tranſitozölle, der unmittelbar auf jenen *droits de péage* zu folgen hätte, aller Anlegung fremder Abgaben unter veränderten Titel vorgebaut werde; und eben ſo dürfte es zweckdienlich ſeyn, bey den droits de douânes, welchem Ausdruck eben wohl jener: Einfuhrzölle beygeſezt werden müßte, die Kaufhaus- und Lagerhaus-Gebühren, die einen ganz verſchiedenen Zweck haben, ausdrücklich auszunehmen.

2.) Ueber die Frage, ob die Abſchaffung aller Tranſitozölle räthlich ſey, wollen unterzeichnete Particular-Abgeordnete der hohen Reichs-Deputation keineswegs vorgreifen, beſonders wo die Reichs-Deputations Anträge vom 14. May und 6. Julius hinlänglich bezeichnet, wie viele Aufmerkſamkeit ſie dieſem Gegenſtande gewiedmet habe. Man erlaubt ſich aber den allgemeinen Gründen, die die Preußiſch-Brandenburgiſche Deputation in ihrem P. M. aufgeſtellt hat, noch einige beſondere nachzutragen.

Bekanntlich wurden die Zoll-Gerechtſamen, der an den Rhein und andern ſchiffbaren Flüſſen angränzenden Für-

ſten, theils auf vorgeſtreckte beträchtliche Geldſummen, theils aus dem Titel einer Pfandſchaft, theils zu einiger Belohnung vorzüglich dem Kaiſer und Reich geleiſteter Dienſte und gemachten Aufopferungen, von den Kaiſern ertheilt. Die Kaiſer hatten dabey die Abſicht, das Commerz, das in den frühern Zeiten eines ſehr großen und koſtſpieligen Schutzes bedurfte, und das gleich ſchwere Waſſer- und Wege-Anlagen erfoderte, im deutſchen Reiche möglichſt zu erheben, und zugleich manche Abgabe zu Beſtreitung der immerwachſenden Staatsausgaben entbehrlich zu machen.

Nicht immer ſind aber die Zolleinkünfte blos in die landesherrlichen Caſſe gefloſſen; im Churfürſtenthum Trier wenigſtens hat es Zölle gegeben, die in ſogenannte turnos vertheilt waren. Fürſtl. Gräfliche und andere Familien, auch geiſt- und weltliche Corporationen befanden ſich unter der Cathegorie, deren Antheile offenbar zur Claſſe des Privat-Eigenthums gerechnet werden müſſen, und die auf die Ausmittelung einer Entſchädigung, wenn die Quelle verſtopft werden ſollte, einen ganz gegründeten Anſpruch zu haben ſcheinen.

Da auch öfters entweder die Zoll-Caſſen in allgemeinen oder einzelnen Zollſtädten mit Schulden behaftet ſind, ſo folgt, daß die Aufhebung aller Tranſitozölle in eben dem Maaſſe die Schuldenmaſſe vergrößern würde, in welchem die ohnehin durch den Krieg ſo ſehr geſchwächte Cameral- und Landes-Revenuen, und mit dieſen die Kräfte der Landes-Einwohner geſchwächt worden ſind.

Selbſt aber auch der Tranſitozoll, als eine indirecte Abgabe (Contribution indirecte) betrachtet, verdient immer als die unſchädlichſte Gattung dieſer Abgaben angeſehen zu werden; beſonders wenn er nach einem mäßigen

nicht veränderlichen Tarif erhoben wird; wenn der Stationen, wo angelandet werden muß, nicht zu viele ſind, und wenn an dieſen Stationen keine ſolche Manipulationen vorwalten, welche die Schiffahrt wirklich hemmen könnten, und gegen welche bereits in den Zoll-Capitels-Receſſen und Curvereinen die zweckmäßigſte Regeln vorgeſchrieben ſind.

Daß an den meiſten Zollſtädten keine beſchwerende Tarifs beſtanden haben, beweiſet die Erfahrung am beßten, da die Frachten jener Waaren, bey welchen man ſich die Zollfreyheit ſtipulirt hat, nur um ein ſehr geringes haben wohlfeiler ausbedungen werden können, als bey ſolchen Waaren, wo dieſes zu erwirken nicht möglich war. Im Grunde haben ſie alſo auf den Handel, wovon die Schiffahrt nur ein Acceſſorium iſt, keinen ſo weſentlichen Einfluß, wie ihnen gewöhnlich beygelegt werden will.

3.) Von weit größerer Wichtigkeit ſind hingegen die droits des douânes, wenn darunter blos Einfuhrzölle verſtanden werden. Die franzöſiſchen Bevollmächtigten ſagen: a) Les marchandises seront sujettes seulement aux droits des douânes *etablis* dans les pays. Einfuhrzölle ſollen ein Mittel ſeyn, um die Induſtrie eines Staates, je nachdem ſeine Producte beſchaffen ſind, zu heben. Ihre Einführung kommt alſo jeder legitimen Staatsgewalt zu; und da, wo ſie wirklich noch nicht hergebracht ſind, müſſen ſie ihrer Natur nach eingeführt werden können; ſie können daher auch nicht als Surrogat für die aufzuhebenden Tranſitozölle angeſehen werden. Zu dem Ausdruck der franzöſiſchen Note *etabli* muß alſo noch das weitere *ou à établir* hinzugeſezt werden, wenn nicht der deutſchen Staatsgewalt neue Schranken geſezt werden wollen.

Da jedoch eben der Zweck des Staats nicht über ſeine Gränzen hinausgehen darf, und da es nicht geduldet werden kann, daß der an den Rhein angränzende und mit dem bisherigen Tranſitozoll-Regal verſehene Staat durch ſeine Einfuhrzölle, die neben und hinter ihm liegende Staaten in Contribution ſetze, ſo muß weiter feſtgeſezt werden, daß die *droits de douânes*, als Einfuhrzölle betrachtet, nur in ſo weit erhoben werden dürften, als ſie jene Waaren betreffen, die in dem Lande, wo der Zoll iſt, verbraucht werden.

b) Auch der Ausdruck der franzöſiſchen Note vom 14. Floreal: droit des douânes perceptible au moment du debarquement verdient, um aller Misdeutung zuvorzukommen, eine nähere Beſtimmung:

Der Rheinſtrom hat bekanntlich nicht überall eine gleiche Waſſermenge oder ein gleiches Bette; ſein Leinpfad geht überdies gröſtentheils auf dem linken Rheinufer her. Nur zwiſchen Caup bis gegen Mainz, eine Strecke von höchſtens 10. Stunden, iſt er auf dem rechten Ufer. Dies wird der gemeine Fall von Baſel bis zur holländiſchen Grenze ſeyn. — Von Holland bis Kölln werden die Waaren in den gröſten holländiſchen Schiffen verführt; theils wegen dem in Kölln bishero beſtandenen Stapel, theils wegen dem ſeichtern Waſſer mußte in Kölln aus- und eingeladen werden, die Waaren mochten nach Coblenz oder Mainz beſtimmt ſeyn. Coblenz war für die Moſel- und Saar- auch Lahn-Transporte, ſo wie Mainz für jene des Main und Oberrheins ein zweyter und dritter Ort, wo wieder umgeladen werden mußte. Das nämliche iſt der Fall bey den Schweizer-Handels-Artikeln. Wenn dieſe bisher in kleinen Schiffen bis Strasburg und Mainz giengen, ſo wurden ſie zu Mainz aus denſelben in größere bis Kölln eingeladen, und zu

Kölln in noch größere, bis in Holland. Alle dieſe Umladungen ſind Debarquements, die Debarquements-Orte ſind alle anf dem linken Rheinufer, und doch betreffen dieſe Debarquements oft nur ſolche Waaren, die gar nicht für das linke Rheinufer, ſondern für das rechte beſtimmt ſind. Dergleichen Ausladungen dürften aber keinesweges dem Einfuhrzolle unterworfen ſeyn, ſonſt würden Waaren Einfuhrzölle entrichten, die nicht ein- ſondern **vorbey** geführt werden, und dann wieder Einfnhrzölle, die überall nur einmal in einem Staate gefodert werden können, mehrmal erhoben werden. Sollte gar die Stadt Baſel, wie es längs den Anſchein gehabt hat, und täglich mehr Wahrſcheinlichkeit gewinnt, mit Frankreich reunirt werden, ſo dürfte dieſer Punkt eine deſto größere Aufmerkſamkeit verdienen.

c) Durch die von der hohen Reichs-Deputation anverlangte und von den franzöſiſchen Bevollmächtigten bereits nachgegebene Aufhebung der Stapel-Gerechtigkeiten und des Schifferzunfts-Zwangs werden wohl die größten Hinderniſſe des Handels, die vorzüglichſte Schiffahrts-Beſchränkungen beſeitigt, und die oben angeführte Bedenklichkeiten zum Theil weniger bedeutend; allein da der Leinpfad größtentheils auf dem linken Ufer geht, da noch zur Zeit die meiſten Schiffer auf dieſem Ufer wohnhaft und anſäßig ſind, da ſelbſt die gemächlichſten Landungsplätze, die vorzüglichſte Städte und Ortſchaften auf demſelben ſich befinden, und da das linke Rheinufer in allem Betracht die meiſten Handelsvortheile für ſich hat, ſo dürften dies wohl Umſtände genug ſeyn, um in Anſehung der Debarquements-Gebühren und derhalbigen Beſtimmungen die größte Vorſicht zu gebrauchen.

4.) Aus dieſen Betrachtungen wird ſogleich die Wichtigkeit fühlbar, die die Beybehaltung des gegen Mainz

über, grade in der Mitte zwiſchen der Schweiz und Holland, an der Mündung eines der beträchtlichſten in den Rhein ſich ergießenden Fluſſes gelegenen Orts Caſſel, in commerzialiſcher Hinſicht für das deutſche Reich hat. Dieſer Ort wird bey all' den ſonſtigen Vortheilen, die Mainz hat, für alle die Güter, ſo aus dem Main in den Rhein und aus Holland in den Main verführt werden, der natürlichſte Stapel, oder weil kein Zwang mehr, wie bisher, damit verbunden iſt, der gemächlichſte und vortheilhafteſte Umladungs-Ort seyn. Hingegen würde ein vorzüglicher Theil des aus- und inländiſchen Handels von Deutſchland dem franzöſiſchen Zwange unterliegen, wenn dieſer Ort dem deutſchen Reiche entzogen werden ſollte.

5) Wenn aus dieſem und den in der oben angeführten Preußiſch-Brandenburgiſchen Note angeregten Gründen noch immer auf die Beybehaltung der Tranſitozölle beſtanden, und ſelbſt die franzöſiſchen Bevollmächtigte von ihrem Antrag abgewendet werden ſollen, ſo dürfte jedoch ferner für die mit Zollſtädten verſehene Reichsſtände nicht undienlich seyn, zu ſtipuliren. Daß a) durch die Feſtſetzung des status quo kein Reichsſtand gehindert werde, den eigentlich auf dem rechten Rheinufer von den Kaiſern concedirten, in jüngern Zeiten aber erſt vermöge eines eigenen Privilegii auf das linke Rheinufer einſtweilen verlegten Zoll auf den Ort ſeiner urſprünglichen Beſtimmung zurückzulegen. Im Trieriſchen iſt dies der Fall mit dem Zoll zu Engers, deſſen Erhebung erſt ſeit jüngern Jahren nach Coblenz verlegt worden iſt, aber noch immer der Zoll Cunoſtein-Engers genannt, und nur von den Schiffen gehoben wird, die den Ort Cunoſtein-Engers paßirt ſind, nicht aber von andern oberhalb Engers, obgleich un-

terhalb Coblenz, abgehenden und Coblenz vorbeyfahrenden Schiffen.

b) Daß ferner, da der Leinpfad meiſtens auf dem linken Rheinufer herziehet, und die meiſten Schiffleute, die Eigenthümer der Pferde, ſo zur Bergſchiffahrt dienen, auf dieſem Ufer wohnen, folglich franzöſiſche Bürger werden, die bey ihren immer zu erwartenden Klagen ſelbſt gegen das regelmäßigſte Betragen der Zollbeamten des rechten Rheinufers die übertriebenſte ungegründetſte Beſchwerden führen, und oft die Gelegenheit ſuchen werden, die auffallendſte Defraudationen zu begehen, die franzöſiſche Republik ſich verbindlich mache dergleichen Nachbarſchafts-Verletzungen nicht zu begünſtigen, ſondern gegen deutſche Zollſtädten dasjenige zu beobachten, was ſie will, daß bey umgekehrten Verhältniſſen von den Deutſchen gegen ſie beobachtet werde.

c) Daß endlich wegen der Aufſtellung einer gleichförmigen Tarifs-Verminderung, Conzentrirung oder zweckmäßigeren Verlegung der Zollſtationen, und wegen Entfernung aller ſchädlicher Erhebungs-Manipulationen auf den Zoll-Comtoirs eine eigene Uebereinkunft vorbehalten werde, wozu die mit hinlänglichen Local-Kenntniſſen verſehene Perſonen der vorzüglich dabey intereßirten Stände zuſammenberufen werden mögten.

Raſtadt, den 6. Auguſt 1798.

Die Kurfürſtl. Trieriſche Particular-Abgeordnete:

Gr. v. Keſſelſtadt. Radermacher, Sontag, Domdechant zu Trier.

23. Königlich-Preußiſches Pro Memoria, Ehrenbreitſtein betreffend, an die Deputation. Vom 19. Octob. 1798.

Unterzeichnete bevollmächtigte Miniſter Sr. Königl. Preuſſiſchen Majeſtät haben nicht ohne beſondere Theilnahme vernehmen können, daß die H. A. K. Plenipotenz ſich veranlaßt gefunden, wegen endlicher Aufhebung der Einſchlieſſung der Feſtung Ehrenbreitſtein ſich bey den bevollmächtigten Miniſtern der franzöſiſchen Republik auf das nachdrücklichſte mittelſt übergebenen note verbale und gehabter mündlicher Unterredung zu verwenden; daß, da indeß nach dem von lezterer gegebenen précis die Hofnung des Erfolgs noch nicht ſo geſichert ſey, als man es von den vorgelegten ſo offenbar einleuchtenden Gründen des Rechts und der Billigkeit ſich verſprechen könnte, eine H. A. Reichs-Deputation auch hier ſich veranlaßt gefunden, dieſen Gegenſtand in einer heutigen Sitzung noch einmal in Berathung zu nehmen. Unterzeichnete ſind überzeugt, daß eine H. A. Reichs-Friedens-Deputation, durchdrungen von der äußerſten Wichtigkeit der bis zu dem Ende der hieſigen Unterhandlungen zu bewirkenden Unterhaltung dieſes ſo ehrenvoll bis jezt behaupteten Poſtens, ſich beeifern werde, in Uebereinſtimmung mit der Kaiſerl. Plenipotenz nochmals die ſchon in bisherigen, an die franzöſiſche Geſandtſchaft erlaſſenen Noten, und beſonders auch in der leztern geſchehenen Vorſtellungen auf eine ſo nachdrückliche Art zu erneuern, um bey der gedachten Geſandtſchaft auch hierunter nunmehr die entgegenkommende Billigkeit zu bewirken, die man bey verſchiedenen der noch unberichtigten Punkte mit beſonderm Vergnügen bemerkt hat, und deren Verweigerung in Abſicht deſſen, von dem hier die

Rede iſt, in der That keinen weitern Zweck in irgend einer Beziehung haben könnte, nachdem die Schleifung von Ehrenbreitſtein für die Zukunft bereits verglichen, und feyerlich zugeſichert iſt.

Bis dahin indeß, daß auch dieſes ſo wichtige Opfer der wieder hergeſtellten Ruhe gebracht werden muß, iſt die Erhaltung dieſes Poſtens für die Sicherheit, vorzüglich desjenigen Theils von Deutſchland, welcher der Gegenſtand der unermüdeten Fürſorge Sr. Majeſtät des Königs iſt, von zu großer Wichtigkeit, um nicht Unterzeichnete zu veranlaſſen, einer H. A. Reichsdeputation zu erkennen zu geben, wie ſehr ſie wünſchen müſſen, den rühmlichen Bemühungen derſelben hierunter baldmöglichſt eine vollkommene Beruhigung zu verdanken.

24. Vorſtellung von Hollſtein-Oldenburg, wegen des Elsflether-Zolls. Vom 13. Nov. 1798.

Das wiederholte Anſinnen, welches die franzöſiſche bevollmächtigte Miniſter in ihrer Note vom 21. Brumaire (11. Nov.) wegen Aufhebung des Weſer-Zolls zu Elsfleth zu Gunſten der franzöſiſchen Republik an eine Hochanſehnliche Reichs-Friedens-Deputation gebracht haben, ſezt Unterzeichneten in die Nothwendigkeit, Hochderſelben das hierunter obwaltende und ihm zu wahren übertragene Intereſſe ſeines gnädigſten Herzogs und Herrn Hochfürſtl. Durchlaucht, ſo wie des geſammten Durchlauchtigſten Hollſteiniſchen Hauſes zur nachdruckſamſten Beherzigung beßtens anzuempfehlen. — Die demſelben zuſtatten kommende wichtigen Gründe ſind zwar ſchon in den mehreſten vortreflichen Abſtimmungen vom

11. October, zu dieſſeitiger vollkommenſter Danknehmigkeit, auf das Ueberzeugendſte dargelegt worden.

Unterzeichneter will jedoch dieſelben zu deſto beſſerer und geſchwinderer Anſicht nochmals in der Kürze zuſammenfaſſen. Der Elsflether-Zoll iſt bekanntlich von Römiſch-Kaiſerl. Majeſtät den Grafen von Oldenburg beſonders verliehen, durch Urtheil und Recht dem Grafen Anton Günther zuerkannt, in dem Weſtphäliſchen Frieden beſtätigt, und durch eine förmliche zwiſchen den Königen von Dännemark und der Reichs-Stadt Bremen geſchloſſene Convention beſtimmt und feſtgeſezt. Auch wird bey jeder Lehns-Veränderung über dieſen Zoll das Lehen beſonders gemuthet und verliehen.

Der Grund, aus welchem derſelbe bewilliget und zugeſtanden worden iſt, beſtehet hauptſächlich in den ſchweren Deichlaſten des Landes. Dieſe Deiche, durch deren koſtbare Unterhaltung die Unterthanen verhindert werden, größere verhältnismäßige Abgaben zu leiſten, ſind die einzige Schutzwehre und Sicherheit der Schiffahrt.

Zudem ſind die Herzoge von Oldenburg blos dieſes Regals wegen verbunden, auf der Inſel Wangeroge eine Feuerbacke zu unterhalten, und alle ſonſtige zum Beßten der Schiffahrt erforderliche Sicherheits-Anſtalten vorzukehren, zu welchem Behuf unter der gegenwärtigen Regierung zu Anlegung eines Havens und andern die Schiffahrt betreffenden Gegenſtänden in den lezten zehn Jahren die Summe von 30. bis 40,000. Thaler aufgewandt worden iſt.

Schon allein aus dieſen Gründen wird die Abſchaffung des Elsflether-Zolls ſich als ungerecht und unthunlich darſtellen. Es kommt aber auch noch zu betrachten, daß des Königs von Dännemark Majeſtät, welcher als Graf von Oldenburg dieſen Zoll beſaß, ihn mit den

Grafſchaften Oldenburg und Delmenhorſt an des Groß-fürſten aller Ruſſen Kaiſerl. Hoheit als ein Aequivalent für den Großfürſtlichen Antheil des Herzogthums Hollſtein, unter Allerhöchſter Kaiſerl. Genehmigung abgetreten hat, und daß in dieſem Aequivalent gedachter Zoll, als ein beträchtlicher Gegenſtand, wörtlich und ausdrücklich mitenthalten iſt, welchemnach, ohne die augenſcheinlichſte Ungerechtigkeit, Ihro jezt regierenden Ruſſiſch-Kaiſerl. Majeſtät, oder dem, der ihre Rechte ausübt, nicht angeſonnen werden kann, einen Theil des Aequivalents, wofür das Herzogthum Hollſtein weggegeben iſt, wieder abzutreten; und ſtehet beſonders dem jeßigen Durchlauchtigſten Beſißer des Herzogthums Oldenburg nicht zu, einen Gegenſtand von dieſer Wichtigkeit aus den Händen zu laſſen, ohne die Zuſtimmung derer, die nach den vaterländiſchen Rechten mit ihm *ein* gleiches Erbfolge-Recht haben, namentlich der Kronen Rußland, Schweden und Dännemark.

Außer dieſen für die Beſißer des Elsflether-Zolls redenden Rechtsgründen ſind aber auch noch mancherley andere wichtige Betrachtungen, die man hier gefliſſentlich unterdrückt, die aber der Erleuchtung einer Hochanſehnlichen Reichsdeputation gewiß nicht entgehen werden, inmittelſt ſie dem ganzen deutſchen Reiche dringend anrathen, ſolchen Forderungen, wie die der Abſchaffung des Zolls zu Elsfleth, kein Gehör zu leihen. Denn könnte nicht der Weg, der hierunter zum Nachtheil Oldenburgs betreten worden, auch für benachbarte Königl. Preuſſiſche, Königl. Däniſche, Kur-Handöveriſche und andere Zölle mehr demnächſt nachtheilig werden, und für dieſelben ein widriges Beyſpiel aufſtellen?

Wenn aber ſofort in der vorlezten franzöſ. Note vom 12. Vend. (3. Oct.) ſich folgender Maaſſen ausgedruckt wird:

„Mais ils demandent formellement pour la Ré-
„publique Française la suppression actuelle du
„péage d'Elsfleth sur le Weser, comme étant
„une entrave extremement nuisible à son com-
„merce avec la ville de Bremen".

So iſt zuförderſt nicht wohl abzunehmen, von welcher Art des Zolls hier eigentlich die Rede ſeyn ſolle; und dann kann dieſſeits behauptet und überzeugend dargethan werden, daß wohl ſchwerlich bey irgend einem andern Zolle billiger verfahren wird, als bey dem Elsflether, und daß bey dieſem beſonders die franzöſiſchen Waaren wenigſtens in den Hauptartikeln ungemein gering angeſezt ſind; weswegen der Hauptgrund der verſuchten Abſtellung wohl nicht in dem angeblichen Nachtheil des franzöſiſchen Handels liegen kann, zumalen franzöſ. Schiffe vor dem Zolle zu Elsfleth eine äußerſt ſeltene Erſcheinung ſind; und wenn je der Fall ſich ereignet, dieſe Schiffe mehrentheils aus dem mittelländiſchen Meere kommen, inmittelſt die franzöſiſchen Waaren gewöhnlicher Maaſſen in Frankreich erkauft und bezahlt, durch Bremer und Oldenburgiſche Schiffe nach Bremen gebracht worden.

So wenig alſo auf dieſe Weiſe ein für den franzöſ. Handel durch den Elsflether-Zoll entſtehen ſollender beträchtlicher Nachtheil ſich denken läßt, ſo ſehr müſſen anderſeits die in der jüngſten franzöſiſchen Note vom 21. Brum. (11. Nov.) aufgeſtellten Säze jedem in dem Bezirke der Verhandlungen des Weſtphäliſchen Friedens nicht ganz Unbekannten nothwendiger Weiſe auffallen. Der Elsflether-Zoll hat bekanntlich nicht erſt durch dieſen Frieden und durch Paciſcirung mit Frankreich ſein Daſeyn erhalten. Er iſt dem Grafen von Oldenburg lange vorher zugeſtanden, und in beſagtem Frieden blos gegen alle Gewaltthätigkeiten, denen er vorher zum öftern aus-

geſezt war, geſichert worden. Hievon hat ſogar Frankreich, nebſt der Krone Schweden, die Gewährleiſtung übernommen, und wer wird zweifeln, daß dieſelbe gegen die heutigen Verſuche nicht vielmehr füglicher Maaſſen, unter andern Verhältniſſen, aufgerufen werden könnte.

Vermöge aller dieſer Gründe und Betrachtungen wird demnach eine H. R. Reichs-Deputation ſich für befugt halten, bemeldtes franzöſiſches Anſinnen forthin ganz von ſich abzulehnen, mithin auf der bereits beſchloſſenen Weigerung ſtandhaft zu beharren, zumalen daſſelbe ein völliges in das ſogenannte jus singulorum einſchlagendes novum iſt, aus keinem in der Friedens-Grundlage vorgeſchlagenen Punkte flieſſet, und einen Gegenſtand bezwecket, der bekanntlich in keinem von franzöſiſchen Truppen je überzogen geweſenen Lande gelegen iſt, und von Sr. Königl. Preuſſiſchen Majeſtät als Director des Kreiſes, ebenfalls in unmittelbaren Schuz genommen wird.

25. Pro Memoria der Königl. Däniſchen Geſandtſchaft wegen des Elsflether-Zolls. Vom 14. November 1798.

Das Intereſſe, ſo Se. Königl. Däniſche Majeſtät als Herzog zu Hollſtein und eventueller Erbe zu Oldenburg bey der in der lezten franzöſiſchen Note vom 11. Nov. l. M. (21. Brum.) zur Begünſtigung des franzöſiſchen Handels wiederholt verlangten Aufhebung des Zolls zu Elsfleth nehmen, nöthigt Endes-Unterzeichneten, Königl. Däniſchen Geſandten und bevollmächtigten Miniſter Sr. Königl. Majeſtät als Herzogs von Hollſtein bey dem Reichs-Friedens-Congres, eine hochanſehnliche Reichs-Friedens-Deputation ergebenſt zu erſuchen,

die Vorſtellungen des vortrefflichen Herrn Abgeordneten des Herrn Herzogs von Hollſtein-Oldenburg Durchlaucht, die Erhaltung und Zuſicherung der durch den Weſtphäliſchen Frieden und mehrere Belehnungen wohlhergebrachter Rechte auf den ſogenannten Elsflether-Zoll betreffend, geneigt aufzunehmen.

Es iſt auf beſondern Befehl des Königs ſeines allergnädigſten Herrn, daß Unterzeichneter die Ehre hat, ſich dieſes Anſuchens als einer beſondern Pflicht zu entledigen, die er bisher unterlaſſen zu können glaubte, da eine hochanſehnliche Reichs-Friedens-Deputation in dem zweyten Punkt ihres Conclusi vom 15. v. M. mit ſo vieler Einſicht und patriotiſchem Eifer erklärt hatte, ſich auf die angeſonnene Schmälerung eines durch den Weſtphäliſchen Frieden geſicherten Beſitzſtandes nicht einlaſſen zu können, und Unterzeichneter ſich ſchmeichelte, die franzöſiſchen Bevollmächtigten würden durch die wahre Darſtellung der Sache, die ohne Zweifel einſeitig nur ihnen vorgetragen worden, und durch das Gewicht der angeführten ſo richtigen Gründe ſich bewogen gefunden haben, von jener Forderung abzuſtehen.

Da aber die bevollmächtigten Miniſter der franzöſiſchen Republik in ihrer Note vom 11. d. M. aufs neue auf der Aufhebung dieſes Zolls beſtehen, und einiges gegen die im Concluso mitgetheilten Gründe anführen, ſo kann Unterzeichneter nicht umhin einige Bemerkungen hierüber einer hochanſehnlichen Friedens-Deputation mitzutheilen, obgleich derſelbe aufs lebhafteſte ſich überzeugt hält, ſie würden dem ungeachtet den erleuchteten Mitgliedern dieſer hochanſehnlichen Reichs-Friedens-Deputation nicht entgangen ſeyn. Die franzöſiſchen bevollmächtigten Miniſter führen erſtens an, es ſey nichts ungewöhnliches, Sachen, die durch einen Friedensſchluß feſtgeſezt worden,

durch einen ſpätern wieder abgeändert oder vernichtet zu ſehen. So leicht Unterzeichneter dieſes auch zuzugeben im Stande iſt, ſo muß derſelbe dennoch bemerken, daß dieſes im Weſtphäliſchen Frieden beſtimmte, dem damaligen Grafen zu Oldenburg verliehene, Recht nicht vom Kaiſer und Reich an einer und der franzöſiſchen Republik an anderer Seite aufgehoben oder verändert werden könne, da, als zu den juribus singulorum gehörig, keine Veränderung mit dieſem Recht ohne Einwilligung und Zuſtimmung des Durchlauchtigſten Herrn Herzogs und allerhöchſt und höchſten Gliedern dieſes Hauſes als nächſten Anverwandten und Mitbelehnten gemacht werden könne.

Zweytens, gegen die fernere Behauptung der franzöſiſchen Bevollmächtigten in dieſer ihrer angeführten Note, daß andere Staaten von den Zollabgaben zu Elsfleth befreyet ſeyn, muß Unterzeichneter bemerken, daß dieſes ganz ungegründet und irrig iſt, da durchaus keine fremde Nation, ſondern nur einige wenige deutſche Stände dieſer Begünſtigung ſich zu erfreuen haben. Bey dieſer Gelegenheit ſieht Unterzeichneter ſich noch veranlaßt, einer hochanſehnlichen Reichs-Friedens-Deputation die Verſicherung mitzutheilen, daß das Durchlauchtige Hollſteiniſche Fürſtenhaus um ſo weniger in das Verlangen der bevollmächtigten franzöſiſchen Miniſter willigen zu können glauben wird, als der dieſen Fürſten eigenthümliche Eifer für das Wohl und Beßte Deutſchlands es ihnen nicht erlauben wird, durch eine etwanige vorzuſchlagende Veränderung in Rückſicht dieſer Abgabe dem Reiche beſchwerlich fallen zu wollen, und daſſelbe nichts mehr wünſchen kann, wie Unterzeichneter im Namen ſeines allergnädigſten Herrn zu erklären berechtigt iſt, als die Aufrechthaltung der deutſchen Reichsverfaſſung und aller

wohl-

wohlhergebrachten Rechte der Stände, durch den jezt zu ſchließenden Frieden beveſtigt zu ſehen, und Allerhöchſt dieſelben die Erhaltung der ihrem durchlauchtigſten Hauſe zuſtehenden Gerechtſame, in specie des Zolls zu Elsfleth von dem Schuz und der Gerechtigkeit Sr. Kaiſerl. Majeſtät und des deutſchen Reichs vertrauungsvoll erwarten.

26. Pro Memoria der Königl. Preuſſiſchen Geſandtſchaft, an die Reichsdeputation, die Rheingränze und den Elsflether-Zoll betreffend. Vom 15. November 1798.

Unterzeichnete bevollmächtigte Miniſter Sr. Königl. Majeſtät von Preuſſen, haben mit beſonderm Vergnügen erſehen, wie von den Bemerkungen, welche ſie unterm 14. Jun. l. J. einer hochanſehnlichen Reichs-Friedens-Deputation vorzutragen die Ehre hatten, der gewünſchte Gebrauch gemacht, und in der am 10. Auguſt an die franzöſ. Geſandtſchaft erlaſſenen Note, bey Annahme des Grundſatzes, daß der Thalweg im Rhein die künftige Gränze zwiſchen Frankreich und Deutſchland ſeyn ſoll, zugleich ausdrücklich mitbeſtimmt worden:

„Wie dieſes bis dahin zu verſtehen, wo der Rhein „aus dem Herzogthum Cleve, unter dem Namen „Waal in Holland tritt, und auch der Büdericher-„Canal für dieſen, die Gränze machenden Thal-„weg zu halten ſey".

Da die erſte dieſer mit der Anerkennung des Grundſatzes verbundenen Modificationen ſchon von ſelbſt aus der Natur der Sache fließt, indem der Rhein die Gränze zwiſchen dem an Frankreich abzutretenden und dem beym

Reich verbleibenden Theile Deutſchlands nur bis an den Punkt ſeyn kann, wo er wirklich dieſe beyde Theile trennt, und über dieſen Punkt hinaus in einem dritten Staate ſich eine Gränze nicht denken läßt; die zweyte Modification aber, nämlich die Erhaltung der durch den Büderiſcher-Canal dem Rheinſtrom gegebenen Richtung für beyde Ufer von den wohlthätigſten Folgen, und wirklich nothwendig iſt, ſo kann auch von der erleuchteten Einſicht der franzöſiſchen bevollmächtigten Miniſter eine vollkommene Einſtimmung hierunter unſtreitig erwartet werden, und ſchmeicheln Unterzeichnete ſich, daß ihre demſelben aus Anlaß der Note vom 12. Vendem. (3. Oct.) mitgetheilten Erläuterungen dieſen Zweck erreichen, und dem franzöſiſchen Gouvernement die vollkommene Ueberzeugung geben werden, daß bey genauerer Kenntniß der Sache über dieſelbe unmöglich eine Verſchiedenheit der Meinungen ferner exiſtieren könne.

In dieſer Erwartung zwar beruhiget, halten ſich Unterzeichnete jedoch verpflichtet, da es hier nicht blos auf eine den preuſſiſchen Staat betreffende Angelegenheit ankommt, ſondern zugleich **auf Beſtimmung der künftigen Gränze von Deutſchland**, auch einer hochanſehnlichen Reichs-Friedens-Deputation, in Beziehung auf ihre Note vom 14. Jun. noch einige zu vollſtändiger Aufklärung der Sache gehörende Bemerkungen vorzulegen.

Die Beſtimmung der nur angeführten franzöſ. Note:

„Que là où le fleuve prendrait un autre nom,
„la branche qui a retenu ce nom (le Rhin)
„est celle qui formera le Thalweg",

iſt an ſich mit der dieſſeitigen Behauptung ganz vereinbar, nur daß, wie ſich von ſelbſt verſtehet, ihre Anwendbarkeit nicht weiter geht, als bis dahin, wo es ein deutſches und linkes Ufer giebt.

So bald dieſe Ufer nicht mehr Deutſchland, ſondern einem dritten Staat gehören, kann von keiner Gränze zwiſchen Deutſchland und Frankreich mehr die Rede ſeyn, und es intereßirt beyde Lande nicht, ob über dieſen Punkt hinaus der Rhein ſich in mehrere Arme unter verſchiedenen Namen verbreite? Dieſer Grundſatz iſt klar, ſeine Anwendung einfach; denn bis zur äußerſten Gränze des Cleviſchen, und alſo auch des deutſchen Bodens, theilt ſich der Rhein in keine Arme, und hat keinen verſchiedenen Namen. Bey dem Punkt wegen der Büdericher-Inſel, würde die Beſtimmung des Thalwegs, als Gränze, allerdings dem dieſſeitigen Verlangen entgegen ſeyn, wäre nicht dieſe Ausnahme ſogleich bey und mit der Anerkennung dieſer Beſtimmung ausbedungen worden; anbey es ſich von ſelbſt verſtehet, daß für jezt, und ſo lange es die phyſiſche Beſchaffenheit des Stroms erfordert, der Theil deſſelben zwiſchen dem rechten Ufer und der Büdericher-Inſel, der von den Schiffen zu befahrende Weg ſey und ſeyn müſſe, deſſen ungeſtörte freye Benutzung für beyde Nationen ſchon, ſo wie für den ganzen Strom, ſo auch für dieſen Theil deſſelben der gleiche Punkt iſt, deſſen Wichtigkeit für alle an der Rhein-Schiffahrt betheiligte Lande jede weitere Verſicherung überflüßig macht, die indeß, wenn es verlangt würde, dieſſeits auf das bündigſte gegeben werden könnte.

Für beyde Ufer bleibt es gleich wichtig, den Büdericher-Canal zu erhalten, und immermehr fahrbar zu machen, da, wenn er eingehen ſollte, der Andrang des Stroms eine weite und fruchtbare Gegend des linken Ufers bey Büderich ſowohl, als auf dem rechten die Stadt und Feſtung Weſel, den verderblichſten Ueberſchwemmungen, und endlich gänzlichen Verheerungen ausſetzen würde.

Da dieſe Gefahr nur durch den, mit großen Koſten angelegten, und noch zu erweiternden Kanal abgewendet werden kann, und die übrigens gar keinen Werth habende, und lediglich in dieſer Abſicht verlangte Büdericher-Inſel, hierzu unumgänglich nöthig iſt, ſo wird dieſe Betrachtung bey dem erleuchteten franzöſiſchen Gouvernement einſtweilen hinreichen, alle nur durch irrige Vorſtellungen hervorgebrachte Anſtände völlig zu beſeitigen, und dieſer das gegentheilige Wohl beyder Staaten beziehende Punkt die ſo ſehnlich gewünſchte Beendigung der hieſigen Friedens-Unterhandlung nicht länger aufhalten.

Indem Unterzeichnete dieſe angenehme Hoffnung äuſſern, benutzen ſie zugleich dieſe Gelegenheit, um zu bemerken, wie es des Königs Majeſtät angenehm geweſen, daß die gewünſchte Modification des Elsflether-Zolls als ein nicht zu dem hieſigen Friedens-Geſchäft gehöriger Gegenſtand, zu einem beſondern Uebereinkommen mit dem Inhaber dieſes Zolls verwieſen worden. Je mehr das franzöſiſche Gouvernement von dem aufrichtigſten, lebhafteſten Verlangen, den Frieden zu beſchleunigen, durchdrungen iſt, wie deſſen bevollmächtigte Miniſter bey jeder Gelegenheit bezeugen, um ſo mehr wird daſſelbe ſich auch beeifern, alle fremdartige, nicht durch den Krieg ſtreitig gewordene Discussionen von der hieſigen Unterhandlung zu entfernen.

Unterzeichnete zweifeln nicht, daß dieſe ganz einleuchtende in der deutſchen Konſtitution ſich gründende Betrachtungen, welche auch ſie, dem von des Königs Majeſtät erhaltenen Befehle gemäß, den franzöſ. Miniſtern bemerklich zu machen, Gelegenheit genommen, dieſelbe vollkommen beruhigen, und alſo auch dieſer Punkt keinen weitern Aufenthalt in dem hieſigen großen Geſchäfte machen werde.

27. Fernere Vorſtellung von Holſtein Oldenburg, wegen des Elsflether-Zolls. Vom 19. Nov. 1798.

Da vermöge der von den franzöſiſchen bevollmächtigten Miniſtern unterm 21. Brumaire (11. Nov.) einer hochanſehnlichen Reichs-Deputation zugeſtellten Note, die Abſicht derſelben unbezweifelt dahin gerichtet iſt, zu einer von Seiten Frankreichs etwa in der Zukunft mit dem herzoglichen Hauſe Hollſtein-Oldenburg, in Betref des Elsflether-Zolls zu treffenden Privat-Commerzial-Uebereinkunft, die vorläufige Einwilligung hochgedachter hochanſehnlichen Reichs-Deputation zu erhalten, und auf eine derley Einwilligung, im Falle ſie wider Vermuthen ſtatt finden ſollte, von franzöſiſcher Seite leicht ein größeres Gewicht gelegt, ja Unterzeichneten höchſter Prinzipalſchaft, in Gefolge derſelben, ſogar zugemuthet werden könnte, ſich dieſelbe als ein unabweichliches Geſetz auferlegen zu laſſen, ſo ſiehet ſich Unterzeichneter kraft ſeiner obhabenden theuern Pflichten veranlaßt, eine hochanſehnliche Reichs-Deputation nochmals auf das dringendſte anzugehen, zu einer ſolchen im voraus zu ertheilenden Einwilligung die Hände nicht zu bieten, wobey er Hochderſelben noch überdieß ganz gehorſamſt bemerklich zu machen, keinen Umgang nehmen kann, daß, wenn auch eine derley Privat-Uebereinkunft nach dem freyen Willen der dabey intereßirten Theilen je ſtatt finden ſollte, zu deren Gültigkeit blos die Einwilligung Kaiſerl. Majeſtät als obriſten Lehnsherrn, keinesweges aber jene des geſamten Reichs erforderlich ſeyn würde; und daß mithin auf Seiten der franzöſiſchen bevollmächtigten Miniſter eben ſo wenig ein hinlänglicher Grund, es ſey dann, er liege eben in jenem vermeintlichen Zwange, zu Aufſtellung jener Forderung, als auf Seiten einer

hochanſehnlichen Reichs-Deputation eine begründete Veranlaſſung zu Ertheilung einer ſolchen vorläufigen mit den Reichsformen nicht wohl zu vereinbarenden Einwilligung ſich abſehen lieſſe.

Raſtadt, den 19. Nov. 1798.

C. R. von Koch.

28. Pro Memoria der Herzogl. Holſteiniſch-Oldenburgiſchen Geſandtſchaft an die Reichs-Deputation, wegen des Elsflether-Zolls. Vom 27. November 1798.

Da es in Beantwortung der abſeiten der franzöſiſchen bevollmächtigten Miniſter unterm 3. Frimaire (23. Nov.) an eine hochanſehnliche Reichs-Deputation gelangten weitern Note, und in ſo ferne es, den Elsflether-Zoll betreffend, in derſelben heißt:

> On ne demande à l'Empire Germanique que ce qui depend de lui, c'est à dire l'abandon de ses droits ou la declaration formelle qu'il n'en a aucun,

blos auf die richtige Entſcheidung folgender Frage ankommt:

> Hat das Reich, in dieſem allgemeinen Sinn und Verſtande genommen, Rechte auf beſagten Zoll, und kann denſelben alſo auch im Voraus entſagt werden, oder hat es keine, und wäre dieſe Entſagung alſo überflüſſig und ohne Zweck und Gegenſtand?

So glaubt Unterzeichneter, ſo weit entfernt er iſt, der Erleuchtung einer hochanſehnlichen Reichs-Deputation hierdurch vorgreifen zu wollen, die hier einſchlagenden Gründe, vermöge welcher jene Frage mit Nein zu beantworten ſeyn dürfte, blos zu Beruhigung ſeines ſelbſt ei-

genen Pflichtgefühls, in der Kürze zuſammenfaſſen, und einer hochanſehnlichen Reichs-Deputation zur geneigten Beherzigung anheim geben zu müſſen.

Es ſind allgemeine von allen Lehrern des Staatsrechts angenommene mithin keines weitern Beweiſes bedürfende Grundſätze:

1.) Daß Regalien, Hoheit- und Reſervat-Rechte blos von dem Oberhaupt eines Landes, oder von dem, welchem ein ſolches Recht auf eine geſetzliche Weiſe zuerkannt worden iſt, mithin in Deutſchland blos von dem Kaiſer ausgeübt werden können, und daß das geſammte Reich hieran keinen Antheil habe.

2.) Daß die Anlegung der Zölle im Reich ein ſolches Regale und Kaiſerl. Reſervat ſey.

Unbezweifelt übten die deutſchen Kaiſer und Könige dieſes Recht ſeit den älteſten Zeiten allein aus; und obgleich dasſelbe in neuern Zeiten eine nähere Beſtimmung erhalten hat, ſo iſt und bleibt es denn doch noch immer ein Kaiſerl. Reſervat und Hoheits-Recht. Pütter ſagt davon in ſeiner hiſtoriſchen Entwicklung der heutigen Staatsverfaſſung des deutſchen Reichs, 3. Th. S. 264.

„Mehrere Hoheits-Rechte, die ohnedem dem Kai-„ſer in ganz Deutſchland zugeſtanden, ſind der „Kaiſerl. Gewalt nur noch in ſo weit vorbehalten „geblieben, daß ſie der Kaiſer zwar ſelbſt nicht „mehr ausübt, ſondern daß ſie jezt ebenfalls nur „von Reichsſtänden ausgeübt werden, doch nicht „aus allgemeiner eigener landesherrlichen Gewalt, „ſondern nur vermöge beſonderer Kaiſerl. Begna-„digung. So hat z. B. der Kaiſer ſelbſt in der „Eigenſchaft als Kaiſer keinen einzigen Zoll, we-„der zu Waſſer noch zu Lande in ganz Deutſchland; „hingegen ſind wenige Reichsſtände, die nicht einen

„oder mehrere Zölle beſäſſen. Nichts deſtoweni-„ger iſt das Recht der Zölle noch jezt kein „Theil der Landeshoheit, daß ein jeder Reichs-„ſtand aus landesherrlicher Gewalt dergleichen anle-„gen könnte, ſondern zu einem jeden Zolle „wird eine Kaiſerl. Begnadigung erfordert; „auch keine Erhöhung oder Veränderung darf „mit einem Zolle ohne Kaiſerl. Einwilligung „vorgenommen werden. Selbſt dieſe iſt nicht „einmal hinlänglich, wenn ſie nicht zugleich mit der „Einwilligung ſämtlicher Kurfürſten begleitet iſt". Aber auch dieſe Einwilligung der Kurfürſten, von wel-cher hier **Pütter** ſpricht, iſt blos eines von den ihnen zuſtehenden Vorrechten, keineswegs aber ein Recht, was ſie im Namen des geſammten Reichs ausüben.

Selbſt der Reichs-Abſchied zu Regensburg vom Jahr 1576. nennt, da er über die Zölle eine Verord-nung feſtſezt, das Kaiſerl. Recht der Einwilligung zu Anlegung der Zölle ausdrücklich ein Kaiſerl. Hoheit und Reſervat-Recht, ſo daß alſo der obenangezogene allge-meine Saz keiner weitern Ausführung bedarf.

Zu deſſen gleichmäßiger Beſtätigung dienet jedoch, daß auch der insbeſondere hier in Betrachtung kommen-de Elsflether-Waſſerzoll als ein ſolches Kaiſerl. Regale dem Grafen **Anton Günther**, im ſechszehnten Jahr-hundert verliehen worden iſt. Erſt ſpäterhin kam der Churfürſten Einwilligung dazu, und in dem Weſtphäli-ſchen Frieden erfolgte blos die Sicherheits-Stellung ge-gen die dieſem Zolle mehrfältig wiederfahrenen Beein-trächtigungen.

Nur der rechtmäßige Verleiher deſſelben, der Kaiſer, könnte alſo bey ſo bewandten Dingen, und nach den vorausgeſchickten Grundſätzen, ſeine Einwilligung zu deſ-

ſen Wiederaufhebung ertheilen, keineswegs aber das geſammte Reich, dem das Zoll-Recht gar nicht zuſteht, und in deſſen Namen es auch nie ausgeübt worden, noch ausgeübt werden könnte.

Außerdem kömmt aber:

3.) Dem Elsflether-Zoll, in Hinſicht auf die Entſcheidung der obenaufgeſtellten Frage, auch noch die Eigenſchaft, daß er ein Kaiſerl. Lehen, und zwar ein Lehen eines Kaiſerl. Reſervats- und Hoheits-Rechts iſt, zuſtatten, und daß nach dem deutſchen Staatsrecht dergleichen Lehen ohne vorherige Cognition, daß der Vaſall auf irgend eine in den Geſetzen beſtimmte Weiſe ſich des Lehens verluſtig gemacht habe, von dem Kaiſer ſelbſt nicht aufgekündet werden können.

Um wie viel mehr wird demnach aus jenem Begriffe, welchen ein Kaiſerl. Regal- oder Reſervat-Lehen in ſich faſſet, in Anſehung des in Frage ſtehenden Elsflether-Zolls die natürliche Schlußfolgerung dahin zu machen ſeyn, daß nur der, dem dieſes Reſervat als Oberhaupt zuſtehet, keineswegs aber das geſammte Reich, bey einer ſolchen auf anderwärtige Veranlaſſung in Vorſchlag kommenden Aufhebung oder auch theilweiſen Abſchaffung, ſeine Einwilligung zu ertheilen habe.

Das von den Zöllen am Rhein hergenommene und in der neuern Note der franzöſiſchen bevollmächtigten Miniſter angeführte Beyſpiel kann hingegen von keinem Belang ſeyn, da jene Zölle als ſchon längſtens in franzöſiſchen Händen befindlich, einen nothwendigen Gegenſtand der Friedens-Unterhandlungen, und der hiezu feſtgeſezten Grundlage ausmachen mußten; welches aber, wie ſchon in dieſſeitigem erſtem Pro Memoria vom 13. dieſes bemerkt worden, mit dem Elsflether-Zoll durchaus der Fall nicht iſt, ſo wenig als mit verſchiedenen andern innern

halb dem Reich gelegenen Zöllen, in Anſehung welcher eine hochanſehnliche Reichs=Deputation das an ſie gebrachte Geſinnen aus eben dem Grunde von ſich abgelehnet hat.

29. Pro Memoria der Königl. Däniſchen Geſandtſchaft an die Reichs=Deputation, wegen des Elsflether=Zolls. Vom 28. November 1798.

So einſichtsvoll und gerecht, zur vollkommenſten Danknehmung des Unterzeichneten, eine hochanſehnliche Reichs=Friedens=Deputation auf die von ihm ſowohl, als auf die von der vortreflich Holſteiniſch=Oldenburgiſchen Geſandtſchaft übergebene Vorſtellung eine geneigte Rückſicht genommen, und ſo ausführlich und beſtimmt Hochdieſelbe in ihrem jüngſten Concluso vom 20. dieſes Monats ſich auch über die von den franzöſ. bevollmächtigten Miniſtern verlangte Aufhebung des Elsflether=Zolls erklären hat, ſo ſind dem ohnerachtet die genannten Miniſter der franzöſiſchen Republik in ihrer jüngſten Note vom 3. Frimaire (23. dieſes) auf dieſe Forderung zurückgekommen.

Unterzeichneter ſieht ſich dadurch, von ſeinem allergnädigſten Herrn ausdrücklich beauftragt, ſich nachdrücklichſt und aufs lebhafteſte dieſes Gegenſtandes anzunehmen, da Se. Königl. Majeſtät, den Zoll unter ſeiner jetzigen Verfaſſung aufrecht erhalten zu ſehen, erwarten, aufs neue veranlaßt, einige Bemerkungen einer hochanſehnlichen Reichs=Friedens=Deputation hierüber zu eröfnen, und hält ſich zum Voraus vollkommen überzeugt, daß Hochdieſelbe auch dieſesmal gleiche geneigte Rückſicht auf dieſelben machen werde.

Es muß und wird den verehrungswürdigen Mitgliedern einer hochanſehnlichen Reichs=Friedens=Deputation

erinnerlich ſeyn, daß die franzöſiſchen bevollmächtigten Miniſter zum erſtenmal den Wunſch — eine allgemeine Zoll-Freyheit auf alle Flüſſe Deutſchlands einzuführen — in ihrer Note vom 14. Floréal (3. May) durch die Worte äußerten: „ L'avantage immense — notamment du Danube".

Vollkommen richtig beurtheilte eine hochanſehnliche Reichs-Friedens-Deputation dieſes in ihrer darauf erfolgten Antworts-Note vom 18. May, durch die Worte: „Der hiebey aber von den franzöſiſchen Miniſtern noch weiter geäußerte Wunſch allgemeiner Schiffahrts-Freyheiten auf den in den Rhein ſich ergießenden und andern großen Flüſſen Deutſchlands, überſteige die Befugniſſe dieſer Reichs-Friedens-Deputation".

Obgleich nun die franzöſiſchen Miniſter in ihren fernern Noten vom 4. Meſsidor (22. Juny) und 1. Thermidor (19. July) jedesmal wieder auf dieſen, die auf allen Flüſſen Deutſchlands aufzuhebende Zölle, betreffenden Punkt zurückkamen, ſo beobachtete dennoch die hochanſehnliche Reichs-Friedens-Deputation, überzeugt von der Richtigkeit ihres vorigen Beſchluſſes und der gegebenen Antwort, durchaus keine Befugnis zu haben, auf dieſen Gegenſtand ſich einzulaſſen, ein gänzliches Stillſchweigen, welches auch die Folge hatte, daß die bevollmächtigten Miniſter der franzöſiſchen Republik in ihrer Note vom 12. Vendem. (3. Octob.) ausdrücklich im zweyten Artikel ſagen: „ Les ſouſsignés n'inſiſteront pas ſur cet article qu'ils recommandent néanmoins à la ſageſſe de la Deputation de l'Empire".

Nunmehro fiengen ſie in dieſem Artikel zuerſt an, die Aufhebung des Elsflether-Zolls auf der Weſer zu verlangen.

Offenbar alſo forderten gedachte bevollmächtigte Miniſter anjezt einen Theil ſtatt des oben begehrten Ganzen. Da nun aber von einem Theile daſſelbe gelten muß, was vom Ganzen gilt, ſo kann Unterzeichneter nicht umhin, hier zu erklären, daß, da eine hochanſehnliche Reichs-Friedens-Deputation in ihrer Note vom 14. May ausdrücklich erklärt hat, eine ſolche **Forderung überſteige ihre Befugniſſe**, und in dem Concluſo vom 17. October, auf welches auch in ihrem Concluſo vom 20. Nov. ſie ſich abermals bezieht, aufs neue durch die Worte: **Und die Reichs-Friedens-Deputation darauf einzugehen nicht vermag**, ein gleiches unläugbar zu erkennen giebt, derſelbe ſich überzeugt hält, daß auch bey dem jezt zu faſſenden Concluſo eine hochanſehnliche Reichs-Friedens-Deputation, den vorherigen Beſchlüſſen ganz conform, ſich entſchließen und erklären werde, daß dieſelbe ſich überall nicht auf die Anforderung, den Zoll zu Elsfleth aufzuheben, einlaſſen könne, und daher auf ihren vorigen Aeußerungen und Beſchlüſſen, namentlich auf denen vom 14. May und 17. October, beharrend verbleiben, und auf dieſelbe die franzöſ. Miniſter zurückweiſen müſſe.

30. Pro Memoria der Königl. Preuſſiſchen Geſandtſchaft, wegen des Elsflether-Zolls. Vom 28. November 1798.

Unterzeichnete Königl. Preuſſiſche bevollmächtigte Miniſter glauben es ſich nicht verſagen zu dürfen, einer hochanſehnlichen Reichs-Friedens-Deputation ihre aufrichtige Theilnahme über den durch die leztere Note der franzöſiſ. Geſandtſchaft vom 3. Frimaire (23. Nov.) merklich zugenommenen Anſchein einer erwünſchten Annäherung zu

Bewirkung des von den leidenden Völkern ſo ſehnſuchtsvoll erwarteten Friedens zu bezeugen.

Jemehr des Königs Majeſtät hierzu auf alle von ihnen abhängende Art und ſelbſt mit beträchtlichen Aufopferungen mitgewirkt haben, um ſo mehr werden Allerhöchſtdieſelben auch mit aufrichtigſtem Antheil vernehmen, wie die jetzigen Erklärungen der bevollmächtigten franzöſ. Miniſter, beſonders das in Abſicht des bisher ſchwierigſten Punkts der Communal-Schulden noch im Wege geſtandene Hindernis völlig beſeitigt haben, und die Hofnung geben, es werde das völlige Einverſtändnis baldmöglichſt auch bey den übrigen Punkten erreicht werden, in Abſicht welcher einige Differenz noch obwaltet.

Unterzeichnete wünſchten dieſer ſo beruhigenden Hofnung vorzüglich auch bey dem Gegenſtande ſich überlaſſen zu können, für welchen ſie die nähere Theilnahme Sr. Königl. Majeſtät bereits in ihrer Note vom 15. dieſ. zu bemerken die Ehre gehabt. Das Verlangen der franzöſiſchen Geſandtſchaft wegen Befreyung des Handels ihrer Nation vom Elsflether-Zoll, beſchränkt ſich zwar dermalen noch dahin, daß die Reichs-Deputation, entweder ihre hiebey eintretenden Rechte abtreten, oder förmlich erklären möge, wie ſie ſolche Rechte nicht habe. Dieſe leztere Erklärung ſcheint indeß durch die Aeuſſerung der deutſchen Note vom 17. October bereits wirklich gegeben; jedoch wird eine hochanſehnliche Reichs-Friedens-Deputation ohne Zweifel um ſo weniger Anſtand nehmen, hierunter alle noch etwanige Zweifel der bevollmächtigten Miniſter der franzöſiſchen Republik gänzlich zu heben, da der Unterſchied zwiſchen den Zöllen auf dem künftig beyden Staaten gemeinſamen Rhein (bey welchem, ſie mögten erhalten oder aufgehoben werden, immer eine Uebereinkunft noth-

wendig war), und den innern nie von franzöſiſchen Truppen occupirten Ströhmen Deutſchlands, (von welchen bey den hieſigen Friedens-Unterhandlungen nicht die Rede ſeyn kann), einleuchtend iſt, auch in Abſicht der leztern eine hochanſehnliche Reichs-Friedens-Deputation durch ihre Note vom 18. May bereits ſo beſtimmt und unumwunden erklärt hat, wie der damals auch in Rückſicht ihrer von der franzöſiſchen Geſandtſchaft geäußerte Wunſch der Zollbefreyung die Befugniſſe dieſes Reichs-Deputation überſteige. Dieſe Erklärung iſt ſo ganz in dem Geiſte der deutſchen Conſtitution abgefaßt, daß es einer hochanſehnlichen Reichs-Deputation beſonders angenehm ſeyn muß, durch deren Wiederholung und ſpecielle Anwendung dem vorliegenden Fall zugleich ihre weiſe patriotiſche Fürſorge für die Erhaltung aller verfaſſungsmäſſigen Gerechtſame deutſcher Reichs-Stände zu bethätigen; zu welchen Gerechtſamen auch unſtreitig gehört, daß jeder Nachlaß und Befreyung von einem conſtitutionsmäſſig erworbenen Zoll nach Maasgabe der Kaiſerl. Wahl-Capitulation Art. 8. §. 24. et 25. lediglich deſſen Beſitzer überlaſſen iſt. Indem Unterzeichnete hoffen, dieſen Anſtand hienach, als nächſtens völlig gehoben, betrachten zu können, erwarten ſie zuverſichtlich, daß auch die in ihren vorigen Erlaſſen vom 14. Junius und 15. d. M. den Befehlen Sr. Majeſtät gemäß geſchehenen ſo gerechten und für das allgemeine Intereſſe des deutſchen Reichs erheblichen Anträge bey der endlichen Berichtigung der künftigen Gränze beyder Staaten, als des Hauptpunkts der erſten Baſis, nicht aus den Augen verlohren, ſondern, nach den mit unwiderlegbarer Evidenz dargelegten Gründen, die hierher gehörige Artikel des Friedens-Inſtruments werden abgefaßt werden. Unterzeichnete

müſſen dieſes, ihren Inſtructionen gemäß, einer hochanſehnlichen Reichs-Deputation um ſo angelegentlicher empfehlen, da Se. Königl. Majeſtät, bey ihrer ſo lebhaft bethätigten patriotiſchen Theilnahme an dem Wohl des deutſchen Reichs, eine vorzügliche Aufmerkſamkeit auf auch nun Allerhöchſt ihren Staaten intereſſante Rückſichten wohl erwarten können; im vorliegenden Falle aber nicht ſowohl hiervon als von demjenigen die Rede iſt, was beſonders wegen Erhaltung der Veſtung Weſel, durch die Büdericher-Inſel und Canal für einen großen Theil des deutſchen Reichs von noch größerer Wichtigkeit iſt, und ſelbſt das Intereſſe beyderſeitiger Rheinufer und feſte Begründung des von beyden Staaten aufrichtig bezielten freundnachbarlichen Verhältniſſes, die Erfüllung des dieſſeitigen auf offenbarem Recht und Billigkeit beruhenden Verlangens dringend erfordern.

31. Pro Memoria der Königl. Preuſſiſchen Geſandten, wegen der Büdericher-Inſel und des Elsflether-Zolls. Vom 10. December 1798.

In der erſten Aeußerung, welche Unterzeichnete Königl. Preuſſiſche Chur-Brandenburgiſche bevollmächtigte Miniſter unter dem 14. Febr. einer hochanſehnlichen Reichs-Friedens-Deputation zu thun die Ehre gehabt, haben ſie den lebhafteſten Wunſch Sr. Königl. Majeſtät, den für Deutſchland ſo dringend nöthigen Frieden beſchleunigt zu ſehen, und zugleich Allerhöchſtdero Geſinnung zu erkennen gegeben, hiezu ſelbſt mit einer Aufopferung mitzuwirken, welche Ihrem landesväterlichen Herzen viel koſte. Eine gleiche Geſinnung hat alle bisherige Schritte der Unterzeichneten geleitet; eine gleiche belebt ſie auch

izt bey der Lage, worinn die Note der bevollmächtigten Miniſter vom 16. Frimaire (6. Dec.) die hieſigen Unterhandlungen geſezt hat. Unterzeichnete ſind daher weit entfernt, deren Gang im mindeſten aufzuhalten, oder eine hochanſehnliche Reichs-Deputation bey ihren fürſeyenden Berathungen irgend einer Inconvenienz auszuſetzen zu wollen; nur ſind ſie es ihren Pflichten und dem ihnen anvertrauten Intereſſe Sr. Majeſtät des Königs ſchuldig, hiemit nochmals den Inhalt ihrer unterm 14. Junius, 15. und 28. Nov. übergebenen Noten in Erinnerung zu bringen, und zu erkennen zu geben, wie ſeine Königl. Majeſtät in der feſten und zuverläßigen Erwartung ſind, es werde nach allen von Allerhöchſt Ihnen für den Frieden Deutſchlands gemachten Aufopferungen bey deſſen endlicher Abſchlieſſung auf die von Unterzeichneten in Sr. Königl. Majeſtät Namen vorgelegte Anträge und Beſtimmungen um ſo gewiſſer Rückſicht genommen werden, da dieſe Anträge gleich bey den erſten Unterhandlungen über die künftige Grenzbeſtimmung gemacht, auch von Einer Hochanſehnl. Reichs-Friedens-Deputation angenommen, in der durch oberwähnte Noten deutlich entwickelten Natur der Sache und unverkennbaren Gerechtigkeit gegründet, auch für das Beſte beiderſeitiger Rheinufer, vorzüglich aber für die Erhaltung einer des Königs Majeſtät gehörenden Stadt, und für das deutſche Reich ſelbſt wichtigen Veſtung, unumgänglich nothwendig ſind. Aus dieſen Gründen werden dieſelbe hiemit nochmals von Unterzeichneten auf alle Fälle ausdrücklich verwahret.

32. Vorſtellung des Biſchofs von Trient, wegen des für das Marquiſat Caſtellaro zu bewirkenden Erſatzes. Vom 8. März 1798.

In einer vorigen Monat übergebenen Vorſtellung, hatte Unterzeichneter die Ehre, die gerechten Klagen Sr. Hochfürſtlichen Gnaden des Hrn. Biſchofs von Trient, über die, durch den Krieg dem Hochſtift verurſachten ſchweren Schäden, und beſonders auch über den Verluſt des von der Ciſalpiniſchen Republik dem Bisthum entzogenen Marquiſats Caſtellaro, einer hohen Reichsdeputation vorzulegen.

Indem er ſich im allgemeinen auf jenes Memoire bezieht, kann er nicht umhin, auf ausdrücklichen Befehl Sr. Hochfürſtlichen Gnaden weiter zu bemerken: Daß, obgleich der Abtretung dieſes Marquiſats an gedachte Republik im Frieden zu Campo-Formio keine ausdrücklich bekannt gewordene Erwähnung geſchehen iſt, es jedoch, inſoferne Dieſelbe an der Mantuaniſchen und Veroneſiſchen Grenze, mithin gewiſſermaaſſen von dem Ciſalpiniſchen Gebiet umgeben liegt, um ſo weniger an eine Zurückgabe von jener zu denken ſeyn dürfte, je günſtiger leider! ſeine geographiſche Lage für die Arrondirung dieſes Staats ſelbſt iſt.

Da jedoch das Marquiſat Caſtellaro, als ein unmittelbares Reichslehn, mit dem geſammten Reiche in der engſten Verbindung geſtanden hat, und das Hochſtift Trient, der auf mehr als 200,000 fl. ſich belaufenden Kriegsſchäden jezt nicht zu gedenken, ſowohl durch den Abgang der mehr als 7000 Gulden betragenden jährlichen Revenüen aus jenem Marquiſate, als auch durch die vorenthaltene Verabreichung des Ertrags derjenigen

Effekten und Güter, welche in dem Bezirk dieſes Marquiſats ehemaligen Kloſter-Geiſtlichen gehörten, und welche nur unter der Vorausſetzung an den Hrn. Fürſt Biſchof von Trient gekommen ſind, um den ausgetretenen Individuen ein jährliches Gehalt daraus zu reichen, in einen augenſcheinlichen kaum zu ertragenden Schaden gerathen würde, ſo glauben Se. Hochfürſtlichen Gnaden, in dieſer mehrfachen, ſo wichtigen Hinſicht, ihre Beſchwerden einer hohen Reichs-Deputation in allem Vertrauen vorlegen zu dürfen, und haben daher Unterzeichneten beauftragt:

„Eine hohe Reichs-Deputation um ihre vielvermögende Verwendung bey der Höchſtanſ. Kaiſerl. Plenipotenz, und zwar dahin zu erſuchen, dem Hrn. Fürſt Biſchof von Trient, für das verlorne Marquiſat Caſtellaro von der Cisalpiniſchen Republik einen hinlänglichen Erſatz zu erwirken; wozu der Ort Bagolino, nebſt deſſen Zugehörung, vor andern geeignet ſey, deſſen Unzulänglichkeit übrigens mit einem weiteren Theile dieſes Landes bey den Cisalpiniſchen und Hochſtiftiſchen Gränzen füglich erſetzt werden, und auf welches Gebiet zuſammen dann die Eigenſchaft des Marquiſats übertragen werden, folglich es als ein, mit den nämlichen Ehren, Würden und Gerechtſamen geziertes unmittelbares Reichslehn, angeſehen werden könnte."

Raſtadt den 8. März 1798.

D. Zwackh, Bevollmächtigter des Fürſt-Biſchofs von Trient Hochfürſtl. Gnaden.

33. Schreiben der Schwäbiſchen Reichsſtädte. Ulm den 12. März 1798.

Auf Euer Hochwürden, Excellenzien, Hochwohl- und Wohlgebohren erhabene Bemühungen, dem deutſchen Vaterlande nach einem ſchon 5. Jahre dauernden traurigen Kriege, endlich den ſo allgemein gewünſchten Frieden zu verſchaffen, iſt dermahlen die Aufmerkſamkeit von ganz Deutſchland, ja ſelbſt von ganz Europa gerichtet.

Bey dem Dunkel, in welches noch zur Zeit der Ausgang dieſer wichtigen Unterhandlungen gehüllet iſt, kann es nicht fehlen, daß nicht hier und da Beſorgniſſe über das künftige Schickſal dieſes oder jenes Theils des deutſchen Reichs entſtehen, daß nicht bald aus Unkunde, bald auch wohl aus unedlen Abſichten, Gerüchte verbreitet werden ſollten, welche jene Beſorgniſſe noch vermehren.

Aufmerkſam auf dieſe Umſtände, haben die Schwäbiſchen Reichsſtädte ſich auf einem Städtetage allhier verſammelt, um ſowohl ihre dermalige Lage, als über die etwa zu ergreifenden Maaßregeln ſich gemeinſchaftlich zu berathen.

Gleich bey Eröfnung dieſer Berathſchlagungen hat ſich die allgemeine Stimme dahin geäuſſert, daß ſich die Schwäbiſchen Reichsſtädte in ihrer bisherigen Verfaſſung glücklich finden; daß ſie daher keinen höhern Wunſch haben können, als bey derſelben ferners ruhig belaſſen zu werden; daß ſie zu dieſem Ende feſt und unerſchütterlich auf den mächtigſten Schutz Sr. Kaiſerl. Majeſt. und des Reichs vertrauen; daß aber auch Pflicht für ſie ſey, dieſe Geſinnungen, Wünſche und Bitten, dem

allerhöchſten Reichs-Oberhaupte und dem erhabenen Reichsfriedens-Congreſſe hierdurch feyerlich zu erklären, um ſich nicht nur der beſchützenden Gnade deſto würdiger zu erzeigen, ſondern auch deſto eher die üblen Eindrücke, welche etwa durch die Bemühungen einiger Uebelgeſinnten entſtanden ſeyn könnten, auszutilgen.

Aus ſolchen Grundſätzen der ſchuldigſten Treue und Anhänglichkeit ſind diejenigen allerunterthänigſten und ehrerbietigſten Schreiben gefloſſen, welche wir, nach dem Auftrage unſerer Herren Obern und Committenten, an Ihro Kaiſerl. Majeſtät, unſern allergnädigſten Herrn, und an Allerhöchſt Dero Höchſtanſehnliche Plenipotenz zu erlaſſen, uns verpflichtet geſehen haben, und welche wir zu Ewr. hohen Wiſſenſchaft hiermit in Abſchrift ganz gehorſamſt beyſchlieſſen.

So wie wir aber der ehrfurchtsvollſten Zuverſicht ſind, daß Ihro Kaiſerl. Majeſtät, nach der den Reichsſtädten von jeher gegönnten beſondern allerhöchſten Gnade und Protection nichts zulaßen werden, was dem Glück und der Erhaltung ihrer treugehorſamſten Reichsſtädte nachtheilig ſeyn könnte, ſo ſind wir auch eben ſo feſt verſichert, daß Ewr. — in deren Händen das geſammte deutſche Reich das höchſtwichtige Friedensgeſchäft vertrauensvoll gelegt hat, nach Hochdero tiefen Einſichten und ruhmwürdigem Patriotismus, auch für das Wohl und die weitere Erhaltung der Reichsſtädte, als ſtets treu bewährter Glieder des Reichs, eifrigſt beſorgt ſeyn werden.

Wäre nicht ſchon die feſte Anhänglichkeit der Reichsſtädte an die Reichsverfaſſung ein wichtiger Grund, um deſſen willen ſie der Vorſorge für ihre weitere Fortdauer würdig ſind, wären ſie nicht verfaſſungsmäßig der dritte Beſtandtheil des deutſchen Reichskörpers, ſo, daß

mit ihrer Vertilgung aus der glänzenden Reihe der Reichsſtände, die Verfaſſung des Ganzen umgeſtürzt wird, ſo mögten ſie ſchon deswegen in den Augen jedes, Deutſchland und ſeine Staatsverfaſſung kennenden Mannes, wichtig ſeyn, weil in Friedenszeiten zu Unterhaltung des Reichskammergerichts und Mittragung anderer ähnlichen Laſten, in Kriegszeiten aber ihre Beyträge an Geld und Mannſchaft, gewiß von verhältnismäßig ſehr ergiebigem Belang ſind, und weil es beſonders die Reichsſtädte ſind, welche ſeit Jahrhunderten durch ausgebreitete Handlung und Kunſtfleiß hauptſächlich zum Flor und Wohlſtande von ganz Deutſchland mitgewirkt haben.

Doch es bedarf bey Ewr. als Männern, welchen Geſetze und Verfaſſung theuer ſind, und welche in deren richtigen Anwendung und Erhaltung ihren Stolz und ihr Vergnügen ſetzen, keiner weitern Entwickelung der Gründe, welche für die Aufrechthaltung der Reichsſtädte in ihrem bisherigen Stand und Weſen ſprechen.

Sollte auch ſelbſt die traurige Nothwendigkeit eintreten, ſolche Höchſte und hohe Reichsſtände, welche auf dem linken Rhein Ufer ihre Beſitzungen verlieren, auf der rechten Seite des Rheins zu entſchädigen, ſo befürchten wir doch von den geſetzmäßigen Geſinnungen des hohen Reichs-Friedens-Congreſſes niemahls, daß Stände, dergleichen die Reichsſtädte ſind, welche gerade durch die Laſten des gegenwärtigen Krieges ſo ſehr niedergebeugt worden ſind, noch am Ende deſſelben ihre ganze Exiſtenz verlieren ſollten.

Wir übergeben daher im Nahmen unſerer Herren Obern und Committenten das Schickſal der treuergebenen Reichsſtädte Schwabens, ganz getroſt in den Schutz Sr. Kaiſerl. Majeſtät und des Reichs.

Dabey können wir aber mit Bedauern nicht unberührt laſſen, wie uns glaubhaft zu vernehmen gekommen iſt, daß einige übelgeſinnte Reichsſtädtiſche Bürger, vermuthlich nicht ohne fremde Anlockung, ihre Pflichten ſo weit vergeſſen haben, daß ſie unter dem falſchen Vorgeben, als wären ſie von ganzen Bürgerſchaften bevollmächtigt, zu erklären ſich erkühnet haben, daß die Bürger dieſer oder jener Reichsſtadt, ihrer bisherigen Verfaſſung müde, einer andern ſtändiſchen Hoheit ſich gerne unterwerfen würden. Dieß iſt, wie aus voller Ueberzeugung wir ehrerbietigſt verſichern können, nicht die Stimme irgend einer Reichsſtädtiſchen Bürgerſchaft in Schwaben. Es iſt die Sprache einzelner Uebelgeſinnten, welche entweder durch geheime Plane verführt, oder aus Leidenſchaft und Eigennuß verleitet ſind, das Vaterland zu verrathen, und in ſeinem Umſturz ihr vermeintes Glück zu ſuchen.

Gegen dergleichen gefährlichen Unternehmungen haben wir insbeſondere Sr. Kaiſerl. Majeſtät höchſten Schuß und Beyſtand eben ſo ſchuldigſt als gehorſamſt angerufen.

Auch an Ewr. richten wir hiermit das pflichtmäßige devote Geſuch, dergleichen von allem Grunde entblößten gefährlichen Vorgeben nicht allein keinen Glauben beyzumeſſen, ſondern auch im Gegentheil allen dergleichen Unternehmungen mit Hochdero Anſehen kräftigſt entgegen zu gehen; insbeſonders aber, da wir glaubhaft vernommen haben, daß ſogar an die franzöſiſche Geſandſchaft und an das Directorium in Paris ſelbſt dergleichen Erklärungen und Wünſche von Uebelgeſinnten unmittelbar gebracht ſeyn ſollen, ſo richten wir unſere weiters ehrerbietigſte Bitte noch dahin, Ewr. wollen gnädigſt und hochgeneigt geruhen, der franzöſiſchen Ge-

ſandtſchaft zu verſichern, daß dergleichen Unternehmungen blos das Werk einzelner, Unruhe liebender Perſonen ſeyen, und ohne alles Mitwiſſen und Vollmacht der Reichsſtädtiſchen Obrigkeiten und Bürgerſchaften, mit mißbrauchten Nahmen der Lezten gewagt worden, und daß eben daher die franzöſiſche Geſandtſchaft ſolchem Anbringen kein Gehör, noch weniger Glauben ertheilen, ſondern vielmehr dergleichen unbefugte Negotiateurs zu ihren Pflichten gegen Kaiſerl. Majeſtät, das Reich und ihr Vaterland zurückzuweiſen möchten.

Wie das Verdienſt unſterblich iſt, welches Euer ꝛc. ſich durch geſezmäßige Erhaltung der Schwäbiſchen Reichsſtädte erwerben, ſo wird es auch ihr Dank ſeyn.

Wir empfehlen zu dieſer hohen Protection nochmals unterthänig unſere hohen Obern, uns aber zu fortdaurender Gnade, Huld und Gewogenheit, mit der tiefſten Ehrerbietung und Verehrung, womit wir ſtets verharren

Euer u. ſ. f.

gegeben den 12. März, 1798.

Der freyen Reichsſtädte in Schwaben zu gegenwärtigem Städtetage bevollmächtigte Räthe und Geſandte.

34. Cammergerichtlicher Collegial-Bericht an Kaiſerl. Majeſtät vom 25. Juny 1798.

Allerdurchlauchtigſter ꝛc.

Von dem Umfange unſerer Pflichten durchdrungen, entſtehen wir nicht, Euer ꝛc. von einem neuern, die

uns allergnädigſt übertragene Reichs=Juſtiz=Pflege betreffenden Vorfalle, und den Maßregeln die wir zu ergreifen ſachdienlich achten, die Anzeige mittelſt allerunterthänigſten Berichts zu machen, und der weitern allerhöchſten Verfügung allerunterthänigſt anheimzuſtellen. Im Verlaufe weniger Monate ergaben ſich mehrere Fälle, wo entweder die Partheien, welche mit dem linken Rheinufer in die franzöſiſche Gewalt geriethen, oder die daſigen franzöſiſchen Juſtizbehörden, auf die Auslieferung der Original=Gerichts=Akten in den bey uns anhängigen Rechtsangelegenheiten antrugen. In den Senaten, wo dieſe Geſuche und Anträge, aus Gelegenheit der in ſelben anhängigen Hauptſache, in Vortrag kamen, unterſuchte man die Vorfrage, ob beyde ſtreitende Theile die Prozeßakten reklamirten? und ſuchte ſich theils durch Vorbeſcheide, theils auch durch Weiſungen an den Anwald der ſtreitenden Theile, hierüber ſicher zu ſtellen. Die Hauptfrage inzwiſchen: „Ob nach erfolgter Einwil„ligung der im Prozeſſe befangenen und intereſſirten „Theile, entweder die Originalakten, oder beglaubte „Abſchriften, oder keins von beyden, ehe und bevor der „bevorſtehende Reichsfriede hierüber werde entſchieden „haben, zu verabfolgen ſeyen, und ob nicht zwiſchen „laufenden, und bereits ſubmittirten und geſchloſſenen „Sachen, ein Unterſchied zu machen ſey“? blieb unentſchieden, und die Partheien, denen es um Auslieferung der Originalakten zu thun war, wendeten ſich an ihre neue franzöſiſchen Behörden, und erwirkten Vorſchreiben und Requiſitorialien. Der neueſte Vorfall dieſer Art ergab ſich in der hier anhängigen Appellationsſache Margaretha Constant, vidua D. Hallist, contra Dembour aus Stablo, welche ſich wiederholt mit dem Geſuch um Auslieferung der Originalakten bey uns

meldete, und zur Unterſtüzung desſelben ein vom Greffier des franzöſiſchen Civilgerichts zu Maſtricht aus Auftrag dieſes lezten verfaßtes Vor- und Einſuchungsſchreiben beybrachte.

In dieſer Lage fanden wir nothwendig, die Sache zum Gegenſtande einer Plenarberathung zu machen, einen Schluß zu faſſen, und uns über ein gleichförmiges Benehmen ſowohl in dem vorerwähnten als allen künftigen ähnlichen Fällen zu vereinigen. Das Reſultat dieſer den 21. l. M. gepflogenen Berathung, Allergnädigſter Kaiſer und Herr, concentrirt ſich in nachſtehenden, mittelſt Plenarbeſchluſſes feſtgeſezten Grundſäzen:

1.) Seyen weder auf Antrag der Partheien, noch auf Anſinnen der franzöſiſchen Regierung oder Gerichtsſtellen, die Originalakten in am Kaiſerl. und Reichskammergerichte anhängigen, jenſeits des Rheins liegende Reichslande und Unterthanen betreffenden Rechtsangelegenheiten — und zwar ohne Unterſchied, ob die im Streit befangene Theile noch Schriften wechſeln, oder zur endlichen Entſcheidung ſubmittirt haben, oder auch die Streitſache verglichen ſey, im keinen Falle auszuantworten. Jedoch ſeyen

2.) Auf geziemendes Anſuchen der intereſſirten Theile, beglaubte Abſchriften derſelben, gegen Erlegung der Kanzleygebühren, der Regel nach, und dem bisherigen Gerichtsgebrauche gemäß a Senatu den Privatpartheien oder ſtreitenden Theilen, nicht aber franzöſiſchen Behörden, deren legitime Iurisdiction von Kaiſerl. Majeſtät und höchſt und hohen Ständen noch nicht anerkannt, zu bewilligen.

In Gemäßheit dieſer ad 1 & 2. feſtgeſezten Beſchlüſſe, ſeyen

3.) Die Partheien, je nachdem ſie ſich entweder um

die Gehabung der Originalien oder beglaubter Abſchriften melden werden, a Senatu ordnungsmäßig zu verbeſcheiden, die desfalls erfolgende Vorſchreiben der franzöſiſchen Behörden oder obrigkeitlicher Perſonen aber a Notario Senatus — jedoch bewandten Umſtänden nach — zu beantworten, wobey die Ajuſtirung des Antwortsſchreibens, und etwa bey einzelnen Fällen nöthig oder räthlich werdender Erläuterungen und Bemerkungen beyzufügen, der Beurtheilung des Senats, welchem Referens in der betreffenden Sache zugetheilt iſt, überlaſſen bleiben.

Den allgemein anerkannten und in der Natur der Sache liegenden Grundſatz, daß die Originalakten das Eigenthum des Gerichs, bey welchem ſie verhandelt wurden, zugleich ſeine Wehr und Waffen ſind, vorausgeſezt, würden wir fürchten müſſen, uns durch Auslieferung derſelben, die uns in Hinſicht der von Euer ꝛc. übertragenen höchſtrichterlichen Gewalt übergeben wurden, einer ſchweren Verantwortung auszuſezen, da überdies der Kriegszuſtand, ohngeachtet die Waffen ruhen, noch immer fortwährt, und der Einverleibung des linken Rheinufers dem franzöſiſchen Staat und der neuen jenſeitigen Staatsverfaſſung die erſte und weſentlichſte Erforderniß, die Anerkenntniß von Euer ꝛc. und dem deutſchen Reich noch gebricht. In Hinſicht auf dieſe Gründe und Völkerrechts-Grundſätze und die Vorſchriften der Reichsgrundgeſeze, welche uns die ſichere und unverſehrte Aufbewahrung der Gerichtsakten zur Pflicht machen, fanden wir nothwendig, den allgemeinen Grundſatz, daß die Auslieferung der Original-Gerichts-Akten in keinem Falle Statt haben ſolle, feſtzuſezen. Auf der andern Seite konnten wir aber das vollkommene Recht der Partheien auf den Innhalt ihrer bey Gericht verhan-

delten Akten nicht verkennen, und glaubten, ohne Beeinträchtignng dieſes Rechts, ihnen die Abſchriften derſelben nicht verſagen zu dürfen.

In dieſer Ueberzeugung ſezten wir, wie ad 2. allerunterthänigſt bemerkt iſt, feſt, daß den Partheien ſolche, gegen Erlegung der Kanzleygebühren verabfolgt werden ſollten; ſchloſſen aber hiervon franzöſiſche Behörden, deren Competenz uns noch zur Zeit nicht legaliter bekannt iſt, ausdrücklich aus, wenn ſie ſich ſollten beygehen laſſen, in eigenem Namen die Abſchrift der Akten von uns zu fordern. Der Drang der Umſtände und unſere Lage, die wir ſelbſt in der franzöſiſchen Gewalt ſtehen, und unter ihrem Schuze unſere Amtsverrichtungen fortſezen, wird übrigens unſern weitern Beſchluß, die erfolgende Vorſchreiben der franzöſiſchen Behörden oder obrigkeitlichen Perſonen nicht unbeantwortet zu laſſen, vollkommen rechtfertigen. Zum wenigſten erzeugt dieſer Zuſammenfluß von Umſtänden, in uns ein gegründetes Bedenken, von dem unter Staaten hergebrachten Höflichkeitsſyſtem abzuweichen, wodurch gegenwärtig Beſchwerden, drohungsvolle Schreiben, oder gar Zudringlichkeiten veranlaßt werden könnten.

Schließlich bemerken wir noch allerunterthänigſt, daß wir, überzeugt von der Verbindung, in welcher der unterſtellte Gegenſtand dieſes allerunterthänigſten Berichts, mit unſerem an die Reichsfriedens-Deputations geſtellten Antrage vom 23. Jänner l. J. wegen Verabfolgung der in Straßburg befindlichen Kammergerichtlichen Akten ſtehen, zweckmäßig fanden, von dieſem an Euer ꝛc. erſtatteten Bericht der Reichs-Friedens-Deputation ebenfalls Nachricht zu geben, und dieſen Gegenſtand der Aufmerkſamkeit derſelben, auf den Fall des wirklichen Friedensſchluſſes zu empfehlen, damit wegen Auslieferung

der die abgetretene Reichslande betreffenden Akten, dem Friedens-Inſtrument eine eigene Beſtimmung eingerückt werden möge.

Wir ꝛc. ꝛc.

35. Verſchiedener ſtändiſcher Geſandten Promemoria, wegen der Reichsſtändiſchen Dienerſchaft auf dem linken Rheinufer vom 24 July 1798.

Eine der wichtigſten Vorausſetzungen, unter welchen das linke Rheinufer an Frankreich überlaſſen werden ſoll, iſt die Erhaltung des Privat-Eigenthums. In den am 3. Merz beſchloſſenen 18. Punkten, wird in 4., 5., 7. und 11. im Allgemeinen beſtimmt, was E. Hochanſehnlichen Reichs-Deputation unter Sicherſtellung des Eigenthums verſtanden haben will, und im 11. und 14. nimmt ſie auf beſondere Verhältniſſe Rückſicht. "Niemand", heißt es in dieſen Bedingungen, „ſoll „12. wegen ſeiner Anhänglichkeit an ſeine vorige Herrſchaft und politiſche Verfaſſung verfolgt oder ungleich „behandelt, viemehr der etwa dieſerhalb an Hab und „Gut erlittene Verluſt baldmöglichſt wieder erſetzt „werden".

Im 14. Art. litt. i. wird die Art. 11. überhaupt verlangte Ausnahme der Reichsunterthanen von den Emigrations-Geſetzen noch beſonders auf die Diener der im Elſaß und Lothringen begüterten Reichsſtände u. Reichsangehörigen erſtreckt.

Die Note der franz. Miniſter vom 18. Germinal (7. Aprill) enthält auch die beruhigende Verſicherung: que la conservation des propriétés des particuliers n'a jamais pu être l'objet d'un doute serieux.

Das Verfahren der öffentlichen Verwaltung in den jenſeits Rheins gelegenen Landen ſteht gleichwohl mit dieſer Erklärung in Widerſpruch; der größte Theil der vor der franz. Eroberung in dieſen Landen angeſtellt geweſenen Diener ſieht ſich wegen ſeiner Dienſtverhältniſſe den härteſten Bedrückungen ausgeſetzt. Bald läßt man Diener, die ihren Herrn nachfolgten, die Strenge der Emigrationsgeſetze empfinden; bald macht man ſie für Handlungen verantwortlich, die ſie auf ausdrücklichen Befehl ihrer Herren, oder vermöge ihres Berufs ausgeübt haben. Klagen gegen Rechtsſprüche die der ehemaligen Verfaſſung eben ſo angemeſſen waren, als ſie den Grundſätzen der jetzigen zuwider ſind, werden bey franz. Gerichten angebracht, und nach franz. Geſetzen entſchieden. Einige Einwohner, die nach der erſten Wiedereroberung der jenſeitigen Rheinlande rückſtändige Gefälle erhoben, ſollen jetzt Summen die ſie nicht für ſich bezogen haben, aus ihrem Eigenthum erſetzen; faſt jede Klage über angeblichen Mißbrauch eines ehemaligen Amts hat eine Arreſtanlegung zu Folge. Schon wurden Diener, deren Betragen keinesweges der öffentlichen Ruhe gefährlich war, auf dieſes Rheinufer deportirt, und eine ansonſt empfindliche Beſchwerde iſt die ſchon mehrmals gehemmte Freyheit der Diener, die Kaufſchillinge für veräuſſerte Güter zu beziehen.

Unter den authentiſchen Belegen dieſer Thatſachen befinden ſich Züge, welche die Lage manches Einzelnen noch härter machen, als ſie in dieſer Ueberſicht bezeichnet werden konnte.

Unterzeichnete ſind von einer Hochanſehnlichen Reichs-Deputation überzeugt, daß ſie in der Urſache der Leiden dieſer Klaſſe der Reichsangehörigen die lebhafteſte Aufforderung zur kräftigſten Verwendung finden werde, und

es läßt ſich nicht nicht zweifeln, daß die franzöſiſche Regierung Handlungen misbilligen werde, wo gegen die unverkennbarſten Grundſätze den Geſetzen eine zurückwürkende Kraft beygelegt wird, und Männer, die durch den Krieg in ihren häuslichen Umſtänden zerrüttet, und dabey um ihre politiſche Exiſtenz gebracht worden ſind, übler als andere Grund-Eigenthümer behandelt werden. Sie glauben demnach zuverſichtlich hoffen zu können, „es werde einer Hochanſehnlichen Reichs-Deputation gefällig ſeyn, ſo ſchleunig als nur immer möglich iſt, die Abſtellung der wegen ihren Dienſtverhältniſſe bedrängten Güterbeſitzer des linken Rheinufers zu erhalten, und die Erklärung zu erwirken ſuchen, daß ſie in Rückſicht ihres Eigenthums allen andern Einwohnern gleichgehalten, in Rückſicht ihrer beſondern Verhältniſſe aber ſeiner Zeit in der Amnestie begriffen und vor der Hand nach dem 11ten Art. über ihre ehemaligen Handlungen nicht beunruhiget werden ſollen.

J. C. Graf. v. Keſſelſtadt, Domdechant zu Trier.

Radermacher, Sonntag.

C. Graf zu Erbach, von wegen Chur-Cölln und Hoch- und Teutſchmſtr.

Graf Topor Morawitzky, wegen der Churpfälziſchen Intereſſen.

Strecker, Hochfürſtlich Heſſendarmſtätiſcher Abgeordneter.

Frhr. v. Hompeſch, Speyerſcher Abgeord.

F. Graf zu Sickingen, als Abgeordneter der Schwäbiſchen Grafen-Curie.

C. F. v. Cruſé, Fürſtl. Naſſauiſcher Bevollm.

Fried. Graf zu Solms-Laubach, Abgeordneter der Wetterauiſchen Grafen.

36. Naſſauiſches Promemoria wegen des Abſchoſſes und der Nachſteuer Vom 5. July, 1798.

Es wird Endes-Unterzogenem erlaubt ſeyn, einer hochpreislichen Reichs-Deputation eine Angelegenheit ſchriftlich vorzutragen, welche demſelben wichtig genug geſchienen hat, bey dem gegenwärtigen Friedens-Geſchäfte einige Aufmerkſamkeit zu verdienen.

Seit dem Anfang dieſes Jahres haben ſich mehrere Fälle zugetragen, wo Naſſauiſche Bürger bey ihrem Ueberzug nach Frankreich, oder franzöſiſche Bürger bey angefallenen Erbſchaften im Fürſtlich Naſſauiſchen Gebiet, eine vollſtändig und unbedingte Freyheit von der Nachſteuer und von andern bishero in Deutſchland üblich geweſenen Abgaben aus dem Grund verlangt haben, weil in Frankreich alle Auflagen dieſer Art unterdrückt und abgeſchafft ſeyen. Es werden zugleich bey jedem Fall ſchriftliche Attestationes, wovon hier eines zum Muſter anliegt, zu beſſerer Begründung des Geſchäfts producirt.

Bey einigen Fällen wo die petitiones durch das franzöſiſche in dem Naſſauiſchen ſtationirende Militär unterſtützt werden wollte, hat die Naſſauiſche Regierung ſtillſchweigend zugeſehen; bey andern aber, wo der angeführte Beweggrund nicht vorhanden war, das petitum aus dem Grund abgeſchlagen, weil zwiſchen der franzöſiſchen Republik und dem deutſchen Reich in corpore oder zwiſchen derſelben und einzelnen deutſchen Reichsſtänden über eine unbedingte und auf die franz. Constitution gegründete Abzugs-Freyheit, noch zur Zeit keine verbindliche Uebereinkunft vorhanden wäre, auch die doch nöthige Reciprocitaet um ſo weniger zu erwarten ſtünde, als dermalen, wenigſtens kein Geld aus

Frankreich exportirt, ja nicht einmal ſelbſt denen franzöſiſchen Bürgern ſich in Deutſchland niederzulaſſen erlaubt ſeye, u. ſ. w.

Es iſt indeſſen zu vermuthen, ja mit Gewißheit voraus zu ſehen, daß in der Folge der Zeit auf einer Grenz-Linie von 50. bis 60. deutſchen Meilen, welche zumalen mit vielen anſehnlichen Städten an beyden Seiten des Rheins beſetzt iſt, ein wechſelſeitiger Ueberzug freywillig oder auf gegebene Veranlaſſung häufig erfolgen, und alſo die Frage von gänzlicher Befreyung des exportirenden Vermögens, ſowohl ratione der gabellae detractus als der Manumission und anderer Abgaben wegen, welche aus der Leibeigenſchaft entſpringen und bishero in denen mehreſten deutſchen Provinzen, nach altem Recht und Gewohnheit eingeführt waren, zur Sprache kommen, und zu mancherley Discussionen die Veranlaſſung geben werde. Es ſcheint alſo hierbey auf die Beurtheilung nachſtehender Fragen anzukommen:

Ob bey denen ohnfehlbar zu erwartenden wechſelſeitigen Ueberzügen der Deutſchen und Franzoſen, und in jenen Fällen, wo von einer Vermögens-Exportation die Rede iſt, das Wohl des deutſchen Staatskörpers und ſeiner Eingeſeſſenen dadurch befördert werde, daß nach denen neuen franzöſiſchen Grundſätzen eine unbedingte Freyheit von allen Abgaben, welche nach deutſchem Recht und Gewohnheit in denen bemerkten Fällen bis hierher entrichtet und bezogen worden ſind, in dem allgemeinen Frieden mit der franz. Republik beliebt und feſtzuſetzen geſucht? oder aber:

Ob ohne Rückſicht auf das Verſprechen von Reciprocitaet, welches zu erhalten eben nicht ſchwer halten würde, es vor räthlicher, beſſer und anſtändiger gehalten werde, die althergebrachte deutſche Rechte und Ge-

wohnheiten hierunter ferner beyzubehalten, und überhaupt durch dieſe und andere dergleichen Maaßnehmungen das Ueberziehen nach Frankreich zu erſchweren? oder

Ob es endlich nicht beſſer ſey: dieſerhalb über Nichts im allgemeinen zu conveniren, ſondern denen angrenzend- und andern Reichsſtänden, die demnächſt über dieſen Gegenſtand zu treffende Uebereinkunft mit der franz. Republik lediglich allein zu überlaſſen? wo ſodann jeder Contrahent das Beßte ſeiner Lande und die Sicherſtellung der Reciprocitaet prüfen und befördern muß.

Endes Unterzogener macht ſchließlich die Bemerkung, daß in denen mehrſten particular Conventionen welche die ehemalige Könige von Frankreich mit deutſchen Reichs-Ständen und ſelbſt mit dem corpore der unmittelbaren Reichs-Ritterſchaft über die Abſchaffung des albinagii, droit d'aubaine abgeſchloſſen haben, die Beybehaltung der gabellae detractus und anderer üblichen Abgaben ausdrücklich ſtipulirt worden ſeyen.

Departement du Bas-Rhin — *Commune de Strasbourg.*

Administration Municipale de Strasbourg.

Nous les Président et Membres de l'Administration Municipale de la Commune de Strasbourg certifions à tous qu'il appartiendra que par les Art. 1. et 2. de la Loi du 18. Août 1790. les droits d'Aubaine et de détraction ont été abolis pour toujours en France, que l'art. 335. tit. 12. de la Constitution permet aux étrangers établis ou non en France de succeder à leurs parens étrangers ou françois, de contracter, acquerir et recevoir des biens situés en France, d'en

disposer de même que les Citoyens français par tous les moins authorisés par les loix; et que la réciprocité des dispositions ci-dessus a lieu à Strasbourg à l'égard de tout étranger. En foi de quoi avons délivré les présentes pour servir et valoir ce que de droit. Strasbourg ce 9. Pluviôse, 6. année républicaine, Signés à la minute avec paraphe.

Laurent P. Burggraff, Wurm,
Hirschel, Z. G. Schaeffer.
T. Stahl.
Butenschoen, Secrét. en chef.

37. Fürſt-Biſchöflich-Speyeriſches Promemoria, das Landzollweſen betreffend, vom 6 July 1798.

Hochanſehnliche Reichs-Deputation!

Das Fürſtliche Hochſtift Speyer iſt in dem unverkennbar älteſten Beſitze des Rechts, den Waſſer- und Landzoll in ſeinen Landen zu erheben; dieſes Recht gründet ſich

1. In einem Diplome Kaiſers Karl IV. d. d. Lucca 28. Juny 1369. worinn dem Biſchoff Lamprecht zu Speyer der vorhin dem Hochſtift um 45,000. fl. verpfändete Rheinzoll zu Udenheim (jetzt Philippsburg) eigenthümlich in folgenden Ausdrücken: „animo deli„berato, non per errorem aut improvide, sed sano „Principum, Comitum, Baronum ac Procerum Sacri „Romani Imperii accedente consilio“ überlaſſen wird, mit der Erlaubniß, ſolchen zu Lauterburg, oder wo er ſonſt in des Hochſtifts Landen wolle, zu erheben, „in „Luterbach“ heißt es: „seu alibi, *ubicunque* in tuae vel

„ Ecclesiae tuae dominio locare et instituere possis „ et valeas.“

2. In einer Erklärung Kaiſers Ferdinand des II. vom 13. Nov. 1630. worinn dieſer auf Anſuchen des Churfürſten Philipp Chriſtoph zur Trier als Fürſten von Speyer, daß ihm geſtattet werden möge, den Zoll auf die Grenzen des Hochſtifts zu verlegen, ſelbſt erkennt, daß, da das Hochſtift nach dem buchſtäblichen Innhalt des Privilegii Carolini der Transportation des Zolles wohl befugt ſeye, keine weitere Erklärung nöthig, und der Biſchof von Speyer hierzu befugt ſey.

3. In dem bekannten Laudum von Heilbron. Da ruckerinnerlichen Maaſſen nach dem 30jährigen Krige die franzöſiſchen und ſchwediſchen Geſandte viele ſchwere Streitigkeiten zwiſchen Churpfalz und den Rheiniſchen Fürſten als erbetene Schiedsrichter am 17. Febr. 1667. endigten, ſprechen ſie: „wegen dem Zoll zu Udenheim „(Philippsburg) welchen ein Fürſt zu Speyer in Kraft „Kaiſerl. Privilegii und Decreti, mit der Gewalt ſelbi„gen zu verlegen, wohin er will, beſitzt; daß ſolcher „gar nicht gehindert, ſondern dem Fürſten freye Hand „gelaſſen werde, ſolchen in ſeinem Lande zu erheben, „wenn nur ſolche Zollerhebung nicht an mehr „Oerter, ſondern nur einmal nach Innhalts des „Privilegii im Biſthume geſchehe.“

Nach dem, aus dieſem Kaiſerl. Privilegium, aus deſſen erfolgten Erklärung und ſchiedsrichterlichem Ausſpruche, beſtehenden Rechte war in dem zu Erhebung des Zolls befugten Hochſtift Speyer der Landzoll in allen Orten dergeſtalt angelegt, daß der, welcher an einem Orte verzollt hatte, durch das ganze Land frey fortreiſen konnte. Dieſe Einrichtung beſtand ſowohl dies- als

jenſeits des Rheins in allen Beſitzungen des Hochſtifts, bis zur Zeit dieſes Krieges, worinn die jenſeitigen Rheinlande von den franzöſiſchen Truppen beſetzt worden ſind.

Der Landzoll ward von dieſer Zeit an blos noch in den von denſelben unbeſetzten diesſeits Rheins gelegenen Orten erhoben. Nun verlangt aber der franzöſiſche Zoll-Inſpektor Wilfler zu Speyer in einem am 19. May dieſes Jahrs an den Zöller zu Rheinhauſen erlaſſenen Schreiben, daß die, welche zu Speyer den Franzoſen den Landzoll bezahlt haben, diesſeits im Hochſtifte frey zu belaſſen ſeyen. Dieſes Verlangen beſchränkt nicht nur die unbezweifelten Rechte des Fürſten von Speyer diesſeits Rheins, da an der erſten berührenden fürſtlich Speyerſchen Zollſtätte dem Hochſtift von all jenen, die den Zoll nicht von ihm gelöst, und keine von ſeinen Zollzeichen haben, der Zoll zu erheben zuſtehet; ſondern iſt ein Gegenſtand, welcher der Aufmerkſamkeit ſeiner ſämtlich übrigen Reichs-Mitſtände nicht vorenthalten werden darf, um diejenigen gemeinſame Maaßregeln zeitlich zu veranlaſſen, welche derley ſchädlichen Uebergriffen auf das rechte Rheinufer ein ſicheres Ziel ſetzen möge.

Unterzeichneter hat den Auftrag erhalten, der Hochanſehnlichen Reichs-Deputation hievon die pflichtmäßige Anzeige zu machen, und um diejenige zweckmäßige Verfügung zu bitten, die Hochdieſelbe in ihrer Weisheit der Natur der Sache und einem Gegenſtande am angemeſſenſten finden werden, welcher in ſeiner Beziehung und Folgen allen diesſeitigen Reichs-Landen nicht gleichgültig ſeyn kann.

38. Churpfälziſches Promemoria wegen der Verhältniſſe mit der bataviſchen Republik, vom 12. July, 1798.

Endesſtehender, als zu Beſorgung der Haus-Intereſſe-Angelegenheiten Sr. Churfürſtl. Durchl. von der Pfalz bevollmächtiget, kann nicht umhin, durch neuere Veranlaſſungen aufgerufen, einen pflichtſchuldigen Antrag der Hochanſehnlichen Reichs-Friedens-Deputation in geziemender Ehrfurcht vorzulegen. Ueber die Note der bevollmächtigten franz. Miniſter vom 14. Floreal, durch welche vom Reich Verzicht auf alle Forderungen und Titel in den abzutretenden Ländern gefodert und ſolcher Verzicht auch in Anſehung der mit der franz. Republik alliirten Republiken ausgedehnt wird, iſt man in der Reichs-Deputations-Antworts-Note hierüber auf dem Reciproco beſtanden; da aber inzwiſchen die franz. Bevollmächtigten in der weitern Note vom 4. Messidor von dieſen Renunciationen keine weitern Erwähnungen mehr gemacht haben, ſo wurde in Sessione 49. im fürſtl. Directorial-Voto Anlaß genommen, folgendes zu äuſſern:

„Die Reichs-Deputation beſtand in ihrer Antwort auf dem Reciproco; und es verſteht ſich dieſes wohl von ſelbſt, ohne daß nöthig ſeyn wird, dieſen Punkt dermalen eigends zu regen. Sollten jedoch Kaiſerl. Majeſtät und das Reich auf ihre Oberherrlichkeit zu Gunſten der alliirten Republiken künftig verzichten, ſo darf zugleich nicht vergeſſen werden, daß mehrere Reichsſtände und Reichsangehörige in dieſen Republiken begütert ſind, für deren Sicherheit dabey zu ſorgen iſt.“

Von dieſer ganz zweckmäßigen und gegründeten Bemerkung findet Unterzeichneter um ſo mehr Gebrauch

zu machen ſich in dem Falle, als das Intereſſe ſeines Durchlauchtigſten Committenten wegen den in der franzöſiſchen und bataviſchen Republiken gelegenen Beſitzungen, als dem Marquiſat Bergen op Zoom, den Herrſchaften Ravenſtein, Vymmendal, Breskens und Breskensſond ganz vorzüglich dabey betheiligt iſt.

Es wird dahero bey einer Hochanſehnlichen Reichs-Deputation hiermit dringend angeſtanden, daß im Laufe der Unterhandlungen, und bey Gelegenheit der Ceßion der Oberherrlichkeiten Kaiſers und Reichs auf die innerhalb des Gebiets der franzöſiſchen und bataviſchen Republiken gelegenen Reichsſtändiſchen Beſitzungen die Eigenthums-Rechte Sr. Churfüſtl. Durchlaucht auf Dero niederländiſche Herrſchaften zugleich aufs bündigſte verwahret und nach dem Ausdruck des fürſtl. Chur-Mainziſchen Voti für deren Sicherheit geſorgt werden wolle. Womit man ſich zur gewierigen Aßiſtenz gehorſamſt empfiehlt.

39. Vorſtellung der Reichs-Ritterſchaft, Cantons Ober- und Niederrhein an die Deputation, vom 24. Auguſt, 1798.

Die Mitglieder der Reichsritterſchaftl. Cantons Ober- und Niederrhein befinden ſich in einer ſolchen verzweifelungsvollen Lage, daß es für den Unterzeichneten eine traurige Pflicht wird, dieſelbe einer Hochanſehnlichen Reichs-Friedens-Deputation zur huldreichen Unterſtützung und Abhilfe ehrerbietigſt vorzulegen.

Nach 6. erlittenen Kriegsjahren, begleitet mit allen Drangſalen und Verheerungen, die eine unausbleibliche Folge derſelben ſind, haben es die Mitglieder der Can-

tone Ober⸗ und Niederrhein zwar den patriotiſchen und kräftigen Verwendungen einer Hochanſehnlichen Reichs⸗Deputation zu danken, daß ihnen durch die Note der franzöſiſchen Geſandtſchaft vom 4. Messidor, die Wiedereinſetzung in einem Theile ihres Eigenthums zugeſichert worden iſt, und Unterzeichneter ſchöpft aus dieſer huldvollen Unterſtützung neue Hoffnung, daß eine Hochanſehnliche Reichs⸗Friedens⸗Deputation auf das von dem Reichsritterlichen Geſammt⸗Ablegato Freiherrn v. Gemmingen am 30. July, l. J. eingegebene unterthänige Promemoria volle Rückſicht zu nehmen, und den Reichsritterſchaftlichen Angehörigen für den Verluſt ihrer ſo beträchtlichen Lehens⸗ und Jurisdictions⸗Gefälle Entſchädigungen zuzumitteln geruhen werden.

So tröſtlich aber auch dieſe Ausſichten für die Erhaltung vieler anſehnlichen Reichsunmittelbaren Familien immer ſeyn mögen, ſo verbittert doch der Rückblik und das Gefühl der Lage, in welcher ſie ſich gegenwärtig befinden, jede entferntere Hoffnung.

Nach der bereits erwähnten Note der franz. Geſandtſchaft vom 4. Messidor wird der wirkliche Beſitz und das Grundeigenthum erſt nach Auswechslung der Reichs⸗Friedens⸗Ratificationen von dem franz. Gouvernement ertheilt werden; bis dahin müſſen daher die Mitglieder der Cantone Ober⸗ und Niederrhein nicht nur den Genuß ihrer Einkünfte vollkommen entbehren, und befinden ſich dadurch in dem äuſſerſten Nothſtande und Elend, ſondern ihr Grundeigenthum iſt ſelbſt wider den Willen des franz. Gouvernements allen Deteriorationen und Degradationen ausgeſetzt, die immer die Folge einer zu ausgedehnten Adminiſtration ſind, und welche ſolches auf viele Jahre herabſetzen, ja, inſofern

es Gebäulichkeiten und Waldungen betrift, ganz vernichten.

Selbſt jene Familien des Rheiniſchen Adels, welche auf der rechten Rheinſeite noch einiges Vermögen beſitzen, können aus denſelben keine Unterſtützung für den gegenwärtigen Augenblick ziehen, weil die neuerliche Verſtärkung der franz. Armee den Canton Mittel-Rhein durch Requiſitionen, Einquartierungen und Contributionen jeder Gattung vollkommen erſchöpft.

Die Summe des Elends iſt daher bey dem Rheiniſchen Adel auf eine ſolche Höhe geſtiegen, daß er das Ende desſelben nur von dem allgemeinen und ſehnlich gewünſchten Frieden erwarten darf; und ſo wenig auch Unterzeichneter und die Mitglieder des Rheiniſchen Ritter-Kreiſes die ihnen angewieſenen Schranken verkennen, welche denſelben die Abſtimmung bey Abſchluß des Friedens, ſo wie bey einer Kriegserklärung verſagen, ſo glauben ſie doch wenigſtens die verzweiflungsvolle Lage in welcher ſie ſich befinden, ehrerbietigſt und zutrauungsvoll vorlegen und ſich ſchmeicheln zu dürfen, daß eine Hochanſehnliche Reichs-Friedens-Deputation in ſolcher einen neuen mit Hochderen patriotiſchen Geſinnungen ohnehin übereinſtimmenden Grund finden werde, die Abſchlieſſung des Friedens auf die möglichſte Art zu beſchleunigen, und dadurch das deutſche Vaterland von ſeinen bisherigen und gegenwärtigen Drangſalen zu befreyen. Mit, u. ſ. w.

Raſtadt, den 24. Auguſt, 1798.

Frhr. von Gagern.

40. Vorſtellung des Abgeordneten der ſchwäbiſchen Grafen-Curie an die Deputation vom 20. October, 1798.

Eine Hochanſehnliche Reichs-Deputation hat in dem lezten Concluso abermals getrachtet, die Einleitung dahin zu machen, daß nicht die Eigenſchaft des Beſitzers, ſondern die Beſitzung zur Entſcheidung diene, ob ein zu dem reichsſtändiſchen Eigenthum gehöriger auf dem linken Rheinufer gelegener Gegenſtand der franzöſiſchen Republik zufalle, oder ſeinem bisherigen Eigenthümer verbleibe; und es iſt in Gefolge dieſes Vorhabens, daß eine Hochanſehnliche Reichs-Friedens-Deputation das Verlangen dahin geſtellt hat, daß den Reichsſtänden, welche ritterſchaftliche Beſitzungen innehaben, ſolche gleich andern ritterſchaftlichen Mitgliedern verbleiben möchten.

So wie nun dieſer Gegenſtand das Intereſſe der beyden zur ſchwäbiſchen Grafen-Curie gehörigen Häuſer, Leien und Sickingen, betrift, ſo ſieht ſich Unterzogener, dem die Beſorgung des Intereſſe der einzelnen Mitglieder zugleich mit übertragen iſt, verbunden, rückſichtlich beyder Häuſer einige Bemerkungen zu machen, deren hochgeneigte Aufnahme derſelbe ſich um ſo mehr getröſtet, als dieſe Hochanſehnliche Reichs-Friedens-Deputation die von dem Reiche den Partikular-Abgeordneten zu Hinterbringung ihrer Anliegen angewieſene Stelle iſt; und in Ermanglung irgend einer andern Kommunikationsart mit dieſer erhabenen Stelle es den Partikular-Abgeordneten an Gelegenheit gebricht, ihre allenfalls irrige Begriffe durch Mittheilung der gegentheiligen erleuchteten Entſcheidungs-Gründe zurechtzuweiſen, mithin ſie ſtets in der Lage verbleiben, den vorkommenden Gegenſtand nur aus ihren beſondern Verhältniſſen zu betrachten, und in dieſer Rückſicht auch

auf Nachſicht für ihre geäuſſerte Meynung Anſpruch zu machen berechtiget ſind.

Bey dem gegenwärtig obwaltenden und für die betreffenden Individuen ſo äuſſerſt wichtigen Gegenſtand kann man nun muthmaaſſen, daß eine hochanſehnliche Reichs-Deputation ſich durch folgende Gründe beſtimmt hat:

1) Durch die Abſicht, ſo viel deutſches Eigenthum zu retten, als nur möglich ſeye.

2) Durch die Vermuthung und Vorausſetzung, daß, nachdem die Reichsſtände, welche ritterſchaftliche Beſitzungen haben, rückſichtlich derſelben in den ritterſchaftlichen Verhältniſſen ſeyen, ſie auch keine Urſache zur Klage hätten, wenn ſie wegen dieſen Beſitzungen mit den ritterſchaftlichen Mitgliedern gleich gehalten würden.

Gegen dieſen leztern Satz aber kann Unterzogener nicht umhin, folgende zwo Bemerkungen zu machen:

1) Das zukünftige Verhältniß des Reichs-Standes und reichsritterſchaftlichen Mitgliedes würde darin ganz verſchieden ſeyn, daß das ritterſchaftliche Mitglied auf dem linken Rheinufer ſein Eigenthum nicht allein beyſammen behalten würde, ſondern auch demſelben ganz obliegen, und ſolches nebſt allen ihm durch die franzöſiſchen Geſetze perſönlich zukommenden Verhältniſſen genieſſen könnte. Der Reichs-Stand würde aber durch die Uebertragung des einen Theils ſeines Vermögens auf der Rheinſeite und Beybehaltung des andern auf der linken in der Benutzungsart gehemmt, und ſolche demſelben weit koſtſpieliger werden; ferner würde derſelbe in dem Verhältniß als Reichs-Stand nie in der Lage ſeyn, Citoyen actif zu werden, und er würde nicht allein die damit verbundene perſön-

liche Verhältniſſe entbehren müſſen, ſondern wohl dürf-
te ihm die Beybehaltung der ritterſchaftlichen Beſi-
zungen nur unter der Bedingung geſtattet werden,
ſolche binnen einer gewiſſen Zeit veräuſſern zu müſſen;
welches eben ſoviel iſt, als verbunden zu ſeyn, ſie
um jeden noch ſo geringen, während dieſer Zeitfriſt
vielleicht einzig angebotenen Preis, hergeben zu müſ-
ſen. Es folgt demnach aus dieſen Betrachtungen,
daß die Lage des Reichs-Standes rückſichtlich ſeiner
ritterſchaftlichen Beſitzungen, deren Benutzung und
daraus erfolgenden Perſonal-Verhältniſſen, eben weil
derſelbe Reichs-Stand iſt, weit ſchlimmer ſeyn wür-
de, als eines jeden andern reichsritterſchaftlichen Mit-
gliedes, und daß daher die aus der Gleichheit der
Natur der Beſitzungen herleiten wollende Gleichheit
der Behandlung durch die Ungleichheit der auf die
Benutzung einfließenden Perſonal-Verhältniſſe, nicht
anders als äuſſerſt kränkend für die Reichs-Stände
ſeyn, und ſie in viel nachtheiligere Verhältniſſe als die
ritterſchaftliche Mitglieder verſetzen würde.

2) Hat eine Hochanſehnliche Reichs-Deputation
bey Gelegenheit der verlangten Unterdrückung des Els-
flether-Zolls von neuem die Richtigkeit des Satzes
anerkannt, daß die Einwilligung des deutſchen Reichs-
Standes, über deſſen Eigenthum verfügt werden ſolle,
unumgänglich erforderlich iſt. Nun haben die hier
in Frage ſtehenden, zur ſchwäbiſchen Grafen-Curie ge-
hörigen Häuſer Leien und Sickingen, mittelſt der bey Ab-
tretung des linken Rheinufers von Unterzogenem unterm
14. Hornuug l. J. abgegebenen Erklärung, in die-
ſe Abtretung ohne Abtheilung des Vermögens, und
gegen volle Indemniſation deſſelben, ihre Einwilli-
gung blos ertheilt; und es läßt ſich von der Gerech-

tigkeit und Billigkeit einer Hochanſehnlichen Reichs-Deputation nicht gewärtigen, daß Hochſie von dieſem Grundſatz abgehen, und gegen die Einwilligung der intereßirten Stände in einem Falle eine Verfügung veranlaßen wolle, wo es nicht bloße durch Privilegien erhaltene Zoll- oder andere Gerechtigkeiten, ſondern wahres Grund-Eigenthum betrifft:

Unter dieſen Umſtänden iſt Unterzogener der vollen Zuverſicht, daß die hier intereßirte Häuſer Leien und Sickingen ihre volle Entſchädigung für alle auf dem linken Rheinufer bisher gehabte Beſitzungen erhalten werden; und daß, wenn eine hochanſehnliche Reichs-Deputation auch die Ritterſchaftliche Beſitzungen beyder Häuſer zurück erhält, Hochſie ſolche nicht anders als wie einen dem geſammten Reiche zur Verfügung überbleibenden Gegenſtand betrachten wird, der entweder durch unmittelbaren Verkauf, oder durch Ueberlaſſung an die franzöſiſche Republik, insbeſondere z. E. zur Befriedigung für einen verhältnißmäßigen Antheil der übernommenen und an ſie zu bezahlenden Schulden, zum Beſten des Reichs, mit ſehr groſſem Nutzen allemal noch verwendet werden kann.

41. Vorſtellung der Abgeordneten des Schwäbiſchen Städtiſchen Collegiums wegen Sicherſtellung der Freiheiten der Reichsſtädte, vom 14. Nov. 1798.

In dem unbegränzten Vertrauen, welches die Reichs-Städte auf die Heiligkeit der deutſchen Reichs-Geſetze und Verfaſſung ſetzen, unter deren Schutz ſie ihre politiſche Exiſtenz und Unmittelbarkeit ſeit Jahrhunderten glücklich

behauptet und erhalten haben, glaubte beſonders das im März dieſes Jahrs zu Ulm verſammelt geweſene Collegium der Schwäbiſchen Reichs-Städte, auch in Hinſicht auf die gegenwärtigen Reichsfriedens-Handlungen, ſeinen Pflichten Genüge zu thun, wenn es den Wunſch, in ſeiner bisherigen Verfaſſung ferners belaſſen zu werden, für das Ganze, ſo wie für jedes einzelne Mitglied feyerlich ausdrückte, und zu dieſem Ende den allerhöchſten Schutz Sr. Kaiſerl. Majeſt. und die kraftvolle Verwendung der Hochanſehnlichen Reichsfriedens-Deputation allergehorſamſt erbat und aufrief.

Dieß geſchah durch die allerunterthänigſten Bittſchreiben und Vorſtellungen, welche das Schwäbiſche Reichsſtädtiſche Collegium an Seine Kaiſerl. Majeſtät und den hohen Reichs-Friedens-Congreß am 12. März dieſes Jahrs erlaſſen, und welche auch das geſammte Collegium der deutſchen Reichs-Städte für ſo zweckmäßig anerkannt hat, daß es dieſelben vermöge ſeiner Collegial-Schreiben d. d. Regensburg vom 23. deſſelben Monats ganz zu den ſeinigen zu machen keinen Anſtand genommen hat.

Ihro Kaiſerl. Majeſt. haben hierauf allergnädigſt geruhet, allen deutſchen Reichs-Städten Ihren allerhöchſten mächtigſten Schutz zu deren ferneren ungekränkten Erhaltung, auf eine eben ſo feyerliche, als des tiefſten Dankes würdige Weiſe zuzuſichern. Auch von einer Hochanſehnlichen Reichsfriedens-Deputation haben Unterzeichnete den überzeugendſten Beweis zu erhalten das Glück gehabt, wie ruhmvoll Hochdieſelbe für die fernere Aufrechthaltung der Reichs-Städte, als des dritten integrirenden Theils des deutſchen Reichskörpers, beeifert ſey. Denn als in der Note der franz. Geſandſchaft vom 12. Vend. an 7. (3. Oct. l. J.) das Verlangen geſtellt

wurde, daß beſonders die Reichs und Hanſee=Städte, Bremen, Hamburg und Frankfurt, in ihrer politiſchen Exiſtenz und dem vollen Umfang ihrer verfaſſungsmäßigen Unabhängigkeit beſtätigt und erhalten werden ſollten: So erklärte dieſe hohe Reichsdeputation, deren dießfallſiger Entſchlieſſung die Unterzeichneten, nach ihrem über dieſen Gegenſtand Hochderſelben zuvor mündlich gemachten gehorſamſten Vorſtellung, mit ehrerbietigſtem Vertrauen ruhig entgegen ſahen:

„ Die Aufrechthaltung der Reichsſtädte Bremen, „ Hamburg und Frankfurt und aller andern commerzierenden Reichsſtädte ſeye dem deutſchen Reiche für „ ſein Commerz allerdings wichtig. Sämtliche freye „ Reichsſtädte, welche den dritten Reichsſtändiſchen Kör„ per in Deutſchland ausmachten, ſtünden, in Anſehung „ ihrer wohlhergebrachten Verfaſſungen, vermöge Reichs„ Verbandes unter dem Schuß der Geſetze. Die Reichs„ Friedens=Deputation aber rechne es ſich zur vorzüg„ lichen Pflicht, auf die Erhaltung der Reichsſtände „ und der Reichs=Verfaſſung möglichſt bedacht zu ſeyn, „ und in den geäuſſerten Wunſch der bevollmächtigten „ Miniſter der franz. Republ:k alle Reichsſtände und „ Angehörige zu begreifen.“

Es wäre zu wünſchen geweſen, daß die bevollmächtigten franz. Miniſter ſich bey dieſer in den Grundzügen der deutſchen Reichs=Verfaſſung liegenden Erklärung beruhiget hätten. Sie drücken aber ihr voriges Verlangen in der neuſten Note vom 21. Brum. an 7. (11. dieſes) noch ſtärker aus, indem ſie die Beſtätigung und Erhaltung der verfaſſungsmäßigen Unabhängigkeit der Reichsſtädte Bremen, Hamburg und Frankfurt, durch eine dem künftigen Friedens=Inſtrument einzurückende beſondere Clauſel geſichert wiſſen wollen, indem ſie er=

klären, daß die franz. Republik hierauf nicht Verzicht thun werde, und die hohe Reichs-Friedens-Deputation es nicht unterlaſſen könne, ohne dadurch einen Mangel an Achtung gegen die franz. Republik, welchen man doch unmöglich vermuthen könne, zu beweiſen.

So ſehr die Unterzeichneten ſelbſt die fortdaurende verfaſſungsmäßige Erhaltung der wichtigen Reichs und Hanſee-Städte Bremen, Hamburg und Frankfurt, als ſehr ehrwürdiger Mitglieder des Reichsſtädtiſchen Collegium, wünſchen müſſen, und ſo wenig ſie ihnen die Auszeichnung mißgönnen, welche ihnen ſolchergeſtalt durch die beſondere Verwendung der franz. Republik wiederfährt; So weſentlich liegt es doch in ihren Pflichten, daß ſie, als Bevollmächtigte der geſammten Schwäbiſchen Reichsſtädte, welche nicht nur den gröſten Theil des Reichsſtädtiſchen Collegium ausmachen, ſondern mit deren Schritten ſich auch obengedachtermaaßen alle Reichsſtädte Deutſchlands vereiniget haben, den Wunſch hiemit öffentlich und feyerlich ausdrücken: Daß, wenn auch in dem künftigen Friedens-Inſtrument jener drey Reichsſtädte namentlich und beſonders Erwähnung geſchehen ſollte, dieſes doch auf eine Art, welche keinen nachtheiligen Schatten auf die gleichen Gerechtſamen der übrigen Reichs-Städte wirft, geſchehen, und dasjenige, was im Friedens-Schluſſe für die Reichsſtädte Bremen, Hamburg und Frankfurt beſtimmt wird, auch allen andern Reichs-Städten ausdrücklich mit zugeſichert werden mögte.

Hiebey ſehen ſich die Unterzeichneten verbunden, einer Hochanſehnlichen Reichs-Friedens-Deputation noch eine beſondere, auf dieſen Gegenſtand weſentlichen Bezug habende Erläuterung ehrerbietigſt mitzutheilen.

Die bevollmächtigten Miniſter der franz. Republik ſetzen in ihren beiden angeführten Noten vom 12. Vendem.

und 21. Brum. (3. Oct. und 11. Nov. 1798.) einen beſondern Nachdruck auf die Handels und Gewerbverhältniſſe, in welchen die franz. Nation mit den drey Reichs-Städten, Bremen, Hamburg und Frankfurt, ſtehn.

Nun beſcheiden ſich zwar die Unterzeichneten ganz gerne, daß die Handlung der Schwäbiſchen Reichsſtädte, mit jener der drey genannten ſich nicht meſſen könne. Allein auch die Handelsverhältniſſe der Schwäbiſchen Städte, ſind doch ſeit Jahrhunderten von der franz. Nation, als für ſie wichtig anerkannt worden. Schon ſeit beynahe 300 Jahren, nehmlich von König Franz dem I. an, hat die franz. Regierung den Schwäbiſchen, oder, wie ſie auf dem Reichstage genannt werden, Oberländiſchen Reichsſtädten, und ihren Bürgern ganz beſondere Handlungs-Privilegien, Freyheiten und Vorzüge eingeräumt. Dieſe Privilegien ſind unter allen nachfolgenden Königen bis auf Ludwig XVI. theils beſtätigt, theils erweitert, und ſelbſt in den von Zeit zu Zeit zwiſchen dem deutſchen Reiche und Frankreich errichteten Friedens-Schlüſſen ausdrücklich bekräftiget worden; und im Genuſſe derſelben haben ſich die Schwäbiſchen Reichsſtädte bedeutender Handlungs-Vortheile in Frankreich zu erfreuen gehabt. Dieſe Verhältniſſe ſind auch den hier anweſenden bevollmächtigten Miniſtern der franz. Republik ſchon zu anderer Zeit bekannt gemacht worden.

Unterzeichnete müſſen ſehr bedauern, daß ſie von dem gedruckten Extrait des privilèges, suretés et immunitès &c. kein Exemplar hier zur Hand haben; es iſt aber bereits die Einleitung getroffen, daß ſie denſelben, als ein wichtiges Beleg zu der gegenwärtigen ehrerbietigſten Denkſchrift, demnächſt werden ſchuldigſt nachtragen können.

Mit

Mit der obigen ganz gehorſamſten Bitte, daß dasjenige was etwa in dem künftigen Friedens-Inſtrument, für die Reichsſtädte, Bremen, Hamburg und Frankfurt feſtgeſezt werden dürfte, auch in gleichermaaſſen für alle andere deutſche Reichsſtädte ausdrücklich feſtgeſezt werde, vereinigen daher die gehorſamſt Unterzeichneten das weitere ehrfurchtsvolle Geſuch, daß Eine Hochanſehnliche Reichs-Friedens-Deputation geruhen wolle, die franz. bevollmächtigten Miniſter auch auf die ältern Handelsverhältniſſe Frankreichs mit den Schwäbiſchen oder Oberländiſchen Städten aufmerkſam zu machen, und ſich dahin vielvermögend zu verwenden, damit dieſen und ihren Bürgern, die ſeit Jahrhunderten zuerkannten Handlungsfreyheiten ferners zugeſtanden, oder ſie doch wenigſtens ſo weit, als es die gegenwärtige franz. Verfaſſung erlaubt, in ihrem Handlungsbetrieb mit der franz. Nation begünſtiget werden.

Man hat keinen Grund zu zweifeln, daß die franz. Nation eben die Grundſäze, welche ſie vormahls immerhin als vortheilhaft für ihre Handlungs-Verhältniſſe geachtet hat, nicht auch noch jezt als ſolche anerkennen ſollte.

42. Summariſcher Auszug derer, der Reichs-Friedens-Deputation bis zum 26. Dec. 1797. von mehreren beſchwerten Reichs-Ständen, über die drückende Behandlung der franzöſiſchen Truppen, übergebenen Vorſtellungen.

1) Pfälziſches Pro Memoria d. d. 5. pr. 8. et dict. 10. Dec. 1797. Worinn angezeigt wird: Daß das franzöſiſche Gouvernement die zu Bonn niedergeſezte

Mittelcommißion mit dem Namen Regie nationale belegt, und alle Beamte der Jülicher-Arrondissements, angehalten habe, der franzöſiſchen Republik den Eid der Treue abzulegen; mit Bitte um proviſoriſche Vorkehr zu Hintertreibung der hieraus zu beſorgenden Folgen.

2) Pfälziſches Pro Memoria d. d. 6. pr. 8. et dict. 10. Dec. 1797. enthält Anzeige, daß in verſchiedenen Churpfälziſchen am linken Rheinufer gelegenen Ortſchaften unter Bedeckung franz. Militairs und mit Unterſtützung der franzöſiſchen Regierung revolutioniret werde, und Bitte um proviſoriſche Vorkehr.

3) Trieriſches Pro Memoria d. d. 3. pr. 9. et dict. 10. Dec. 1797.

Anzeige erlittener Beſchwerden: Daß nemlich

a) Bey Augereaux Ankunft die franz. Truppen neu hätten müſſen gekleidet werden.

b) Daß die Quartierträger die einquartierten Menſchen und Pferde vollſtändig ernähren müſſen.

c) Daß mittlerweile das rechte Rheinufer jeder Exaction Preis ſtehe, das linke Rheinufer blos für den Frimaire & Brumaire eine neüe Contribution von 8 Millionen entrichten müſſe.

d) Daß die verderblichſten Holzſchläge im Trieriſchen vorgenommen würden.

e) Daß die bisher ſequeſtrirte Güter von Klöſtern, Stiftungen und Privaten in tabellariſche Aufnahme gebracht würden.

f) Daß das Organiſations-Syſtem auf dem linken Rheinufer fortgeſetzt und diesfalls von dem Directoire exécutif das bekannte Arrêté erlaſſen wor-

den ſey, wovon Cit. Rudler zum Executor beſtellt iſt.

g) Daß auf beyden Rheinufern das Revolutioniren fortfahre.

Demnach Bitte:

1) Daß alle einzelen Ausſchreibungen und Forderungen vom Tage des zuſammenberufenen Congreſſes aufhören.

2) Die Einquartirungen durch die möglichſte Vermindерung der Truppen und deren verhältnißmäßigen Dislocationen ſo viel thunlich erleichtert:

3) Alle Landes-Beyträge zu den franz. Caſſen auf den Bezug der übrigen Landes- und Jahres-Steuern unter Domanial Einkünfte beſchränkt:

4) Alle Holzfällungen und Verkaufe, inſoferne ſie nicht zu den gewöhnlichen Dominial-Renten gehören, eingeſtellt:

5) Alle nach den gewöhnlichen Kreisgebräuchen und den beſondern franzöſiſchen Grundſätzen ſequeſtrirte Gefälle und Beſitzungen unangetaſtet gelaſſen:

6) Alle Veränderungen in den Landes-Organiſationen, wie ſie Namen haben mögen, und

7) Alle Revolutionsanſtalten und dahin zielende Vorkehrungen gänzlich abgeſchafft werden ſollen.

In einem Nachtrage zu dieſem Pro Memoria wird angezeigt:

a) Daß die Cisrhenaniſche Föderation eine Proclamation ausgetheilt habe, worinn die Vortheile der Vereinigung des linken Rheinufers mit Frankreich zergliedert ſeyen, und daß die Föderation zwey Mitglieder an Augereau mit der Bitte um ein Verſchreiben an Buonaparte, um in Raſtadt aufgenommen zu werden, abgeſchickt habe; dieſe ſeyen

mit vielen Vollmachten, und dieſe mit vielen Unterſchriften verſehen, welche die Bitte, mit Frankreich vereiniget zu werden, enthielten; man ſuche noch täglich durch allerhand Mittel ſolche Vollmachten ſich zu verſchaffen, und ſchicke ſie denen auf der Reiſe begriffenen nach:

b) Nach einem Befehl des Generals Augereau vom 25. Nov. l. J. ſey allen Beamten zwiſchen Rhein und Maas, und Rhein und Moſel, unter Strafe der Dienſt-Entſetzung befohlen worden, der franz. Republik den Eid der Treue zu ſchwören.

c) Nach einem Arrêté vom 4. Frimaire ſeyen alle Hypotheken-Errichtungen, Verkäufe oder Veräuſſerungen geiſtl. Corporationen, welche ſeit der franz. Eroberung ohne franz. Erlaubniß geſchloſſen worden, annullirt, und eben ſo alle erwähnten Corporationen durch ihre Schuldner anticipative geſchehenen Zahlungen als null und nichtig erklärt worden.

Bitte um Erwürkung einer Verfügung, welche dieſe franz. Einſchreitungen pro præterito et futuro aufhörend mache.

4) Heſſen-Darmſtädtiſches Pro Memoria d. d. et pr. 10. & dict. 12. Dec. 1797.

Anzeige: Daß die Cisrhenaniſche Föderation unter Begünſtigung der franz. Befehlshaber auch in dem an der Lotharingiſchen Gränze gelegenen Hanau-Lichtenbergiſchen Amte Lemberg zu republicaniſiren anfange; daß die durch Hoche wieder eingeſetzte Beamte durch neu beſtellte Cantons-Richter verdrängt würden, und daß leztere gedruckte Republicaniſirungs-Aufforderungen verbreiteten.

Bitte um der Reichs-Deputation nachdrücklichſte Verwendung.

5) Heſſen-Darmſtädtiſches Pro Memoria d. d. et pr. et dict. eod.

Schilderung des durch Occupationen der franz. Armeen und die Contributionen, Requiſitionen, aller Art höchſt koſtſpieligen Unterhalte der Generals und Officiers-Tafeln, und übermäßige auferlegte Truppen-Verpflegung, verurſachten äuſſerſt erſchöpften Zuſtandes beynahe ſämtlicher Heſſen-Darmſtädtiſchen Lande, und:

Bitte um Einleitung, daß die franz. Armeen aus jenen gänzlich erſchöpften Gegenden zurückgezogen, oder doch wenigſtens vermindert, nach Verhältniß dislocirt, und gegen baare Zahlung verpflegt werden.

6) Gräflich-Wetterauiſches Pro Memoria d. d. et pr. 14. et dict. 16. Dec. 1797.

In welchem unter Vorbehalte beſtimmter und detaillirter Angabe des von der Wetterauiſchen Grafen-Curie auf den beyden Rheinufern erlittenen Schadens, gebeten wird, Einleitung zu treffen, damit nicht nur ſämtliche ſowohl in der Verfaſſung, als durch den Verkauf der Waldungen und Domanial-Güter, ſeit den Präliminarien, in den zur Curie gehörigen Graf- und Herrſchaften vorgenommene Veränderungen wieder auf den alten Fuß zurückgeſtellt, ſondern auch alle unter den Namen von Requiſitionen, Contributionen, Demandes und Verpflegung der Truppen, noch fortdaurende Bedrückungen bald möglichſt eingeſtellt werden.

7) Pro Memoria der Schwäbiſchen Grafen-Curie d. d. 13. pr. 14. et dict. 16. Dec. 1797.

In welchem angezeigt wird, daß vorzüglich folgende Mitglieder der Curie auf Reſtitution Anſpruch hätten; nemlich

1) Oettingen wegen der Herrſchaft Dachſtuhl.

2) Die Grafen von der Leyen wegen der Grafſchaft Hohengeroldseck, der Herrſchaft Bliescaſſel und der Landſäßigen Beſitzungen im Churfürſtenthum Cölln.

3) Die Grafen von Sickingen wegen Landſtuhl und der zum Theile in Pfandbeſitze inhabenden Grafſchaft Wartenberg; mit Bitte um Einleitung, daß bis zur erfolgten Reſtitution die franz. Organiſationen und die verwüſtenden Holzhiebe eingeſtellt werden.

8) Chur-Cöllniſches Pro Memoria d. d. et. pr. 13. et dict. 16. Dec. 1797.

Anzeige: Nach den Arrêtés des General Augereau und der Regie nationale ſey auch der geſammten Geiſtlichkeit des Erzſtifts Cölln, den Gliedern aller Geiſtlichen und Civilſtellen und der Univerſität zu Bonn aufgegeben worden, bey Strafe der Dienſtentſetzung, der franz. Republik den Eid der Treue zu ſchwören; durch allerley indirecte Geſetze ſuche man ferner das Volk umzuſtimmen, und ſo dann die von einigen wenigen Individuen ſchon im Stillen entworfene Acte der Souveränität du peuple entre Meuse et Rhin et Rhin et Moselle für das Product des Willens des ganzen Volks auszugeben.

Man ſuche daher die zweckmäßigen Mittel zu beſchleunigen, welche den hieraus zu beſorgenden Folgen ein Ziel ſetzten.

9) Fürſtlich-Fürſtenbergiſches Pro Memoria d. d. 10. pr. et dict. 16. Dec. 1797.

In welchem, unter ebenmäßiger Anzeige der durch die franzöſiſche Occupationen, Contributionen, Requiſitionen und Officiers-Tafeln bedrückten Fürſtlich-Fürſtenbergiſchen Beſitzungen, gebeten wird, die Aufhebung

ſämtlich dieſer Bedrückungen bey der franz. Geſandſchaft baldigſt zu bewirken.

10) Reichsſtadt Augsburgiſches Pro Memoria d. d. pr. et dict. 23. Dec. 1797.

Welches die traurigſte Schilderung der Lage der Reichsſtädte Offenburg, Gengenbach, und Zell am Hammersbach enthält, und insbeſondere anführt, daß die Erpreſſungen jeder Art, nebſt dem unerſchwinglichen Unterhalt der Generäle und einer erſt jüngſt eingerückten beſondern Execution zu Eingreiffung der noch rückſtändigen Contributionen ſo weit gehe, daß die bereits in der äuſſerſten Dürftigkeit ſchmachtende Bürger und Bauern hierdurch ſelbſt zum Aufruhr verleitet worden ſeyen, welches der Deputation zur Beherzigung und Ergreifung ſchleuniger Maaßregeln empfohlen wird.

11) Pro Memoria der Reichsſtadt Wezlar d. d. 11. pr. 17. et dict. 18. Dec. 1797.

Welches eine kurze Anzeige der ſeit den Jahren 1795. beynahe ununterbrochen währenden für das Städtiſche gemeine Weſen nicht länger auszuhaltenden Kriegs-Drangſalen enthält und worinn forderſamſt der Wunſch geäuſſert wird, daß die Stadt als der Wohnſitz des Cammergerichts von Einquartirungen befreyet werde.

12) Pfälziſches Pro Memoria d. d. 8. pr. 17. et dict. 19 Dec. 1797.

Worinn angezeigt wird, daß mit dem Revolutioniſiren in den Ch. Pf. Landen des linken Rheinufers, ſo wie mit Abſetzung der Ch. Pfälz. Beamten fortgefahren und ſo durch das zügelloſe Beſtreben der Clubbiſten gegen die Stimmung der ſich ruhig betragenden Majorität, das ganze linke Rheinufer nach und nach zur Annahme der franz. Verfaſſung mit Gewalt hingeriſſen werden dürfte.

13) Fürſtlich-Thorniſches Pro Memoria d. d. et pr. 17. et dict. 19. Dec. 1797.

Mit der Anzeige, daß das Fürſtenthum Thorn jezt würklich einen Theil des Departements der Unter-Maas ausmache, und ſeit der Organiſation der vereinigten Länder nach den nehmlichen Geſetzen, wie die franz. Republik verwaltet werde, obſchon es nicht unter den Ländern begriffen ſey, welche das Geſetz vom 9. Vend. an VI. mit Frankreich vereinige, daß ferner der Gottesdienſt unterſagt, die Pfarrer vertrieben, die Kirchen verlaſſen und die Jugend ohne öffentlichen Unterricht ſey.

14) Fürſtlich-Lüttichſches Pro Memoria d. d. 21 et pr. 22 et dict. 23 Dec. 1797.

Worinn gebeten wird, bey den franz. Miniſtern die Einleitung dahin zu treffen, daß

1) Vorläufig jene ſtrenge Maasregeln, welche man gegen die Ausübung der Religion, gegen ihre Diener, gegen die Abweſenden aller Klaſſen, und gegen deren Haabſeligkeiten bis jezt in dem Fürſtenthume verhängt hatte, aufgehoben:
2) Die drückende Contributionen, Auflagen und Requiſitionen einſtweilen nachgelaſſen, und
3) Die Veräuſſerung der Fürſtl. Dom-Capituliſchen und Geiſtlichen Güter ſuſpendirt würden.

15) Pfälziſches Pro Memoria d. d. 20 pr. 21 et dict. 13 Dec. 1797.

Worinn angezeigt wird, daß verſchiedene Schiffe auf dem Rhein von den Franzoſen arretirt worden ſeyen, und daß dieſe in denen nach dem Rückzuge der Kaiſerl. Königl. Truppen occupirten Gegenden die nemliche Exaktionen ausübten, und Requiſitionen erpreßten, wie in den von ihnen feindlich eingenommenen Landen.

16) Heſſen-Darmſtädtiſches Pro Memoria d. d. 24 pr. 25 et dict. 26 Dec. 1797.

Worinn angezeigt wird, daß diejenige franz. Truppen, welche zur Cernirung von Maynz einen Theil der bisher nicht occupirten Darmſtädt. Landen beſetzt hätten, in denſelben Requiſitionen an Brod, Fleiſch, Haber ꝛc. ausſchrieben, und noch kürzlich dem Amte Rüſſelsheim eine Lieferung von 5000 paar Schuen angeſetzt hätten, mit Bitte um Abwendung dieſes neuen Ungemachs.

17) Heſſen-Darmſtädtiſches Pro Memoria d. d. 24. et pr. 25. et dict. 26. Dec. 1797.

Welches die Anzeige enthält, daß die fr. Truppen ſowohl am Main als in der Wetterau die Waffenſtillſtandslinie überſchritten, und Requiſitionen an Naturalien zu ihrer Verpflegung anſetzten.

18) Fürſtlich Baſeliſches P. M. d. d. 22 pr. et dict. 26. Dec. 1797.

Jn dieſem Pro Memoria wird Fürſtl. Biſchöflich Baſeliſcher Seits angezeigt, daß laut zwey Schreiben des fr. Geſchäftsträgers Bacher zu Baſel an die löbliche Eidgenoſſenſchaft, d. d. 13 Dec. 1797.

1) Die franz. Regierung ſich erkläret habe, die theils im Reiche, theils in der Schweiz gelegenen Fürſtl. Baſel. Lande, welche unter dem Schutze der Helvetiſchen Neutralität bisher verſchont geblieben, nunmehr ebenfalls in Beſitz nehmen zu wollen.

2) Daß vorgegeben werde, Frankreich ſey allen Rechten und Zugehörungen des Bisthums Baſel ſubrogirt.

3) Daß die franz. Republik ſich, gegen wen es ſich immer fügen werde, vorbehalte:

a) Alle ihre Rechte und Anſprüche über alles dem Biſthum Baſel an dem linken Rheinufer zugehörige bewegliche und unbewegliche; dann

b) Die Entſchädigung wegen bisherigen Rechtgenuſſes.

c) Ueberhaupt alle Schäden, welche Frankreich durch die bisherige Hinderniſſe, die ſich der Beſitznahme der befragten Lande entgegengeſtellt haben, erlitten habe.

d) Den Erſatz aller Zehnten, Zinſen, Herrſchaftl. Rechten, Zölle und ſämtlicher Einkünfte, welche ſeit der Reunion des Departements des Mont terrible mit Frankreich indebite bezogen worden ſeyen.

Wenn es bey dieſem neuen Eingriffe ſein Bewenden haben ſollte, ſo würden

1) Der Fürſt Biſchof von Baſel eine Bevölkerung von ohngefehr 20,000. Seelen verlieren, und ihm kein anderes weltliches Gebieth mehr als die alleinige am rechten Rheinufer gelegene, und in 5. kleinen Dorfſchaften beſtehende Herrſchaftl. Schliengen übrig bleiben.

2) Würde der H. Fürſt Biſchof diejenige Einkünfte von beynahe 80,000. Gulden, welche die Unterthanen der von Frankreich neu beſetzten Lande ihm annoch ſchuldig ſeyen, eben ſo wie die Fürſtliche Mobilien, welche in die Neuenſtadt geflüchtet worden, verlieren, und der Fürſt-Biſchof mit ſeinen Räthen, deren Güter ebenfalls ſequeſtrirt, und groſſentheils verkauft worden ſeyen, um ſo ſicherer an den Bettelſtab kommen, als der Fürſt-Biſchof kein anders Vermögen, und das äuſſerſt verſchuldete Hochſtift keinen Credit mehr habe.

3) Würde alsdann die Aufhebung des Chur-Stifts im Münſterthale und der Abtey Belleley nicht zu vermeiden ſeyn; am Ende wird um nachdruckſamſte Verwendung bey den franz. Bevollmächtigten, allerwenigſtens aber zu bewürken gebeten, daß bis zum Traktatmäßigen Ausgange der Sachen alles Eigenthum des Fürſt Biſchofs, ſeines Domſtiftes, und ſeiner ſämtlichen Angehörigen und Unterthanen reſpectirt und ſalvirt werde.

In einem Nachtrage d. d. 23 Dec. wird ferner angezeigt, daß, neuern eingelaufenen Nachrichten zu Folge, in der Stadt Baſel die daſelbſt gelegene Biſchöfliche Reſidenz ſamt dem Domhofe mit Wachen beſetzt, und nicht nur das Fürſtl. und Domcapituliſche, ſondern auch das Partikular-Eigenthum der Domherren mit Arreſt belegt worden.

Bitte, um Verwendung, daß doch einſtweilen das Eigenthum verſchont und allerwenigſtens die dem Hrn. Fürſt Biſchof und den Gliedern des Domſtifts zugehörige ſämtliche bewegliche Haabſeligkeiten indeſſen zu ihrer freyen Diſpoſition erlaſſen werden mögten.

43. Heſſen-Darmſtädtiſches Promemoria, betreffen die feſtgeſetzten franzöſiſchen Republikaniſirungs-Operationen im Hanau-Lichtenbergiſchen Amt Lemberg jenſeits des Rheins, und die dießeits ausgeſtreuten Aufruhrzettel, vom 21. Januar, 1798.

Die einer Hochanſehnlichen Reichs-Deputation unterm 10. Dezember v. J. angezeigte franzöſiſche Republikaniſirungs-Operationen im Hanau-Lichtenbergiſchen Amt

Lemberg jenſeits Rheins, werden, nach neuerdings eingelangten Berichten, mit dem größten Eifer fortgeſetzt, und, des widerſtrebenden Sinnes der dortigen Einwohner ohngeachtet, zur Vollendung zu bringen geſucht. Denn obgleich die von dem franzöſiſchen Regierungs-Kommiſſär Rudler in den Ländern zwiſchen der Maas, dem Rhein und Moſel erlaſſene, und von dem Cantons-Richter in der Stadt Pirmaſens förmlich publicirte Organiſations-Proklamation, von den dortigen Bürgern mit der ſtärkſten Abneigung aufgenommen wurde, und weitere, zur beabſichtigten neuen Organiſation einladende Rudleriſche Arrêtés und Inſinuationen des Cantons-Richters einen gleichen Eindruck verurſachten, ſo wurde dennoch, dieſer widrigen Stimmung ohngeachtet, von demſelben ein Termin zu Pflanzung des Freyheitsbaums angeſetzt, und der ganzen Pirmaſenſer-Munizipalität bey ſtrengſter Verantwortlichkeit auferlegt, dieſer Feyerlichkeit beyzuwohnen. Die Bürgerſchaft erklärte hierauf in einer, mit den einzelnen Unterſchriften verſehenen, Vorſtellung ihre Geſinnung in folgenden eigenen Ausdrücken.

„Daß ſie zwar die Einladung zu Pflanzung des „Freyheitsbaumes mit dem ehrerbietigſten Dank anerkennten, und ſich jederzeit als freundſchaftliche und „treueifrige Nachbaren der von ihnen ſtets hochgeſchätzten franz. Nation bezeigen, ſomit derſelben in allem, „was in ihren Kräften ſtehe, bedient ſeyn würden; „daß ſie aber nach allen ſeit mehreren Jahren überſtandenen Drangſalen nunmehr, da ſie dem Ziele ihrer Beſtimmung ſo nahe ſeyen, ſich als franzöſiſche „Unterthanen, ehe und bevor ihr Schickſal durch den „Congreß zu Raſtatt entſchieden ſeyn würde, bekennen, „und dadurch das Band der Treue, welches ſie an

„ihre Landes=Obrigkeit knüpfe, auflöſen könnten, oder „daß die erhabene Nation ſolches von ihnen ſchon jetzt „mit Nachdruck verlangen werde, ſtünden ſie von der „bekannten Gerechtigkeitsliebe derſelben nicht in Erwar= „tung. Vielmehr ruften ſie im Vertrauen zur eigenen „Unterſtützung ihres Entſchluſſes die Wohlthätigkeit und „Menſchenliebe der franzöſiſchen Nation an, und hof= „ten, daß ſie, ſo lange bis ihr Schickſal entſchieden „ſeyn würde, mit der ihnen gethanen Propoſition ver= „ſchont bleiben würden, wo ſie alsdann, wenn ſie der „aufhabenden Bürger=Pflichten entledigt ſeyen, den „Eid der Treue der erhabenen franzöſiſchen Republik „ſchwören, und eben ſo getreue und rechtſchaffene Bür= „ger ſeyn und bleiben wollten, wie ſie es bisher gegen „ihre Landes=Obrigkeit geweſen wären“.

Dieſe in ſtandhaftem Biederſinn gefaßte Erklärung vermochte inzwiſchen nicht, das Vorhaben des Cantons= Richters zu verhindern. Es erfolgte derſelben ohngeach= tet ein wiederholter geſchärfter Befehl zu Pflanzung des Freyheitsbaums, von deſſen Erfolg noch keine Nach= richt eingegangen iſt.

Noch auffallender, als dieſe Vorgänge jenſeits Rheins, iſt die ſo eben einberichtete Nachricht, daß verſchiedene Staatsbürger Volks=Aufwiegler, unter welchen einer Namens Schwarz genannt wird, verwegen genug ſind, gedruckte aufrühreriſche Zettel, deren Abſchrift hier an= gefügt iſt, ſogar auf dem rechten Rheinufer, ſelbſt in der Nähe dieſes Friedens=Congreſſes, und namentlich in den Hanau=Lichtenbergiſchen Aemtern Lichtenau und Will= ſtädt in der Ortenau, auch in der Gegend um Lahr zu verbreiten. Sie wenden, dem Vernehmen nach, alles an, um die Unterthanen zum Aufruhr zu reitzen, und Unterſchriften zu ſammeln, die ſchon von mehr als 500.

Menſchen bewürkt worden ſeyn ſollen. Unter mehreren ſachgemäßen, dagegen gemachten Anordnungen, hat man den hanauiſchen Beamten aufgegeben, dergleichen Ausſtreuer, im Betretungs-Fall, ſogleich zu gefänglichen Häften zu legen.

Dieſe während des Waffenſtillſtands und der Friedens-Verhandlungen ſehr bedenkliche Ereigniſſe hat einer Hochanſehnlichen Reichs-Deputation Unterzeichneter zu hochgefällig- und abhelflicher Maaßnehmung in ſchuldigſter Ehrerbietung anzuzeigen nicht verfehlen ſollen.

Anlage.

Freyheit. Gleichheit.

Schon lange hat das deutſche Volk nach ſeiner Freyheit geſeufzet, und die Ungleichheit der Stände war ſchon lange der Gegenſtand ſeines Haſſes und ſeiner Verachtung. — Es fühlet ſeine Würde und die Wahrheit, daß in ihm die Allgewalt und das Recht liegt, ſich Geſetze zu geben, die eines freyen Volkes würdig ſind.

Muthig ſteht es alſo gegen jene Menſchen-Verkäufer auf, welche, ohne es zu fragen, Staaten und Völker mit der nämlichen Willkühr theilen, mit der ſie Sie bis jetzt beherrſchten.

Deutſchlands Volk erklärt alſo hiemit, daß es das Joch jeder Art abwirft, und einen unabhängigen Freyſtaat bildet. Jeder, der es wagt, ſich unſern Rechten entgegenzuſetzen, wird als Vaterlands-Verräther beſtraft; und wehe dem Fürſten, der unſere Rache reitzt!

44. Promemoria der zu Wisbaden verſammelten Beamten verſchiedener betheiligten Stände, vom 20. Auguſt, 1798.

Es iſt nur zu bekannt, daß gerade die Länder des rechten Rheinufers, die gegenwärtig noch die franzöſiſchen Armeen beſetzen, auch die ſind, die in dem Lauf des lezter unglücklichen Reichskriegs am meiſten verheert wurden. Die Geſchichte dieſes Kriegs beweist es.

Wenn auch die franzöſiſchen Armeen, wie im Jahre 1796. in das Innere Deutſchlands eindrangen, ſo entfernte ſich doch der Kriegsſchauplaß nicht aus ihnen, weil zwey Veſtungen, die gerade in dieſen Gegenden liegen, auch in dieſem Zeitpunkt die Gegenwart beträchtlicher Armeen veranlaßten.

Doch nicht der Krieg allein, ſondern auch beſondere mit der franzöſiſchen Regierung abgeſchloſſene Verträge mußten dazu beytragen, das Unglück dieſer Länder zu erhöhen. Schon im Jahre 1795. wurden ſie durch die damals von den Königl. Preußiſchen Truppen beſetzte Demarcationslinie von den rückliegenden deutſchen Staaten abgeſchnitten, und die franzöſiſchen Armeen gezwungen, ſich in ihnen zu concentriren und alle ihre Bedürfniſſe allein und ausſchlieſſend aus dieſen Gegenden zu ziehen. Schon damals mußten ſie alſo allein und für das übrige entferntere Deutſchland leiden.

Doch dieſes war nur ein Vorbote eines ähnlichen weit traurigern Schickſals, das ſie erwartete. Wer weiß es nicht, daß zum Glück für die rückwärts liegenden deutſchen Lande, aber zum gänzlichen Verderben der jetzt von den franzöſiſchen Armeen beſetzten, als im April 1797. der Abſchluß eines Waffenſtillſtandes bekannt wurde, die franzöſiſchen Truppen gerade in dieſen Gegen-

den vorgedrungen waren, und gezwungen wurden, ſie allein zu beſetzen. Von dieſem Zeitpunkt an fiel die Unterhaltung einer beträchtlichen franzöſiſchen Armee, die, durch Verträge gebunden, ſich nicht weiter ausbreiten konnte, allein auf dieſe unglücklichen Lande, und ruht nun ſeit 16. Monaten ausſchlieſſend auf ihnen. Während ihre Nachbaren jenſeits des Mains und der Nidda alle Vortheile des tiefſten Friedens genoſſen, zog eine zahlreiche Armee alle Mittel zu ihrer Subſiſtenz aus ihnen; ſie mußten ſie nicht nur ernähren und kleiden, ſondern auch beträchtliche Geldcontributionen an die franzöſiſche Regierung bezahlen. Ja ſogar durch die Uebergabe der Veſtung Mainz wurde noch ihr Unglück vermehrt. Denn ſie veranlaßte jene druckende Requiſitionen von Bau- und Brennholz für dieſe Stadt, die zu ſeiner Zeit einer Hochanſehnlichen Reichs-Deputation bekannt gemacht worden ſind.

Die Wirkungen aller dieſer Laſten auf die Einwohner jener unglücklichen Gegenden überſteigen jeden Begriff, den derjenige ſich davon macht, der nicht ſelbſt Augenzeuge ihres Elends iſt. Da, wo vor dem Jahre 1797. noch Wohlſtand blühete, herrſcht jetzt der größte Mangel. Die Einwohner ſind im Begriff, Gegenden zu verlaſſen, wo ſie der Gefahr ausgeſetzt ſind, durch die mit jedem Tag ſich erneuernde Bedürfniſſe der Truppen auch das Wenige zu verlieren, was ihnen von ihrem Eigenthum noch geblieben iſt. Was alſo die Gröſſe einer zahlreichen Armee nicht verſchlang, verſchlingt doch die lange Dauer ihres Aufenthalts in einem im Verhältniß mit ihrer Gröſſe kleinen Strich Landes. Täglich ſchmeichelten ſich die Einwohner, den unerträglichen Druck, der ſchon ſo lange auf ihnen ruht, vermindert zu ſehn; täglich hoften ſie, daß der Friede oder wenig-

ſtens

ſtens der Lauf der ſchon ſo lange eröfneten Unterhandlungen, die Entfernung der franzöſiſchen Armeen bewirken und zwar nicht ihr Elend (denn dieſes kann nur ein Jahrhundert lindern) aber doch die Urſache, die es täglich vermehrt, entfernen werde. Aber auch dieſer Hoffnung müſſen ſie entſagen. Anſtatt ſich zurückzuziehen, vermehren ſich die franzöſiſchen Armeen plötzlich in dieſen ſchon zu Grund gerichteten Gegenden, und der Druck wächſt zu einer gröſſeren Höhe als jemals, gerade in dem Augenblick, wo die Mittel ihn zu ertragen, durch die lange Reihe früherer Drangſale erſchöpft, am geringſten ſind.

Doch auch dieſes iſt nicht genug. Auf einmal werden die im ganzen Lande zuvor zerſtreuten vermehrten Truppen zuſammengezogen und die Einwohner, die ſie zuvor in ihren Wohnungen mit geringeren Koſten verpflegten, gezwungen, unerſchwingliche Geldbeyträge zu ihrer Verpflegung zu thun, die um ſo drückender ſind, da längſt alles baare Geld verſchwunden iſt.

Während dem langen Zeitraum der feindlichen Occupation hatten die Landesherren dieſer unglücklichen Gegenden es ſich zur Pflicht gemacht, mit Aufopferung ihres Privateigenthums ihre Unterthanen zu unterſtützen und das allgemeine Elend zu mindern. Beträchtliche Beyträge ſind zu den Geldcontributionen aus den Cammercaſſen geleiſtet und ſogar manche drückende Requiſitionen daraus erfüllt worden. Dadurch haben ſich aber auch die Schulden, die auf den Landes- und Cammercaſſen ruhen, ſo vermehrt, daß aller Credit verſchwunden iſt. Den Landsherren ſind alſo beynahe alle Mittel entzogen, ihre Unterthanen weiters zu unterſtützen Aber auch das Wenige, was hier und da noch übrig iſt, will ihnen noch gerade in dem Augenblick entzogen

werden, wo ihre Unterſtützung den Unterthanen bey den vermehrten Laſten am unentbehrlichſten iſt.

Indem die franzöſiſche Regierung die Armee auf dem rechten Rheinufer vermehrt, wird von dem General en Chef Joubert eine neue ſich auf Millionen belaufende Geldbrandſchatzung ausgeſchrieben, wovon die Entrichtung auch nur des kleinſten Theils, ſelbſt bey den ſtrengſten Maasregeln, die von dem franzöſiſchen Militär, um ſie beyzutreiben, ergriffen werden dürften, wegen Mangel an Geld und an Credit phyſiſch unmöglich iſt, die aber doch, da ſie neue Gewalthandlungen und Bedrückungen veranlaſſen könnte, das ihrige beytragen wird, die Maſſe des allgemeinen Elends zu vermehren. Auch den Unterthanen wird alſo vielleicht dadurch noch eine geringe Hülfe und den Staatsdienern, die das allgemeine Unglück am härteſten trift, und deren Amt ſo unangenehm iſt, die nothdürftige Subſiſtenz für ſich und ihre Familien entzogen werden.

Unterzogene Deputirte der Regierungen und Adminiſtrationen dieſer unglücklichen Lande, halten es für ihre Pflicht einer Hochanſehnlichen Reichs-Deputation dieſe nur zu treue Schilderung des Zuſtands eines beträchtlichen Theils des deutſchen Reichs vorzulegen.

Der Jammer vieler tauſend Unglücklicher, die ſich berechtiget glauben, die Unterſtützung der Männer zu verlangen, in deren Hände das deutſche Reich die Sorge für ſein Wohl und ſeine Erhaltung gelegt hat, fordern ſie dringend dazu auf.

Den tiefen Einſichten einer Hochanſehnlichen Reichs-Deputation kann es nicht entgehen, daß dieſe Gegenden, die ein integrirender Theil des Reichs ſind, und es auch nach den öffentlichen Erklärungen der franzöſiſchen Regierung, die keine Eroberungen auf dem rechten Rhein-

uſer machen will, ohne Zweifel bleiben, und aus eben dieſem Grunde weit härter, als die deutſchen Bewohner jenſeits Rheins behandelt werden, und für das ganze Reich leiden, die gerechteſten Anſprüche auf die thätigſte Unterſtützung einer Hochanſehnlichen Reichs-Deputation und aller Glieder des deutſchen Reichs haben. Ihr Schickſal iſt nur darum ſo traurig, weil ſich der Stand der franzöſiſchen Armee nur auf dieſe Gegenden beſchränkt; weil rückwärts liegende die Vortheile des tiefſten Friedens genieſſen. Könnten ſich die Armeen ausdehnen, ſo würde die Laſt durch ihre Theilung geringer ſeyn. Schon in dieſer Hinſicht ſind ſie alſo als ein Opfer für den ganzen deutſchen Staat anzuſehen, und ſchon aus dieſem Grund iſt das ganze Reich verbunden durch Geld- und Naturalbeyträge ſie zu unterſtützen. Hierzu kommt noch die Betrachtung, daß ohne Zweifel, (wenigſtens muß eine Hochanſehnliche Reichs-Deputation davon überzeugt ſeyn), nur zum Vortheil des ganzen Staatskörpers ſich die Friedens-Unterhandlungen ſo ſehr verlängern. Eben deswegen verlängert ſich aber auch der Stand der Armee in dieſen Gegenden; und eben dieſer Verlängerung der Unterhandlungen ſind auch dem Vernehmen nach zum Theil die gewaltſamen Maasregeln der franzöſiſchen Regierung zuzuſchreiben, die die Einwohner gegenwärtig vollends zur Verzweiflung bringen.

Iſt aber das Unglück dieſer Gegenden eine Folge höherer Rückſichten, deren Kenntniß niemand mehr als den erleuchteten Gliedern einer Hochanſehnlichen Reichs-Deputation beywohnen muß, deren Beurtheilung aber auſſer der Competenz Endesunterzogener liegt, ſo ſind auch alle Glieder des deutſchen Reichs zur Unterſtützung dieſer Länder verbunden, die (wenn anders es denkbar

iſt, daß die Verlängerung der Unterhandlungen dem Reich Vortheile bringen ſollte, worüber die Zukunft entſcheiden wird) für das Wohl des Ganzen verheert wurden und noch verheert werden.

Unterzogene wagen daher gewiß keine Fehlbitte, wenn ſie im Namen der unglücklichen Bewohner der occupirten Gegenden auf dem rechten Rheinufer eine Hochanſehnliche Reichs-Depueation, von deren Verhandlungen die Schonung oder der gänzliche Ruin dieſer Länder abzuhängen ſcheint, dringend erſuchen, in ihrer Weisheit diejenige Mittel und Wege einzuſchlagen, die am ſchleunigſten den Abſchluß eines ſo lange vergebens erwarteten Friedens, die Entfernung der franzöſiſchen Armeen, die Verminderung der auf den Einwohnern ruhenden unerträglichen Laſten, unter welchen ſich vorzüglich die gänzliche Verpflegung der Truppen und die neu ausgeſchriebenen Geldcontributionen auszeichnen, und eine Entſchädigung für das ſchreckliche Unglück bewürken können, das dieſer Theil Deutſchlands allein zur Schonung der rückliegenden Lande und für das ganze Reich bisher doppelt getragen hat. Wiesbaden am 20. Auguſt, 1798.

Von wegen Kur-Trier, Friedr. Aug. v. Schütz.
- - der Regierung zu Arnsberg, Schrage.
- - Oranien-Naſſau, Dapping.
- - Naſſau-Uſingen, Huth.
- - Naſſau-Weilburg, Petſch.
- - Wied-Runkel, Philippi.
- - Sayn-Hachenburg, Wredow.
- - Leiningen-Weſterburg, Knorr.
- - Solms-Rödelheim und Solms-Laubach, Hofmann.

45. Vorſtellung einiger betheiligten Partikular-Abgeordneten an die Reichs-Deputation, vom 26. Auguſt, 1798.

Wenn das allgemeine Elend, welches ein nun ſieben volle Jahre angedauerter unglücklicher Krieg mit mehr oder weniger Härte über Deutſchland verbreitet hat; wenn das traurige Schickſal derjenigen Stände des deutſchen Reichs, welche durch die Ueberlaſſung des linken Rheinufers an die Republik Frankreich einen ſehr beträchtlichen Theil ihrer Einkünfte, und, wie bey einigen ſogar der Fall iſt, Alles, unverſchuldet verloren haben; wenn der unausſprechlich ſtarke Druck, welcher auf einem bedeutenden Theil der Lande des rechten Rheinufers noch gegenwärtig ruhet, und dermalen leider mit verdoppelter Kraft ſeine nachtheiligen Wirkungen äuſſert; wenn dieſe offenkündige Lage allein ſchon hinlänglich iſt, Mitleiden und aufrichtige Theilnahme mit dem Schickſal der Unglücklichen, und heiſſe Wünſche für deren Rettung und für eine günſtigere Wendung der Dinge hervorzubringen, ſo muß gewiß der bloſſe Gedanke, daß noch gröſſere Uebel über Deutſchland ausbrechen können, fürchterlich, und die Möglichkeit davon über alle Begriffe traurig und niederſchlagend ſeyn.

Und doch liegt es dermalen nicht auſſer dem Gebiete der Möglichkeit, daß noch ein Bruch der ſchon ſo lange gedauerten Friedens-Unterhandlungen eintreten, und ein neuer Krieg entſtehen könnte, der noch gröſſeres Elend gebähren, noch mehr deutſche Länder verwüſten, und ſolche Umſtände herbey führen würde, welche an ſich und in ihren Folgen, mit einer veränderten Ordnung der Dinge und dem Umſturz der bisher beſtandenen Verfaſſung, unſägliches Unglück über

das deutſche Vaterland ausſtreuen und verbreiten müßten.

Endes Unterzogene Abgeordnete mehrerer deutſchen, bey dem Friedensgeſchäft vorzüglich intereſſirten Fürſten und Stände, welche von der Wahrheit und Wichtigkeit der vorſtehenden Thatſachen und Betrachtungen, ſo wie von dem Satz vollkommen überzeugt ſind, daß nur ein baldiger Friede Deutſchland retten, und deſſen Auflöſung verhüten und abwenden könne, glauben daher ihren Pflichten gemäß zu handeln, wenn ſie, in Conformität der Geſinnungen ihrer höchſten und hohen Committenten, und ermuntert durch die allgemeine Stimme der leidenden Menſchheit, welche den Frieden mit Sehnſucht begehrt, einer Hochanſehnlichen, zum Reichs-Friedens Congreß abgeordneten Deputation, das geziemende und ehrerbietige Geſuch vorlegen:

„In der gegenwärtigen kritiſchen Lage der Dinge, „alles, was zur Beſchleunigung des Friedens zwiſchen „dem deutſchen Reich und der franzöſiſchen Republik, „nur immer beytragen kann, mit ihrem erprobten ruhmwürdigen Eifer anzugehen, und zu verſuchen, einer, „mit ihren Pflichten vereinbarlichen, und mit den immer dringender werdenden Umſtänden in Verhältniß „ſtehenden Nachgiebigkeit ungehindert Platz zu geben.“

Indem Endesunterzeichnete mit jener offenen Freymüthigkeit, welche eine Begleiterinn guter Abſichten iſt, und mit einem unbegränzten Vertrauen auf die Geſinnungen einer Hochanſehnlichen Reichs-Friedens-Deputation, welche das allgemeine ſo wie das beſondere Wohl deutſcher Reichsſtände und Angehörigen prüft und beherziget, derſelben obiges Geſuch vorlegen, ſo ermangeln ſie nicht, zugleich die Nachricht anzufügen, daß, in der feſten Ueberzeugung, es werde ein ähnlicher Schritt auch bey der franzöſiſchen Geſandtſchaft nicht ohne günſtigen

Erfolg bleiben, ſolcher unter heutigem Dato bey ſelbiger gemacht worden iſt.

Raſtatt, den 26. Auguſt, 1798.

Frhr. v. Rechberg, wegen Pfalz=Zweybrücken.

Frhr. v. Pappenheim, w. Heſſen=Darmſtadt.

Frhr. v. Reizenſtein, wegen Baden.

Graf v. Solms=Laubach, wegen der weſtphäliſch= und wetterauiſch=proteſtantiſchen Grafen.

Frhr. v. Cruſe, wegen der Naſſauiſchen Häuſer.

46. Vorſtellung des Naſſauiſchen Abgeordneten an die Deputation, wegen der neuen Contribution, vom 7. Dezember, 1798.

Noch nie war während dieſem ganzen unglücklichen Krieg eine Epoche, in welcher die Laſten in denen durch die franzöſiſchen Truppen occupirten Landen des rechten Rheinufers ſo groß und fühlbar und die Beſorgniß einer gänzlichen Vernichtung und der Verzweiflung ihrer Einwohner ſo gegründet und nahe waren, als ſie in dem gegenwärtigen Augenblicke ſind. Kaum hatten jene Lande die ihnen während des Waffenſtillſtandes und bey der Annäherung des Friedens auferlegte unerſchwingliche Geld=Contributionen wenigſtens zur Hälfte abgeführt; kaum waren die neben der Verpflegung der Truppen verlangte und mit zerſtöhrender Gewalt erpreßte Magazins=Anſtalten durch die loyauté der franz. Generalität und durch die preiswürdige Verwendung der hieſigen franzöſiſchen Geſandtſchaft in ihren verderblichen

Fortſchritten gehemmt worden; kaum hofte der erſchöpfte Landmann dortiger Gegend, durch den Abmarſch mehrerer franzöſiſcher Truppen, einiges Reſpiro und Linderung zu genießen, als unverhoft neue Anforderungen von ganz unerſchwinglichen ſo Geld- als andern Präſtationen durch das in ſeinem vollſtändigen Würkungs-Creiſe wieder eingetretene franzöſiſche Commiſſariat gemacht worden ſind. Anforderungen, die wenn ſie auch nur zum Theil erfüllt werden ſollten, den occupirten Landen des rechten Rheinufers den letzten Herzensſtoß beybringen, und ihren totalen Ruin zur Folge haben würden.

Die hier anliegenden Orignal-Papiere beweiſen die Werkthätigkeit, Gröſſe und Wichtigkeit dieſer Requiſitionen, und geben vor jeden unpartheiiſch und gefühlvollen Beobachter nachſtehende Reſultate an die Hand.

a) Daß die monatlich abzuliefernde 15,000. Livr. in einem ſo ſehr erſchöpften Landes-Diſtrikt, in welchem bey durchaus ſtockendem Handel und Wandel faſt alles baare Geld verſchwunden iſt, ſchlechterdings nicht aufgebracht und bezahlt werden können.

b) Daß die angeſonnene ungeheure Fourniture an Holz und Eiſen für die Veſtung Maynz, eben ſo wenig als

c) Die geforderte beträchtliche Menge von Branntewein, ꝛc. zuſammengebracht, am wenigſten aber

d) Die zur Verpflegung der durchziehenden Pferde in 24. verſchiedenen Punkten anzulegende beträchtliche Magazine, die ſchon an ſich, und weil ſie unter der Regie und Manipulationen franz. Commiſſarien ſtehen ſollen, doppelt verderblich ſeyn würden, ohne gänzlichen Ruin derer Lande angelegt und zuſammengeführt werden können.

Mit voller Ueberzeugung und in dem Gefühl des

tiefſten Kummers haben daher auch die dieſer Lieferungen halber nach Maynz berufenen ſtändiſche Deputirte das Anſuchen überhaupt und beſonders auch das der eigenen Repartition durch mildernde Vorſtellungen und Bitten bey dem franzöſiſchen General-Commando abzulehnen geſucht; worauf aber, bey dem mächtigen Einfluß der Commiſſarien, von welchen eine groſſe Menge ohne Beſchäftigung aber nicht ohne Begierden iſt, nicht viel erſprießliches zu erwarten, wohl aber zu befürchten iſt, daß die Austheilung factiſch und ungleich gemacht, und dann das jedem Zugetheilte durch die ſchärfſte militäriſche Execution werde erpreßt und betrieben werden. Maaßnehmungen welche dieſe Gegenden fernerhin eben ſo wenig zu ertragen vermögen, als ſie nach der jetzigen Lage der Dinge zu erwarten waren. Unter dieſen höchſtbeſchwerlichen und dringenden Umſtänden, kann daher Endes Unterzogener nicht umhin, einer Hochverordneten Reichs-Deputation den Nothſtand der Lande des rechten Rheinufers, der ſich mit jedem Tage zu mehren ſcheint, abermals und mit dem auf dieſelbe geſetzten vollkommenſten Vertrauen und mit der geziemenden Bitte vorzutragen:

Daß dieſelbe geneigen möge, durch ſchleunige und triftige Vorſtellungen, welche dieſem für die Erhaltung eines nicht unbeträchtlichen Theils von Deutſchland ſo wichtigen Gegenſtand nur allein gewidmet ſind, bey der franzöſiſchen Geſandtſchaft allhier ſich zu verwenden, und dadurch eine wo nicht ganze Befreyung, doch mehrere Mäßigung und Linderung der unerträglichen Laſten dieſer Länder zu bewirken.

47. Promemoria verſchiedener Partikular-Abgeordneten an die Reichs-Friedens-Deputation, die Beſchleunigung des Friedens betreffend. Vom 7. Dezember 1798.

Je ſehnlicher Deutſchland dem Glück des Friedens entgegen ſiehet, um ſo empfindlicher war es Endes-Unterzogenen, aus der neueſten Note der franzöſiſchen bevollmächtigten Miniſter die drohende Gefahr der Auflöſung der hieſigen Friedens-Unterhandlungen zu erſehen.

Auf der Einen Seite fühlt bereits ein beträchtlicher Theil der deutſchen Reichslande am rechten Rheinufer durch die, ſeit mehreren Jahren und nun neuerlich wieder ausgeſchriebenen Requiſitionen und Contributionen der franzöſiſchen Generale, die Laſten des Kriegs aller Art, welche dieſen Landen, und eben ſo hart gedrückten Unterthanen den Untergang drohen, und bey Abbrechung der Unterhandlungen des Friedens ſolchen nothwendig herbeyführen müſſen.

Auf der andern Seite ſind diejenigen Stände des Reichs, welche ihre Beſitzungen theils ganz, theils größtentheils am linken Ufer des Rheins hatten, und verloren haben, in der bedaurlichſten Lage.

Dieſe Betrachtungen werden Unterzeichnete rechtfertigen, wenn ſie abermalen in dem vollkommenſten Vertrauen zu Einer Hochanſehnlichen Reichs-Deputation ihre Wünſche zu Beſchleunigung des Friedens und zu Abwendung der ſo vielfach drohenden Gefahren für ihre Höchſt und hohen Committenten Hochderſelben vorlegen, und bey denen ſoweit gediehenen und dem gewünſchten Ziel ſo nahe gebrachten Unterhandlungen, welches die Auskunfts-Mittel der Vereinigung erleichtern dürfte, ſolche wiederholt äuſſern. Unterzeichnete überzeugen ſich,

daß eine Hochanſehnliche Reichs-Deputation in dem gegenwärtigen Vortrag derſelben allein die Erfüllung ihrer theuern Pflichten gegen ihre Höchſt und Hohen Committenten erkennen werde, ſo wie ſich dieſelbe vollkommen verſichern, daß eine Hochanſehnliche Reichs-Friedens-Deputation für das allgemeine Wohl des deutſchen Vaterlands, ſo wie das beſondere ſeiner Höchſt und Hohen Glieder, die beruhigendſten Mittel zu Sicherung desſelben durch einen baldigen Frieden ergreifen werde.

Raſtatt, am 7. Dezember, 1798.

Frhr. v. Rechberg, v. w. Pfalz-Zweybrücken.

F. W. Weckhrling, von wegen Würtemberg.

Von Pappenheim, v. w. Heſſen-Darmſtadt.

P. F. Noel, von wegen Salm-Salm und dem Rheingr. Hauſe.

Franz Graf zu Sickingen, als Abgeordneter der Schwäbiſchen Grafen, und in Vollmacht des abweſenden Abgeordneten der Wetterauiſchen Grafen, Herrn Grafen v. Solms-Laubach.

C. F. Kruſe, von wegen Naſſau.

Lang, von wegen Leiningen.

Nonne, von wegen Würtemberg und der beyden Häuſer Leiningen-Weſterburg.

48. Chur-Trierisches Promemoria, wegen unmittelbarer Kaiſerl. Verwendung für die Befreyung von Ehrenbreitſtein. Raſtatt, den 21. Dez. 1798.

Auf die verſchiedene Anträge, welche eine Hochanſehnliche Reichs-Friedens-Deputation ſeit den letzten Monaten in Abſicht auf die Ravitaillirung der Feſtung Ehrenbreitſtein gemacht hat, iſt endlich am 12. Dezember das Verſprechen der franzöſiſchen bevollmächtigten Miniſter erfolgt, daß ſie dieſen Gegenſtand der Aufmerkſamkeit ihrer Committenten empfehlen würden. — So lebhaft jener ehrerbietige Dank iſt, womit Unterzeichnete Particular-Abgeordnete dieſe Reichspatriotiſche Verwendung für eine Feſtung erkennen, deren Garniſon ſich nun über 9. volle Monate gegen die feindſeligſte und im ganzen Völkerrecht unerhörte Behandlung mit eben ſo ehrenvoller Tapferkeit, als unglaublicher Kaltblütigkeit ausgezeichnet, und für welche Se. Churfürſtl. Durchlaucht nicht nur als Höchſter Reichsſtand im Allgemeinen, ſondern auch als Landes-Herr insbeſondere in Rückſicht der Garniſon ſowohl als der aus einigen Tauſend Seelen beſtehenden Population des am Fuſſe der Feſtung liegenden Thales ſich äuſſerſt zu intereſſiren nicht aufhören können; ſo ſehr finden ſich jedoch dieſelben verpflichtet, bey dem ſchon ſeit der letzten franzöſiſchen Note dazwiſchen gekommenen Zeitraum einer Hochanſehnlichen Reichs-Friedens-Deputation dieſe Angelegenheit, die mit jedem Tage dringender wird, neuerdings zu empfehlen; und da die diplomatiſche gewöhnliche Einſchreitungen erſchöpft zu ſeyn ſcheinen, Hochdieſelbe gehorſamſt zu erſuchen, durch die Hochanſehnliche Kaiſerl. Plenipotenz Se. Kaiſerl. Majeſtät Allerhöchſt ſelbſt zu bitten, den beſtehenden Conventionen durch Ihren mächtigen Nach-

druck jene Folge geben zu laſſen, die nicht allein dieſen Platz dem geſammten Reiche bis zur Ratification des Reichs-Friedens, ſondern auch das Thal und ſeine unglaublich leidende Einwohner Sr. Churfüſtl. Durchlaucht zu erhalten im Stande ſeyn wird. Se. Kaiſerl. Majeſtät haben bekanntlich die Friedens-Präliminarien zu Leoben und den Waffenſtillſtand, ſoweit er das deutſche Reich betreffen ſollte, aus Vollmacht und im Namen des Reichs allein abgeſchloſſen; in Gefolg der einen und des andern ſind ferner die Particular-Traktaten zwiſchen den beyderſeitigen Militär-Behörden eben ſo wohl regulirt worden. Allerhöchſtdieſelbe können daher auch nicht gleichgültig bleiben, daß durch die einſeitige Nicht-Beobachtung dieſer Uebereinkünfte einerſeits die ſchreyendſte Feindſeligkeiten ausgeübt, und anderer Seits eine wichtige Feſtung mit einem vom Feinde bisher nicht eroberten Orte in die Hände desſelben noch faſt am Ende der Friedens-Unterhandlungen gerathen ſoll.

Auf dem rechten Rheinufer ſind bisher die Waffenſtillſtands-Geſetze wenigſtens darinn beobachtet worden, daß die franzöſiſche Truppen die durch Militär-Konventionen bezeichnete Linien nicht überſchritten haben; da Se. Churfürſtl. Durchlaucht der einzige Reichsſtand ſeyn ſoll, der, nebſt ſeinem übrigen mehrfachen Verluſte, auch noch dieſen zu erleiden Gefahr lauft, ſo rufen Höchſtderſelben Unterzeichnete Particular-Abgeordnete die Interceſſion einer Hochanſehnlichen Reichs-Deputation an, um die ungeſäumte, Hochgefällige Verwendung bey Sr. Kaiſerl. Majeſtät zu Verleihung des nöthigen Schutzes eintreten zu laſſen.

49. Chur-Cöllniſches Promemoria wegen ganz neuerlicher Bedrückung des Herzogthums Weſtphalen, vom 19. Jenner, 1799.

Beyliegendes Ausſchreiben der franzöſiſchen Kriegs-Commiſſärs Huguier und Gauthier v. 16. Frim. (6. Dez.) 1798. worinn dem occupirten Theile des Herzogthums Weſtphalen neuerdings alle Monate die Zahlung von 16,000. Liv. in baarem Gelde, und alle Tage die Lieferung von 130. Cent. Heu, 75. Cent. Stroh, und 95. Cent. Haber in die franz. Magazine zu Lennet und Remſcheit aufgelegt wurde, war Unterzeichnetem bereits vor einiger Zeit zu dem Ende zugekommen, um die Verwendung einer Hochanſehnlichen Reichs-Friedens-Deputation zu Einſtellung dieſer neuen Kriegs-Bedrückung zu reclamiren.

Er glaubte indeſſen um ſo mehr damit zurückhalten zu können, als die bereits von Hochderſelben im Allgemeinen zu dieſem Zweck gethane Einſchreitungen und die darauf erfolgte beruhigende bereits mit Dank erkannte Verſicherung der bevollmächtigten Miniſter der franzöſiſchen Republik ihn zu der ſichern Erwartung berechtigten, daß nunmehr endlich der unglaubliche Kriegs-Druck, worunter das Herzogthum Weſtphalen nebſt andern occupirten Reichs-Landen ſeufzet, aufhören, mithin die neuern Contributions- und Requiſitions-Ausſchreibungen von ſelbſt hinwegfallen würden. Leider enthält aber das fernere anliegende Ausſchreiben der franzöſiſchen Kriegs-Commiſſärs an die Deputirten des Herzogthums Weſtphalen vom 24. Nivose (13. Jenner 1799.) die traurige Gewißheit, daß auch dieſe neue

Contributionen und Requiſitionen durch militäriſche Execution, welche in dieſem Augenblick bereits wahrſcheinlich angelegt iſt, beygetrieben werden ſollen, und die niederſchlagende Verſicherung, daß das der Wille des Vollziehungs-Direktoriums zu Paris ſey. Es iſt ſchmerzlich und empörend zugleich für alle aufrichtige Freunde des Friedens zu ſehen, daß in derſelben Zeit, wo die franzöſiſche Regierung ihre friedliche Geſinnungen gegen das Reich durch ihre hieſige Bevollmächtigten Miniſter bey allen Gelegenheiten erklären läßt, ihre Agenten die von den franzöſiſchen Truppen beſetzten Reichs-Lande bis auf den letzten Blutstropfen ausſaugen. Nur Augenzeugen können ſich einen Begriff von dem Druck und der Erſchöpfung machen, worunter die unſchuldigen Bewohner der occupirten Reichs-Lande und insbeſondere die Bewohner des an innern Hülfsquellen ſo armen Herzogthums Weſtphalen, ſeit dem die Einſtellung der Feindſeligkeiten verordnenden Waffenſtillſtand von Leoben erliegen. Es iſt endlich Zeit daß dieſer Mittel-Zuſtand zwiſchen Krieg und Frieden, , zehnfach drückender als offener Krieg aufhöre, und den Bewohnern des rechten Rheinufers wenigſtens der Vorgeſchmack des Friedens zu Theil werde , für deſſen verſchobenen Abſchluß die Unſchuldige leiden zu laſſen, ſich nicht ohne das Gefühl der himmelſchreiendſten Ungerechtigkeit gedenken läßt.

Unterzeichneter entledigt ſich demnach des beſondern von ſeinem höchſten Committenten ihm ertheilten Auftrags, indem er die Hochanſehnliche Reichs-Friedens-Deputation dringendſt erſucht, die nachdrücklichſten

Maaßregeln zu ergreifen, um die unverzügliche Einſtellung der auf dem rechten Rheinufer neuerdings ausgeſchriebenen Contributionen und Requiſitionen zu bewirken.

Raſtatt, den 19. Jenner, 1799.

Graf zu Erbach.

Neunter Abſchnitt.

Friedens-Inſtruments-Projecte.

50. Erſtes Friedensproject des Directorial-Geſandten Freyherrn von Albini.

Jhro Majeſtät der Römiſche Kaiſer und das deutſche Reich auf der einen, dann die fränkiſche Republik auf der andern Seite, von dem Verlangen lebhaft beſeelt, durch einen feſten, unverbrüchlichen Frieden den bisherigen Feindſeligkeiten ein Ende zu machen, haben, um dießfalls in Unterhandlungen zu treten, und dieſen Frieden abzuſchlieſſen, zu ihren Bevollmächtigten ernannt, und zwar

Se. Kaiſerl. Majeſtät Das deutſche Reich Die fränkiſche Republik	hier werden der Kaiſerl. Plenipotentiarius, die Reichs-Deputirte, Stände und ihre Subdelegirte und die fr. Geſ. namentlich genannt,

und ſind beiderſeits Bevollmächtigte, nachdem die reſpektive Vollmachten gehörig ausgewechſelt worden, über folgende Artikel übereingekommen.

1) Zuſage von Friede und Freundſchaft, und ſorgfältige Vermeidung alles Anlaſſes zu neuen Feindſeligkeiten und Mishelligkeiten.

2) Der Rheinſtrom macht künftig die Gränze zwiſchen dem deutſchen Reich und Frankreich, und zwar dergeſtalt, daß der Thalweg des Fluſſes beyde Staaten ſcheidet; am Unterrhein iſt dieſe Gränze nach dem Königl. Preußiſchen Churbrandenburgiſchen Pro Memoria d. d. den 15. Jun. noch näher beſtimmt.

3) Eben dieſer Thalweg des Rheinſtroms beſtimmt auch die Hoheits-Gränze zwiſchen beyden Staaten mit

Vorbehalt des jezigen Beſizſtandes des Privat-Eigenthums.

(Was wegen Caſſel, Kehl, dem Fort Mars, der Peters-Aue, Ehrenbreitſtein, und einigen von Frankreich bereits vor dem Krieg dieſſeits des Thalwegs beſeſſenen Inſeln ſowohl als wegen künftiger Veränderung hier in das Friedens-Inſtrument einzuſchalten iſt; dies hängt noch von dem künftigen Concluſo ab.)

4) Verbot einſeitiger, dem Rheinſtrom eine andere als die bisherige Richtung gebender, Waſſer-Gebäude. Unterhaltung und gemeinſamer Gebrauch der Leinpfade für beyderſeitige Ufer-Bewohner.

5) Freye gemeinſchaftliche Schiffarth auf dem Rhein für beyde Staaten, Aufhebung aller Stapelgerechtigkeiten, Schiffer-Zunft-Zwangs- und Rang-Schiffarth; Ausdehnung der freyen Schiffarth, auch auf die bataviſche Republik, und dießfallſige Uebereinkunft mit derſelben.

6) Gleich nach Auswechſelung der Ratifikation des Friedens-Traktats wird man die Unterhandlung über einen Handels und Schiffarths-Traktat anfangen, auch ſich über künftige Beſtimmung wegen der Rhein-Zölle vereinigen; bis dahin bleiben dieſe in ſtatu quo.

7) Feyerliche Verzicht-Leiſtung von Kaiſer und Reich auf alle und jede deutſche auf der linken Rhein-Seite, und der zweyten beſtimmten Gränze gelegenen Lande mit allen darauf haftenden Souverainitäts-Rechten und Zuſtändigkeiten.

8) Reciproque Verzichtleiſtung von Seiten der fränkiſchen Republik auf alle und jede Anſprüche, Rechte, Beſizungen und Gefälle in den deutſchen Landen des rechten Rheinufers, welche etwa von den abgetretenen Landen hergeleitet werden könnten.

9) Die fränkiſchen Truppen haben das rechte Rhein-Ufer zu verlaſſen.

10) Die deutſchen Reichs-Stände, und ihre Familien, Reichs-Ritterſchaft, Reichs-Angehörigen, ſo wie alle und jede Unterthanen, behalten ihr Privat-Eigenthum in den abgetretenen Landen, und die freye Diſpoſition darüber, ſie mögen dort ſeßhaft oder ausgewandert ſeyn; umgekehrt gilt auch dieſes bey den fränkiſchen Bürgern wegen ihrer Beſitzungen im deutſchen Reich.

11) Binnen einer zu beſtimmenden Zeitfriſt ſteht jedem frey, ſeine Haabe zu veräuſſern, und den Erlöß daraus, wie auch alle anfallenden Erbſchaften, ohne irgend eine Taxe, Enregiſtrement, Nachſteuer, Abgabe, mit und an ſich zu ziehen, und zu exportiren.

12) Eben ſo frey iſt die perſönliche Auswanderung binnen einer zu beſtimmenden Friſt; nach deren Verlauf aber treten die Emigrationsgeſetze und die wegen Vermögens-Exportation beſtehende Verordnungen und Taxen jeden Landes in ihre volle Kraft ein.

13) Die fränkiſche Republik wird dafür ſorgen, daß die Perſonen, welche vor dem Krieg in den Landen der linken Rhein-Seite im Beſitz von Zehnten, Gülten und andern rentes foncieres waren, für dieſe ihre Gerechtſame entſchädiget werden.

14) Alles Privat-Eigenthum, welches vor oder während dieſes Krieges in den cedirten Landen ſequeſtrirt, confiscirt, oder als Eigenthum der fränkiſchen Nation behandelt worden iſt, ſoll ohne Ausnahme ſeinen vorigen Beſitzern wieder zurückgeſtellt, oder Erſatz dafür geleiſtet, auch das fränkiſche Emigrationsgeſetz auf die neue cedirte Provinzen und ihre Ausgewanderte nicht angewendet, ſondern dieſen freye Rückkehr

in ihre Wohn-Orte und Diſpoſition über ihr dortiges Vermögen geſtattet werden.

15) Vollkommene Vergeſſenheit und Amneſtie auf beyden Seiten mit allen ihren Wirkungen.

16) Wer ohne Verſchulden durch die neue Einrichtungen, Beſoldung, Beneficien, Emolumente und Einkünfte verliert, und von dem fränkiſchen Gouvernement nicht anderwärts wieder placirt wird, enthält von demſelben eine billigmäßige Entſchädigung.

17) Alle Dependances auf dem linken Rheinufer von geiſtlichen Etabliſſements auf dem rechten verbleiben der fränkiſchen Republik, und sic vice versa.

18) Perſonen geiſtlichen Standes, welche durch die neue Einrichtungen, Organiſation oder Suppreßion, verlieren, erhalten Entſchädigung oder Verſorgung von demjenigen Gouvernement, welches ſie ſupprimirt.

19) Unter geiſtlichen Etabliſſements oder Körperſchaften werden auch die ſogenannten pia corpora, als Univerſitäten, Schulanſtalten, Seminarien, Wittwen-Inſtitute, Hoſpitäler, Armen-Anſtalten, Waiſen-Häuſer, u. ſ. w. verſtanden, und einſtweilen bis auf nähere Beſtimmung nach Art. 17. behandelt; jedoch iſt billig, daß Local-Stiftungen, wie Partikuliers, nach Art. 10, ihr Vermögen auf beyden Seiten des Rheins behalten, hingegen die Güter und Einkünfte der, für ganze Lande beſtimmt geweſenen frommen Stiftungen, zwiſchen der fränkiſchen Republik und ihren vorigen Landesherren, nach dem Verhältniß getheilt werden, nach welchem das Land an jedes Gouvernement gekommen iſt.

20) Die Wittwen- und Waiſen-Inſtitute insbeſondre, welche in den nunmehr gänzlich abgetretenen Landen errichtet ſind, haben fortan, nach den Statuten und Ge-

ſetzen dieſer Anſtalten, ihre Obliegenheiten gegen ihre Theilhaber und deren Wittwen und Waiſen zu erfüllen, und hingegen diejenigen, in Landen, welche nur zum Theil an die fränkiſche Republik abgetreten werden, theilen ihre Fonds und Capitalien noch Verhältniß und Anzahl der Participanten unter leztere.

21) Die fränkiſche Republik übernimmt die Cameralſchulden der Reichsſtände, deren Lande an ſie cedirt worden. Die Unterpfänder bleiben den Gläubigern verhaftet; Zinſen- und Capital-Zahlung geſchieht ganz in baaren vollgültigen Zahlungs-Mitteln auf die Zeit, welche die Schuldverſchreibung beſtimmt, ohne Rückſicht auf den Aufenthaltsort des Gläubigers und ohne irgend einen Abzug.

22) Die Beſtimmungen gelten auch von den Cameral-Schulden der Stände, deren Lande nur zum Theil abgetreten werden; jedoch nur pro rata.

23) Schulden von einzelnen Gemeinden, Ortſchaften, Städten, Corporationen, Aemtern, Landſtändiſchen Verſammlungen und ganzen Landen, bleiben den Schuldnern in den verhypothecirten Gegenſtänden, nach wie vor, zur Laſt.

24) Wegen des Kriegs angelegte Sequeſter und Zahlungs-Verbote ſollen vom Tag der Ratifications-Auswechſelung, an beyden Seiten aufgehoben ſeyn.

25) Die fränkiſche Republik macht auf die in gegenwärtigem Krieg gemachten Geld- und Naturalien-Requiſitionen, Contributionen und andere Forderungen, inſofern ſolche nicht geleiſtet worden, keinen weitern Anſpruch.

26) Jeder Einwohner der cedirten Lande bleibt in Ausübung der chriſtlichen Religion ungeſtört, und das zum Gottesdienſt beſtimmte Vermögen der Kirche unverſehrt.

27) Beyderſeitige Kriegsgefangene und Geiſſel, werden 14. Tage nach Auswechslung der Ratification zurückgegeben.

28) Alle vor Juſtizſtellen noch hängende bürgerliche Prozeſſe der Einwohner der cedirten Lande, ſie mögen Kläger oder Beklagte ſeyn, ſollen da, wo ſie pendent ſind, entſchieden und die Urteln von dem fränkiſchen Gouvernement exequirt werden; wenn alle beyde zu den cedirten Landen gehörten und ihre Akten zurückverlangen, ſo ſollen ihnen ſolche ausgefolgt werden.

29) Dies gilt auch von Auslieferung der Original-Akten beym Kammer-Gericht, wenn ſämmtliche Partheyen es verlangen. Hingegen ſtellt auch die fränkiſche Republik dem deutſchen Reich, die noch zu Straßburg befindliche Reichs-Kammer-Gerichtliche Akten wieder zu.

30) Dem Reichstag und Reichs-Kammer-Gericht und ihren Aufenthaltsorten, wird für alle künftige Fälle eine unverlezliche Neutralität und durchgängige Einquartierungs-Freyheit bedungen und zugeſtanden.

31) Alle vorſtehende Artikel erſtrecken ſich auch auf die in Elſaß und Lotharingen betheiligte Stände und Angehörigen des Reichs und deren Beſitzungen, inſofern ſolche auf ſie Anwendung leiden. Insbeſondere erhalten ſie

a) Wegen des durch die Revolution erlittenen Verluſts verhältnißmäßigen Schadenserſatz.

b) Zurückgabe ihres Eigenthums oder Vergütung und freye Diſpoſition darüber.

c) Eben ſo auch ihre Diener und angehörige Perſonen, wovon die auf die Emigranten-Liſte geſetzten wieder ausgeſtrichen werden ſollen.

d) Wegen der beſondern Rechtsverhältniſſe und verſchiedener Zuſtändigkeiten, welche einige dieſer Stän-

de und Angehörige des Reichs durch die vorigen Reichs-Friedens-Schlüſſe und lettres patentes erlangt haben, ſoll eine eigene Uebereinkunft getroffen werden.

32) Beyde Staaten beobachten künftig gegen einander das nämliche Ceremoniel und Etiquette, wie vor Ausbruch des Krieges.

33) Kaiſer und Reich verzichten zu Gunſten der mit Frankreich alliirten Republiken auf alle in deren Gebieten habende Rechte und Anſprüche, jedoch mit Bedingung der reciproken Verzichtsleiſtung dieſer Republiken gegen Kaiſer und Reich und mit Vorbehalt der Proprietäten, Beſitzungen und Gerechtſame, welche die Stände und Mittel- und Unmittelbaren des Reichs in dem Gebiet der Republiken oder die Bürger dieſer Republiken im deutſchen Reich beſitzen und hergebracht haben.

34) Das deutſche Reich willigt für den, auf dem linken Rheinufer entſtehenden Verluſt in die verlangte, durch Seculariſationen zu erzielende Entſchädigungen, jedoch dergeſtalt ein, daß dabey mit allen denjenigen Maasregeln und beſchränkenden Vorſchriften eingeſchritten werde, welche zu Erhaltung der Conſtitution des deutſchen Reichs in jeder Hinſicht, auch zu Wiederherſtellung und Befeſtigung des darauf gegründeten Wohls der Stände und Reichs-Angehörigen und Unterthanen, weſentlich erfoderlich ſind.

(Hier müſſen nun die weitern Artikel folgen, welche ſich auf das Entſchädigungsweſen, auf die Friedens-Exekution und Auswechſelung der Ratificationen beziehen.)

51. Tabellariſche Ueberſicht des Reichs-Friedens-Inſtruments von der Bremiſchen Subdelegation.

I. Allgemeine Artikel.

1. Friede und Freundſchaft, Art. I.
2. Einſtellung der Feindſeligkeiten. Art. II.
3. Amneſtie. Art. III.
4. Zurückgabe der Gefangenen. Art. IV.

II. Beſondere und Hauptartikel.

A) Frankreich räumt das rechte Rheinufer. Art. V.

B) Das Reich cedirt das linke Rheinufer und nimmt den Rhein zur Grenze an. Art. VI.

Bedingungen.

1. In Anſehung der cedirten Länder jenſeits des Rheins, im

a) Weltlichen.

1) Das Reich entſagt ſeinen Rechten auf dieſe Provinzen, und Frankreich entſagt den Rechten derſelben gegen das Reich. Art. VII.

2) Auch die Landeshoheit, Regalien et droits seigneuriaux werden an Frankreich abgetreten. Art. VIII.

3) Hingegen die Reichs-Ritterſchaft, und alle Privat-Eigenthümer werden mit Aufhebung alles Verfahrens wider ſie — der Emigration halber — in dem Beſitze ihres Eigenthums gelaſſen, oder wieder eingeſetzt. Art. IX.

4) Doch mit Vorbehalt der Zehnten und Lehenrechte, wofür Frankreich ſie entſchädigt. A. X.

5) Auch Eigenthümer, welche diesſeits des Rheins wohnen, können ihr jenſeitiges Eigenthum frey benutzen. Art. XI.
6) Sie haben die Wahl es zu behalten oder zu verkaufen. Art. XII.
7) Freyheit der Emigration für alle Einwohner. Art. XIII.
8) Rechte auf den künftigen Erwerb der Erbſchaft u. ſ. w. Art. XIV.
9) Rechte der Städte in den cedirten Provinzen. Art. XV.
10) Beſtätigung aller bisher geſchloſſenen Contracte. Art. XVI.
11) Paſſiv-Schulden. Art. XVII.
12) Rechtshängige Prozeſſe. Art. XVIII.
13) Auslieferung der Archive. Art. XIX.

b) Im Geiſtlichen.

1) Freye Uebung der Religion. Art. XX.
2) Kirchengüter, fromme Stiftungen. Art. XXI.
3) Geiſtliche Gerichtsbarkeit, Diöceſan-Rechte. Art. XXII.
4) Dependances ecclesiastiques. Art. XXIII.

2. In Anſehung des Lothringens und Elſaß. Artikel XXIV.
3. In Anſehung der Rhein-Grenze:
   a) Die Beſtimmung derſelben. Art. XXV.
   b) Schifffahrt, Benutzung und Unterhalt des Rheins und ſeiner Ufer. Art. XXVI.
   c) Rheinzölle. Art. XXVII.

C) Renunciationen Frankreichs auf alle dieſeits des Rheins belegenen Güter, Anſprüche, u. ſ. w. Art. XXVIII.

D) Das Reich verſpricht die Verlierenden auf dem rechten Rheinufer allenfalls mittelſt Secularisation zu entſchädigen. Art. XXIX.

E) Frankreich entſagt allen ſeinen Anſprüchen auf rückſtändige Kriegs-Contributionen. Art. XXX.

F) Kehl und Caſſel und alle Verſchanzungen auf dem Rhein ſollen geſchleift werden. Art. XXXI.

G) Neutralitäts-Rechte in künftigen Reichs-Kriegen. Art. XXXII.

III. Allgemeine Erinnerung und Beſtätigung der vorigen Friedens-Schlüſſe. Art. XXXIII.

IV. Ratificationen. Art. XXXIV.

Zehnter Abſchnitt.

Noten welche zwiſchen den Franzöſiſchen Geſandten und einzelnen Ständen, auch den Königl. Preuß. und Kaiſerl. Königl. Miniſtern gewechſelt ſind.

52. Vorſtellung einiger betheiligten Partikular-Abgeordneten an die Bevollmächtigten Miniſter der franzöſiſchen Republik, vom 26. Auguſt, 1798.

Les Soussignés ont l'honneur de prevenir les Ministres plénipotentiaires de la République Française qu'ils viennent de remettre à la Députation de l'Empire une note, par laquelle ils la sollicitent vivement d'accélérer la pacification de l'Empire. Ils se flattent que les Ministres de la République voudront bien se convaince, qu'ils ont employé tous leurs efforts pour rendre cette démarche éfficace et pour atteindre le but bienfaisant et généralement desiré.

Penetrés de la plus juste confiance dans les sentimens d'équité et d'humanité des Ministres de la République Française, les soussignés s'abstiennent de retracer le tableau affligéant des malheurs sans nombre qui pésent depuis 7. années sur l'Allemagne, et plus particuliérement sur les pays de leurs Commettans, les sacrifices enormes qui ont été la suite de cette

guerre desastreuse sont connues, et le desespoir des habitans de ces contrées seroit à son comble, si l'attante d'un meilleur avenir ne les relevoit.

Les soussignés en reclamant par les sollicitations les plus pressantes les Ministres plénipotentiaires de la République Française de vouloir concourir efficacement à la pacification, se promettent qu'ils ne se refuseront pas à envisager cette demarche comme une nouvelle preuve des voeux qui animent les princes et états de l'Empire pour la plus promte conclusion de la paix. Ils osent espèrer que les Ministres plénipotentiaires de la République Française en deferant à cette instante réclamation voudront prouver de leur côté que ce n'est point en vain, mais avec une confiance bien fondée, qu'on ne cesse de compter sur la générosité d'une grande nation qui rehaussera l'éclat de sa puissance en aportant des adoucissemens aux conditions dont depend l'accomplissement de leurs voeux.

Les soussignés ont l'honneur d'offrir aux Ministres plénipotentiaires de la République Française l'hommage de leur haute consideration.

Signé, le Baron de Rechberg.
de Pappenheim.
de Kruse.
de Reitzenstein.
le Comte de Solms.

53. Note des franzöſiſchen Chargé d'Affaires, B. Alquier. München, den 21. Nov. 1798.

Unterzeichneter Chargé d'Affaires der franzöſiſchen Republik bey Sr. Churfürſtl. Durchlaucht von Pfalzbaiern kann nicht länger anſtehen, im Namen ſeiner Regierung die Ausführung des Waffenſtillſtands-Traktats zu reclamiren, der am 21. Fructidor des 4. Jahrs der Republik zwiſchen dem General Moreau, Commandanten en Chef der franzöſiſchen Armee, und den Commiſſarien Sr. Churfürſtl. Durchlaucht iſt abgeſchloſſen worden. Alle Bedingungen, die der Commandant der franzöſiſchen Truppen eingieng, ſind genau erfüllt; das Eigenthum iſt von den Truppen der Republik reſpectirt und ſelbſt beſchützt; der Gottesdienſt, die Geſetze und die Conſtitution des Staats ſind nicht im geringſten verletzt, und in allen Theilen der Länder Sr. Durlaucht iſt die friedliche Ruhe aufs völligſte wieder hergeſtellt worden. Dagegen hat man aber noch keine Bedingungen in Ausführung gebracht, die für die Bayerſche Regierung verpflichtend waren, und ſeit länger als 2. Jahren, ſeit welchen Se. Durchlaucht die glücklichen Folgen des Waffenſtillſtandes genieſſen, haben Sie das völligſte Stillſchweigen über die Verbindlichkeiten beobachtet, welche die Commiſſarien in Ihrem Namen geſchloſſen haben. Auf den Eifer, womit der General der franzöſiſchen Armee den friedlichen Geſinnungen Sr. Durchlaucht beytrat, hat die Republik den ausgezeichnetſten Beweis ihres Wunſches folgen laſſen, die Bande wieder zu knüpfen, die vormals zwiſchen den beyden Mächten beſtanden. Der Reſident derſelben erhielt den Auftrag, die ausgedehnteſten Entſchädigungen für den durch den Krieg verurſachten Verluſt anzubieten. Er erklärte ſelbſt, daß

das vollziehende Direktorium ſeine Einwilligung dazu geben würde, die völlige Vollziehung des Waffenſtillſtands-Traktats nicht zu verlangen, und daß man von deſſen Ergebenheit gegen die Bayerſche Regierung eine Verringerung der ſtipulirten Summe erhalten würde, wenn der Geſandte Sr. Durchlaucht auf dem Congreß die Ordre erhielte, die Abſichten Frankreichs zu unterſtützen, und Europa einen nahen Frieden, Bayern einen Zuwachs an Macht, und dem deutſchen Reiche eine wahre Unabhängigkeit zu verſchaffen. Unterzeichneter will nicht alle Sachen in Erinnerung bringen, welche beweiſen, daß das Conſeil Sr. Durchlaucht, weit entfernt, mit gehöriger Theilnahme ſolche für Bayern ſo vortheilhafte Vorſchläge anzunehmen, und den zuvorkommenden Schritten voller Freymüthigkeit, wovon die franzöſiſche Republik das Beyſpiel gab, zu entſprechen — ſeine Grundſätze beſtändig dem Willen der Feinde Frankreichs untergeordnet hat, und daß täglich Zurüſtungen, die mit dieſen Mächten verabredet werden, den gefaßten Entſchluß anzeigen, die Projecte derſelben zu unterſtützen, und an ihrer Sache Theil zu nehmen. Unterzeichneter wünſcht, daß die Bayerſche Regierung, durch die Folge der Begebenheiten aus dem Irrthum geriſſen, zu einem Syſtem zurückkehren möge, das ihrem wahren Intereſſe angemeſſener iſt. Er begnügt ſich für jetzt, die unwiderleglichen franzöſiſchen Anſprüche zu reclamiren, die durch die Gewalt der Waffen erworben, und durch eine förmliche Convention feyerlich beſtätigt worden. Die gegenwärtigen Umſtände machen es ihm ſelbſt zur Pflicht, die ſchleunigſte Ausführung des Waffenſtillſtandes zu verlangen. Se. Durchlaucht haben von dem Pabſt eine Bulle erhalten, die Ihnen erlaubt 15. Millionen Gelder von den Gütern der Geiſt-

lichkeit zu erheben; eine um ſo ſchätzbarere Erlaubniß, da ſie die Quellen nicht verſtopft, woraus geſchöpft wird, und die reichen Beſitzungen des Malthèſer-Ordens und der Capitel, die durch die Bulle von dem zu beſteurenden Eigenthum förmlich ausgenommen werden, künftig den Gegenſtand einer neuen Anſuchung und die Nahrung für neue Bedürfniſſe ausmachen können. Die im Namen Sr. Durchlaucht bisher erhobenen Zehnten ꝛc. ſollen verkauft werden. Eine ſo beträchtliche Verbeſſerung der Finanzen ſetzt die Regierung in die glückliche Möglichkeit, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, und es giebt keine derſelben, die dringender und heiliger, als diejenige iſt, welche ſie mit der franzöſiſchen Republik contrahirt hat. Unterzeichneter erſucht demnach den Herrn Grafen **von Vieregg**, zufolge des Traktats von Pfaffenhoven, ſobald als möglich die ſtipulirten Summen an die franz. Regierung oder an die Agenten bezahlen zu laſſen, die ſie dazu beſtellen wird. Er hat dabey die Ehre, den Herr Grafen von Vieregg ſeiner hohen Achtung zu verſichern.

54. Antwort des Churfürſtlichen Staats-Miniſters Grafen von Vieregg. München, den 30. November, 1798.

Indem der Bürger Alquier mit aller der Achtung, die einem Particulier gebührt, den ſeine Regierung mit ihren Aufträgen beehrt, und mit all dem Zutrauen zu München aufgenommen wurde, welches ſeine perſönlichen Eigenſchaften — verbunden mit den günſtigen Erklärungen, die er wiederholt über die freundſchaftlichen und großmüthigen Geſinnungen ſeiner mächtigen Nation gegen das Pfalz-Bayerſche Haus geäuſſert hat — gleich

anfangs einflößten, hatten ſich Se. Churfürſtl. Durchl. beſtändig geſchmeichelt, daß — weit entfernt, unmittelbar die Verlegenheiten zu vermehren, die einige unruhige Köpfe unter Ihren Unterthanen allen Finanz-Operationen entgegenzuſetzen ſuchen, welche die unglücklichen Umſtände des Kriegs und der Verluſt der Hälfte der Churfürſtlichen Länder und Einkünfte nothwendig gemacht haben — daß, weit entfernt, jene Verlegenheiten zu vermehren, indem man im voraus die Reßourcen reclamire, die kaum entworfen worden, um den füglichen und dringenden Bedürfniſſen des Staats abzuhelfen — der Bürger Alquier alle Details der innern Adminiſtration von Bayern der Weisheit der Churfürſtl. Regierung überlaſſen, und daß er — den Grundſätzen getreu, die er zu Anfange geäuſſert hat — ſtets ſein Ohr den hinterliſtigen Eingebungen übel unterrichteter Intriganten verſchlieſſen würde, die alle Schritte des Churfürſten und ſelbſt ſeine künftigen Abſichten auf ihre Art auszulegen ſuchen. Auch wird Unterzeichneter, ſo wie alle Mitglieder der Bayerſchen Regierung, dem weiſen und völlig honnetten Betragen, ſo wie dem artigen Benehmen mit Vergnügen ſtets Gerechtigkeit wiederfahren laſſen, wodurch ſich der Bürger Alquier bisher die Achtung des Publikums und der Churfürſtl. Miniſter geſichert hat, wobey man auf eine gerechte Reciprocität zu eiferſüchtig iſt, um ihn nicht gegen die ſtrafbaren Abſichten der obenerwähnten Uebelgeſinnten zu präveniren.

„Unterzeichneter wiederholt bey dieſer Gelegenheit dasjenige, was er ſo oft erklärt hat: Daß Se. Churfürſtliche Durchlaucht, indem Sie alle die Pflichten erfüllen, die Ihnen Ihre Eigenſchaft als Reichsfürſt und die Vertheidigung Ihrer Unterthanen auflegen, nie aufgehört

gehört haben, bey jeder Gelegenheit Ihren aufrichtigen Wunſch erkennen zu geben, das Elend, worunter die Menſchheit ſeufzt, durch den Abſchluß eines gerechten, feſten und dauerhaften Friedens beendigt zu ſehen, zu deſſen Beförderung Sie zu Raſtadt größere und empfindlichere Opfer gebracht haben, als irgend ein anderer Souverain. Auch wird es ſicherlich nicht ihre Schuld ſeyn, wenn dieſer ſo ſehr gewünſchte Friede noch länger verzögerte, die alten Bande wieder herzuſtellen, die ſo lange zwiſchen der franzöſiſchen und der Pfalz-Bayerſchen Regierung beſtanden haben".

„Was den Traktat von Pfaffenhoven betrift, über deſſen Vollziehungsart ſo vieles zu ſagen wäre, ſo begnügt ſich Unterzeichneter, dem B. Alquier zu bemerken, daß die Contributionen, Requiſitionen und andere Militär-Lieferungen, die ſeit der Zeit in den verſchiedenen, von den franz. Truppen beſetzten Staaten des Churfürſten gefordert worden, bey weitem die Prätenſionen überſteigen, die aus jenem Traktat herrühren".

Uebrigens ſteht dieſe Diſcuſſion mit den Unterhandlungen zu Raſtadt, wo das Intereſſe der Angelegenheiten der Reichsfürſten mit der franz. Republik concentrirt zu ſeyn ſcheint, in ſo genauer Verbindung, daß man, beſonders in dem gegenwärtigen Augenblicke, wo die Hauptſchwierigkeiten, die den Reichs-Frieden verzögerten, beygelegt zu werden ſcheinen — nicht hätte erwarten ſollen, jenen Gegenſtand zu München durch den B. Alquier wieder aufs Tapet gebracht zu ſehen, welcher übrigens erſucht wird, dieſe vertraulichen Bemerkungen mit der Verſicherung der vorzüglichen Hochachtung des Unterzeichneten aufzunehmen.

v. Vieregg.

55. Note der Preußiſchen Geſandtſchaft an die franzöſiſchen Miniſter, vom 17. May, 1798.

Le Roi a appris avec une extrême surprise les demandes aussi nouvelles qu'inattendues, formées par la République françoise, depuis les négociations sur les deux bases, de la rive gauche, et des indemnités: telles que celle de transporter sur la rive droite du Rhin, les dettes des pays de la rive gauche; de donner des indemnités sur la rive droite à la noblesse immédiate: et que toutes les isles du Rhin et divers postes militaires soient cédés à la République. Mais surtout la demande de la démolition d'Ehrenbreitstein a été pour le Roi très-inattendue. S. M. se flatte que la France changera de résolution, et se départira d'elle même de ces demandes, si elle desire rester sur le même pied d'amitié et de bonne harmonie avec le Roi. Car la démolition d'Ehrenbreitstein et la possession d'autres postes militaires sur la rive droite du Rhin, annonceroient ouvertement le dessein de prendre une contenance offensive et menaçante contre l'Allemagne septentrionale, et d'obliger; particuliérement le Roi, à des mesures continuelles de précaution et défense. Le Roi est assurement bien eloigné de s'engager dans aucune nouvelle coalition contre la France; et S. M. est persuadée que la République, de son côté, ne voudra point par une contenance offensive, menacer la tranquillité de autres états.

56. Entwurf des Ceſſions-Vertrags wegen der Preuſſiſchen Lande jenſeits des Rheins, zu Anfang Juny, 1798.

S. M. l'Empereur ayant consenti, pour rétablir la paix, à la cession de la rive gauche du Rhin, la Prusse

ne veut pas différer plus long temps à céder ses possessions situées de ce côté du fleuve; mais sous la réserve d'une indemnité suffisante sur la rive droite, et aux clauses et conditions suivantes.

1) S. M. renonce à la Gueldre prussienne, Moers, Creveld, et à la partie du duché de Cleves située sur la rive gauche. Le Rhin gardant son vrai lit dans le canal de Buderich, sera à l'avenir la frontière entre la France et la Cleve prussienne jusqu'à Pandern, et dela le Waal, de la même manière qu'entre la France et l'Empire germanique. 2) La République en prendra possession pour toujours, avec tous les droits de souveraineté et de propriété, ainsi que des domaines territoriaux, revenus etc. 3) Pour prévenir toute contestation, la Prusse renonce à toutes pretentions sur les pays cedés, et la France à tous droits de subrogation qu'elle pourroit faire valoir, et à tous les droits des anciens possesseurs. 4) Comme les possessions prussiennes sur les deux rives du Rhin ont des archives communes, on les partagera convenablement. 5) Les dettes fondées et non fondées sur Moers, Creveld et la Gueldre, seront à la charge de la République. Celles qui sont hipothequées sur Cleves, seront supportées en commun par les deux puissances. 6) Les dettes des villes, villages, communautés, corporations, restent à la charge des domaines sur lesquels elles ont été faites. 7) L'intérêt commun exige que le Rhin ait un cours determiné par des travaux hydrotechniques. 8) La navigation, la pèche et le trajet, seront libres pour les habitans des deux rives. A l'égard des péages et du transit, ils seront reglés par une commission speciale, qui sera nommée en commun. 9) Toutes les propriétés particu-

lieres demeureront intactes et invariables. Cela s'entend des possesseurs tant absens que présens. 10) De même que l'intégrité de tous les états et corporations etc. qui ne sont pas contraires au but de la société. 11) De ce nombre sont les réunions en commun de certains districts pour l'entretien du culte; en cas qu'elles ne soient pas abolies ou contraires au bien de l'état. Les établissemens pour les pauvres, les veuves et orphelins conserveront leurs propriétés mobiliaires et immobiliaires. 12) Les communautés religieuses, qui n'ont pour but ni le culte public, ni l'éducation, pourront être supprimées; mais de manière que l'on assure un sort à chaque individu; leurs pensions seront proportionnées aux revenus. Si la république veut les éloigner de son territoire, il leur sera libre de s'établir dans les pays prussiens. 13) Les villes, villages, corporations tant écclesiastiques que laïques, sur la rive droite, conserveront toutes leurs propriétés sur la rive gauche, moyennant qu'ils se soumettront aux loix de l'état. 14) Si le gouvernement supprime une corporation établie sur son territoire, les propriétés qu'elle aura sur l'autre rive du Rhin, demeureront au souverain sur le territoire duquel elles se trouvent, et réciproquement. 15) Les dixmes sur les deux rives du Rhin seront supprimées, moyennant une indemnité équitable. 16) Les possesseurs de biens francs d'impositions, seront indemnisés par des capitaux ou des propriétés pour pouvoir supporter les impôts. 17) On pourra disposer librement de toute espèce de propriétés. 18) Il sera libre aux habitans, corporations etc. des pays cedés, de vendre leurs propriétés dans l'espace de 5. ans, et d'en transporter la valeur sur la

rive droite. 19) Liberté du culte. 20) Tous les employeés civils conserveront leurs places, ou seront indemnisés. 21) Les employés du Roi, qui ne voudront pas rester, auront la faculté de vendre leurs propriétés, pendant l'espace de 5. ans, et de se transportes sur la rive droite. 22) Tous les procés civils entre les habitans des pays cédés, seront portés devant les tribunaux françois. Tous contrats anterieurs à la cession seront valables. 23) S'il s'élève quelques doutes, ils seront interprêtés en faveur des particuliers. 24) Le present traité aura son effet, aussitôt après la ratification. 25) Juques à cette époque, tous les revenus resteront au roi à l'exception de 80. mille livres, par mois, en conformité de la convention du 7 Juin 1797. 26) Une commission speciale nommèe de part et d'autre, sera chargée de l'execution. 27) Si la république cède ces pays à d'autres puissances, elles seront tenues aux mêmes conditions.

57. Note der Königl. Preuſſiſchen Geſandtſchaft wegen der Stadt und des Amts Huißen, vom 19. Juny, 1798.

D'après des informations officielles adressées aux soussignés Ministres plénipotentiaires de Sa Majesté le Roi de Prusse au Congrès de Rastatt, les Commissaires de la République françoise sur la rive gauche du Rhin ne continuent pas seulement de faire précéder la cession formelle des provinces transrhénanes prussiennes de toutes sortes d'organisations d'autant plus prématurées, que le Roi s'étoit flatté de l'amitié du gouvernement françois, qu'on auroit égard à ses instances réitérées, pour suspendre en attendant

toute organisation quelconque; mais ils prétendent même comprendre dans leurs prise de possession précipitée la ville et le baillage de Huissen, situés sur la rive droite du Waal, st dont par consequent la position est telle quelle ne sauroit en aucun cas constituer partie de la cession à faire des susdites provinces transrhénanes.

Dans la conviction où se trouve le Roi, que les principes d'équité du gouvernement françois ne lui permettront jamais de donner sa sanction à des mesures contraires à la justice, et que la prise de possession du district susdit ne sauroit provenir que d'une erreur des employés de la République, les soussignés munis d'ordres exprès pour cet effet, s'empressent de fournir ici les éclaircissemens suivans sur cet objet important.

Le Rhin, *en quittant le pays de Clêves*, passe en Hollande et prend le nom du Waal. Une autre branche qui avoit le nom du Bas-Rhin, est dessechée depuis un siécle; ses eaux, qui passoient par cette branche, sont conduites depuis nombre d'années par un canal artificiel, qui commence hors du territoire de Clèves près le village hollandois Pandern, dont il a aussi le nom; cette branche passe également en Hollande par la seigneurie de Lymers ou le district de Sevenaar, qui est une appartenance indubitable du pays de Clèves, quoique enclavée dans le territoire hollandois. Dans ce district le baillage mentionné de Huissen est situé entre la rive gauche de ce canal de Pandern et la droite du Waal, de sorte qu'il paroît que les employés de la République ont pris ce canal pour le Rhin. Il est évident cependant que ce n'est que la continuation naturelle d'un fleuve

qui peut être regardée comme son vrai lit, et cette continuation non interrompue ne se trouve que dans le Waal, ce que la carte géographique démontre présqu'à l'evidence. Ce n'est donc que ce dernier fleuve qui peut déterminer dans la suite la frontière entre les deux états, et nullement un canal artificiel, sujet au desséchement, répondant mal à l'idée d'une frontière naturelle dont le désir a fait la base des demandes de la République. — En conséquence de ce principe, les soussignés prient les Ministres plénipotentiaires de la république, de vouloir faire parvenir ces observations à leur Gouvernement sans perte de tems et effectuer par leur entremise qu'on veuille donner des ordres précis aux employés de la République, pour qu'ils ne se permettent sous aucun prétexte une transgression de la limite du Rhin, soit qu'il porte ce nom ou celui du Waal.

La justice évidente d'une demande qui n'a d'autre but que le maintien de l'ordre et de la bonne harmonie entre les deux états, ne sauroit échapper au Gouvernement éclairé de la République, et les soussignés se flattent, qué les Citoyens Ministres plénipotentiaires seront bientót à même de leur faire parvenir une réponse satisfaisante, qu'ils s'empresseront avec plaisir de mettre sous les yeux du Roi, comme une nouvelle preuve du désir de la République, de s'entendre amicalement avec Sa Majesté sur tous les objets, qui pourroient encore partager et intéresser l'opinion des deux gouvernemens.

Signé, Görtz.

Jacobi. K.

Dohm.

58. Note der Königl. Preußiſchen Geſandtſchaft an die franzöſiſchen Miniſter, vom 8. Oktober, 1798.

Les soussignés Ministres plénipotentiaires de S. M. le Roi de Prusse ont vû avec une satisfaction particulière par la derniere note des Citoyens Ministres plénipotentiaires de la République française, que touchés par la force des argumens exposés par la Députation de l'Empire, ils ont bien voulu consentir à l'abondon plénier des territoires de Kehl et Cassel, et s'en tenir, à quelque modification prés, à la premiere fixation des limites de la rive gauche du Rhin.

La Roi ne pourra qu'applaudir à la resolution condenscendante du Directoire exécutif sur cet objet si important pour le repos futur de l'Allemagne; mais il y en a d'autres dans la susdite note, où S M. se trouvera entierement frustrée dans sa juste attente. Telles sont entr'autres dans le Nro. 1. l'adoption, qu'on qualifie rigoureuse, de l'ancien cours du Rhin, pour la limite réciproque, moyenant le Thalweg, ou le chemin de la navigation. Par cette explication on rejette ainsi entiérement celles contenues dans la note officielle remise par la legation du Roi en date du 19. Juin. Plus cette détermination, si elle étoit péremptoire, seroit contraire auy voeux et aux intérèts majeurs du Roi, plus les soussignés aiment à se persuader, qu'en prenant de nouveau en considération favorable les raisons détaillées dans la susdite note, relativement au vrai cours actuel du Rhin, les Ministres plénipotentiaires de la République françoise, se refuseront d'autant moins à déférér aux conclusions qu'elle présente en dernier résultat. Cette

espérance est de plus fondée sur la circonstance connue qu'anciennement le Rhin portoit véritablement le nom de Waal. Un autre point lié plus ou moins à la détermination défavorable du Thalweg regarde le cours du Rhin vis-avis de Wesel.

Les soussignés ont eu l'honneur d'appeller à diverses reprises l'attention de la légation françoise sur l'importance extrême dont il est pour la conservation de la forteresse et de la ville de Wesel, que l'isle de Buderich formée par le canal qui dirige le cours du Rhin, de maniere qu'il la laisse à droite, reste à l'Empire, pour que les ouvrages hydrostatiques nécessaires à l'existence de l'une et de l'autre rive, puissent y être poursuivis et soignés avec la ponctualité qu'ils exigent. Un coup d'oeil jetté sur la carte géographique suffira pour constater la vraie position de cette isle; il prouvera jusqu'à l'evidence que tant s'en faut que le Roi, en exprimant itérativement ses desirs pour que cette isle reste à l'Empire, n'exige rien qui soit le moins du monde dérogatoire aux intérets de la France, qui plaident même la cause qu'on expose.

Il seroit donc superflu d'alléguer encore que le principe général de la conservation intacte des places sur la rive droite milite déjà pour les désirs du Roi dans cette occasion, et que cette place sera véritablement entre les mains de S. M. un gage réciproque du maintien de la paix entre les deux nations.

Tels sont les deux points principaux que les soussignés se voyent obligés de recommander de nouveau à l'attention toute particuliere des Ministres plénipotentiaires de la République françoise. C'est en les priant, dans le cas que leurs pleins-pouvoirs n'au-

roient pas assez de latitude pour le permettre de déférer là-dessus aux réprésentations des soussignés, de vouloir bien faire passer la présente note sous les yeux du Directoire exécutif en l'accompagnant d'un rapport favorable. L'amour de la paix, les sentimens d'humanité qui animent les Ministres plénipotentiaires de la Rép. franç. et qu'ils on manifestés tout récemment, permettent aux soussignés de nouveau d'avancer l'espoir si doux pour les coeurs sensibles, que dans la vue d'accélérer la conclusion de paix, ils accueilleront avec empressement, non seulement les instances susmentionnées par raport aux deux points qui viennent d'être exposés à leur profonde consideration, mais qu'ils ne refuseront pas d'admettre des adoucissemens à plusieurs points de leur note qui touchent de si près les intérêts majeurs de la nation allemande.

Une prompte adhésion aux réprésentations des soussignés, ne pourra que servir essentiellement à resserrer de plus en plus les liens qui unissent deja si heureusement le Roi et la République françoise. En finissant les soussignés expriment avec bien du plaisir leur haute considération pour les cit. Ministres de la République françoise.

59. Antworts-Note der franzöſiſchen Miniſter, vom 13. Oktober, 1798.

Les soussignés ministres plénipotentiaires de la République française ont reçu le 18. vendémiaire présent mois, la note qui leur a été adressée par Mrs. les Ministres plénipotentiaires de S. M. le Roi de Prusse. Ils se sont empressés dans le tems de trans-

mettre à leur gouvernement la note sur le même objet rémise par la légation du Roi le 1. messidor de l'an 6.

Depuis, ils n'ont pas manqué de faire connoître aux membres de la légation la réponse précise qu'ils avoient reçue, et l'impossibilité où se trouvoit le gouvernement françois de condescendre au voeu de la Prusse. Les soussignés ne sauroient donc prendre sur eux de réproduire auprés du Directoire exécutif des demandes sur lesquelles il s'est declaré négativement, et de manière à leur faire régarder cet objet comme terminé. S. M. Prussienne et Mrs. ses Ministres plénipotentiaires sont trop justes, pour voir dans l'application d'un principe reconnu, et auquel la République elle mème a fait tant de sacrifices, rien qui puisse affoiblir la bonne intelligence et les relations d'amitié que le Directoire exécutif aura toujours à coeur de conserver entre les deux Etats. Les Ministres plénipotentiaires de la Repub. franç. expriment avec plaisir leur haute considération pour Mrs. les ministres plénipotentiaires de S. M. le Roi de Prusse. Rastadt le 22. vendémiaire, an 7. de la République françoise.

60. Fernere Note der Königl. Preuß. Geſandſchaft vom 17. Oct. 1798.

Les soussignés ministres plénipotentiairs de S. M. Pr. ont reçu le 13. de ce mois la note que les citoyens Ministres plenipotentiaires de la Repub. fr. leur ont adressée en réponse à celle du 8. de ce mois. Le contenu de cette réponse oblige les soussignés aux explications suivantes.

Les Citoyens Ministres y assurent qu'ils n'ont pas manqué de faire connoitre aux membres de la légation du Roi la réponse précise qu'ils avoient reçu sur l'objet de la note de la mission prussienne du 1. messidor de l'an 6. (19 Juin.) et l'impossibilité ou se trouvoit le Gouvernement fr. de condescendre au voeu de la Prusse.

Les soussignés ne savent rien d'une réponse précise qui leur étoit donnée par les Citoyens Ministres plenipotentiaires de la Repub. fr. sur la note susdite de la légation prussienne: ils ne sauroient supposer qu'on veuille régarder comme telles des insinuations, qui ont été faites à quelqu'un d'eux, occasionnellement et par maniere de conversation d'individu a individu. Ce mode d'explication a été déclaré formellement par la légation fr. ne devoir jamais être regardé comme officiel, la légation fr. étant indivisible. Mais dans le cas même qu'une réponse précise auroit été donnée aux soussignés sur leur note du 19. Juin, ils ne sauroient regarder comme péremptoire les conclusions qu'en tirent les Citoyens Ministres plen. de la Rep. fr. Ils témoignent dans leur note du 13. octobre, ne pouvoir prendre sur eux de réproduire auprès du Directoire des demandes sur lesquelles il s'est d'éclaré négativement et de maniére a leur faire regarder l'objet en question comme terminé.

La franchise avec laquelle les soussignés se sont fait une loi de s'ouvrir dans toute occasion vis-a-vis des Ministres plen. d'une puissance amie du Roi leur maître, fera encore dans celle-ci la régle de leur conduite: fidéles à ce principe, ils ne dissimuleront pas aux Ministres plén. de la Rep. qu'ils n'ont pu qu'être fort surpris de trouver dans le passage précité

des expressions qui leur paroissent renfermer un refus formel de porter sous les yeux du Directoire leur note du 8. de ce mois ; note, qui n'a pas seulement pour objet l'article déduit dans leur note antérieure du 19. Juin, mais qui en outre renferme d'autres objets importans aux quels le Roi et l'Empire mettent un aussi grand intérêt; une note enfin qui contient les assurances réitérées les plus amicales de sa Majesté envers la Rep. fr. Les soussignés aiment à croire que dans aucun cas les Citoyens Ministres de la Rep. au Congrès ne voudront se refuser de porter à la connoissance de leurs commettans les demandes qui leur seront adressées de la part des soussignés qui négocient au nom du Roi leur maître. Ils observent de plus, que quand même leurs demandes paroitroient a la légation de la Rep. des objets terminés, ce jugement ne sauroit être envisagé par les soussignés comme sans appel.

Dans le cours de toutes les négociations, il se présente des cas où d'un côté ou d'autre des discussions ultérieures sont jugées inadmissibles: il arrive toute fois que d'aprés des réprésentations réiterées, des modifications importantes et quelque fois des renonciations absolues sont admises.

Les soussignés ne voudroient pas non plus renoncer à l'espérance que le Diréctoire exécutif de la Rep. trouvera dans sa justice les explications ultérieures sur l'objet de la note du 19. Juin, dignes de toute son attention. Ils ajoutent ici un dessein topographique sur l'objet du vrai cours du Rhin avec une note explicative, qui féra voir jusqu'à l'evidence les seuls principes à suivre dans cette occasion. L'ile de Buderich fait un autre objet de la note du 8. de ce

mois; il n'a pas encore été traité par écrit de la part des soussignés, si non dans la note du 8. de ce mois. En reconnoissant la justesse de l'application du principe reconnu, ils ne sauroient se résoudre cependant d'abandonner l'espérance d'une déférence complette du Directoire au voeu du Roi et de tout l'Empire germanique sur l'objet de cette ile. La députation de l'Empire s'est décidée dans un cas semblable à consentir (comme une exception à un principe reconnu) à la cession de l'ile fortifiée de St. Pierre, malgré les sacrifices immenses qu'elle avoit déja portés à l'amour de la paix. Tout concourt aussi a faire espérer d'avance que par un juste retour, et considérant surtout que l'ile de St. Pierre importoit infiniment moins à l'existence de Mayence que ne le fait l'ile de Buderich avec son canal au maintien de la forteresse et à la conservation des habitans de la ville de Wesel, le Directoire exécutif n'hésitera plus à laisser cette derniere ile entre les mains du Roi et de l'Empire, auquel il ne reste d'ailleurs aucune forteresse du côté de la rive droite pour sa défense, tandis que les possessions de la République sur la gauche se trouvent défendues par une triple chaîne de forteresses inexpugnables. — Par toutes ces considérations les soussignés renouvellent ici leurs instances de la maniere la plus pressante pour que les Citoyens Ministres plénip. de la Repub. fr. n'hésitent plus à reproduire auprés du Directoire toutes leurs demandes, et à faire passer pour cet effet sans délai sous les yeux du directoire leur note du 8. de ce mois ainsi que la présente. Ils se flattent que le Directoire en cela d'accord avec les principes suivis par S. M. Prussienne dans toute la négociation, ne voudra jamais consentir

à ce que les communications entre les Plenip. de Prusse et ceux de la Répub. au Congrès soient obstruées sur aucun point des pourparlers respectifs, avant que d'être reconnues par les deux gouvernements définitivement comme terminèes.

Les soussignés réiterent aux Citoyens Ministres plénipotentiaires de la République les assurances de leur haute considération.

61. Note der Königl. Preußiſchen Miniſter an die franzöſiſche Geſandtſchaft wegen der Ravitaillirung von Ehrenbreitſtein, vom 6. Nov. 1798.

Les Citoyens Ministres de la République françoise refusent dans une de leurs derniéres notes d'avoir égard aux représentations de la Députation de l'Empire pour obtenir la liberté du ravitaillement d'Ehrenbreitstein. Ils alléguent pour motif que cette demande appartenant à la partie militaire est hors de leur compétence. Ils se référent cependant sur ce point à ce qu'ils ont déclaré touchant la retraite des troupes; le terme en a été renvoyé après la pacification générale. Il s'ensuivroit de ce délai, que l'empêchement mis au ravitaillement de cette forteresse au moyen du blocus, ne cesseroit qu'à la susdite époque, de sorte que tôt ou tard la garnison de la place, pressée par le manque de subsistances, se verroit réduite à abandonner son poste, et les troupes, qui le cernent, pourroient s'en emparer.

La conservation intacte de cette forteresse pendant la durée des négociations de Rastadt, importe

trop au Roi, pour que les Ministres plénipotentiaires de Sa Majesté n'ayent dû suivre cet objet avec l'attention la plus sérieuse: en conséquence ils croient de leur devoir urgent de communiquer les réflexions suivantes aux Plénipotentiaires de la République.

La légation prussienne ne sauroit d'abord regarder le point de ravitaillement de la forteresse d'Ehrenbreitstein comme hors de la compétence des Ministres françois, parceque c'est un objet militaire. Ce point n'est assurement pas plus militaire que la démolition de cette place, qui pendant plusieurs sémaines a fait le sujet des négociations les plus actives de la légation françoise. Au surplus le caractère de négociateurs de paix des Ministres de la République à Rastadt, semble devoir embrasser tous les objets, tous les points de vue, qui plus ou moins peuvent intervertir l'état des possessions reciproques, pour mettre l'une des parties contractantes dans une position relativement plus avantageuse que celle de l'autre. Sans ce maintien réligieux des positions respectives, la confiance mutuelle doit devenir plus que précaire.

Aussi cette maxime, qui fut de tout temps le fondement de toute négociation, ne paroît admettre aucune objection solide quelconque. Quant à l'empêchement mis au ravitaillement convenu d'Ehrenbreitstein, il paroit impossible d'en soutenir la justice sous aucun point de vue; l'existence d'un armistice établi réciproquement pendant le cours des négociations de paix, devroit seule suffire pour réprouver toute mesure qui, indépendamment de son origine illégale, prendroit par ses suites le caractère d'une hostilité prononcée, parcequ'elle tendroit à arracher, au

milieu

milieu de la cessation convenue de toute hostilité, une forteresse des plus importantes, d'entre les mains d'une des parties. Si c'est ainsi que les régles, découlant de l'existence d'un armistice général, prescrivent à la bonne foi une suspension absolue de toute mesure hostile, combien cette obligation ne devient elle pas plus forte, quand il existe en outre une convention conclue précisément par la raison qu'on a prévu, qu'Ehrenbreitstein auroit besoin d'être ravitaillée plusieurs fois, avant que les négociations de paix pussent être terminées! Une troisiéme considération rend le blocus en question superflu, quand même on voudroit admettre des cas où la prudence sembleroit pouvoir excuser le cernement d'une forteresse. En effet, la députation a formellement consenti à la démolition d'Ehrenbreitstein; la République en a la garantie entre ses mains; elle est en possession de Kehl et Kassel; ses troupes couvrent une partie de l'Allemagne, qui en, se confiant dans les apparences de paix, a déposé, en attendant, les armes, pour ne conserver qu'une attitude pacifique. Les choses etant ainsi, ne doit-il pas s'élever dans l'esprit de toutes les parties intéressées au maintien actuel des choses, les craintes les plus justes, lorsque, malgré toutes les représentations fondées sur des argumens sans réplique, on voit continuer une mesure illégale, tendante ouvertement à faire tomber par la famine une des forteresses les plus impartantes! Les Citoyens Ministres Plénipotentiaires de la république se rappellent sans doute les rémontrances amicales faites par la légation du Roi sur cet objet, il y a plusieurs mois.

A cette époque S. M. souhaita par les raisons connues, que la République voulût renoncer entièrement a ses vues sur cette forteresse. Dans la suite du tems, la Députation de l'Empire ayant, pour marquer encore plus fortement son desir d'avoir la paix, consenti même à la démolition d'Ehrenbreitstein, le Roi devoit croire que ce surcroît de sacrifices, fait à l'amour de la paix, et auquel S. M. ne s'est plus opposée, rempliroit la mesure entiére des prétentions de la République. Cette démoliton future privoit, à la vérité, le nord de l'Allemagne d'une forteresse importante pour sa défense; mais le Roi se reposoit sur les protestations amicales du Directoire, et S. M. espéroit d'en ressentir les effets dans la suite. Le blocus actuel de cette place, qui paroît devoir répugner autant à la justice qu'à la gênérosité de la nation françoise, ne sauroit donc nullement être indifférent au Roi; et si son but avoué étoit obtenu, la face des affaires du nord de l'Allemagne en souffriroit un changement important, très défavorable, en égard à sa sûreté. En pesant surtout cette derniére réflexion, il devient évident, que l'intérêt direct de S. M. y est particuliérement compromis. S'étant chargé de la garantie de la neutralité du nord de l'Allemagne, le Roi a pris, au sû et de l'aveu du gouvernement françois, toutes les mesures les plus propres au maintien de ce systéme pacifique. Les arrangemens militaires ont été naturellement établis d'après les positions respectives: il saute aux yeux que l'état ou Ehrenbreitstein s'est trouvé jusqu'ici y est entré pour beaucoup. Or, le blocus de la place apporte un changement notable aux positions militaires respectives. Et, si la garnison réduite à la famine, étoit obligée à aban-

donner son poste en présence de troupes encore en état de guerre, quoique non d'hostilités avec l'Empire, et qui pourroient, contre tout droit, s'en mettre en possession, alors la face des affaires seroit entiérement changée d'une maniére qui équivaudroit à un envahissement. L'armée, protectrice de la neutralité du Nord de l'Allemagne, ne suffiroit plus à son but. Les mesures défensives devroient être augmentées pour se trouver proportionnées à l'attitude offensive que prendroit cette forteresse; et tout cela seroit la suite d'une infraction de l'état d'armistice, d'une violation des stipulations d'une convention formelle. L'esprit de conciliation qui inspire les Ministres plénipotentiaires de S. M. Prussienne, les a portés à ne pas différer un moment d'exposer, dans ce tableau raccourci, le véritable état de la question relativement au blocus d'Ehrenbreitstein, et des suites que cette mesure doit entrainer. Ils ne doutent pas que les mêmes sentimens n'animent les Ministres plénipotentiaires de la République. Dans cette confiance ils se flattent, qu'ils n'auront rien de plus empressé, que de déférer aux instances des Plénipotentiaires de S. M. Prussienne au Congrès, et de transmettre là où il appartient les réflexions importantes qui font l'objet de cette note, en l'accompagnant d'un rapport favorable. Le Directoire informé des vrais points de vue qu'offre la position actuelle d'Ehrenbreitstein avec ses suites, sera sans doute alors disposé de lui même, à donner au Roi une preuve de sa déférence pour les justes désirs de S. M., en sorte que le blocus de cette forteresse soit d'abord levé, et la liberté de son ravitaillement rétablie conformément aux stipulations réciproques.

Les ſoussignés profitent avec empreſſement de l'occaſion pour réitérer aux Citoyens Miniſtres de la République l'aſſurance de leur haute conſidération.

62. Note der Königl. Preußiſchen Miniſter an die franz. Geſandtſchaft, wegen des Elsflether-Zolls, vom 16. Nov. 1798.

Les ſoussignés Miniſtres plénipotentiaires de S. M. Pruſſienne ont eu l'honneur de faire connoître verbalement, d'après des ordres précis du Roi, aux différens membres de la légation françoiſe, que S. M. envisageoit le péage d'Elsfleth comme un objet dont la diſcuſſion n'appartenoit point aux négociations de Raſtadt. Ils s'etoient flattés que l'expoſition claire et préciſe de leurs inſinuations amicales, tendantes à engager la légation françoiſe à laiſſer tomber cette affaire, auroit trouvé un plein accés dans l'eſprit des Citoyens Miniſtres plénipotentiaires de la République françoiſe. Mais leur derniére note à la Députation du 21. Brumaire (11. du courant mois) faiſant de nouveau mention de ce péage, en alléguant diverſes raiſons, pour réitérer la demande formelle faite à la Députation de ſon abolition en faveur de la République, les ſoussignés ſe voyent dans la néceſſité de revenir ſur cet objet. Ils aiment à croire que ce n'eſt que par l'effet de ſuggeſtions étrangèrs, et de notions peu exactes et incompatibles avec la nature du péage dont il s'agit, que ce point a trouvé place dans la derniére note de la legation françoiſe. Dans cette conviction, ils héſitent d'autant moins à faire connoître de nouveau aux Citoyens Miniſtres de la Ré-

publique, qu'en sa qualité de garant de la neutralité et de la tranquillité intacte du nord de l'Allemagne, et des pays situés dans l'enceinte de la ligne qui en détermine la démarcation, S. M. Prussienne ne sauroit permettre et ne permettra jamais que la République, françoise ni quelque puissance que ce soit, forme des demandes relatives à ces contrées; et que S. M. croit avoir droit de s'attendre que le Gouvernement françois ne voudra point persister à faire de cet objet un article des négociations à Rastadt, mais qu'il en fera plutôt abstraction entiére, en cessant de comprendre les péages dont il s'agit dans les négociations actuelles de la paix de l'Empire. Les soussignés réitérent aux Citoyens Ministres de la République françoise l'assurance de leur haute considération.

63. Note der franzöſiſchen Miniſter, an den Kaiſerlichen Miniſter Grafen von Lehrbach. Raſtadt, den 2. Jenner, 1798. (13. Nivoſe.)

Les Ministres français préviennent celui de S. M. l'Empereur, comme Roi de Hongrie et de Bohême, que la légation française a remis le même jour à la Députation de l'Empire une note relative à la marche des Russes: ils croient en devoir communication à une puissance amie; mais en même tems ils ont ordre de déclarer à S. M. l'Empereur, comme Roi de Hongrie et de Bohême, et Archiduc d'Autriche, qu'en laissant le passage libre aux troupes d'une puissance en guerre avec la France, et en leur permettant de traverser ses états pour atteindre les troupes françaises, l'Empereur met la République dans le cas de regarder cet acte comme une rupture des liens qui unissaient

les deux états. En conséquence S. M. est invitée, à donner à cet égard une explication précise et satisfaisante, capable de rassurer les amis de la paix.

Rastatt, le 13. Nivôse, an 7 de la Rép. franç.

Bonnier. Jean Debry. Roberjot.

64. Note der franz. Miniſter an den Kaiſerl. Miniſter Grafen von Lehrbach. Raſtadt, den 31. Jenner, 1799. (12. Pluvioſe.)

Les soussignés Ministres plénipotentiaires de la République française, expriment à M. le Comte de Lehrbach, Ministre plénipotentiaire de sa Majesté l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohème, Ministre d'Autriche, leur étonnement de n'avoir point reçu de réponse sur la marche des Russes, qui annoncent hautement, que c'est contre la République française qu'ils sont dirigés.

Le gouvernement français ne peut supporter plus long-tems une incertitude qui compromet la dignité et les interêts de la République; les soussignés ont ordre de demander à sa Majesté l'Empereur, par l'organe de M. le Comte de Lehrbach, son Ministre plénipotentiaire, une assurance positive, que les troupes Russes évacuent le territoire de sa Majesté l'Empereur et Roi, et que des ordres sont donnés en consequence. Ils demandent que dans l'espace de quinze jours à compter d'aujourd'hui 12. pluviôse, cette assurance leur soit donnée, déclarant que la marche ultérieure des Russes sera régardée par le Gouvernement français comme aggressive, et que le silence, ou le défaut de l'assurance demandée par la présente note, étant

une preuve manifeste de l'accession de l'Empereur aux entrepriſes de la Russie, seront regardés forcément par le gouvernement français comme un acte d'hostilité.

Le Directoire exécutif accueillerait avec le plus grand plaisir et de l'Empire et de l'Empereur, toute preuve d'évacuation du territoire autrichien par les Russes, qui seule annoncerait la franche et ferme disposition, soit d'observer les traités conclus, soit de hâter en commun la conclusion de celui qui est en négociation à Rastatt.

Rastatt, le 12. pluviôse, an 7. de la Républ. française.

Bonnier. Jean Debry. Roberjot.

65. Note der franzöſiſchen Miniſter, an den Kaiſerl. Königl. Miniſter Grafen von Lehrbach. Raſtadt, den 1. März, 1799. (11. Ventoſe.)

Les soussignés Ministres plénipotentiaires de la République franç. ont reçu ordre du Directoire exécutif, de donner connoissance à M. le Comte de Lehrbach Ministre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohême, Archiduc d'Autriche, de la proclamation du Directoire et de l'adresse du Général Jourdan à l'armée qu'il commande, et dont ils s'acquittent en joignant à la présente note un exemplaire certifié par eux de cette proclamation.

Les soussignés chargés, en même tems, de déclarer qu'on ne doit voir dans cette marche de l'armée qu'une précaution commandée par les circonstances; que le désir de la paix de la part du Gouver-

nement françois est toujours vif et sincère, et qu'il persiste à la conclure avec l'Empire, en supposant toutefois que l'Empire se declarera contra la marche des Russes.

Rastatt, le 11. Ventôse (1. März.) an VII. de la République françoise.

Bonnier. Jean Debry. Roberjot.

Inhalt.

Achter Abſchnitt.

Vorzüglich merkwürdige Eingaben einzelner Reichs-Stände und Reichs-Angehörigen bey der Deputation.

Nro. Pag.

1. Circularſchreiben des Churpfälziſchen Hofes an alle geiſtliche u. altfürſtliche Stände dd. Manheim, den 27. Jan. 1798. 3

2. Erklärung über vorſtehendes Schreiben. 5

3. Memoire pour les membres de la noblesse immédiate d'Empire nés sous la souveraineté de France, qui ont été inscrits contre le droit des gens, et même contre les termes les plus précis des décrets de l'assemblée nationale de France, sur la liste des emigrès françois. 1796. 9

4. Schreiben der Fürſtl. Baseliſchen Geſandtſchaft an die Reichs-Friedens-Deputation, vom 22. und 23. Dezember, 1797. 44

5. Vorſtellung des Fürſt-Biſchofs von Baſel wegen Nichtbehandlung der Baſeliſchen Unterthanen als Emigranten, vom 20. März, 1790. 50

6. Fernere Vorſtellungen der Fürſtlich-Baſeliſchen Abgeordneten, v. 23. Jun. 1798. 58

7. Vorſtellung des Fürſt-Biſchofs von Lüttich, wegen Nicht-Behandlung der Lüttichiſchen Unterthanen als Emigranten, vom 23. Sept. 1798. 72

Nro. Pag.

8. Bemerkungen des Fürſt-Biſchöflichen Lüttich-ſchen Abgeordneten über die Unanwendbarkeit der franzöſiſchen Emigrations-Geſezze, vom 8. Oktober, 1798. 89

9. Vorſtellung des Salm-Salmiſchen Abgeordneten, gegen Anwendung der franzöſiſchen Emigrations-Geſetze, v. 9. Okt. 1798. 94

10. Erklärung wegen Abtretung des linken Rhein-Ufers, ab Seiten des Herzogs v. Ahrenberg, der Fürſten und Grafen von Löwenſtein-Wertheim und Virneburg. 98

11. Erklärung ven Chur-Cölln über die von der franzöſiſchen Republik geforderte Abtretung des linken Rhein-Ufers. 101

12. Erklärung der Fürſtlich-Naſſauiſchen Häuſer über die von der franzöſiſchen Republik geforderte Abtretung des linken Rheinufers. 102

13. Erklärung von Pfalz-Zweybrücken über die von der franzöſiſchen Republik geforderte Abtretung des linken Rhein-Ufers. 104

14. Erklärung der Preuſſiſchen Miniſter, wegen der von Seiten Frankreichs gefordert werdenden Abtretung des linken Rhein-Ufers. 104

15. Erklärung der Reichs-Ritterſchaft über die von der franzöſiſchen Republik geforderte Abtretung des linken Rhein-Ufers. 106

16. Erklärung von Chur-Cölln über die von der franzöſiſchen Republik geforderte Abtretung des linken Rhein-Ufers. 107

Nro. Pag.

17. Erklärung von Thurn und Taxis über die von der franzöſiſchen Regierung geforderte Abtretung des linken Rhein-Ufers. 107

18. Chur-Trieriſche Vorſtellung, die Beſtimmung des an Frankreich abzutretenden Theils vom linken Rheinufer betreffend, vom 28. Februar, 1798. 108

19. Vorſtellung der unmittelbaren Reichs-Ritterſchaft über die ihr von den Franzoſen aufgelegte Bedingungen, und ihre zu hoffende Entſchädigung, von 26. Juny, 1798. 110

20. Vorſtellung von Chur-Cölln, die Beſtimmung der Rheingrenze betreffend, vom 28. Juny, 1798. 115

21. Königl-Preuſſ. und Chur-Brandenburgiſches Promemoria wegen näherer Beſtimmung der Niederrheingrenze, und Beybehaltung der Rheinzölle, vom 14. Juny, 1798. 121

22. Chur-Trieriſches Promemoria wegen der Rheinzölle, vom 6. Aug. 1798. 128

23. Königlich Preuſſiſches Promemoria, Ehrenbreitſtein betreffend, an die Deputation, vom 19. Oktober, 1798. 137

24. Vorſtellung von Hollſtein-Oldenburg, wegen des Elsflether-Zolls, vom 13. Nov. 1798. 138

25. Promemoria der Königlich Däniſchen Geſandtſchaft wegen des Elsflether-Zolls, vom 14. November, 1798. 142

26. Promemoria der Königlich Preuſſiſchen Geſandtſchaft, an die Reichs-Deputation,

Nro. Pag.

die Rheingrenze und den Elsflether-Zoll betreffend, vom 15. Nov. 1798. 145

27. Fernere Vorſtellung von Hollſtein-Oldenburg wegen des Elsflether-Zolls, vom 19. November, 1798. 149

28. Promemoria der Herzoglich-Hollſteiniſch-Oldenburgiſchen Geſandtſchaft an die Reichs-Deputation, wegen des Elsflether-Zolls vom 27. November, 1798. 150

29. Promemoria der Königlich Däniſchen Geſandtſchaft an die Reichs-Deputation wegen des Elsflether-Zolls, vom 28. November, 1798. 154

30. Promemoria der Königlich Preuſſiſchen Geſandtſchaft, wegen des Elsflether-Zolls, vom 28. November, 1798. 156

31. Promemoria der Königlich Preuſſiſchen Geſandten wegen der Büdericher-Inſel und des Elsflether-Zolls, v. 10. Dez. 1798. 159

32. Vorſtellung des Biſchofs von Trient, wegen des für das Marquiſat Caſtellano zu bewürkenden Erſatzes, vom 8. März, 1798. 161

33. Schreiben der Schwäbiſchen Reichsſtädte, Ulm den 12. März, 1798. 163

34. Cammergerichtlicher Collegial Bericht an Kaiſerliche Majeſtät, vom 26. Juny, 1798. 167

35. Verſchiedener Ständiſcher Geſandten Promemoria, wegen der Reichsſtändiſchen Dienerſchaft auf dem linken Rheinufer, vom 4. July, 1798. 172

Nro. Pag.

36. Naſſauiſches Promemoria wegen des Abſchoſſes u. der Nachſteuer, v. 5. Jul. 1798. 175

37. Fürſt-Biſchöflich-Speyeriſches Promemoria, das Landzollweſen betreffend, vom 6. July, 1798. 178

38. Churpfälziſches Promemoria wegen der Verhältniſſe mit der bataviſchen Republik, vom 12. July, 1798. 181

39. Vorſtellung der Reichsritterſchaft, Cantons Ober- und Niederrhein, an die Deputation vom 24. Auguſt, 1798. 182

40. Vorſtellung des Abgeordneten der ſchwäbiſchen Grafen-Curie an die Deputation, vom 20. Oktober, 1798. 185

41. Vorſtellung der Abgeordneten des Schwäbiſchen Städtiſchen Collegiums wegen Sicherſtellung der Freyheiten der Reichsſtädte, vom 14. November, 1798. 188

42. Summariſcher Auszug derer der Reichs-Friedens-Deputation bis zum 26. Dezember 1797. von mehreren beſchwerten Reichs-Ständen über die drükende Behandlung der franzöſiſchen Truppen übergebenen Vorſtellungen. 193

43. Heſſen-Darmſtädtiſches Promemoria, betreffend die fortgeſetzten franzöſiſchen Republikaniſirungs-Operationen im Hanau-Lichtenbergiſchen Amt Lemberg, jenſeits des Rheins, und die dieſſeits ausgeſtreuten Aufruhrzettel, vom 21. Jenner, 1798. 203

Nro.		Pag.
44.	Promemoria der zu Wisbaden verſammelten Beamten verſchiedener betheiligten Stände, vom 20. Auguſt, 1798.	207
45.	Vorſtellung einiger betheiligten Particular-Abgeordneten, an die Reichs-Deputation, vom 26. Auguſt, 1798.	213
46.	Vorſtellung des Naſſauiſchen Abgeordneten an die Deputation wegen der neuen Contribution, vom 7. Dezember, 1798.	215
47.	Promemoria verſchiedener Particular-Abgeordneten, an die Reichs Friedens-Deputation, die Beſchleunigung des Friedens betreffend, vom 7. Dezember, 1798.	218
48.	Chur-Trieriſches Promemoria, wegen unmittelbarer Kaiſerlicher Verwendung für die Befreyung von Ehrenbreitſtein. Raſtadt, d. 21. Dezember, 1798.	220
49.	Chur-Cöllniſches Promemoria wegen ganz neuerlicher Bedrückung des Herzogthums Weſtphalen, vom 19. Jenner, 1798.	222

Neunter Abſchnitt.

Friedens-Inſtruments-Projecte.

50.	Erſtes Friedens-Project des Directorial-Geſandten Freyherrn von Albini.	225
51.	Tabellariſche Ueberſicht des Reichs-Friedens-Inſtruments von der Bremiſchen Subdelegation.	232

Nro. Pag.

Zehnter Abſchnitt.

Noten welche zwiſchen den Franzöſiſchen Geſandten und einzelnen Ständen, auch den Königlich Preuſſiſchen und Kaiſerlich Königlichen Miniſtern gewechſelt ſind.

52. Vorſtellung einiger betheiligten Particular-Abgeordneten an die bevollmächtigten Miniſter der franz Rep. vom 26 Aug. 1798. 235

53. Note des franzöſiſchen Chargé d'Affaires, Bürger Alquier, München den 21. November, 1798. 237

54. Antwort des Churfürſtlichen Staatsminiſters, Grafen von Vieregg. München den 30. November, 1798. 239

55. Note der Preuſſiſchen Geſandtſchaft an die franz Miniſter, vom 17. May, 1798. 242

56. Entwurf des Ceſſions-Vertrags wegen der preuſſiſchen Lande jenſeits des Rheins, zu Anfang Juny, 1798. 242

57. Note der Königlichen Preuſſiſchen Geſandtſchaft wegen der Stadt und des Amts Huiſſen, vom 19. Juny, 1798. 245

58. Note der Königl. Preuſſiſchen Geſandtſchaft an die franzöſiſchen Miniſter, vom 8. Oktober, 1798. 248

59. Antworts-Note der franzöſiſchen Miniſter, vom 13. Oktober, 1798. 250

Nro.		Pag.
60.	Fernere Note der Königl. Preuſſiſchen Geſandtſchaft, vom 17. Oktober, 1798.	251
61.	Note der Königl. Preuſſiſchen Miniſter an die franzöſiſche Geſandtſchaft wegen der Ravitaillirung von Ehrenbreitſtein, vom 6. November, 1798.	255
62.	Note der Königl. Preuſſiſchen Miniſter an die franz. Geſandtſchaft wegen des Elsfle⸗ther⸗Zolls, vom 16. Nov. 1798.	260
63.	Note der franz. Miniſter an den Kaiſerl. Miniſter Grafen von Lehrbach. Raſtadt, 2. Jenner. 1799.	261
64.	Note der franz. Miniſter an den Kaiſerl. Miniſter Grafen von Lehrbach. Raſtadt, den 31. Jenner, 1799.	262
65.	Note der franz. Miniſter an den Kaiſerl. Königl. Miniſter Grafen von Lehrbach, Raſtadt, den 1. März, 1799.	263

Digitized by Google

Digitized by Google